

„Abenteuer Neubeginn“ 1945

Frankfurter Hefte

Ausgewählte Beiträge von Eugen Kogon und Walter Dirks

1946-1947

© Für die Texte: Friedrich-Ebert-Stiftung

Für das Nachwort: Wolfgang Geiger

„Abenteuer Neubeginn“

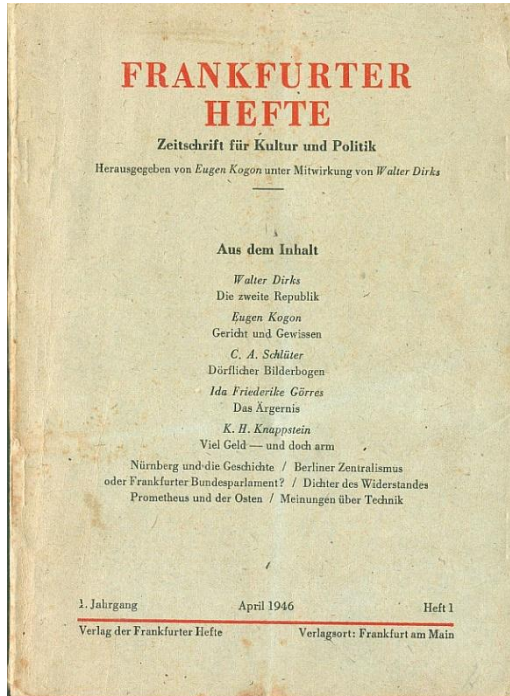
1945

Lehren aus der Geschichte für die Zukunft

**FRANKFURTER
HEFTE**

Ausgewählte Beiträge
von Eugen Kogon und Walter Dirks
1946-1947

Herausgegeben
mit Anmerkungen und einem Nachwort
von
Wolfgang Geiger





Redaktioneller Hinweis

*Diese Online-Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Redaktion Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte
Berlin*

Das Geleitwort „An unsere Leser!“ aus dem ersten Heft wird im Faksimilé wiedergegeben. Die anderen Texte folgen weitgehend dem Layout der Seiten und dem Schriftbild des Originals, inkl. der damaligen Rechtschreibung, die exakten Seitenumbrüche sind in eckigen Klammern eingefügt und geben die jeweils folgende Seitenzahl des Originals an.

Das Seitenformat ist DIN A 5 und kann doppelseitig wie einseitig gelesen oder ausgedruckt werden. Die Seitenzählung der pdf-Datei differiert von der im Dokument angezeigten Seitenzählung um +1.

Fußnoten des Originals sind mit * markiert, zusätzliche Anmerkungen und Erläuterungen zum Text vom Herausgeber mit verlinkten Endnoten am Ende jedes Artikels der Sammlung.

Weitere Erklärungen zu den Autoren, der Zeitschrift, dem zeitgeschichtlichen Kontext und das Interesse daran für uns heute gibt es im Nachwort.

Querverweise im Nachwort mit Seitenzahl oder Fußnotenangabe sind auch verlinkt, aber nur in die Zielrichtung. Zum Zurück muss man sich die Seite merken, wo man war, und diese eingeben.

Auszüge aus den hier gesammelten Texten gibt in didaktisch geeigneter Auswahl für die Zielgruppen Jgst. 10 und Oberstufe als Quellensammlung auf derselben Webseite der Eugen-Kogon-Gesellschaft.

<https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/abenteuer-neubeginn-1945-frankfurter-hefte/>

Dr. Wolfgang Geiger, OstR a.D.

<https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/>

✉ kogon-gesellschaft@gmx.de

Inhalt

Sammlung Beiträge aus den Frankfurter Heften			Autor	Orig. Seiten	Seiten hier*
Jg. 1	Lfd. Nr.	1946			
H. 1	1	An unsere Leser! (<i>im Faksimilé</i>)	Red.	1-2	5
	2	Nürnberg und die Geschichte	Red.	3-4	7
	3	Die zweite Republik	W. Dirks	12-24	10
	4	Gericht und Gewissen	E. Kogon	25-37	24
H. 2	5	Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus	E. Kogon	62-70	38
H. 3	6	Das Dritte Reich und die preußisch-deutsche Geschichte	E. Kogon	44-57	47
H. 4	7	Die neuen Verfassungen	W. Dirks	3-5	62
	8	Die deutsche Revolution	E. Kogon	17-26	65
	9	Der Weg zur Freiheit	N.N. (= W. Dirks?)	50-60	76
Jg. 2		1947			
H. 7	10	Das Recht auf den politischen Irrtum	E. Kogon	641-655	88
	11	Nachwort: „Ein Abenteuer, wie alles, das heute neu beginnt.“ – Eugen Kogon, die Frankfurter Hefte und die geistige Neugründung der Demokratie. Ein kontextueller Rückblick nach 80 Jahren	Wolfgang Geiger		103

* Seitenzählung nach der Seitenangabe. Die Zählung in der pdf entspricht +1.

FRANKFURTER HEFTE

Zeitschrift für Kultur und Politik

Herausgegeben von Eugen Kogon unter Mitwirkung von Walter Dirks

1. Jahrgang

April 1946

Heft 1

An unsere Leser!

Wir schreiben es nachdenklich nieder, dieses Wort „An unsere Leser“. Wer wird zu ihnen gehören? Wir stehen in einem Kreis, der uns kennt; aber wir gehen durch ihn hindurch ins Volk, in die Welt, in das Unbekannte. Es ist ein Abenteuer, wie alles, was heute neu beginnt.

Wird der Lehrer, der eine veränderte Jugend vor sich hat, unsere Hefte zur Hand nehmen, um den Strom der Gedanken zu spüren, der Deutschland erneuern soll? Der heimgekehrte Soldat, der auf Straßen und Bahnhöfen müden und doch wachen Auges nach Spuren von Sympathie und Verständnis gesucht hat? Der Student mit vielen unausgesprochenen Forderungen, Ansprüchen, Erwartungen? Der Geistliche, der sich auf einem Felsen weiß, aber die Flut um die Füße spürt? Die Frau, die in der „Volksgemeinschaft“ trieb und nun auf neuen Boden zu kommen trachtet? Oder ihre Mischwester, die aus der Unbeirrbarkeit des weiblichen Gefühls Widerstand geleistet hat und nun zur Gewißheit des Herzens die Sicherheit der Einsicht sucht? Der Politiker mit den großen Aspirationen und dem nagenden Zweifel im Herzen, der Arbeiter mit dem geprägten Parteidenken und dem unterscheidenden Blick für Utopien und Möglichkeiten, der Wirtschaftler mit dem Drang zur gewohnten Aktivität und den pessimistischen Anwendungen angesichts der Trümmer, die ihn umgeben, der abnehmenden statt sich ergänzenden Vorräte? Der Intellektuelle, der an die Kraft des Geistes glaubt, und der „Praktiker“, der nur sehen will, „was die Theoretiker da wieder zusammenschreiben“? Oder werden auch die Nur-Leserlinge, weil Bücher heute Mangelware sind, nach unseren Heften greifen, um neugierig und skeptisch darin herumzublättern?

Wir wissen nichts von unseren Lesern, die doch unsere Partner, unsere Teilhaber, unsere Freunde werden sollen.

Aber vielleicht ist das gut so. Ohnehin entschlossen, ihnen nicht nach dem Munde zu reden, werden wir keine falsche Rücksicht auf sie nehmen, sondern sagen, was wir für richtig und für notwendig halten. Das wird nicht selten hart und unbequem klingen. Auch nicht immer leicht, denn manche Dinge und Zusammenhänge dieser dunklen Erde und dieser besonders dunklen Gegenwart sind verwickelt und lassen sich nicht in Fibelart

für jeden Unmündigen deutlich machen. Wir werden um Klarheit sehr bemüht sein, aber der Leser wird sich ebenfalls anstrengen müssen. Die gängige Phrase, das Nebelwort, das man so leicht einsog und rasch aus dem Hirn wieder verdampfen ließ, hat die Atmosphäre des Denkens verdickt. Wir können nicht atmen in ihr, wir wollen gute Sicht und einen präzise funktionierenden Verstand, — das lebendige Herz, das im Rhythmus der Zeit für die ewigen Ziele schlägt, versteht sich von selbst.

Wir erwarten also „nachdenkliche“ Leser. Wir glauben, daß wir so der Erneuerung Deutschlands einen Dienst erweisen — wir, das heißt die Herausgeber, die Mitarbeiter und jene Leser schon inbegriffen. Das Dunkel um uns soll sich lichten. Wir wollen alle mithelfen, das Undurchsichtige und das Rätselhafte, das uns bedroht, zu klären, soweit das uns, die wir eben aus einem Abgrund kommen, und dem Menscheng Geist überhaupt vergönnt ist.

Wir möchten indes mehr: nämlich den Leser, den wir nachdenklich gemacht haben, aus dieser Nachdenklichkeit zu notwendigen Scheidungen und Entscheidungen bringen, ihm Mut zum Nein geben und noch mehr Mut zum Ja. Wir wiederholen es, weil es wichtig ist: Mut zum Nein und noch mehr Mut zum Ja, und wir möchten die Kraft des Herzens und des Geistes, die dazu gehört, mit Einsicht nähren. Das klärende und nährend Wort, das hier zu lesen sein wird, soll vom christlichen Gewissen bestimmt sein; die Welt aber, auf die es sich bezieht, ist nicht etwa „das Religiöse“, sondern die ganze, vielschichtige, reiche, arme Wirklichkeit.

Wir hoffen, obgleich wir noch fast allein sind, daß alle in Deutschland, die wach und unruhig sind, ein solches Wort und eine solche Sprache verstehen werden, alle „Aufgeschlossenen“, die Lebendigen und Fragenden — eine Elite, die aus allen sozialen Schichten, Altersklassen und „Richtungen“ kommt. Wir hoffen, denn sonst hätten wir nicht den Mut gehabt, anzufangen. Mancher, der durchaus etwas zu sagen hätte, ist aus zweifelnder Vorsicht, die fast betäubten Ohren des Volkes möchten noch nicht aufnehmenfähig, die Herzen noch immer verschlossen sein, und aus der Besorgnis vor vorschnellen Parolen bisher lieber stumm geblieben; auch war die Geschichte der letzten dreißig Jahre nicht gerade dazu angetan, in den Schriftstellern die Lust und den Mut zu programmatischer Arbeit zu erwecken. Auch wir hatten es mit solchen Bedenken zu tun. Aber wir sind am Ende doch zu der Meinung gekommen, daß viele Menschen im Lande gerade jetzt, da sich die Wasser einer propagandistischen Sintflut verlaufen haben, nach Sichtung und Orientierung verlangen. Und so sind wir denn an die Arbeit gegangen.

Nürnberg und die Geschichte

Daß sich in Nürnberg ein Vorgang von geschichtlichem Rang vollzieht, wird gerade der Besiegte nicht leicht einsehen wollen. Aber nur wenn wir von uns selbst in diesen Jahren ein Äußerstes verlangen, die tiefste und lauterste Erkenntnis, deren wir fähig sind, werden wir nicht zu Grunde gehen an dem, was die andern von uns verlangen. (Die größte Gefährdung der deutschen Zukunft ist das Ressentiment.)

In diesem Zusammenhang interessiert uns der Inhalt des Verfahrens nicht (die Verbrechen, die aufgedeckt werden; die verbrecherische Politik, ihre Motive und ihre Auswirkungen), sondern das Verfahren als solches. An ihm setzt übrigens meistens auch die Kritik ein. „Nulla poena sine lege“ sagen nicht nur Juristen, sondern auch viele Laien, manche aus Ressentiment, andere aus Rechtsgefühl. Sie meinen, dem Prozeß mangle der sichere Rechtsgrund, das vor der Tat erlassene Gesetz, das die Strafbarkeit und die Strafe genau umreißt. Man wird diesem Einwand vieles entgegenhalten können, zunächst vor allem, daß das werdende Recht von Nürnberg in seinen Grundzügen bereits proklamiert ist: im Vierten Haager Abkommen von 1907, im Genfer Protokoll von 1924, im Kellogg-Pakt. Wir zweifeln nicht, daß es Juristen gibt, denen diese Rechtsgrundlage nicht genügt. Wir haben uns in der Tat daran gewöhnt, daß die ausdrückliche und genaue Kodifizierung des Rechtes seiner ersten Anwendung vorausgeht. Und wir haben es den Nationalsozialisten mit Recht sehr übelgenommen, daß sie sich an diese Selbstverständlichkeit nicht gehalten haben. In Wahrheit handelt es sich hier um eine Regel, die den Einzelnen gegen den Mißbrauch der richterlichen Gewalt schützt und daher von höchster praktischer Bedeutung ist, nicht aber um eine fundamentale Voraussetzung des Rechtes selbst. Eine solche Kodifizierung setzt den Staat voraus, der kodifizieren kann. Wie aber, wenn in der Verteidigung des ungeschriebenen Rechtes gegen den Rechtsbrecher, im Gericht über ihn, der Staat sich selbst erst konstituiert? So etwas gab es, und so etwas kann es geben, auch in unseren Zeiten: denn die Geschichte ist nicht

zu Ende, ihre Grundsituationen kehren immer wieder.

Die nordamerikanische Pionierzeit vermag Beispiele zu liefern. Da haben sich im Vordringen nach Westen irgendwo eine Reihe von treckenden Zügen, Gruppen, Familien, Einzelnen seßhaft gemacht. Sie haben einiges mitgebracht und viel zu Hause gelassen; das gilt vom geistigen Besitz wie vom materiellen. Ihr Rechtsgefühl ist stark, aber die Gesetze der Heimat sind nicht mehr anwendbar. Vor allem fehlt ja eben der „Staat“, die klar umgrenzte Gemeinschaft, in der ein eindeutig bestimmtes Recht in Geltung ist: die Gesetze widersprechen einander, und sie „passen“ nicht mehr. In der neuen Situation, welche die Einwanderer aus ihrem Leben und Arbeiten allmählich selbst ausbilden, entwickelt sich die Vorstellung einer neuen Ordnung. Dauernde menschliche Urrechte, mitgebrachte Rechtsvorstellungen und die neuen Tatsachen, – aus diesen drei Elementen wächst die neue Rechtsordnung allmählich heran. Niemand schreibt sie auf, niemand hat Zeit dafür, niemand versteht sich darauf, und wenn sich ein Rechtskundiger fände, so wäre es wahrscheinlich ein altes Recht, das er aufschreiben würde, denn Juristen sind selten revolutionär. Dieser Zustand könnte lange dauern, wenn es nicht den anarchischen und einsichtslosen Willen zum eigenen Vorteil gäbe, der sich gerade in solchen Zeiten und Zonen leicht gegen das Recht erhebt, das ja noch nicht urkundlich und polizeilich gesichert ist. Was geschieht, wenn dieser verbrecherische Wille die ungeschriebene neue Ordnung nicht nur verlebt, sondern geradezu gefährdet? Etwa wenn eine Horde von Männern mit robusten Leibern und Seelen die neuen Grenzpfähle grundsätzlich nicht respektiert, die nach dem ungeschriebenen Gesetz der Wanderer ein neues Eigentumsrecht begründen? Es wäre Pedanterie, anzunehmen, daß nun zuerst der „Staat gegründet“, dann das Gesetz erlassen werden müsse (etwa gar in der reifsten kasuistischen Form, die nur auf dem Boden einer langen ungestörten Rechtstradition erwachsen kann), und daß bis dahin der Verbrecher straflos ausgehen dürfe, Nicht nur

das berechnete Interesse der Bedrohten erfordert ein sofortiges Gericht, sondern auch die Gerechtigkeit selbst. Die Männer [4] kommen zusammen, bilden die Jury, würdigen den Fall (wobei sie einen Ansaß neuer Rechtsetzung schaffen), urteilen und vollstrecken. Sie tun dabei nicht nur kein Unrecht, sie schaffen dabei nicht nur neues Recht, sondern sie gründen dadurch obendrein – einen neuen Staat. Vielleicht wissen sie es nicht, daß sie es tun, aber sie tun es.

Staaten können auf mancherlei Weise entstehen und entstehend gedacht werden: aus einer Gewaltherrschaft, die sich zum Staate läutert, aus einer Sippenordnung, die sich zum Staate vergrößert und verfestigt, aus einem Vertrag, im Sitzungs-Zimmer, auf Schlachtfeldern – und auf der Gerichtsstätte. Es ist sogar eine besonders hohe Form des Staates, in dem das Recht von vornherein in einem ausdrücklichen Sinne konstitutiv ist.

Was in Nürnberg vor sich geht, ist genau von dieser Art. Daß das nationale Recht zur höchsten Reife ausgebildet ist, daß auch völkerrechtliche Beziehungen zwischen den Staaten der Welt bereits bestehen, ändert nichts an der Tatsache, daß die neue werdende Rechtsordnung erdumspannender, „globaler“ Dimension nur in Ansätzen kodifiziert, zugleich aber von äußerster Dringlichkeit ist. Die verbrecherische „Aggression“ gegen das ungeschriebene oder vielmehr unvollkommen geschriebene Recht, das den neuen Tatsachen der Verflechtung der Nationen und Staaten zu einer echten und wirklichen Schicksalsverbundenheit höherer Ordnung entspricht, war und ist äußerst bedrohlich. Es wäre ein pedantischer und gefährlicher Rechtspositivismus, wollte man nun zunächst die Weltstaaten gründung, dann das neue Recht verlangen und dann davon das Verfahren abhängig machen. Wir sind Zeugen eines geschichtlichen Vorgangs, der anders verläuft: in der richterlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsbrecher konstituiert sich das neue Recht – und der neue Staat.

Man zögert, es auszusprechen, aber die Erkenntnis ist unausweichlich: in Nürnberg (freilich nicht in Nürnberg allein) ist das Fundament eines Welt-Staates gelegt

worden. In keiner der bisherigen Stufen ist so entschieden und deutlich wie Nürnberg die neue Souveränität der sich langsam bildenden Weltorganisation befestigt worden. Das war und ist nicht beabsichtigt, es geschieht durch die Sache selbst. Und es geschieht „richtig“: in der Art echter menschlicher Geschichte. Es hängt sehr viel davon ab, daß dieser Ansatz gerät und sich vollendet.

Zur menschlichen Geschichte gehört „das Menschliche“. Den einen oder anderen. hat in Nürnberg das eine oder andere gestört. Etwa die Scheinwerfer oder die Journalisten. Aber selbst wenn Gewichtigeres einzuwenden wäre, etwa daß den Motiven zwar nicht der Richter, aber immerhin der hinter ihnen stehenden Regierungen und Völker auch selbstsüchtige beigelegt seien, so würde das an der Bedeutung des Vorgangs nichts ändern. Menschliches ist immer beigelegt, und es gehört geradezu zur geschichtlichen Reife solcher Vorgänge, daß gewichtige reale Interessen mit den idealen Antrieben gekoppelt sind oder gar mit ihnen zusammenfallen. Das Recht ist nicht gegen die Interessen, sondern es ist geradezu eine Ordnung von Interessen. (Im übrigen sind es auch die wahren Interessen des deutschen Volkes, die in Nürnberg mitvertreten werden.)

Die Stunde ist reif für so etwas wie den Weltstaat. Von jedem beliebigen Punkt der Erdoberfläche aus kann die ganze Erde, gefährdet werden, also muß auch der Versuch der Bändigung der Kräfte und Interessen auf der Grundlage der Welt versucht werden. Das ist noch keine volle Wirklichkeit, ganz und gar nicht, aber es ist nicht mehr in einem schlechten Sinn. idealistisch. Dem Völkerbund haftete noch etwas Utopisches an, weil er sich auf die „Idee“ allein gründete. In Wahrheit fordert die globale Gefahr auch die globale Macht. Sie steht nun zur Verfügung, und der Nationalsozialismus hat das wahrhaft ungehoffte weltgeschichtliche Verdienst, diese Macht und den Willen zu ihr durch sein Attentat erzwungen zu haben.

Zu den Voraussetzungen dieses Welt-Staats gehört also in der geschichtlichen Verkettung der Umstände die deutsche Niederlage. Deshalb setzt sich jeder Deutsche, der Nürnberg in diesem Sinne

auffaßt, der Verdächtigung aus, „in der Stunde der tiefsten Schmach die Nation an den Feind zu verraten“: wir kennen das, wir haben ähnliches schon einmal mitgemacht. Bei vielen Intellektuellen aber wird ein solcher Deutscher in den vielleicht noch schlimmeren Verdacht kommen, [15] auf den „flachen Fortschrittsglauben der Angelsachsen“ hereingefallen zu sein. Es gibt ja sehr tief scheinende Argumente, die dazu dienen, sich um naheliegende, aber unbequeme Erkenntnisse und Entscheidungen zu drücken. Zu ihnen gehört der ebenso „tiefe“ wie hochmütige Pessimismus derer, die eine konkrete und schlechthin notwendige (nämlich notwendende) Entscheidung mit dem Hinweis auf die Fragwürdigkeit der Welt schlecht zu machen versuchen. Es geht aber gar nicht darum, die Welt idealistisch zu vervollkommen, sondern darum, sie konkret zu retten.

Wir werden diesen modischen Pessimisten obendrein eine zweite Tatsache von kaum geringerem Gewicht entgegenhalten:

daß in Nürnberg, wie in diesem Kriege überhaupt die Sittlichkeit nicht nur, wie das immer geschehen ist (und selbstverständlich auch in diesem Kriege) ideologisch als „geistige Waffe“ gebraucht und mißbraucht, sondern ernstlich gewollt, feierlich proklamiert und machtmäßig durchgesetzt worden ist und durchgesetzt wird, wie auf den Schlachtfeldern so nun im Gerichtssaal. Der „Aggressor“ wird Verbrecher, es ist zu Ende mit der Rechtfertigung durch den Erfolg. Von hier aus nimmt sich auch die vergangene Weltgeschichte anders aus: Etwas vom Glanz der großen Erfolgreichen schwindet. Aber das ist ein anderes Kapitel.

[Redaktion]

Frankfurter Hefte, 1. Jg. H. 1, April 1946, S. 3-5.

Die Zweite Republik

Zum Ziel und zum Weg der deutschen Demokratie

Von *Walter Dirks*

I.

Schwäche und Untergang der ersten Republik

Kompromisse, Koalitionen

Die Deutschen lieben die Verwirklichung nicht. Sie haben Sorge, der Reichtum ihrer Möglichkeiten komme darüber zu kurz. Damit hängt es zusammen, daß sie auch die Kräfte der Verwirklichung nicht richtig einschätzen. Sie neigen dazu, an die Selbstverwirklichung des gepredigten Ideals zu glauben. Obwohl wir auf unsere Soziologie stolz waren, also die Wirklichkeit der Gruppen theoretisch recht gut kannten, verkannten wir ihre Bedeutung als „Realisationsfaktoren“. Die „Politiker“ rechneten nur taktisch mit ihnen, die Ideologen vergaßen sie. Aber man darf sie nicht vergessen. Wer ein Ziel hat, muß sich danach umschauen, mit welchen Gruppen er es erreichen kann, und wer solche Gruppen ermittelt hat, muß ihren Eigenwillen einkalkulieren: das bedeutet aber, daß er das Ziel selbst danach modifizieren muß. Hier liegt der tiefere Sinn des „Kompromisses“. Es gibt faule Kompromisse, aber bei den Deutschen stehen auch die guten in schlechtem Geruch, die doch Wirklichkeiten verbünden und die Welt verändern.

Die neue Gruppen-Wirklichkeit, die im Kompromiß entsteht, heißt: Koalition. Wir haben auch von dieser politischen Wirklichkeit nur die taktische Möglichkeit gekannt, die Koalition im Sinne der parlamentarischen Spielregeln, die vorübergehende, zu nichts oder wenig verpflichtende Bindung, die man bedenkenlos aufkündigte, wenn eine neue Konstellation eine andere Mehrheit möglich machte. Wir wissen nicht, daß die Koalition den Rang geschichtlicher Mächtigkeit haben kann. Einige deutsche Politiker haben es sehr wohl gewußt. Aber sie scheiterten an den anderen, den Ideologen und den Taktikern.

Beispiel Faschismus

So war der deutsche Faschismus eine Koalition. Er war weder ein „Prinzip“ noch eine Bewegung, sondern er war ein Bündnis, das Bündnis nicht einer parlamentarischen Konstellation, sondern einer Epoche. In ihm verbanden sich: die großen Kapitalisten und Monopolisten, die nicht mehr wie bisher mit Hilfe des demokratischen Mechanismus herrschen zu können vermeinten, sondern sich in den Zwang der direkten Herrschaft getrieben sahen; die alte Adels- und Militärkaste, die nicht mehr konservativ, sondern nur noch revolutionär und abermals direkt herrschen zu können glaubte; drittens und endlich die Massenbewegung des verzweifelnden Mittelstandes, der in der Zange

zwischen dem Kapitalismus [18] und den sozialistischen Massen mit der alten liberalen Parole nicht mehr durchkam und in seiner Existenznot gleichfalls eine letzte Chance in der Revolution und in der direkten Herrschaft sah: drei Partner¹ mit dem gleichen Interesse, nicht mehr demokratisch mitzureden, sondern direkt zu herrschen, – der Nationalismus gab die gemeinsame Ideologie ab. Im übrigen drei Betrüger, die einander zu betrügen beabsichtigten. Inwiefern die Koalition umgeschmolzen wurde, als sich der „Führer“ der einen Gruppe zur Alleinherrschaft aufschwang, und inwiefern sich gleichwohl doch auch die Interessen der anderen Partner untergründig durchzusetzen vermochten, – die wechselvolle Geschichte dieses großartig-kläglichem Wechselbetrugs, in dem am Ende alle drei die Betrogenen waren, kann hier nicht geschrieben werden. Aber das steht fest: wenn Faschismus ein Allgemeinbegriff ist (in der Art und Begrenzung historischer Allgemeinbegriffe), dann bezeichnet er weder das Prinzip der Diktatur (es gibt Diktaturen, die nicht faschistisch sind), noch das der nationalistischen Massenbewegung (die auch sozialistisch gedacht werden kann), sondern dann bezeichnet er ein Bündnis, und zwar ein Bündnis das in einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung möglich und typisch ist.

Beispiel Weimar

Auch die Weimarer Republik beruhte auf einem Bündnis. Es ist sehr schlimm, daß sie es nicht gemerkt hat.

Erinnern wir uns. Die Erste Republik entstand nicht eigentlich am 9. November, dem Tag der Revolution, die keine war, sondern sie entstand aus dem Entschluß der Arbeitermehrheit, auf die sofortige revolutionäre Verwirklichung des Sozialismus zu verzichten und es mit dem friedlichen Weg zu versuchen. Als sie den Weg der revolutionären Minderheit verwarf, auf die Entwicklung der Arbeiter- und Soldatenräte verzichtete, Spartakus niederschlagen ließ und sich mit dem liberalen Bürgertum und den Katholiken verband in dem Entschluß, gemeinsam einen sozialen Volksstaat aufzubauen, entstand die Weimarer Republik. Arbeiter-Mehrheit, liberales Bürgertum, Katholiken – lauter Wirklichkeiten, von denen in der Verfassungsurkunde keine Rede war, und doch bestimmten sie den Sinn, den Inhalt, die Richtung dieser neuen Staatsbildung. (Oder vielmehr: sie hätten ihn bestimmen sollen.) Der Logiker wird meinen, hier sei eine bedenkliche Mischung der Kategorien vollzogen: die Arbeitermehrheit sei ein Teil einer Klasse, das liberale Bürgertum sei ideologisch definiert, die Katholiken aber sogar eine Konfession. Aber die politische Wirklichkeit baut sich nicht nach korrekten soziologischen Kategorien auf: es war in der Tat ein Bündnis der Arbeiter-Mehrheit, der Links-Bürger und der Katholiken, das den Weimarer Staat möglich machte, eine Zeitlang trug und ausfüllte. Nur aber, leider, die Beteiligten merkten es nicht. Hätten sie in ihrer „Weimarer Koalition“ die politische Wirklichkeit einer Epoche gesehen, den Leib des Reiches, so hätten sie einander ernster genommen, sich aufeinander zu ent[19]wickelt, so hätten sie an gemeinsamen politischen

Theorien gearbeitet, am Ende ein gemeinsames geschichtliches Ziel erarbeitet, sich auseinander- und zusammengerauft, sich durch den gemeinsamen Geist (statt durch die Verfassung und ihre Spielregeln) verbunden gefühlt, diesen Geist und ihr gemeinsames Ziel entschlossener gegen die Reaktion, gegen die Nicht-Mitträger, die Gruppen anderen Geistes verteidigt, ihn fruchtbar, wirksam und vielleicht erfolgreich gemacht.

Der vierte Partner

Dieselbe Verkennung des staatstragenden Bündnisses und der Realisationsfaktoren verführte sie zu dem folgenschwersten Fehler, den sie je gemacht haben. In den Monaten und Jahren nach der Umwälzung hatten sie als gefährliches viertes Glied die Berufsoffiziere der alten Armee und ihre friedensentwöhnten Landsknechte in den Bund aufnehmen müssen. Zugegeben, daß sie wohl nicht anders konnten: die militanten Störungen des beschlossenen friedlich-demokratischen Aufbaues ließen sich nach dieser schwachen Revolution wohl nicht ohne die Hilfe dieser Gruppe ausschalten. Erst viele Jahre später hat sich die unheimliche Macht des inzwischen zur Reichswehr durchorganisierten Militärs langsam offenbart – in der Vision der Maschinengewehre am Generalstreiktag... Die Macht der Gewalt offenbart sich erst, wenn die normale Politik am Ende ist: die Maschinengewehre standen schon immer in den Kasernen bereit, aber sie waren gleichsam stumm; erst, wenn man daran denken kann, sie schußbereit zu machen, werden Waffen beredt, auch ohne zu schießen. Aber da war es zu spät, da wurde man die Herren nicht mehr los. Warum hat man sie nicht zwischen jenem erzwungenen „noch nicht“ der ersten Jahre und diesem „zu spät“ der letzten rechtzeitig entwaffnet und nach Hause geschickt? In den Jahren 1925, 1926 etwa? Weil man sich auf die Verfassung verließ, statt auf den wahren politischen Leib des Staates, die Arbeiter und die Katholiken. Damals hätte man die Reichswehr und ihren Offiziersbestand mit Arbeitern und Katholiken durchsetzen müssen, dann hätte man sie später für die Erste Republik einsetzen können, statt zähneknirschend zu erleiden, wie ihre Soldaten nun mithalfen, den Staat Schritt für Schritt nach rechts zu drücken, in den Abgrund.

Das Versagen

Die Arbeiter und die Katholiken? Wo bleiben die liberalen Bürger? Ach, sie waren inzwischen allmählich gänzlich anderen Sinnes geworden. Als Staatsminister Hellpach² den Katholiken vorhielt, man könne sie nachsichtig und tolerant als „Bürger“ der Demokratie gelten lassen, keinesfalls aber als ihre „Bürgen“, da waren in Wahrheit gerade seine Bürger wieder Bürger geworden: Bürge der Demokratie waren sie nie gewesen. Das gilt von den bürgerlichen Massen. Daß der Geist des Liberalismus in sehr respektablen einzelnen Vertretern mit im Spiele blieb, ist wahr und soll nicht vergessen werden. Aber um die Mitte jener vierzehn Jahre waren es [15] im Grunde die Arbeiter und

die Katholiken, auf welche die Republik, ihr eigentlicher Sinn und Inhalt angewiesen war.

Auch sie versagten. Die Sozialdemokraten aus Schwäche, aus Sättigung, aus Unglauben (aus dem Verlust des Glaubens an den Sozialismus nämlich), die Katholiken aber, weil sie das Bündnis mit den Arbeitern und seinen historischen Sinn verrieten. Das Zentrum verstand sich als „Verfassungspartei“, – so legte es Wilhelm Marx³ fest. Das war die Flucht aus der Geschichte in die Formalität. Es gab am Ende nur zwei fixe Punkte für das Zentrum: den christlichen Glauben mit allem, was damit besonders an Kulturpolitik zusammenhing, und die Legalität, die Verfassung. Alles andere war freibleibend. Alles war möglich, wenn es nur nicht gegen den Glauben und gegen die Verfassung war. Und weil alles möglich war, so geschah eben leider das Falsche: kein Widerstand gegen den Druck, über die Große Koalition in den Bürgerblock und aus ihm zum Ermächtigungsgesetz. War es gegen den Glauben? Nein. War es gegen die Verfassung? Nein. Also konnte es bewilligt werden. Auch der Panzerkreuzer A⁴ schien weder gegen den Glauben noch gegen die Verfassung zu sein, – auch er ein Schritt zum Abgrund. So ist das Zentrum gescheitert, weil es sich nicht wirklich und ernsthaft für die Koalition und ihren geschichtlichen Sinn entscheiden konnte, – trotz den leidenschaftlichen Bemühungen einiger Politiker, der Jugend, der Zeitungen und Zeitschriften um den Frankfurter Carolus-Verlag und seine „Rhein-Mainische Volkszeitung“⁵ und anderer Kreise verwandten Geistes. Und es ist gescheitert, das darf nicht vergessen oder weggedeutet werden. Hier vor allem liegt der Grund, weshalb es nicht wiederkommen darf.

II.

Ziel und Weg der Zweiten. Republik

Wir springen (über zwölf bittere Jahre hinweg) in die Gegenwart. Zum zweiten Mal ist den Deutschen eine Revolution geschenkt worden. Wenn man eine Revolution plant, vorbereitet, durchleidet, durchkämpft und endlich siegt, so pflegt man zu wissen, was man will. Wir wissen es im Jahre 1945-1946 ebensowenig, wie wir es 1919 gewußt haben. Der Sieger hat die vormals herrschende Macht zerschlagen, nicht wir. Deshalb ist heute wie damals der neue Staatsinhalt, den eine echte Revolution in sich ausgebildet hätte, nicht da, – er muß erst errungen werden. Auch von den reifen Staaten unterscheiden wir uns durch eben diese Grundbestimmung: der eigentliche Sinn und Auftrag unseres Staates liegt nicht in der Gegenwart, sondern in der Zukunft: er ist ein Ziel. So war es 1918, – und das Ziel ist verfehlt worden. So ist es 1946, – und das Ziel muß erreicht werden.

Also muß es zunächst gesehen werden. Wir brauchen die produktive Utopie. Wir brauchen sie umso dringender, als uns die äußerste Not der Stunde und die Enge, in der wir existieren, alles große Planen zu verbieten [16] und uns ganz auf den Weg der Improvisation, der kleinen Lösungen von Fall zu

Fall, auf den Weg des allergeringsten Widerstandes, auf den Weg zwangsläufiger, sachlicher Maßnahmen zu verweisen scheinen. Je enger der Spielraum ist, der uns für die nüchterne und überaus genaue Bewältigung der Schwierigkeiten des Tages zu bleiben scheint, umso zäher müssen wir alle Maßnahmen in die Richtung eines Fernzieles bringen, geduldig, aber unerbittlich. Zwingen die Umstände uns zu Umwegen, ja zu Rück-Schritten, so ist es umso nötiger, das Ziel im Auge zu behalten, damit bei der ersten Gelegenheit, die sich bietet, wieder ein Schritt oder ein Schrittlchen in der richtigen Richtung getan werden kann. Wenn wir uns nach Art von Positivisten und reinen Praktikern von dem Scheingesetz der Stunde und des Vordergrundes beherrschen lassen, sind wir den Zufällen ausgeliefert, oder vielmehr der Schwerkraft der Dinge, den mächtigsten Tendenzen und Interessen, dazu der Trägheit. Dieses Fernziel darf nicht vom Ideal konstruiert und der Wirklichkeit übergestülpt sein, sondern es muß aus ihren Gegebenheiten und Tendenzen in Scheidung und Entscheidung entwickelt sein, – über diese wichtige, ja entscheidende Bestimmung wird noch viel zu sagen sein. Es hat nicht absolut, sondern geschichtlich konkret zu sein, nicht zu eng (sonst wird es sehr bald von den Tatsachen widerlegt sein), nicht zu weit (sonst hat es keine Richt-Kraft für die Entscheidungen des Tages). Es muß genügend starken (oder in Zukunft starken) Partnern willkommen oder doch zumutbar sein. Die Partner müssen die epochale Bedeutung ihres Bündnisses mehr oder weniger bewußt verstehen und es ernstnehmen. Sie müssen lernen, zwischen dem Freund und dem Gegner des Bündnisses zu unterscheiden, nicht um diesen zu vergewaltigen, sondern um mit jenem zum Erfolg zu kommen: zum Ziel.

Wie heißt das Ziel? Das Ziel der Zweiten Republik? Einer Republik, die sich inhaltlich versteht, statt formalistisch, zukunftswillig statt positivistisch?⁶

Lassen wir das Selbstverständliche (leider nicht ganz Selbstverständliche...) für diesmal weg: den Geist der Demokratie, die Freiheit, die Gerechtigkeit. Nicht als ob diese Grundlagen unserer neuen staatlichen Existenz nicht von höchster, Bedeutung wären! Wir haben ja einen drastischen Anschauungsunterricht über die Bedeutung dieser Elementarfächer erhalten, einen negativen, in den zwölf Jahren nämlich, da sie nicht gelehrt und geübt wurden. Aber sie sind seit dem April und Mai des Jahres der Befreiung oft und viel, schlecht und recht, doch auch gut und wahr besprochen und beschworen worden. So können wir sie hier überspringen.

Deutschland, Europa und der Sozialismus

Gleich die ernste und elementarste unter den Bestimmungen, die wir nicht überspringen dürfen, scheint unsere ganze Bemühung oder vielmehr ihr deutsches Subjekt in Frage zu stellen; denn sie heißt: Europa. Wir proklamieren das Ende des souveränen Nationalstaates. Wir können es [17] umso mehr, als wir es sind, dieses Ende: nur müssen wir es auch wollen, um aus der Not der Stunde wahrhaft eine Tugend zu machen. Die europäischen

Nationen sind zu klein geworden. Sie werden nicht mehr fertig mit der Krise, sie kommen nicht mehr durch, wenn sie daran festhalten, auf eigene Rechnung zu arbeiten. Wir steuern die europäische Konföderation an, wir suchen insbesondere enge Verbindung mit Frankreich und England, – nicht gegen andere außereuropäische Mächte, sondern geradezu für sie, wenn auch zunächst einmal für „uns“, für diesen in Krieg und Krise zerrütteten Kontinent. Wir suchen Verbindung und Austausch mit der ganzen Welt, vor allem mit den Vereinigten Staaten, denen wir am meisten Dank schulden, ferner mit unserem mächtigen Nachbarn im Osten. Die europäische Stufe darf dabei jedoch nicht übersprungen werden.

Zum abendländischen Erbe gehört die Unterscheidung der Völker: unser Ideal ist nicht der Schmelztiegel, sondern die gegliederte Fülle, nicht ein Völkergemisch, das Esperanto spricht, sondern eine Konföderation der europäischen Völker. In ihm will „Germania“ „wehrlos“ sein, wie Hölderlin es beschworen hat. „Rat“ zu geben „rings den Königen und Völkern“, – diesen Anspruch haben wir allerdings gründlich verspielt, doch glauben wir freilich eines Tages den anderen das eine oder andere Wort sagen zu können, aus der besonderen Weisheit und Gnade dessen, der in schwere Schuld und unheimliches Verhängnis tief verstrickt war und sich in Selbstbesinnung und tätiger Buße gereinigt hat. Eines Tages, nicht jetzt, – denn noch ist die Stunde des Gerichtes, und es ziemt dem Angeklagten nicht, den Kläger, die Richter und die Zeugen zu belehren, es sei denn schweigend durch die Art, wie er den Prozeß durchsteht.

Europa, der arme Kontinent, kann nur gelten und bestehen, wenn er sich zusammenrafft: wenn er seine Bodenschätze, seine Produktionsmittel und seine Arbeitskraft planmäßig organisiert. Das bedeutet das Ende der europäischen Idylle. (Übrigens auch auf dem Lande und in den agrarischen Ländern. Hier liegen sehr schwierige Aufgaben.) Unser Friede ist dahin, seitdem wir modern geworden sind: Wir können nur zu neuem Gleichgewicht kommen, wenn wir noch moderner werden, Und freilich bei dieser Gelegenheit den ganzen Prozeß in unsere Hand und unter unseren Willen bekommen. Die europäische Freiheit und Unabhängigkeit rettet sich nicht, indem sie auf sich besteht, sondern indem sie sich freiwillig begrenzt. Das gilt für den Einzelnen, wie für die Gruppen, wie für die Völker.

Wer soll der Träger des Planes sein? Nicht eine Clique (von Kapitalisten, Nazis, Bürokraten, Parteiführern), nicht der Staat (er nur „federführend“, jeweils vorläufig, stellvertretend und partiell), sondern das Volk. Das bedeutet technisch-organisatorisch so etwas wie „Wirtschaftsdemokratie“. (Wir haben nicht vergessen, daß die Demokratie von 1918 auch deshalb machtlos war, weil sie nur den Staat, nicht aber die Wirtschaft zu demokratisieren unternahm.) Aber jenes schwache Wort begreift die epochale Wendung nicht ein, die das bedeutet, nicht die elementaren und tiefen [18] Forderungen, die sie an den Menschen, seine Moral, seine Lebensführung stellt. Wir wissen ja, daß

die europäischen Völker, wenn sie ihre Wirtschaft planmäßig organisieren und diesen Plan in hundert Formen und Stufen und Arten im Volk verwurzeln, in eine neue geschichtliche Epoche eintreten – in die des verwirklichten Sozialismus.

Europa und Sozialismus, das ist eine allererste Fixierung. In einer geschichtlichen Bewegung, die dahin führt, hätte die Zweite Republik der Deutschen als Einheit, doch in sich gegliedert und föderalistisch organisiert, ihren Platz. Der Weg zu ihr schließt eine unabsehbare Fülle von Sachschwierigkeiten und Einzelaufgaben ein, die nur in sorgfältiger, geduldiger und zäher Arbeit bewältigt werden können. Das wäre schon so, wenn uns das Regime und die Katastrophe erspart geblieben wären. Jetzt aber, nach dem Verlust des agrarischen Ostens, nach der Aufnahme der Millionen Ostflüchtlinge (deren dauernde Eingliederung sie selbst und uns alle, vor allem auch das Land, vor eine äußerst schwere Aufgabe stellt), nach der Zerstörung der Großstädte, der Verkleinerung der Industrie, der Aufteilung in Zonen, nach alledem ist alles noch um viele Grade schwieriger geworden. Wir brauchen die hingebende, nüchterne Arbeit der Fachleute, – aber auch die Entscheidungen der Politiker, die alle Einzelarbeit auf das Ganze abstellen.

Die Arbeiter und die Christen

Träger, „Realisationsfaktoren“ dieser Zweiten Republik sind die Arbeiter und die Christen. Daß wir mit dieser lapidaren Feststellung eine ungemein vielfältige gesellschaftliche Struktur sehr gewaltsam vereinfacht haben, wird nicht bestritten. Es fragt sich eben nur, ob diese Vereinfachung auf einen Grund-Dualismus nicht doch die historische Stunde und ihre Aufgabe im Grunde richtig bezeichnet. Wir sind davon überzeugt.

Warum aber „Christen“ und nicht „Bürger“? Zunächst, weil sowohl der wirtschaftliche Begriff des Bürgers (Existenz durch Arbeit mit eigenen Produktionsmitteln) als auch der allgemeinere („Besitz und Bildung“) mit jeder Phase der großen sozialen Umwälzung, die wir seit Jahrzehnten erleben, fragwürdiger geworden sind. Sodann, weil die Bürger als solche keine Bürgen des Sozialismus, keine originären Sozialisten sein können, wenn auch durchaus Mitträger, sogar rechte und gute. Dasselbe gilt von den Bauern. Sie haben beide, wenn sie es recht verstehen, ein vitales Interesse am Sozialismus, denn ohne planmäßige und demokratische Organisation der Wirtschaft (und das heißt ja Sozialismus) kommt das Ganze nicht in Ordnung, von dessen Gedeihen das wirtschaftliche Heil des Bauerntums und der bürgerlichen Gruppen durchaus abhängt. Aber dieses ihr vitales und reales Interesse ist nicht unmittelbar, sondern mittelbar, ist umwegig, ist vermittelt durch das reale Ganze, ist erkennbar nur durch eine Besinnung auf dieses Ganze. Sie sind als Bauern und als Bürger kaum dahin zu bringen, wohin man sie zu ihrem eigenen Heile bringen muß, denn allen Gruppen als solchen fallen Umwege schwer. Die soziale Besin-/[19]nung auf das Ganze ist ihnen zwar zuzumuten, zumal

da sie auf ihr eigenes wohlverstandenes Interesse abzielt, aber schwer vollziehbar, – es sei denn in der christlichen Besinnung. Der soziale Appell des Christentums, der ja im Namen der Gerechtigkeit die Besinnung auf das Ganze jeweils immer fordert, vermag die starren Geister in Bewegung zu bringen, die Härte des Interessen-Denkens zu lockern. Auch ist nur in der christlichen Auflockerung und Vertiefung das bürgerliche und das bäuerliche Erbe zu retten, denn nur so wird es biegsam und wandlungsfähig. Außerhalb der christlichen Besinnung wird das bürgerliche Denken leer (wie in den letzten Phasen des Liberalismus) oder starr (wie in der bürgerlichen Reaktion). Ohne christliche Besinnung bleibt der Bauer hart und eng. Wir haben im übrigen gesehen, was aus dem Bürger und zum Teil auch aus dem Bauern wurde, wo er der großen Versuchung ohne die Kraft des christlichen Glaubens ausgesetzt war, einer Versuchung, welcher eine Kernschicht der Arbeiterschaft auch ohne jene Stütze widerstanden hat. Das sind rein politische Erwägungen, wie sie auch ein nichtgläubiger Politiker anstellen kann: die vorzügliche Beziehung zur Wahrheit schlechthin, die der Christ hat, lassen wir hier aus dem Spiel.

Die Arbeiter und Christen, – damit ist ein altes und nur mit Trauer zu lesendes Kapitel deutscher Geschichte aufgeschlagen. Wir fordern ein Bündnis, – aber ist da nicht eine Kluft? Wir fordern Freundschaft, aber sind sie nicht Feinde? Es gibt Arbeiter, die Christen, und Christen, die Arbeiter sind, eine Schicht, die weder ihr Christentum noch ihr Arbeitertum verraten hat. Aber diese starke Brücke zwischen den beiden Gruppen hat nicht verhindert, daß sich die Arbeitermassen in einem Sozialismus organisiert haben, von dem sowohl Leo XIII.⁷ wie Bebel⁸ mit gleicher Schärfe geurteilt haben, daß er mit dem Christentum unvereinbar sei. Niemand kann wissen, ob das so bleibt. (Es ist ohnehin viel passiert seit 1891.) Sollte aber die alte Gegnerschaft aufrechterhalten bleiben, so würde das nichts daran ändern, daß von dem politischen Zusammenwirken der Arbeiter und der Christen das Gedeihen Deutschlands und Europas abhängt. Aber jene Koalition wäre immerhin mit erheblichen Vorbehalten belastet. Nun gibt es freilich einen Grund zu der Hoffnung, jene beiden großen Mächte der modernen Zeit könnten allmählich ein anderes Verhältnis zueinander finden.

Der Sozialismus ist aus dem Proletariat erwachsen. Der Proletarier – wir denken an die ersten hochkapitalistischen Jahrzehnte in den industriellen Bezirken Englands, Frankreichs, Belgiens, Deutschlands, Jahrzehnte ohne Sozialpolitik, ohne Arbeiterschutz, zwölf Stunden Arbeit oder mehr, kein Urlaub, „Hungerlöhne“, Kinderarbeit, Verlust des Eigentums, der Heimat, jeder Hoffnung, Verlust der Bildung, der Sitte, jeder Bindung –, der Proletarier dieses schrecklichen halben Jahrhunderts war der radikale Nicht-Bürger. Er war fast noch nicht positiv definierbar, sondern nur durch das, was er verloren hatte. Er war nicht nur ausgeplündert, sondern geradezu [1/20} „ausgesetzt“, fast eine leere Möglichkeit. War es seine Schuld, daß er auch das Christentum verlor? Ein Christentum, das in recht schwer auflösbarer dargelebter

Verbindung, in einer Symbiose, geradezu ein tragendes Element der bürgerlichen und bäuerlichen Welt geworden war (– jener Welt, aus der er ausgesperrt blieb –) und dazu die Sanktion der Herrschaft? Ein Christentum, auf das sich am Ende gar die Ausbeuter unter der beifälligen Zustimmung der bürgerlichen Zuschauer beriefen, um die Methoden der Ausplünderung zu rechtfertigen und ihn, der an seinen Ketten zerrte, als Feind der heiligen Ordnung ins Unrecht zu setzen? Wo die Schuld lag und wie sie verteilt war, das weiß nur Gott allein. Aber das ist wohl gewiß: es gehörte eine ungewöhnliche Kraft und Unbeirrbarkeit des Glaubens dazu (und also auch eine besondere Gnade), wenn in den eigentlichen Zonen der Verwüstung proletarische Christen die Unterscheidung fanden und festhielten, zu der das christliche Bürger- und Bauerntum nicht fähig noch bereit war, die Aussonderung des Glaubens aus der Verflechtung mit der Zeit. Wer aus dem Hause ausgeschlossen war, verlor auch den Gott des Hauses: von da stammt die Feindschaft, die sich ein Jahrhundert lang entwickelt hat, eine Feindschaft, die von einem anderen Teil des Bürgertums, von der Avantgarde des Fortschrittes, verhängnisvoll genährt wurde.

Das Wort des Glaubens an die Arbeiter

Aber heute ist auch der Bürger ausgesetzt. (Lassen wir den Bauern einmal aus dem Spiel, – aber auch er ist gefährdet! Doch wird er dem Arbeiter nicht viel zu sagen haben.) Der Bürger hat die Sicherheit verloren, die früher zur bürgerlichen Natur gehörte. Er steht den Mächten der Vernichtung fast ebenso schutzlos gegenüber wie der Arbeiter (der seinerseits inzwischen viel sicherer in der Welt Fuß gefaßt hat, ja heute nicht so sehr als Proletarier ausgesetzt ist, sondern wie eben alle anderen auch). Wenn der Bürger ein Christ geblieben ist, so ist er in einer ganz anderen Weise Christ als die vielen Generationen bürgerlicher Christen vor ihm. Die Scheidung zwischen „christlich“ und „bürgerlich“, die vor hundert Jahren seine Vorfahren nicht machen konnten (und die Proletarier also auch nicht), diese Scheidung hat nun das Geschick selbst vollzogen: Gott ist nicht mehr der Garant der Ordnungen und Sicherheiten, sondern der Gott des Heils, zu dem der Mensch, und nun auch der Bürger, preisgegeben und ausgesetzt, in seiner Verlorenheit die Hände und das Herz erhebt. In seiner Not ist ihm auch seine Schuld aufgegangen. Niemand kann etwas darüber sagen, ob die Christen „besser“ oder „frömmere“ geworden sind, das weiß nur Gott allein, aber das ist sicher, daß das Christentum durch jene Scheidung reiner, tiefer, ernster, echter geworden ist, nicht durch Verdienst, sondern kraft jenes Scheideprozesses, der die bürgerliche Schlacke vom Erz des Glaubens besser trennte. Nun vermögen sie zu den Arbeitern zu sprechen, die bürgerlichen Christen, als Ausgesetzte zu Ausgesetzten, im gleichen Geschick. Nun vermögen proletarische Ohren die christliche Verkündigung wieder zu vernehmen. [21]

Das ist eine Möglichkeit, mehr nicht. Weder weiß man, ob die Christen sprechen werden, noch ob die Arbeiter hören wollen. Es ist nur ein Hindernis

weggefallen. Es hat sich ein Weg aufgetan, der lange versperrt war. Noch weiß niemand, ob sie ihn gehen werden, die Arbeiter und die Christen. Aber diese bloße Möglichkeit hat geschichtlichen Rang.

Der Christ wird sie im Licht des Glaubens sehen, als eine Möglichkeit des Heiles. Davon dürfen wir hier absehen. (Aber der Christ wird sie sehr ernst bedenken, und er wird nicht vergessen, daß das Gebet eine heimliche Macht besitzt, die Epoche machen kann.) Hier reduzieren wir die Frage auf ihren politischen Gehalt. Europa hängt von den Arbeitern und von den Christen ab. Ohne die Arbeiter (ohne ihre aktive, ja führende Mitarbeit) geht es nicht. Ein Europa ohne die Arbeiter, oder gar gegen sie, würde ersticken; es würde Schritt für Schritt in die Reaktion verstrickt werden, daran würden auch die wohlgemeinten Anstrengungen der sozialen Bürger und der tüchtigen Fachleute nichts ändern. Aber es geht auch ohne die Christen nicht. Sie bringen das Erbe der Jahrhunderte mit. Ohne die christliche Auflockerung und Vertiefung wäre dieses Erbe dem neuen Europa nicht assimilierbar. Die Christen bringen viele reife und feste Menschen mit, schlichte und führende; ohne sie käme die „Linke“ nicht durch. Die Arbeiter unter den Christen, ob sie nun parteipolitisch hier oder dort oder dazwischen stehen, werden mithelfen, die beiden Mächte einander näherzubringen. Auf ihrem Verhältnis beruht die Zukunft Europas. Zunächst wird nur die Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit verlangt, die Bereitschaft auch, einander ernstzunehmen, sich miteinander zu beschäftigen. Ferner, gemeinsam an der Formulierung und lebendigen Ausprägung politischer Vorstellungen zu arbeiten, die bestimmt genug sind, um klare Entscheidungen möglich zu machen und Freund und Gegner unterscheiden zu lassen, aber weit genug, um den sozialistischen Hoffnungen und den christlichen Verantwortungen zugleich Raum zu geben. Alles andere wird man der Zukunft überantworten, (Und der Hand Gottes anvertrauen, der nicht nur aus Königen Heilige erwecken konnte, sondern auch Herr der modernen Gesellschaft ist.)

Die Parteien

Parteien können wechseln. Die Chance einer deutschen Labour-Partei (in der die Zweite Republik einen einheitlichen Träger gefunden hätte) ist entweder nicht ernstlich dagewesen oder aber rasch vertan worden. Wer will, mag dieses Ziel ansteuern. Vorläufig ist die Labour-Idee nur in einer ziel- und selbstbewußten, staatstragenden Koalition zu verwirklichen. Parteien können wechseln, – und diese Ausführungen wären mißverstanden, wenn man sie allzufest auf die gegenwärtige Parteienkonstellation bezöge. Aber man wird immerhin sagen können, daß neben den Gewerkschaften und anderen Zweigen der breiten Arbeiterbewegung die beiden „Arbeiterparteien“⁴⁹ Ansätze zeigen müssen, die in der Richtung auf eine solche Koalition entwickelt werden können. [22]

Vor allem natürlich die SPD, der in dieser Stunde und in dieser Sache eine große historische Aufgabe und Verantwortung zufällt. Wer das so sieht, wird dieser Partei, ob er ihr nun angehört oder nicht, mit aller Wunschkraft des politischen Herzens anwünschen, sie möge gläubiger, jünger, unbefangener, lebendiger, vor allem aber weniger doktrinär-marxistisch und mehr lebendig-sozialistisch werden, – entschiedener und flexibler zugleich. Ferner wird sie erkennen müssen, daß sie in dem traditionellen Freidenkertum eine recht belastende Erbschaft des liberalen Bürgertums mit sich herumschleppen würde. Sie sollte ihre kulturelle „Links“-Haltung, die sie keineswegs gegen einen Traditionalismus christlicher oder nationaler Prägung einzutauschen braucht, neu formulieren, und zwar so, daß sie nicht mehr im Gegensatz zum christlichen Glauben steht.

Die KPD hat durch die Tat zu erweisen, daß sie der Diktatur ein für allemal abgeschworen hat. Es ist ja überhaupt nicht so ganz einfach mit ihr. Wird sie auf die neue Situation als deutsche europäische Partei sachlich und endgültig und nicht nur taktisch eingehen? Wenn sie das tut, und zwar nicht nur in Worten oder allzu kurzfristigen Taten, sondern gründlich, endgültig und glaubwürdig, so wird sie einen Beitrag leisten können, und dann werden die anderen, auch die Christen, ebenso ehrlich bereit sein müssen, ihn als politisches Faktum in Rechnung zu stellen. Die KPD hat früher viel „schlechtes Material“ gehabt, – die „Ausgesetztheit“ der äußersten Proletarität ist ja nicht nur eine Chance zur guten Radikalität, sondern auch eine Versuchung zur Verantwortungslosigkeit. Sie war mit Radikalinskis und Intellektualisten belastet, war aber auch die Heimat und der Kampfplatz von unbeugsamen, mutigen Sozialisten. Es wäre ein großer, ja ein entscheidender Gewinn, wenn diese Tradition, von ihren terroristischen Schlacken gereinigt, nicht in taktischer Anpassung, sondern in ehrlicher Bereitschaft in eine Koalition eingebracht würde. Freilich würde das nicht nur den Abbau aller diktatorischen Absichten, sondern auch der grundsätzlichen Feindschaft gegen Christentum und Religion voraussehen. Die besten Kommunisten kennen die Bedeutung einer absoluten Bindung: sie sollen sie auch im Christen ernstlich respektieren.

Christliche Sammlung?

Die Christen haben sich in den meisten Gegenden zur „Christlich-Demokratischen Union“ zusammengefunden. Ist sie ein Zentrum auf verbreiteter Grundlage? Eine christliche statt einer katholischen Sammelpartei? Kommt es auch ihr im Grunde nur auf die zwei festen Punkte Christentum und Verfassung an? Entwickelte sie sich so, dann wäre die Partei in Gefahr, die historische Aufgabe zu verfehlen; sie heißt: europäischer Sozialismus aus christlicher Verantwortung, sie heißt also: die christlichen, die katholischen und die evangelischen Arbeiter, Bauern und Bürger so zu führen, daß sie als wirkliche Glieder jenes Bündnisses den Weg zur Zweiten Republik wirklich mitgehen. Das wäre also ein Links-Kurs? Wenn man [23] will: Ja. Aber was heißt schon „links“? Dieser Kurs ist ebenso sehr ein Rechts-Kurs, wenn „rechts“ den Sinn

für die Bindung, die Traditionen, das „Alte Wahre“ andeutet. Es geht darum, aus der konservativen Grundhaltung des Christen in klarer Einsicht in das Notwendige jene notwendigen Taten entschieden zu tun, die der konservative Mensch bisher im allgemeinen lieber den unruhigen „fortschrittlichen“ Naturen überlassen hat.

Es gehört zu dieser Aufgabe, daß die Union den Versuch machen muß, die evangelischen Christen aus jeder Verstrickung in den Nationalismus, aus jeder Bindung an den Geist des alten obrigkeitlich-militärischen Deutschlands zu lösen. Die Bekennende Kirche¹⁰ hat in ihrem Bekenntnis zum wirklichen Christus die Grundlage für die Befreiung aus den Banden eines deutsch-bürgerlichen Verständnisses des Christentums gefunden; den liberalen und den vermittelnden Schichten in den Kirchen wird es weit schwieriger sein, ihre politische Heimat durchaus preiszugeben und in einer neuen Fuß zu fassen. Diese politische Bekehrung aber kann ihnen nicht erspart werden. Die Union soll freilich „sammeln“, aber nicht alle Christen schlechthin und unbesehen, sondern nur alle diejenigen Christen, die das Gesetz der Epoche und die politische Sendung der Christen begriffen haben.

Haben wir die christlichen Arbeiter vergessen? Nein: sie haben den Schlüssel in der Hand. Sie sind die Klammer. Sie sollten in der Union stark sein als Garantie gegen jede Verbürgerlichung. Und sie sollten auf der „Linken“ als lebendiger Einspruch gegen eine atheistische oder freidenkerische Verengung der sozialistischen Arbeiterbewegung kräftig wirken.

Der Geist der Epoche

Die Erörterung hat ins Parteipolitische geführt. Sie darf nicht damit schließen. Die Parteien selbst, die hier als Subjekte der Politik in die Rechnung eingesetzt werden, sind noch lange nicht so weit, in diesem Sinne eindeutig zu wirken. In ihnen, aber auch außerhalb ihrer muß der Geist der Zweiten Republik Boden fassen, die Köpfe und auch die Herzen gewinnen. Es geht ja nicht nur um politische oder ökonomische Maßnahmen, sondern auch um Menschen, die sie tragen. Es geht nicht nur um die Republik, sondern auch um die Republikaner, nicht nur um eine Art von technisch-organisatorischem Sozialismus, sondern um den sozialistischen Menschen, den christlich fundierten vor allem, der die neue Ordnung schon in ihrer Entstehung wirklich mit seinem Geiste erfüllt. Der Vorgang hat nicht politische, sondern historische Dimension. Es geht um den Geist einer Epoche. Diese Sache geht die Literatur so gut an wie den Staat und die Wirtschaft, sie berührt die Dichter, Schriftsteller und Verleger, die Lehrer und die Theologen so gut wie die Berufspolitiker. Die Gegenwart trägt die Zukunft in ihrem Schoß. Die Geburt kann glücklich sein und sie kann mißraten. Das ist ein Vorgang größer als alle Programme. Die Politik ist in einem größeren Gesamtgeschehen nur eine Zone, eine recht zentrale freilich. In ihr aber kommt es sehr auf das „Programm“ an, auf [24] die Entscheidung, auf ein eindeutiges Ziel. Wenn es recht ermittelt worden ist,

hilft es der Epoche, zu sich selber zu kommen. Doch kann sie auch alles verderben. In Deutschland hat die Politik viel verdorben. Der Geist, der sie preisgab und sich dann und deshalb selbst an sie preisgeben mußte, darf nicht länger vornehme Abstinenz üben, die Politik darf nicht länger geistlos bleiben. Der Geist, die Geistigen in Deutschland, gehören mit in die Verschwörung hinein. Haben wir von ihnen noch nicht gesprochen? Wir haben ständig von ihnen gesprochen. Geht es ohne die Arbeiter nicht und nicht ohne die Christen, so geht es auch nicht ohne den Geist. Darüber wird noch viel zu sagen sein.

„*Spes contra spem*“

Wird es denn überhaupt gehen? Ach, es ist eine „Hoffnung wider die Hoffnung“¹¹, die hinter der Proklamation der Zweiten Republik steht. Wir haben allen Anlaß, das deutsche Volk für recht schwer belehrbar zu halten, und auch seine Umwelt besteht nicht nur aus Philosophen und Idealisten. Zieht man Bilanzen, so ist das Ergebnis unklar; wenige Positionen sind genau bekannt, viele sind unbekannt oder noch unentschieden. Die Hoffnung muß an vielen Stellen der Rechnung positive Größen einsetzen, deren man noch nicht sicher ist. Lohnt es sich, daraufhin anzufangen? Das ist eine Sache des Glaubens und der aus ihm genährten Hoffnung. Wir wissen nicht, ob der Herr der Geschichte uns Europäern eine im irdischen Sinne sinnvolle Fortsetzung oder gar Vollendung unserer Traditionen bestimmt hat oder nicht. Wir dürfen es aber hoffen. Und auf diese Hoffnung hin dürfen wir ans Werk gehen, – ja, müssen wir ans Werk gehen:

„Für uns gilt allein das Versuchen. Der Rest ist nicht unser Geschäft.“

Walter Dirks: Die Zweite Republik. Zum Ziel und zum Weg der deutschen Demokratie, in: Frankfurter Hefte, 1. Jg. H. 1, April 1946, S. 12-24.

Anmerkungen und Erläuterungen

¹ Mit den drei Partnern der Koalition sind gemeint: Die NSDAP, die DNVP und der „Stahlhelm“, der Verband der Kriegsveteranen.

² Willy Hellpach ein ein bekannter Politiker der DDP und zeitweilig Staatsminister (Regierungschef) Baden, als er 1925 den zitierten Ausspruch tat.

³ Wilhelm Marx war einer der führenden Politiker der Zentrumsparterie, 1922-28 ihr Vorsitzender und zweimal Reichskanzler.

⁴ Der Bau des Panzerkreuzers A am Ende der bürgerlichen Koalition 1928 gab Anlass zu einem heftigen Streit im Reichstag, weil damit die finanzielle Unterstützung für Schulspeisungen zugunsten eines militärischen Prestigeprojekts am Rande der Bedingungen des Weimarer Vertrags geopfert wurde. Vermutlich trug dies auch zum Wahlsieg der SPD 1928 bei, die damit erstmalig seit 1920 wieder den Reichskanzler stellte.

⁵ Die Rhein-Mainische Volkszeitung war eine bedeutende linkskatholische Zeitung seit 1923 im Bistum Limburg mit weiter Ausstrahlung- Feuilletonredakteur war Walter Dirks.

⁶ „positivistisch“ war ein wichtiger philosophisch-politischer Begriff in der Auseinandersetzung in der Weimarer Republik mit Nachwirkungen in der Bundesrepublik (vgl. Wikipedia: Positivismusstreit). Die damalige Auseinandersetzung unter den Juristen und auch im Rückblick auf die Weimarer Republik kann man einfach so zusammenfassen, ob das geschriebene Recht nach dem Buchstaben oder auch nach dem Geist interpretiert werden müsse und wie weit der Geist gegenüber dem Buchstaben gehen könne.

⁷ Leo XIII., Papst 1878-1903. Außer der umstrittenen „Unfehlbarkeitserklärung“ hat er sich als der bis dahin politischste Papst erwiesen, setzte sich für die katholische Soziallehre ein und wurde deswegen auch „Arbeiterpapst“ genannt.

⁸ August Bebel, Mitbegründer und Vorsitzender der SPD 1892-1913.

⁹ Mit den beiden „Arbeiterparteien“ meint er tatsächlich SPD und KPD, deren Zwangsvereinigung zur SED unter kommunistischer Führung und auf Druck der Sowjetischen Militäradministration am 22.4.1946 kurz nach Erscheinen dieses ersten *Frankfurter Hefts* erfolgte und von der Dirks daher noch nicht wissen konnte. Er selbst hatte noch die Illusion, herübergerettet aus der Zeit vor 1933, dass es eine Verbindung von SPD, KPD und politischem Katholizismus geben könne, wofür er hier die Labour-Party anführt.

¹⁰ Bekennende Kirche: 1934 gegründete Opposition gegen die (Selbst-) Unterwerfung der Evangelischen Kirche („Deutsche Christen“) unter den NS-Staat. Dirks sieht hierin eine weitergehende Abkehr von der Nähe zur weltlichen Autorität.

¹¹ Lat. *spes contra spem* ist ein Zitat aus der Bibel, Römerbrief, das die Verbindung zwischen Glauben und Hoffnung bei Abraham betrifft. Die widersinnig wirkende Formel „Hoffnung wider die Hoffnung“ wird modern übersetzt mit: „Gegen alle Hoffnung hat er voll Hoffnung geglaubt...“ (Einheitsübersetzung) oder „Wo keine Hoffnung war, hat er auf Hoffnung hin geglaubt.“ (Röm. 4,18, Lutherbibel 2017). Gemeint ist: Wo keine Hoffnung mehr ist, bleibt der Glaube als Hoffnung.

Gericht und Gewissen¹

Von Eugen Kogon

[Vorangestellt war hier das Gedicht

„Die letzte Epiphanie“ (1945)

aus dem Buch Dies Irae (= Der Tag des Zorns)

von Werner Bergengruen.

<https://www.deutschelyrik.de/die-letzte-epiphanie.html>

Etwas Metaphysisches, das dem Verstand allein kaum mehr begreifbar ist, hat sich in den zwölf Rauhjahren des Dritten Reiches mit dem deutschen Volke abgespielt. Aus dem bayerisch-österreichischen Innviertel, wo die Überlieferungen des wilden Heerbanns zwischen Weihnacht und Epiphanie noch am lebendigsten sind, kam ein Mann, dem die Niedrigkeit in Form einer schwarzen Haartolle in die Stirn gestrichen und die Lächerlichkeit unter die Nase gewachsen war. Er trommelte, trommelte über das Land hin – in einem Advent des Hasses sich selbst als Erlöser kündend, bis um die Zeit der Wende sein Sturm brausend sich erhob und Deutschland mitriß. Ob sie ängstlich am Boden kauerten in der Hoffnung, es werde ohne Schaden über sie hinwegziehen, oder erhobenen Hauptes der nationalsozialisti[26]schen Streitkraft sich beigesellten, Parteigenossen, Wehrwirtschaftsführer, HJ-Bannerträger, Frauenschäfts-Leiterinnen, Blockwarte, Maiden, Soldaten, Soldaten, Soldaten, deren Blitzkriege Europa zerschmetterten, – sie waren alle gebannt von Ihm. Eingehüllt in ein gleißendes nationalistisches Blendwerk jagte er sie in den

apokalyptischen Feuer- und Bombenregen der jüngsten Tage. In den Abgrund der Not und der Verkommenheit gestürzt, erwachte schließlich der Rest inmitten von Trümmern und Leichen zur Dumpfheit eines neuen Bewußtseins. Was war geschehen? Wie war es geschehen? Es war nicht möglich! „Das alles haben wir gar nicht gewußt!“

Noch während es halbtäubt um die erste Besinnung rang, stürzte ein Chor von anklagenden Stimmen des Abscheus und der Erbitterung über das deutsche Volk her. Es bekam nichts anderes zu hören als den tausendfachen Schrei: Ihr, ihr allein seid schuld! Ihr Deutsche alle seid schuldig! Da verwirrte sich das Herz des Volkes, in vielen verhärtete es sich. Wegen des argen Geschreis um sie und wegen der eigenen Blindheit wollten sie vorn Insichgehen nichts mehr hören. Die Stimme ihres Gewissens ist nicht wachgeworden.

Nach allem, was ich seit Kriegsende bis jetzt in Deutschland gesehen, vernommen, selber gehört und beobachtet habe, weiß der durchschnittliche Deutsche noch immer nichts davon, daß Gott uns in Menschengestalt zu erscheinen pflegt, in der Gestalt des „geringsten der Brüder und Schwestern“, um uns auf die erlösende Probe der einfachen Menschlichkeit zu stellen. Wir können Deutsche, Amerikaner, Engländer, Franzosen sein, aber vor dem höheren Forum nur so lange, als wir dabei nicht vergessen und nicht verlernen, zu allererst Menschen zu sein. Von einem Hitler verführt, hat das deutsche Volk die mannigfache mahnende Erscheinung des Herrn nicht erkannt. Von den Stimmen der Beschuldigung betäubt, erkennt es ihn auch heute als Richter nicht. Aber hat Er denn nicht schweigend geprüft, gewogen und durch die Geschichte selbst sein Urteil gesprochen? Ich meine, das deutsche Volk sollte mit jener Objektivität, die es einst ausgezeichnet hat, lesen, was in den Prozeßakten der Wahrheit als ermittelt und bezeugt geschrieben steht, und dann sich selber fragen: Wo sind wir hingeraten? Wie war das möglich? Was können wir tun, um vor uns selbst und der Welt zu bestehen?

Die Konzentrationslager sind nur eines der grausigen Fakten, um die das deutsche Gewissen kreisen müßte. Gerade von ihnen will das Volk nichts mehr hören. Sollten wir nicht versuchen, in alter, guter Art, gründlich, gerecht und verstehend, die Frage abzustecken, den Kern bloßzulegen und dann unser eigenes Urteil zu fällen, – das Urteil des Richters, das schon gefällt ist? Vielleicht werden wir seinen tiefen Sinn für Deutschland und die pädagogische Absicht der Geschichte begreifen.

Der Richter ist nicht identisch mit den Exekutoren des Urteils. Viele sagen heute in Deutschland: Woher nehmen die Alliierten das Recht, moralisch über uns zu Gericht zu sitzen? Ist ihre Geschichte frei von Gewalt und Greueln? Haben sie ihre Weltreiche vielleicht mit Predigten, mit christlicher Güte und nach der evangelischen Verheißung erworben, daß die Friedfertigen die Erde besitzen werden? Auf diese sittliche Frage [27] hat die Bibel schon geantwortet, indem der Prophet den Gewalthaber Nabuchodonosor „Gottes

Knecht“ nennt, der von ihm gesandt sei, das israelitische Volk durch Strafe aus der Verirrung herauszuführen. Wer sich in den innersten Bereich des eigenen Gewissens begibt, um nach Recht und Unrecht bei sich selbst zu fragen, interessiert sich nicht für die moralische Qualifikation derer, die ihn äußerlich in die Lage der Besinnung gebracht haben. Er macht aus der beschämenden Not buchstäblich eine Tugend. Die andern sind die „Knechte Gottes“, ob gerecht oder ungerecht; er läßt ihnen den Triumph des Siegers, selbst wenn sie die gleichen oder ähnliche Wege betreten sollten, wie er selbst sie schuldhaft gegangen ist, und denkt nicht als Zöllner: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener Pharisäer da vorne!“ Denn wenn dieser den Tempel nicht gerechtfertigt verläßt, dann jener in solcher Gesinnung ebenso wenig. Verborgene Überheblichkeit ist nicht besser als offen zur Schau getragene.

Nun sagen freilich andere in Deutschland, sehr kluge Leute, Niederlage oder Sieg sei überhaupt keine moralische Frage, sondern ein Ergebnis der Realpolitik, die alles oder zu wenig abwog, jede Möglichkeit oder nur die eine und andere nutzte und materiell genügend oder zu mangelhaft unterbaut war. Die so denken – und gegenwärtig noch gehindert sind, es in größerem Kreise auszusprechen – gehören nicht alle zur Masse derer, die Hitler bloß deshalb verurteilen, weil er nicht gesiegt hat. Erfahrene, weit in der Welt gereiste Männer halten bußhafte Gesinnung einer modernen Nation für ein gefährliches atavistisches Überbleibsel. Wenn die antiken Völker noch an die Kraft sühnender Reinigung glaubten, im heutigen Kampf der realen Interessen, der zäh, Position um Position geführt wird, sei sie entschieden hinderlich. Ethos ist denen, die so denken, nicht Voraussetzung einer idealeren Politik, sondern Mittel wie dieses und jenes. Mag der Einzelne in sich gehen, ein Volk müsse auf dem harten Boden der Tatsachen bleiben. Die Argumentation, die einen gewissen Schein der Berechtigung trägt, entspringt indes einer der zahlreichen falschen Alternativen, durch die sich die seelisch allmählich dunkler und dunkler werdenden Jahrhunderte des zivilisatorischen Fortschritts auszeichnen. Denn Realpolitik, die mehr sein will als die Variation der Fehler unserer Vorfahren und mehr als ein noch so kluger Opportunismus, gewinnt durch sittliche Läuterung erst ihre sichere Grundlage und gefährdet durch das Gegenteil ihre eigenen Ziele. Der deutsche Wehrkreisbefehlshaber in Frankreich oder im Osten, der zur Sühne eines zivilen Angriffs auf einige Wehrmachtsangehörige ein ganzes Dorf ausrotten oder anderswo Allein von Galgen errichten ließ, gab sich dem Wahn hin, realpolitisch zu handeln. In Wahrheit erwürgte er, indem er die Gesetze der Humanität strangulierte, das wohlverstandene deutsche Interesse: *ex ossibus ultor*² — aus den Leichen der Geiseln erstanden die Rächer zu Tausenden. Die beste Realpolitik kann auf Dauer nur die sein, die alle Werte in Rechnung stellt, die höchsten zuerst, und ihnen gemäß handelt. Nützt es dem deutschen Volke, blutbeschmiert und [28] selbstbeschmutzt inmitten der zertrümmerten europäischen Arena unbesonnen zu verharren, in der es unter der Anführerschaft erklärter Verbrecher in ein Unrecht verflochten wurde, das über alle geschichtlichen Maße

hinausgeht? Soll es hartnäckig spekulierend darauf warten, bis andere sich vielleicht finden werden, die schlecht genug sind, ihm eine neue Koalition der Schandtaten anzutragen? Oder ist es nicht besser, die größte Niederlage seiner Geschichte zum Anlaß zu nehmen, um in die eigenen verschütteten Tiefen hinabzusteigen, wo das Gold der hohen deutschen Qualitäten — jawohl: das Gold! — begraben liegt, den historischen und nationalpsychologischen Wurzeln der Schuld nachzuspüren und nach Generationen der Geduld gewandelt zur Erfüllung der wahren deutschen Aufgabe in Europa und der Welt, zur Leistung des Beitrags, der seinem gereinigten Wesen entspricht, hervorzutreten?

Die Kräfte der Besinnung im Deutschtum zu wecken, war Aufgabe einer weitblickenden Realpolitik der Alliierten. Sie faßte sie in dem Programm der „reeducation“ zusammen. Und sie wurde eingeleitet durch die These von der deutschen Kollektivschuld. Der Anklage-„Schock“, daß sie alle mitschuldig seien, sollte die Deutschen zur Erkenntnis der wahren Ursachen ihrer Niederlage bringen. Man kann heute, fast ein Jahr nach Verkündung der These, nur sagen, daß sie ihren Zweck verfehlt hat. Das spricht nicht so sehr gegen das deutsche Volk als gegen das angewandte pädagogische Mittel, da ja der praktische Wert eines politischen Instruments allemal von der Erreichung des gemeinten Zieles abhängt. Die „Schock“-Politik hat nicht die Kräfte des deutschen Gewissens geweckt, sondern die Kräfte der Abwehr gegen die Beschuldigung, für die nationalsozialistischen Schandtaten in Bausch und Bogen mitverantwortlich zu sein. Das Ergebnis ist ein Fiasko.

Infolgedessen ist auch die alliierte KL-Propaganda fehlgeschlagen. Sie sollte, als die Sieger Zahl, Art, Umfang und System der Konzentrationslager in Deutschland selbst erst kennengelernt hatten, der Erhärtung der Schuldthese dienen. Auch das war falsch. Die grauenhaften Tatsachen durften nicht im Zusammenhang mit dem Anwurf der Kollektivschuld, sie mußten unmittelbar auf das deutsche Gewissen wirken. Ehe sie noch die Sphäre des tiefsten Rechts- und Menschlichkeitsempfindens, ja des Religiösen berühren konnte, wo der Deutsche der zwölf Jahre Hitler-Herrschaft und ihres seelischen Einflusses noch genug Widerstand geleistet hätte, wurde die KL-Propaganda schon abgelehnt, weil er merkte, daß er noch unentrinnbarer in die größere Schuld gestoßen werden sollte. Die meisten von ihnen spürten, daß sie ein höherer Richter nicht auf eine und dieselbe Anklagebank mit Verbrechern und Aktivisten der NSDAP gesetzt hätte, — von den zahlreichen edlen und todesmutigen Kämpfern oder doch wenigstens anständigen und wirksamen Trägern der inneren, im Ausland noch so unbekanntem Opposition gegen das Regime ganz zu schweigen. Ein berechtigtes Gefühl von Millionen wehrte sich gegen die Kollektiv-Anklage, die [1/29] einen egalisierenden Anschein hatte. Es brachte sie in der Selbstverteidigung auf die feinsten Ausflucht-Unterscheidungen, so zum Beispiel die, daß moralische Schuld — gar als Voraussetzung einer juristischen — immer an ein Individuum, das heißt an ein persönliches Gewissen gebunden sei, nie an ein Kollektivum; das nicht Person

sein kann. (Als ob die Verwerfung des Wortes „Kollektivschuld“, das der moraltheologischen Kritik nicht standhält, die Schuld selbst aufheben könnte, die eben die Anteilnahme jedes Einzelnen des nationalen „Kollektivs“ gewesen wäre!) Hätte man der sehnsuchtsvollen Erwartung zumindest der guten Hälfte des deutschen Volkes, von den Alliierten endlich aus dem Terror des Nationalsozialismus, den sie allein nicht mehr abschütteln konnten, befreit zu werden, bis zu Höhen wahrer Begeisterung Lauf gelassen, dann wären auch die enthüllten Konzentrationslager zu Marksteinen der deutschen Selbstbesinnung, eines tiefen Erschreckens über den Abgrund geworden, in den die Nation versunken war.

Diese Entwicklung ist heute, in einer dumpfen Atmosphäre der Ressentiments und Verdrängungen, schwer blockiert. Die alliierte Propaganda mußte die Ausrottung des Übels in den Seelen zum Ziel haben, damit eine Wiederkehr des Unheils für immer unmöglich und der seelische Raum für ein erneuertes Deutschland inmitten Europas freigemacht wurde. Man kann ihr daher den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Aufklärungsarbeit, die sie leisten wollte, undifferenziert und ohne Berücksichtigung der besonderen deutschen Mentalität vorgenommen hat. Ein Volk, das in luftkriegsgeschlagenen Städten allüberall die verkohlten Reste seiner Frauen und Kinder gesehen hatte, konnte durch die massierten Haufen nackter Leichen, die ihm aus den letzten Zeiten der Konzentrationslager vor Augen geführt wurden, nicht erschüttert werden, und es war nur allzu leicht geneigt, hartgeworden die toten Fremden und Verfehmten mitleidsloser anzusehen als das eigene im Phosphorregen und Granatsplitterhagel getötete Fleisch und Blut. Ja manche gingen so weit, jene KL-Aufnahmen für Luftkriegsbilder oder gar für gestellte Produkte einer einseitig zweckbestimmten Propaganda zu halten. Die unablässigen Greuelberichte des Rundfunks drehten sie einfach ab, nicht nur weil sie nicht fortwährend unterschiedslos und hart beschimpft werden wollten, sondern auch in Ablehnung der ihnen aus Goebbels' Zeiten gewohnten und verhaßten Einhämmerei, von deren Propaganda-Schlagworten sie doch wußten, daß sie gelogen waren. (Wenn Bestandteile des Nationalsozialismus noch immer tief im deutschen Volke sitzen, so ganz gewiß nicht wegen der Suaden, die vom Reichspropagandaministerium ausgegangen waren, das auch andere, raffinierte und wirklich eindringliche Methoden der Willensbildung und Meinungsmache, der Phantasievergiftung und Gefühlsverderbnis gekannt hat.)

Und dann kamen die befreiten KL-Leute selbst. Es war nicht der Zug der Millionen stummer Toter. Es waren auch nicht die Zehntausende gerade noch überlebender Ausländer des europäischen Westens, [30] die nicht schleunig genug das Land hatten verlassen können, wo sie von Sklavenhaltern, Mördern, Barbaren und Idioten entwürdigt, gequält, gemartert und dezimiert worden waren. Was das deutsche Volk zu sehen und zu spüren bekam, waren östliche, vor allem polnische „displaced persons“, heimatlose Verstreute, wie die offizielle alliierte Sprache sie nannte, und jeweils in einer Gegend einzelne, Dutzende oder ein paar hundert Deutsche (im Ganzen

höchstens dreißigtausend). Die aus dem Osten nach Deutschland verschleppten. Juden, Russen und Polen sahen nicht ein, warum sie noch weitere Monate in öden Lagern weiterhausein sollten. Daß sie dem deutschen Volke gegenüber nicht von den erhabensten Gefühlen beseelt waren, kann man hoffentlich begreifen? Unter ihnen befanden sich Menschen, denen Deutsche buchstäblich die gesamte Verwandtschaft ausgerottet hatten. (Ich kenne Fälle, wo es bis zu siebzig und mehr Angehörige waren.) Geboten wurde ihnen außer Wochen zermürbenden Wartens und Dosen amerikanischer Konserven meistens nichts. Merkwürdig, daß es da Leute gibt, die nicht verstehen können, wie es zu der nachfolgenden Entwicklung kam. Verwehrlose und verbitterte Angehörige der „Vereinten Nationen“, nun endlich wenigstens dem Bewußtsein nach Sieger und einer Teilfreiheit zurückgegeben, trafen auf eine gleichfalls verbitterte, verfehnte und verständnislose Bevölkerung, die sich fragte, wie sie dazukomme, zu allem übrigen Leid jetzt auch noch diese plündernde und rachenehmende „Landplage“ über sich ergehen zu lassen. Es hätte allen psychologischen Erfahrungen widersprochen, wenn in einer solchen Situation das Licht der Humanität und des Christentums, das unentwegt in edlen Einzelnen leuchtete, der allgemeinen Herzensfinsternis Herr geworden wäre. Die meisten befreiten KL-Deutschen taten noch ein übriges, um die letzten Flämmchen vorhandener Sympathie zum Erlöschen zu bringen. Eine tüchtige Minderheit ging still den neuen Weg, – enttäuscht von dieser Art „Besserer Welt“, die im Entstehen begriffen sein sollte und für die sie gekämpft und gelitten hatte. Sie schweigen, arbeiten und warten. Die Mehrheit hingegen hatte für das deutsche Volk nichts übrig als Klagen, Beschimpfungen und Ansprüche – am lautesten, wie immer, die, denen die Leiden nicht gerade ins Gesicht geschrieben standen. Ihr meist sehr eindeutiger Radikalismus, der oftmals glaubte, Methoden des Lagers auf diese andere Welt übertragen zu können, mußte das Bild, das sie sonst boten, nur noch abstoßender machen. Es gab niemanden, der nicht gesehen hätte, daß ihnen für den Führungsanspruch, den sie geltend machten, das sittliche Recht fehlte.

So ist es also gekommen, daß ich Leuten begegnen konnte, die kaltblütig meinten, es wäre wohl besser gewesen, wenn alle „Kazettler“ zugrundegegangen wären. Und daß kein vernünftiger Mensch mehr in Deutschland ohne spontane Abwehrreaktion – gegen uns bleibt, wenn er den berüchtigten Klang „KZ“ hört. Und daß zum seelischen Hindernis der inneren Erneuerung geworden ist, was der Anfang der Besinnung hätte sein können. Wo immer man in Deutschland heute, sei es [31] in der Straßenbahn oder im Eisenbahnabteil oder im Warteraum des Zahnarztes oder sonstwo, von Kriegsgefangenen hört, denen es im Sommer 1945 in einzelnen Lagern teilweise sehr schlecht ging, sodaß die Sorge weit verbreitet war, es hätte durchwegs und überall und immer noch ähnlich sein können, da sprach das Herz in den Worten mit – empört oder mitleidsvoll. Berichte aus den Konzentrationslagern erwecken in der Regel höchstens Staunen oder ungläubiges

Kopfschütteln; sie werden kaum zu einer Sache des Verstandes, geschweige denn zum Gegenstand aufwühlenden Empfindens.

Der große Kredit, der für die gemeinsame Sache der deutschen Erziehung vorhanden gewesen wäre, ist durch die Schuld aller Beteiligten unausgenutzt geblieben, ja zum Teil vertan worden. Da die Alliierten bis zum Ende des Jahres 1945 in Deutschland auch kein Publikationsorgan zugelassen haben³, das klärend hätte eingreifen können, stehen wir vor einem wahren Komplex. Nun kann es nur die Aufgabe sein, im Vertrauen auf die Kraft der Wahrheit die Unwissenheit zu beseitigen und so dem Einzelnen diesseits wie jenseits der deutschen Grenzen die Voraussetzungen für die eigene Meinungsbildung und die persönliche Besinnung zu bieten, damit der notwendige Läuterungsprozeß doch noch, wenn auch mühsam, in Gang gebracht wird. Vielleicht greift er dann mit nachhaltigerer Wirkung in die eigentlichen Tiefen des nationalen Bewußtseins.

Die Erkenntnis ist erschreckend, daß so viele Deutsche jetzt, da sie die Möglichkeit haben, die Tatsachen aus den Konzentrationslagern zu kennen, sie nicht anerkennen wollen, nur weil sie fürchten, ihr früheres Nichtwissen könnte durch diese Aufklärung schuldhaft gemacht werden. Wir wollen in aller Ruhe Frage um Frage stellen, ohne vorgefaßte Absichten, ohne Neben Zwecke und so leidenschaftslos, wie diese Sache es zuläßt.

Was hat der Deutsche von den Konzentrationslagern gewußt? Außer der Existenz der Einrichtung beinahe nichts, denn er weiß heute noch wenig. Das System, die Einzelheiten des Terrors streng geheim zu halten und dadurch den Schrecken anonym, aber umso wirksamer zu machen, hat sich zweifellos bewährt. Viele Gestapobeamte kannten das Innere der KL, in die sie ihre Gefangenen einwiesen, nicht; die allermeisten Häftlinge hatten vom eigentlichen Getriebe des Lagers und von vielen Einzelheiten der dort angewandten Methoden kaum eine Ahnung. Wie hätte das deutsche Volk sie kennen sollen? Wer eingeliefert wurde, stand einer ihm neuen, abgründigen Welt gegenüber. Das ist der beste Beweis für die allgewaltige Wirksamkeit des Prinzips der Geheimhaltung. Und dennoch! Kein Deutscher, der nicht gewußt hätte, daß es Konzentrationslager gab. Kein Deutscher, der sie für Sanatorien gehalten hätte. Niemand, der nicht Angst vor ihnen gehabt hätte. Wenig Deutsche, die nicht einen Verwandten oder Bekannten im KL gehabt oder zumindest gewußt hätten, daß der und jener in einem Lager war. Alle Deutschen, die Zeugen der vielfältigen antisemitischen Barbarei geworden, Millionen, die [32] vor brennenden Synagogen und in den Straßenkot gedemütigten jüdischen Männern und Frauen gleichgültig, neugierig, empört oder schadenfroh gestanden haben. Viele Deutsche, die durch den ausländischen Rundfunk einiges über die KL erfahren haben. Mancher Deutsche, der mit Konzentrationsläufern durch Außenkommandos in Berührung kam. Nicht wenige Deutsche, die auf Straßen und Bahnhöfen Elendszügen von Gefangenen begegnet sind. In einem am 9. November 1941 an alle Staatspolizei-

leitstellen, an alle Befehlshaber, Kommandeure und Inspekture der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, sowie an alle Kommandanten der Konzentrationslager und den Inspekteur der KL ausgegebenen Rundschreiben des Chefs der Sipo und des SD heißt es: „Insbesondere ist festgestellt worden, daß bei Fußmärschen, zum Beispiel vom Bahnhof zum Lager, eine nicht unerhebliche Zahl von Gefangenen wegen Erschöpfung unterwegs tot oder halbtot zusammenbricht... Es ist nicht zu verhindern, daß die deutsche Bevölkerung von diesen Vorgängen Notiz nimmt.“ Kaum ein Deutscher, dem nicht bekannt gewesen wäre, daß die Gefängnisse überfüllt waren, und daß im Lande unentwegt hingerichtet wurde. Tausende von Richtern und Polizeibeamten, Rechtsanwälten, Geistlichen und Fürsorgepersonen, die eine allgemeine Ahnung davon hatten, daß der Umfang der Dinge schlimm war. Viele Geschäftsleute, die mit der Lager-SS in Lieferbeziehungen standen, Industrielle, die vom SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt KL-Sklaven für ihre Werke anforderten, Angestellte von Arbeitsämtern, die wußten, daß die Karteikarten der Gemeldeten Vermerke über die politische Zuverlässigkeit trugen und daß große Unternehmen SS-Sklaven arbeiten ließen. Nicht wenige Zivilisten, die am Rande von Konzentrationslagern oder in ihnen selbst tätig waren, Medizinprofessoren, die mit Himmlers Versuchsstationen, Kreis- und Anstaltsärzte, die mit den professionellen Mördern zusammenarbeiteten. Eine erhebliche Anzahl von Luftwaffenangehörigen, die zur SS kommandiert worden sind und etwas von den konkreten Zusammenhängen erfahren haben. Zahlreiche höhere Wehrmachtsoffiziere, die über die Massenliquidierungen russischer Kriegsgefangener in den KL, außerordentlich viele deutsche Soldaten und Feldgendarmen, die über die entsetzlichen Greuelthaten in Lagern, Ghettos, Städten und Dörfern des Ostens Bescheid gewußt haben.

Ist eine einzige dieser Feststellungen falsch?

Dann wollen wir in gleicher Ruhe und Sachlichkeit die weitere Frage stellen: Wie hat das deutsche Volk auf das Unrecht reagiert? Als Volk überhaupt nicht. Das ist eine bittere Wahrheit, aber es ist die Wahrheit. Man hat zur Erklärung des Versagens anführen wollen, daß Deutschland zu spät in der Geschichte seine Einheit erlangt habe; es sei ihm dadurch die Möglichkeit verschlossen geblieben, über gewöhnliches nationales Empfinden hinaus eine öffentliche Meinung von Rang zu entwickeln und für höhere Werte geschlossen aufzutreten. Abgesehen von der Tatsache, daß es nationale Einheiten gibt, die im gleichen Jahr[33]hundert, ja um dieselbe Zeit entstanden sind, ohne daß man sagen könnte, diese Völker hätten Unrecht so hingenommen wie die Deutschen, verwechselt jener Erklärungsversuch Ursache und Wirkung: die besondere Art des Deutschen ist es, die ihn so spät zur nationalen Einheit hat gelangen lassen, nicht die späte staatspolitische Konkretisierung, die seine Art erzeugt hätte. Während alle übrigen europäischen Völker – von einigen slawischen vielleicht abgesehen – ein festes, bestimmtes Verhältnis zu der Wirklichkeit haben, in die sie gestellt sind oder die sich ihnen eröffnet, sodaß sie ihren realpolitischen Weg in der Geschichte bald fanden und mit

einer gewissen Konsequenz, wenn auch mit wechselndem Erfolg gehen konnten, sind die Deutschen ein Volk der Möglichkeiten, nicht der Tatsachen. Schwelend im Reich der Phantasie, unerschöpflichen Plänen, vielen Empfindungen und Träumen hingegeben, sieht es in jeder Konkretisierung eine Beeinträchtigung des Hohen und Idealen. Wie es dem Irrglauben aus Glaubensüberfülle verfällt, so auch leicht einer realen Bindung, die gar nicht einmal aus ihm stammt. Ihr unterwirft es sich räsonierend-resignierend, am Ende zufrieden mit einer Philosophie des Besseren, oder es hält das brüchige Regiment, wenn andere Motive und Umstände noch dazu verleiten, eine Zeitlang gar für die Realisierung des Anfangs der ersehnten Idealgemeinschaft, wütend womöglich in diese fremde Wirklichkeit verbissen, weil es ihm doch endlich einmal gelingen müsse, politischen Erfolg zu haben „wie andere Völker“.

Der Protestantismus deutscher Herkunft und deutscher Prägung, Ausbruch des individuellen Gewissens aus fester Norm, hat diese Tendenzen des Deutschtums noch wesentlich verstärkt. Denn er trennte das Gewissen, das er dem Schöpfer unmittelbar verbunden sah, auf den religiös-kirchlichen Raum es beschränkend, vom Machtgetriebe des irdischen Staates, der ihm verderbt, dem Bösen unterstellt und einem eigenen Gesetz immanenter Schlechtigkeit hörig erschien. Je kraftvoller die Autorität, die ihn im Zaume hielt, umso besser daher und umso gottwohlgefälliger. Ein bedeutender Impuls zum Absolutismus in Deutschland ging von dieser Anschauung aus. Er ließ die Kraft zur politischen Gemeinschaftsbildung erst recht verkümmern, und keine Intelligenzschicht, das nationale Gewissen verkörpernd, überwand den Widerstreit zwischen dem deutschen Möglichkeitenreichtum und den unzulänglichen politischen Ausdrucksformen. Denn der deutsche Geistesträger – bezeichnenderweise „Akademiker“ genannt – hatte selbst kein reales Verhältnis zur Politik außer dem des Untertanen. Sein Reich war der Geist, das Denken und Dichten. Viele widerspruchsvolle Züge im deutschen Charakter und in der deutschen Geschichte werden durch diese Grundveranlagung erklärlich. Ein solches Volk konnte hohe Individualitäten von überragendem Kulturrang hervorbringen; sie mußten aber, bei aller Wirkung auf Einzelne, doch isoliert bleiben. Es konnte politisch debattieren, ohne je an den realen Kern der Politik heranzukommen. Es konnte rechtlich gesinnt sein und sich doch, [34] als Volk, jeder autoritätsverkleideten Gewalt unterwerfen, sodaß es den Terror schon fürchtete, ehe er überhaupt in Aktion trat. Es verherrlichte in vielen Gesängen die Freiheit, die es als individuelle politische Realität nie erlebt hat. Ich möchte beinahe sagen, daß es infolge seiner Verlorenheit an die Vielfalt der Möglichkeiten fast instinkthaft einen ausgleichenden Halt in der Hingabe an die staatliche Autorität und in der Uniform das Gegenglück zum Multiformen seiner Seele suchte. Es hat niemals eine politisch prägende nationale Gemeinschaft hervorgebracht, die ihrerseits das Volk durch Generationen geschützt und gehalten hätte. Das Fehlen dieser befruchtenden Wechselwirkung zwischen echter, inhaltserfüllter politischer Form und möglichkeitsreichem Individuum macht beim deutschen Volk auch verständlich, warum es so tapfer

und so feige zugleich ist. Angeborenes militärisches Empfinden erklärt solches Doppelwesen nicht. Auch der Deutsche fürchtet, einzeln, den Tod, mag ihm das Knochengesicht durch allerlei nationale Mystik noch so verschönert werden. Sobald er sich aber in fester Gemeinschaft weiß, fürchtet er ihn nicht; denn er idealisiert die Gemeinschaft, wie immer sie ist, sofort und fühlt sich ihr durch „Pflicht“ und „Ehre“ verbunden. Selbst im kleinsten Stoß- und Spährtrupp oder als Einzelkämpfer bleibt er mutig, solange er das Kollektiv geistig und seelisch hinter sich weiß. Kaum soll er aber revolutionär – für das Recht etwa – aus den schützenden Reihen der vorhandenen, der konkret gegebenen Gruppe heraustreten und, auf sich ganz allein gestellt, für einen hohen menschheitlichen Inhalt, selbst unter Verfehmung, kämpfen, scheut er zurück und duckt sich. Als Mensch individuell, ist er politisch ein Nichts, Objekt und Massenbestandteil so sehr, daß ihm jede Surrogatpolitik das individuelle Recht und die individuelle Freiheit zerschlagen kann, ja daß er noch, Parsival und Faust in Einem, mithilft, sich selbst in Ketten zu bringen, vertrauensvoll und sehnsüchtig wägend, es sei die Freiheit, die ihm gebracht werde. Deutschland ist gegen den Terror des Nationalsozialismus nicht aufgestanden, weil es bis jetzt ein politisches Volk im vollen Sinne des Wortes nicht gewesen ist. Alle zivilen Helden in Deutschland waren Ausnahmen und mußten Ausnahmen bleiben, – Tausende unter achtzig Millionen.

Die Millionen einzelner Deutscher haben sich unter dem System der Diktatur entsprechend verhalten. Wenn man ihre hohen Qualitäten: den Fleiß, die Sauberkeit, die Ordnungsliebe, die Pflichttreue, das Ehrbewußtsein, die Objektivität und das rechtliche Empfinden im Auge hat, -dann kann man nur sagen: es war eine Tragödie sondergleichen. Wie hätte es aber unter den geschilderten Voraussetzungen anders sein können? Alles, was sie zu leisten vermochten, kam dem Regime zugute, auch wenn sie mit ihm nicht einverstanden waren (in manchem und vielem waren sie bei aller innerlichen Opposition wohl einverstanden). Von den Konzentrationslagern wußten sie zu wenig. Sie hätten sie auch bei vollem Wissen nicht zu einem moralischen Zentralproblem gemacht, weil Freiheit und Recht als absolute Werte ihnen kein Zentralproblem waren. Das vorhandene Wissen vom [35] Unrecht entflammte daher die Männer und Frauen nicht. Der Deutsche hat während der Diktatur sogar mannigfache Beweise dafür erbracht, daß er aus Angst und aus einer gewissen Unbehaglichkeit bereit war, sich täuschen zu lassen, dem Ernst der Sache aus dem Wege zu gehen und die dunkle Angelegenheit zu verdrängen. Viele machten sich – gedankenlos, aber bezeichnenderweise – das schändliche Nazi-Wort „Konzertlager“ zu eigen, durch das der Schrecken verniedlicht wurde. Sie enthoben sich, aus den angedeuteten Motiven, der Pflicht, den Vorgängen auf den Grund zu kommen, und verschlossen ganz bewußt ihre Augen jeder weiteren Kenntnis. Wissen hätte Verpflichtung gebracht, daher war es doppelt gefährlich. Außerdem erschien es ihnen wohl nicht so ausgemacht, daß alle, die in Konzentrationslager geschickt wurden, zu Unrecht hineinkamen, wie? Prinzipiell, wenn man sich die Sache genau

überlegte, immerhin – die Absonderung hatte bei dem und jenem vielleicht doch ihre Berechtigung... Fälle von Justiz-Irrtümern ereigneten sich ja wohl dann und wann, aber daß der Staat, die anerkannte Autorität, systematisch Unrecht tun könnte, das war doch schwer anzunehmen. Möglicherweise handelte es sich da und dort um Übertreibungen oder bei dem, was man so hörte, um individuelle Ausschreitungen. Im Ganzen – nein, so schlecht konnte eine deutsche Obrigkeit nicht sein, daß sie die pure Willkür, dazu mit einem System von Marterungen, betrieb. Noch gab es schließlich Richter im Lande! Das individuelle Rechtsempfinden des Deutschen, der Autoritätstreue hörig, führte in der Tat zu der Denkparadoxie des Morgensternschen Gedichtes vom Autounfall, den der als Opfer im Krankenhaus liegende Palmström sich selber logisch wegdisputierte, „weil, so schloß er messerscharf / Nicht sein kann, was nicht sein darf“.⁴ Genau diesen Gedanken bringt eine sonst vorzügliche, an vielen Stellen in erhebliche Tiefen reichende Denkschrift der Leipziger Juristenfakultät zum Ausdruck, wenn sie bei Erörterung „der Ursachen für die Möglichkeit des Hitler-Regimes in Deutschland“ und der „Haltung der deutschen Intellektuellen zur nationalsozialistischen Regierung“ im Zusammenhang mit der Frage der Mitschuld an den deutschen Greueln schreibt: „Wenn bei vielen die Behauptung Gehör fand, es handle sich nur um Feindpropaganda, so beruhte das nicht so sehr auf politischer Gleichgültigkeit als vielmehr darauf, daß viele Deutsche einfach überzeugt waren, es sei unmöglich, daß es sich nicht nur um einzelne Ausschreitungen handle, wie sie bei einer Revolution in allen Ländern auftreten, sondern daß eine deutsche Regierung solche Terrormethoden zum System mache.“⁵ Ihre fast bedingungslose Autoritätsgläubigkeit machte die Deutschen allmählich geneigt, selbst in der Diktatur die Verhafteten, nicht die Verhaftenden als Verbrecher anzusehen. (Bis sie selbst verhaftet wurden, dann war recht häufig des Entsetzens und des Jammerns kein Ende, und es dauerte bei diesen „braven, anständigen Deutschen“ – die Hitler mit Vorliebe als solche ansprach – in der Regel ziemlich lange, bis sie den Glauben an die Gerechtigkeit „der Behörden“ auch in ihrem individuellen Falle ver[36]loren hatten.) Welch ein Unterschied, wenn man als Polizeigefangener durch die Tschechoslowakei, um nur eines der anderen Länder zu nennen, oder aber durch Deutschland transportiert wurde! Dort Sympathie der Bevölkerung von allen Seiten, kleine Hilfen unter erheblichem Risiko, hier ängstliche Scheu, Ablehnung oder Verachtung. In Weimar haben NSV-Schwester Buchenwälder KZ-Gefangenen, die nach einem Luftangriff im Februar 1945 Verschüttete ausgruben und Aufräumungsarbeiten leisteten, selbst einen Schluck Wasser verweigert. Das Städtische Krankenhaus lehnte es ab, schwerverwundete Häftlinge aus den dortigen Gustloff-Werken zur ersten Hilfe aufzunehmen. Noch im Spätherbst 1945 hörte ein Bekannter von mir in der Bahn eine deutsche Rotekreuz-Schwester, die in Weimar tätig gewesen war, erzählen, wie sie veranlaßt werden sollte, einige Zeit nach der Befreiung des Lagers Buchenwald sich dort kranken Gefangenen zu widmen. „Wie komme ich dazu“, meinte sie, „tuberkulöse Verbrecher zu

pflegen!“ Hat man vielleicht gehört, daß in deutschen Kirchen von einem Bischof oder einem Superintendenten die versammelten Gemeinden zum „Gebet für die politischen Gefangenen“-aufgefordert worden wären?* Alle diese Schwächen, Fehler und Unterlassungen hingen mit der deutschen Autoritätssüchtigkeit, dem mißbrauchten Rechtsbewußtsein und dem allgemeinen Mangel an freiheitlichem Mut zusammen. Der Einzelne konnte und wollte mit Aussicht auf Wirkung und Erfolg nichts mehr tun, weil die anderen Einzelnen fehlten, die gleich gehandelt hätten. So wurden die höheren Pflichten der Menschlichkeit und der Bergpredigt, die jedem gegenüber gelten, der unser menschliches Antlitz trägt, allmählich überdeckt von einem angstgeborenen und angstbeherrschten Opportunismus.

Hier beginnen die nationalen Fehler individuelle Schuld zu werden. Was das deutsche Volk in langen Generationenreihen nicht hervorgebracht hat, kann ihm auch nicht moralisch zur Last gelegt werden. Wo die vielen Einzelnen hingegen dem Anruf ihres persönlichen Gewissens nicht Folge geleistet oder das Gewissen in sich ertötet haben, und wäre es nur durch Gewöhnung, da liegt in der Tat Schuld vor. Auch in der Politik, die von den Geboten der Sittlichkeit nicht frei ist. Der Geistliche, der nicht geholfen und die Gelegenheit nicht gesucht hat, wo er helfen konnte, ist schuldig. Der Richter, der nicht – wie so mancher seiner Kollegen im Deutschland des Dritten Reiches – genau die Art und die Länge der zu verhängenden Freiheitsstrafe abwog, um zu verhindern, daß der Verurteilte ein KL-Opfer der Gestapo wurde, ist schuldig. Das Gleiche gilt vom Arzt, dem der unsittliche Parteiantrag gestellt war, zu sterilisieren oder unerwünschte Leute geistesschwach zu schreiben und sie so den mörderischen „Heil- und Pflgeanstalten“ zu überantworten, vom Journalisten, vom Universitätsprofessor, vom Betriebsführer, vom Staats- und Kommunalbeamten, vom, Offizier, [37] vom Arbeiter, vorn Soldaten, von jedem. Mir ist von einem deutschen Polizisten erzählt worden, der im Osten wie so viele seiner Kollegen den Befehl bekommen hatte, bei Bevölkerungs-„Liquidierungen“ mitzuwirken. Als ihm ein blasses zwölfjähriges jüdisches Mädchen, schon in der Leichengrube stehend, flehend die Ärmchen entgegenstreckte und bat, er möge nicht schießen, senkte er die Pistole. Sein Offizier brüllte, er solle vorwärts-machen, sonst werde er selbst die Kugel bekommen. Da schoß er. Der Mann ist trübsinnig geworden, weil er das schmale Gesicht des niederbrechenden Kindes nicht mehr vergessen konnte. Befehl? Zwang? Terror? Nein!⁶ Die Gebote des höchsten sittlichen Kodex kann kein Feldweibel und kein Blockwart, kein Minister und kein Feldherr, kein Himmler und kein Hitler über den Haufen kommandieren. Frage sich jeder, ob er nach diesem Maßstab, nicht nach dem wilden Grundsatz Recht ist, was dem deutschen Volke nützt⁷, oder gar was einem Parteiaktivisten paßt, immer und

* Mittlerweile wird mir aus Heft I der Evangelischen Reihe der Schriftensammlung „Das christliche Deutschland 1933 bis 1945“ (Verlag Herder-Freiburg) bekannt, daß nach der Verhaftung Niemöllers in Gemeinden der Bekennenden Kirche für politische Gefangene in der Tat gebetet worden ist.

unter allen Umständen seine Pflicht, die wahre Pflicht getan hat. Und nehme sich nur keiner pharisäisch aus, kein Bischof und kein Pfarrer, kein großer und kein kleiner Politiker, kein Lehrer, kein Unternehmer, kein Ingenieur, kein Arbeiter, – niemand, weder Mann noch Frau! Haben wir wirklich alle, immer und überall, für Recht und Freiheit unsere Pflicht getan? Wäre es geschehen, die Wandlung des deutschen Volkes brauchte nicht erst jetzt zu beginnen, sie hätte längst begonnen – vor dem Kriege schon, während dieses entsetzlichen Krieges, zumindest aber am 20. Juli 1944. Unter den fünftausend Männern aller Schichten, die damals ihr Leben in die Waagschale warfen, befanden sich wahre Märtyrer für die deutsche Zukunft. Sie gaben das große Beispiel sittlicher Kraft und persönlichen Mutes. Diese hohe Bedeutung ihrer Tat wird nicht herabgemindert durch den echt deutschen Mangel an gleich großer politischer Klugheit, noch gar durch den Abenteuer- und Konjunkturisten⁸-Anhang, den sie hatten; sie hat auch nichts zu tun mit den reaktionären Bestrebungen einiger von ihnen. Ihr Vorbild wird den Deutschen nicht verlorengelassen, wenn sie nur einsehen lernen, daß Mann und Frau im Kampf um Freiheit und Recht – nicht des Kollektivs, sondern aller Einzelnen! – über berechnete und gar über unberechtigte Bedenken hinweg zum höchsten Wagnis sich erheben müssen.

So rückblickend möge Deutschland sich selbst erkennen: seine edlen und seine entsetzlichen Züge, damit das entstellte, das verzerrte Antlitz wieder Gleichmaß gewinne. Es wird den Richter dann nicht mehr zu fürchten brauchen, weil es sich selber ehrlich beurteilt hat. Und wenn er die Frage erneut an Deutschland stellt: „Kennt ihr mich jetzt?“ dann wird es in ihm den Erlöser sehen aus Irrtum, Verbrechen, Blutschuld, Schande und Not, den Erlöser zur Freiheit und Menschenwürde. Weit werden die Konzentrationslager dann hinter dem erneuerten Deutschland liegen, – nur noch eine Mahnung aus den Zeiten der Finsternis dieses Dritten Reiches.

Eugen Kogon: Gericht und Gewissen, in: Frankfurter Hefte, 1. Jg. H. 1, April 1946, S. 25-37.

Anmerkungen und Erläuterungen

¹ Der Text entspricht dem Abschnitt des im Spätsommer/Herbst 1946 erschienenen Buches von Eugen Kogon: *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*. Frankfurt a.M. (Verlag der Frankfurter Hefte) 1946, dort betitelt: „Das deutsche Volk und die Konzentrationslager“. Ein weiterer Vorabdruck erschien unter dem gleichen Titel „Das deutsche Volk und die Konzentrationslager“ in *Die Neue Rundschau*, H. 4, Juli 1946, S. 383-400.

² Ex ossibus ultor (lat.) = Aus den Gebeinen [entsteht] der Rächer. – Seit der Antike mehrfach gebrauchte Redewendung nach einem verlorenen Krieg, zuletzt von Reichstagspräsident Fehrenbach (Zentrum) angesichts des Versailler Friedensvertrages als

„Verewigung des Krieges“, in der Nationalversammlung am 12.9.1919. Von Kogon vermutlich eine direkte Anspielung darauf im Vergleich der beiden Situationen 1919 und 1946.

³ Gemeint ist: in deutscher Hand. Als erstes erschienen Zeitungen der Besatzungsbehörden mit deutschen Journalisten aber ohne eigene Verantwortlichkeit.

⁴ Letzter Vers aus dem Gedicht „Die unmögliche Tatsache“, aus: Christian Morgenstern: *Palmström*, Berlin 1910. Vgl. Galgenlieder/Palmström, <https://www.projekt-gutenberg.org/morgenst/galgenli/chap003.html>

⁵ Denkschrift der Leipziger Juristenfakultät. Über die Haltung der deutschen Intellektuellen zur nationalsozialistischen Regierung und über die Ursachen für die Möglichkeit des Hitler-Regimes in Deutschland. Leipzig 1945, unveröffentlicht. – Erstveröffentlichung vom Verfasser Prof. Karl Michaelis (1900-2001) in: *Der Staat – Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte*, Jg. 30, 1991, H. 4, S. 104. – Zum Autor vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Michaelis_\(Rechtswissenschaftler\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Michaelis_(Rechtswissenschaftler))

⁶ Die Frage des „Befehlsnotstands“ unter der Drohung für das eigene Leben - Töten oder Getötet werden – ist in solch einer konkreten Situation pauschal nicht zu beantworten, da wir nicht wissen können, wie der Vorgesetzte bei Befehlsverweigerung reagiert hätte, und der betroffene Polizist auch nicht. Untersuchungen zur Rekrutierung von „gewöhnlichen Polizisten“ durch die SS für die Tötungsaktionen* sowie auch Erfahrungen von Wehrmachtssoldaten in ähnlichen Situationen haben jedoch gezeigt, dass man sich von diesem Dienst entbinden lassen konnte ohne eine andere Strafe als die „unehrenhafte Entlassung.“ *Allen voran Christopher Brownings wegweisendes Werk: *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen*. Reinbek (Rowohlt) 1993.

⁷ „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt, Unrecht, was ihm schadet.“ Aussage in der Eröffnungsrede des NS-Juristen Hans Frank, später Generalgouverneur im besetzten Polen, auf dem ersten Juristentag am 30.10.1933 in München (cf.

<https://www.lto.de/recht/feuilleton/f/rechtsgeschichte-silvan-schenkel-deutscher-juristentag-1933-leipzig-nationalsozialismus>). In ähnlicher Weise äußerte sich auch später Carl Schmitt, einer der einflussreichsten Juristen der Weimarer Republik, zur Legitimation der Politik Hitlers: „„Der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Missbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft.““ (https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Schmitt)

⁸ „Konjunkturisten“: die ihre Meinung nach der Konjunktur ändern = ihr Fähnchen nach dem Wind hängen (= Opportunisten).

Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus

Von Eugen Kogon

Als Adolf Hitler am 1. September 1939 morgens 5 Uhr dem deutschen Volke den Befehl gab, zu marschieren, marschierte es. Zwar nicht begeistert, aber gehorsam.

Nicht begeistert, aber gehorsam – das ist die Formel, die für die unmittelbare Vorkriegszeit das Verhältnis des Volkes zum Regime wiedergibt. Der aufmerksame und gewissenhafte Beobachter konnte fast überall in Deutschland feststellen, daß es, von den konsequenten und radikalen Gegnern des Regimes abgesehen, wenige Deutsche gab, die nicht in irgendeinem Punkte mit dem Nationalsozialismus einverstanden gewesen wären, aber noch weniger, die nicht in viel mehr Punkten gegen ihn gestanden hätten. „Was aus allem werden sollte“, wußte so gut wie niemand. Sie wollten es vielfach auch gar nicht wissen; sie waren „der ewigen Politik“ überdrüssig. Was sie interessierte, war das Unmittelbare, das Nächstliegende: Haus, Familie, Betrieb, Vergnügen – das, was sie „Leben“ nannten. Nach eineinhalb Jahrzehnten Freiheit in Not hatten sie die „Not der Freiheit“ so stark empfunden, daß sie nicht ungerne bereit gewesen waren, für jede der neuen Errungenschaften den Kaufpreis zu bezahlen, der ihnen abverlangt wurde.

Sie erwarben Brot um den Preis der Rüstung. Wer von ihnen hätte nicht gewußt, daß tatsächlich und in größtem Maßstab gerüstet wurde? Jeder mann wußte es. Aber sie sahen nur auf den privaten Ertrag ihrer neuen Arbeit, nicht auf den volkswirtschaftlichen und politischen Sinn des Getriebes. Der war nicht ihre Sache, war vielmehr Sache der nationalsozialistischen Führung. Sie wären bestimmt mit überwältigender Mehrheit gegen die Rüstung, wie das neue Regime sie betrieb, gewesen, aber sie waren froh, nicht dagegen sein zu müssen. Die Verantwortung lag ihrer Meinung nach nicht auf ihnen. Die Ironie, mit der sie am Sonntag die Plakate lasen: „Das danken wir dem Führer!“, verbanden sie naiv am Zahltag mit der Genußtuung des Lohn- und Gehaltsempfängers. Bis es so weit war, daß Hermann Göring offen für die Rüstung den Preis des Verzichtes auf die Butter fordern konnte. Sie durchschauten den Zusammenhang wohl: daß man sie verdienen ließ, nur nicht zuviel; daß die Erzeugung von Verbrauchsgütern beschränkt bleiben mußte, damit die Fertigung kriegswichtiger Erzeugnisse höher und höher geschraubt werden konnte. Aber es gab kein Zurück mehr, weder ökonomisch noch psychologisch,

Weil es keinen Ausweg sah, ließ sich das deutsche Volk mehr und mehr die Darbietung von Spielen zur Vertreibung von Gedanken wohl gefallen. Das großaufgezogene Tamtam empfand es allmählich als willkommene Ablenkung vom tiefsitzenden politischen Mißvergnügen. In großen Zusammenhängen denken, Wahrscheinlichkeiten und [63] Gefahren einer Zukunft erschließen, war lästig und vor allem unnütz. Änderte sich irgendetwas,

wenn man den eigenen Kopf zum Tummelplatz all jener Überlegungen machte, die nicht mehr ausgesprochen werden durften, seitdem Adolf Hitler die Herrschaft angetreten hatte? Nein, es änderte sich nichts. Also schien es gescheiter zu sein, die dargebotenen Vergnügungen mitzumachen. „Freut euch des Lebens!“ hieß die Losung, und sie blieb doch schließlich wahr, wenn sie auch von einem betrunkenen Schwätzer wie Ley verkündet wurde...

Den Rest normalen zivilen Lebens gab das deutsche Volk gern dahin für Uniformen. Es ist schon so, daß die Deutschen von allen Kleidern, die ein Mensch tragen kann, die Uniform am heißesten begehrten. Zwar wurde ein Teil von ihnen, als alles, auch die Arbeitskleidung uniformiert werden sollte – in einer Weise übrigens, mit der nicht Staat zu machen war –, ein wenig überdrüssig. Aber es gab eine Zeit, um 1937/38, da lief ein Großteil der Nation in Uniform herum. Selbst die Beamten des Außenministeriums bekamen Einheitsjacken, Mützen, gestreifte Gürtel. Die Geltungssüchtigen wie die Masse der politisch Unsicheren fühlten sich durch die Uniform in eine feste Hierarchie aufgenommen, die sie schützte und sie der Mühe enthob, allein, auf sich gestellt, Hirn und Herz bewähren zu müssen; die Stiefel ersetzten den Charakter, die Kappen individuelles Denken, – es war entschieden leichter so.

Als der Führer des uniformierten Kollektivums anfang, auf dem internationalen Forum Forderungen anzumelden und sie auch schon, ehe noch der Klang der drohenden Stimme ganz verhallt war, selbst und aus eigener Machtvollkommenheit zu verwirklichen, packte die meisten ein Machtgefühl, den Älteren wohlbekannt aus den Tagen einstigen Glanzes, das stärker und stärker wurde und schließlich die Angst vor der Courage völlig überwand. War das tägliche Brot gesichert und der Sonntagsausflug dazu, dann mochte das Ganze, der Staat, die Nation mit dem millionenfachen Schrei „Los von Versailles!“ die Sicherheit des Kollektivs getrost preisgeben und „gefährlich leben“. Das Kraftbewußtsein, das die Uniform verlieh, hielt die politische Vernunft in Bann. Ihr hätte die Aufforderung gelten müssen, zu erwachen! Sie hätte im Nu den Zusammenhang der Gefahren erkannt, die Leben und Existenz auch des einzelnen Volksgenossen bedrohten, sobald das Ganze in die Risikowaagschale eines ungeheuerlichen Vabanque-Spiels geworfen wurde.

Wenige Deutsche nur konnten unter der Herrschaft des Nationalsozialismus Erfahrungen im Ausland sammeln. Sie begegneten dort einer Ablehnung, die sie nicht eigentlich verstanden. Da sie sich politisch selbst betrogen, fanden sie es aufrichtig verwunderlich, daß die Welt der Beteuerung der deutschen Friedfertigkeit nicht glauben wollte. Sie mochten unter keinen Umständen für wahrhaften, was die anderen sahen: das treibende Verhängnis, das aus Hitlers Willen schwärte. Denn sie selbst billigten [64] in der deutschen Politik nur, was ihnen paßte, und lobten, was sie errungen zuhaben glaubten, -- vom Kaufpreis durfte keine Rede sein, beileibe nicht! Schließlich liebt es niemand, überzeugt zu werden, daß er ein Dummkopf war. Vielleicht befahl sie manchmal eine Art Trotz, der bei 10 Reichsmark Devisenzuteilung

angesichts der ausländischen Leckerbissen nicht geringer werden mochte. Die gastfreundliche Bewirtung der „armen Freunde aus Deutschland“ war auf die Dauer unangenehm genug; sie auch noch mit politischen Gesprächen gewürzt zu finden, die einem die Augen übergehen ließen, war mehr als lästig. Die nicht un stolz auf die „deutsche Leistung“ ausgezogen waren, kehrten so mit zerrissenen Empfindungen in die heimatlichen Gaue zurück. Nicht zu leugnen, daß es draußen Brot und Freiheit gab, zuhause Schwarzbrot ohne Freiheit. Warum? Die Propaganda gab für sie die Antwort: Weil Euch die Welt vorenthält, was in erster Linie Euch zukäme, den Tüchtigen! Arbeiteten sie nicht? Waren sie nicht fleißiger als andere? In mancher Hinsicht (in vieler, wie sie sich sagten) auch begabter? Und trotzdem – Man mißverstand sie also, schob ihnen offensichtlich eine Schuld zu, die sie nicht anerkennen konnten. Sie machten doch die Politik Adolf Hitlers nicht („obgleich er, im Verhältnis zu den großen anderen Staaten, vielleicht gar nicht so unrecht hatte...“)! Peinlicher Knäuel von Gedanken. Es war bequemer, ihn unaufgelöst zu lassen, ihn einfach beiseitezuschieben. Und das Ergebnis war, daß die politische Geschäftsführung erst recht den Leuten überlassen blieb, die von ihr Besitz ergriffen hatten. Die Macht war erobert, verankert, ausgebaut. Da zerbrachen sie sich denn nicht länger ihre Köpfe. Geschehen war geschehen; man mußte trachten, so gut wie möglich durchzukommen, jeder einzelne für sich – uniformiert, geduckt und eingeordnet.

Bei so kompliziert unklaren politischen Verdrängungsgefühlen, wie das deutsche Volk sie unter dem Nationalsozialismus entwickelte, hatten es die wirklichen Gegner des Regimes, die klar sahen, sich unter keinen Umständen einnebeln ließen und nicht bereit waren, ihr politisches Erstgeburtsrecht für ein Eintopfgericht zu verkaufen, von vornherein sehr schwer. Es hätte ihnen vielleicht doch gelingen können, offensichtliche Schwierigkeiten des Systems auszunützen und breitere Schichten wenn schon nicht zu revolutionieren, so doch vor dem Absinken in eine gefährliche apolitische Haltung zu bewahren. Diese Möglichkeit sah die nationalsozialistische Führung von Anfang an. Sie kannte ihre eigenen mannigfachen Schwächen, wußte, daß nicht jede von ihnen unbemerkt und unbeschränkt auf dem Boden der politischen Gutmütigkeit des deutschen Volkes gedeihen konnte, und war entschlossen, störenden Möglichkeiten rechtzeitig zu begegnen. Ihr Prinzip im innenpolitischen Kampfe war, den Gegner lieber zu überschätzen und dementsprechende Maßnahmen' gegen ihn zu treffen, als überrascht zu werden. Sofort nach der Machtübernahme wurden daher Tausende und Abertausende wirklicher oder vermeintlicher Gegner: Kom[un]isten, Sozialdemokraten, Deutschnationale, Zentrumsleute, freie Literaten, in Konzentrationslager eingeliefert. Kaltblütig erklärte Herr Himmler 1935, er sei entschlossen, viele von ihnen lebenslang hinter Stacheldraht zu halten. In jeder kritischen Phase der nationalsozialistischen Entwicklung griff er zu der gleichen Methode, besonders ab August und September 1939. Er hielt sich dabei keineswegs an den Grundsatz „bewiesener Schuld“, sondern an die barbarische Maxime der Abschreckung.

Furcht einjagen und im Keime ersticken – das war die Absicht, die rücksichtslos verwirklicht wurde. Lieber zehn Unschuldige in Ketten legen, als einen einzigen Gegner laufen lassen! Um aber dem tiefeingewurzelt deutschen Rechtsempfinden (das allerdings durch Autoritätsgläubigkeit und Feigheit häufig starke Hemmungen erfuhr) zu begegnen, brachte die nationalsozialistische Führung einige neue, markante Rechtssätze in Geltung, die mit entwaffnender Sicherheit vorgetragen wurden und geeignet erschienen, jeden Widerstand zu diffamieren. Recht ist, was dem deutschen Volke nützt. Was dem deutschen Volke nützt, bestimmt die NSDAP. Gegner der NSDAP sind Verbrecher. Mehr: Der politische Feind ist der schlimmste Verbrecher, schlimmer als jeder Kriminelle und Asoziale! Und man griff die „Freund-Feind-Theorie“ eines Rechtsphilosophen wie Carl Schmitt auf, der schon 1925 gelehrt hatte, daß ein- und dieselbe Rechtssatzung notwendigerweise ganz verschieden angewendet werde, je nachdem, ob es sich um einen politischen Freund oder um einen politischen Gegner handle. Das war zu viel für das deutsche Volk: es konnte nicht glauben, daß es eine Obrigkeit geben sollte, die so gemein war, – also mußte sie wohl recht haben! Die Eingesperrten waren die Schuldigen. Sie hatten eben, wie es in Preußen so selbststreffend heißt, den „inneren Schweinehund“ nicht überwinden können. Man mußte sich wahrhaftig in achtnehmen, daß man nicht gleiche Wege ging!

Unter geschickter Ausnützung dieser perversen Verbindung von Autoritätsglauben und Rechtsgefühl zog der Nationalsozialismus in wenigen Jahren durch das „Kraft durch Freude“-Netz, das alles Volk umschlungen hielt, das sichernde Stahlgeflecht der „Kraft durch Furcht“, die alles niederhielt. Mußte nicht jeder Deutsche doppelt eifrig darauf bedacht sein, an den Vorteilen, Freuden und Genüssen des Regimes teilnehmen zu dürfen, statt den Kolben und Ochsenziemern der SS überantwortet zu werden, die den schuldigen Widerspenstigen, während allenthalben die Schalmeien der neuen Fröhlichkeit erklangen, mit blutigen Striemen die Lehre einbleuten¹, daß es besser sei, nach den nationalsozialistischen „Liedern der Nation“ zu marschieren, als „am Baum“ zu hängen oder „auf dem Bock“ zu liegen?

Gegnerschaft blieb trotzdem genug. Aber sie hatte keine aktuell-aktive Bedeutung. Auch die der Konfessionen nicht, denen man bald mit Hohn und Spott, bald mit Zugeständnissen entgegenwirkte, einmal mit brutalem Gewissenszwang, wie in der Frage der Einheitsschule, ein andermal mit [66] Gleichgültigkeit oder auch mit Sexualprozessen. Mochten viele im Geheimen „mekern“; politisch wirksame Opposition entstand aus all dem nicht.

Die politische Willensbildung war das ausschließliche Vorrecht der NSDAP und ihrer Gliederungen. Vielleicht wäre es besser, zu sagen: die einheitliche Ausprägung und Darstellung dessen, was als der politische Wille der deutschen Nation deklariert wurde. Auch die Partei war in all dem nichts anderes als ausführendes Organ, der Arm der Führung. Ihre politische Hauptaufgabe bestand darin, dafür zu sorgen, daß jeder Deutsche das „Führerwort“

zu Ohr bekam und keine Möglichkeit mehr fand, diesem Willen sich zu entziehen. Die Nation wurde durch eine Armee von Blockwarten und Zellenleitern „organisatorisch erfaßt“. Und man muß – nicht mit Anerkennung, sondern mit Abscheu – sagen, daß dieser Apparat funktionierte. Das Volk trug ihn nicht gern, weil er voll von Parteilichkeit war; weil die Korruption grassierte und doch nicht allgemein genug war, als daß jeder aus ihr Nutzen hätte ziehen können; weil die Einmischung in private und privateste Dinge oft zu kraß und die Propaganda allzu aufdringlich war. Dadurch erhielt sich eine gewisse Spannung zwischen dem dauernden Druck, die standardisierte politische Einheitsmeinung der Führung den Köpfen einzupressen, und dem unablässigen Bestreben des Einzelnen, sich trotz allem irgendeinen ungestörten eigenen Bereich zu wahren. Aber insgeheim bewunderten die meisten Deutschen sowohl die Organisation, als auch die Propaganda des Nationalsozialismus. „Warum haben das nicht unsere Leute gemacht?“ war eine vielgehörte Klage derer, die das Spiel verloren hatten und nun gar nicht merkten, daß sie mit diesem Wunsch und Ausruf den Weg zum früheren Gegner fanden. Bestimmte Züge im Charakter des Neudeutschen fühlten sich eben durch die Art der NSDAP angesprochen. Betriebsam, Minderwertigkeitsgefühl durch Überhebung kompensierend, romantisch und materialistisch zugleich, politisch ohne fundierte Kritik, autoritätsergeben, disziplinsüchtig, nach oben gerne kuschend, nach unten gerne tretend, und voll von Bewunderung für alles, was mit Militär zusammenhing, – waren sie das nicht?

Auf solchen Voraussetzungen baute Hitler das nationalsozialistische System auf. Oberstes Ziel war die Schaffung einer neuen rassistischen Herrschicht. Die Ausmerzung des Judentums, so vordergründig sie zutrat, war nur die noch dunklere Kehrseite dieses Strebens, dem außer der sogenannten Nürnberger Gesetzgebung vor allem das Gesetz zur Reinigung des deutschen Berufsbeamtentums, die Einrichtung der Ordensburgen und der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten, sowie in erster Linie der Aufbau der SS nach Ideen Heinrich Himmlers diente. Der Materialismus des Blutes lieferte solcher „Besten-Auslese“ die geistige Grundlage. Die politische Führung sollte allein bei dieser neuen Aristokratie liegen. Dem übrigen Volk, 95 Prozent, war die Einhaltung der Gefolgschaftstreue zugedacht, die sich auch bei den sogenannten Volksabstimmungen zu be[67]währen hatte, indem sie den Taten der Führung – niemals ihren Plänen! – hinterher den Glanz eines überwältigenden Mehrheitsplacets zu verleihen hatte; dazu die Vollbringung der nationalen Leistung in einer „Volksgemeinschaft“ wenschon nicht des Besitzes, so doch der Arbeit. Dies die „wahre Demokratie“, wie Hitler sie verstand. (Mein Freund und Konzentrationslager-Kamerad Franz Hackel, ein satirischer Dichter, hat von ihr gesagt: „Die Freiheit, die Herr Hitler meint, sieht so aus, wie mir scheint: Ein ganzes Volk in Ketten – brüderlich vereint...“)

Und der Sinn der gewaltigen Anstrengung? War ein außenpolitischer! Dem „braven“, „anständigen“, „tüchtigen“ deutschen Volk den Platz in der Welt zu erobern, der ihm zustand. Was die Schüler Rosenbergs, die germa-

nischen Heldenverehrer und Wikingerschwärmer, unter „Platz an der Sonne“ verstanden, konnte in den Büchern des nationalsozialistischen Praeceptor Germaniae nachgelesen, an den Taten Himmlers als „Kommissar zur Festigung des deutschen Volkstums“ praktisch erkannt und aus Liedern und Proklamationen in seiner Tragweite erahnt werden. 1937 meinte ein SS-Führer, der mit den Junkern der Ordensburg Vogelsang und ihren Ausbildnern in enger Verbindung stand: „Noch zehn Jahre, und wir werden der Welt das Gesetz Adolf Hitlers diktieren!“ Die Ausweitung des Liedtextes der HJ: „Heute (ge)hört uns Deutschland, morgen die ganze Welt!“ wurde aus begreiflichen Gründen zwar verboten, aber trotzdem straßauf straßab gesungen.

Die Mittel, mit denen Hitler seinem Ziel zustrebte, waren einfach und stur, aber unter den für ihn gegebenen Verhältnissen wirksam. Er schuf zuerst einen überaus düsteren Hintergrund von „14 Jahren der Schmach“. Da gab es keine Unterschiede von schlecht, schlechter oder weniger schlecht; ehe Er, Adolf Hitler, gekommen war, hatte in Deutschland ganz einfach das Chaos geherrscht. „Vor mir war es wüst und leer.“ In solcher Finsternis konnte jeder, dem Unrecht, Leid oder Not widerfahren war, Wut, Schmerz und Verbitterung bequem unterbringen. Der schärfste Blitzstrahl in den schwarzen Pfuhl der Schuldigen traf die Parteien – die anderen, versteht sich, nicht die NSDAP –, und das deutsche Volk war in der Tat parteienmüde, so müde, daß es lieber eine einzige ertrug, die ihm diktatorisch die politische Verantwortung und die Qual der Wahlen abnahm, ihm aber doch den holden Schein einer gelegentlichen Befragung ließ, als zwei Dutzend, zwischen denen es sich nicht zurechtgefunden hatte. Reichte auch die größte Keckheit nicht mehr aus, um überkommene, neuentstandene und unüberwindbare Übelstände den Parteien des „Systems“ in die Schuhe zu schieben, so wurden sie in Bausch und Bogen dem „Schandvertrag von Versailles“ zugerechnet, und das deutsche Volk war erfüllt von Ressentiments und Ungeduld. Als Hitler „Gebt mir vier Jahre Zeit!“ forderte, erhielt er sie (natürlich, wie denn nicht!), und er benutzte sie, um Deutschland sofort die „schimmernde Wehr“ zu schaffen, von der Göring, ein [68] Herold atavistisch-infantiler Vorstellungen, so oft und gar so gerne sprach. Sie, die Rüstung, war das Mittel aller Mittel, um die hochgesteckten Ziele zu erreichen. Daß sie es auch noch ermöglichte, sechseinhalb Millionen Arbeitslose in Bataillone, Regimenter und Armeen umzuwandeln, direkt oder indirekt, – umso besser!

Die nationalsozialistische Propaganda hat es verstanden, durch Primitivität, Einseitigkeit, Selbstsicherheit, Großmannssucht und Wiederholung, immer neue Wiederholung, ewige Wiederholung ein Nichts an wirklich produktiver Werteschöpfung zur „Jahrtausendleistung“ aufzupulvern und hinter dieser Wand von Schaumschlägerei den Moloch zu verleugnen, den man in Wahrheit schuf. Nur Wenige konnten sich auf die Dauer den Wirkungen der riesenhaften, vor allem unablässig, ruhelos tätigen Propagandamaschinerie entziehen. Die deutsche Objektivität, von den Nationalsozialisten gehaßt, verleumdet und bekämpft, verkroch sich allgemach in einige verbliebene

Gelehrtenzimmer; auf der Straße, wo SA marschierte, in den Sälen, wo die Hakenkreuzdrapierung wallte, in den Betrieben und den Häusern, wo die Vertrauensleute und die „Warte“ agitierten und agitierten, war sie nicht mehr zu finden. Also nirgends.

Was hatte dem das Ausland entgegenzusetzen? Emigranten, für die sich in England oder Frankreich noch nicht jeder Tausendste interessierte, prophezeiten von Vierteljahr zu Vierteljahr den Zusammenbruch des Regimes. Die wenigen wirklich gut redigierten publizistischen Erzeugnisse der Antinazipropaganda gelangten nur in spärlichen Exemplaren über die deutsche Grenze. Im übrigen war Hitler Staatsoberhaupt und durfte „nicht beleidigt“ werden. Auch die Fehler der anderen Seite, die sie der Weimarer Republik gegenüber begangen hatte, kamen dem Nationalsozialismus jetzt zugute.

Die beste Propaganda Hitlers aber waren seine außenpolitischen Erfolge. Ein Mythos der Unüberwindlichkeit legte sich allmählich um ihn, der manchen Gegner im Inland beinahe zur Verzweiflung trieb. Stein auf Stein türmte sich über dem Grabe aller Hoffnungen; kein Schimmer drang allmählich mehr in die Nacht der Knechtschaft. Weit und breit im Umkreis Deutschlands war keine Kraft zu sehen oder gar zu spüren, die diesem schrecklichen Prozeß Einhalt geboten hätte. Von den äußeren Ursachen, die für die Unerlöschlichkeit des nationalsozialistischen Regimes verantwortlich zu machen sind, zählt diese am stärksten. Sie wirkte bei Freund und Feind, indem sie die einen, Scheinfreie und Gefangenenwärter, ermunterte, die andern, die politisch Todgeweihten, noch mehr entmutigte; die Schwankenden wurden durch sie in die Hürden des Siegers getrieben. Die marxistische Arbeiterschaft sah keine praktischen Aussichten mehr. Ebenso wenig die frühere Zentrumsanhängerschaft. Ihre einzige Hoffnung blieb der Krieg, den sie beinahe wünschen mußten, wenn sie vielleicht noch befreit werden konnten, den sie aber aus hundert Gründen nicht wollen [69] mochten. Auch hier eine tragische Spaltung der Gefühle und Überlegungen: Das Kleinbürgertum orientierte sich ausschließlich nach dem Erfolg. Der intellektuelle Mittelstand blieb hilflos oder war gebannt in nationale Ideologien. Die höheren Wirtschaftskreise begannen, England mit den Augen Ribbentrops zu sehen, und atmeten von Erfolg zu Erfolg tiefer die Morgenluft der Expansion in ihre breitgebeteten Industrie- und Handelslungen. Die Junker haßten zwar, noch von den Zeiten Hindenburgs her, den „böhmischen Feldwebel“, wie der alte Oldenburg-Januschau², in den Kategorien der österreichisch-ungarischen Monarchie verharrend, Hitler immer genannt hatte, aber sie liebten und schätzten ihr preußisches Militär über alles, ihm, nicht der NSDAP maßen sie eben das Verdienst an den „nationalen Erfolgen“ bei. Das hohe Offizierskorps liebte weder SA noch SS, weder die Partei noch Hitler, aber es sah trotz allem die eigene Sache durch ihn gefördert wie noch nie, und es war ihm durch Eid verpflichtet! Nach dem 4. Februar 1938, als 17 Armeekorpskommandanten mit General v. Fritsch und Blomberg zurücktraten, erstarb auch die berühmte „Reichswehr-Opposition“, obgleich ihr Mythos bis ganz zuletzt als Illusion verblieb.

Was hätte geschehen müssen, um Deutschland und den Nationalsozialismus rechtzeitig wieder voneinander zu trennen? Sie waren nicht voneinander zu trennen! Wenn etwas dieses Ereignis von unabsehbarer geschichtlicher Bedeutung hätte herbeizwingen können, so nur ein elementares Aufbäumen der ganzen Nation gegen die Knechtschaft einer Partei und eines Mannes – immer, überall und stets von neuem. Aber das ist ein Wahn. Denn hätten die Deutschen nach Freiheit und Selbstbestimmung gelehzt, dann wäre es, trotz den Intrigen des Herrn v. Papen, von allem Anfang an nicht zur Machtergreifung Adolf Hitlers gekommen. Wenn aber dennoch, so wäre nach dem 30. Januar 1933 gleich aus den ersten Erfahrungen ein Märzsturm aufgebraust, der mit vernichtender Wucht den „Führer“, seine Kamarilla und seine Partei weggefegt hätte wie Spreu. Aber das deutsche Volk war im Grunde apolitisch, mangelhaft politisch, ohne sicheren Instinkt. Daher die vielen aufgelösten Widersprüche in ihm, die einfach nebeneinander bestanden, von Schicht zu Schicht wechselten, bald hier als Wunsch, bald dort als lahme Opposition zutage traten. Diese seelische Lage auszunützen, darauf verstand sich Hitler meisterhaft. Er hielt sich instinktiv an ein Wort Ernst Jüngers³, daß man die Sklaverei ins Unendliche steigern könne, wenn man ihr den Anschein der Freiheit gebe. Was verlangten seine Deutschen denn? Sicherheit der persönlichen Existenz – der wirtschaftlichen, nicht der politischen! – dann empfanden sie irgendwo in ihrem Innern sogar Freude über die Erfolge der riskanten Außenpolitik; Arbeit, Ordnung und Disziplin, und sie wollten nur das Recht behalten, nach Herzenslust zu schimpfen (worin sie seit Väterzeiten schon ein Politikum erblickt hatten); den Frieden, den Hitler so laut beteuerte, dann vertrauten sie der zunehmenden Macht, die derselbe Mann immer heftiger [70] zur Geltung brachte. So war es, und so ist es verständlich, daß sie am 1. September 1939, als er sie rief, alle, alle folgten...

Zum dritten Mal innerhalb dreier Generationen zog das deutsche Volk in den Kampf. Söhne, Väter, Großväter – Marschierende der Geschichte. Von Begeisterung wie 1870 oder 1914 konnte bei den Männern von 1939 keine Rede mehr sein. Im Gegenteil: sie steckten voll dunkler Ahnungen, und ein Teil von ihnen folgte nur widerwillig. Aber alle blieben sie gehorsam, alle fanden sich bereit, die Gewehre aufzunehmen, die Handgranaten umzupacken, die Panzer und die Flugzeuge zu besteigen – Vollstrecker einer schrecklichen Idee: der Idee des Dritten Reiches.

Eugen Kogon: Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus, in: Frankfurter Hefte, 1. Jg. H. 2, Mai 1946, S. 62-70.

¹ „einbleuten“: orthographisch korrekter (Inf.) „einbläuen“ = einprägen.

² Elard Kurt Maria Füchtgott von Oldenburg-Januschau (1855-1937) stammte aus einer ostpreußischen Rittergutsfamilie und war Reichstagsabgeordneter der DNVP. Er rückte zu einem der einflussreichsten Mitglieder im Kreis um den Reichspräsidenten von Hindenburg auf, befürwortete die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und den Sturz der Republik. Als „böhmischen Feldwebel“ (höherer Unteroffiziersdienstgrad) wertet er Hitler gegenüber Hindenburg auf, der ihn den „böhmischen Gefreiten“ (= einfacher Soldat) nannte..

³ Ernst Jünger (1895-1998) war der bedeutendste Schriftsteller heroisierender Kriegserfahrungen, sein literarisch verarbeitetes Tagebuch „In Stahlgewittern“ erschien 1920, wurde zum Referenzwerk für die Veteranen, Kriegsnostalgiker und Gegner der Weimarer Republik und hatte in diesem Sinne großen Einfluss zumindest auf Teile der jungen Generation.

Das Dritte Reich und die preußisch-deutsche Geschichte

Von Eugen Kogon

Allzu viele Deutsche halten den Nationalsozialismus nur für eine Episode mit epochalem Ausgang. Sie meinen, man könne zum Wiederaufbau einfach da anknüpfen, wo wir 1933 aufgehört haben. Mangelnde Einsicht in die Zusammenhänge der Geschichte und eine untergründige Ablehnung der Möglichkeit, in gemeinsame tiefere „Schuld“ verstrickt zu sein, verführt sie zu der Auffassung, das Regime dieser zwölf Jahre sei ihnen bloß durch eine kleine Clique verbrecherischer Abenteurer aufgezwungen worden, und man könne zwar nicht die katastrophalen Folgen der Politik des Dritten Reiches aus der Welt schaffen, wohl aber die Erscheinung des Nationalsozialismus selbst als einen kurzen Abschnitt der deutschen Geschichte isolieren und damit abtun.

Wenn die Wege, die in eine bessere deutsche Zukunft führen, von entgegenstehenden Hindernissen freigelegt werden sollen, dann muß zuerst eine Übersicht gewonnen, der Zusammenhang der Entwicklung festgestellt und die geschichtliche Perspektive gesehen werden: der abendländische Zug „von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität“, in dem die deutschen Gewalthaber, vom Absolutismus herauf bis herab zum modernen Totalitarismus, eine ganz besondere Rolle gespielt haben. Es gehört also zu den Aufgaben der Besinnung, die Wurzeln ausfindig zu machen, die das Hitler-Regime mit der deutschen Vergangenheit und gewissen Eigenheiten des deutschen Charakters verbunden haben. Schon werden Stimmen im Lande laut – von rechts und von links! –, die der neuen Demokratie die alten nationalen Grundlagen geben wollen. Die Liberal-Demokratische Partei bekennt sich sogar bewußt „zu den letzten zweihundert Jahren preußisch-deutscher Geschichte“, die sie in keinem Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus sieht, und andere verkünden, Preußen sei tot, man könne daher beruhigt einen neuen deutschen Zentralismus fordern. Der Begriff des Reiches ist, ohne Erkenntnis seiner machtpolitischen Voraussetzungen, noch in den allermeisten Köpfen. Er wirkt in das Wirtschaftsdenken hinein, denn selten kann sich ein Deutscher noch vorstellen, daß es möglich sei, in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Ausland zu leben und zu Wohlstand zu gelangen; dem Autarkiegedanken liegt ebenfalls das Wunschbild nationaler Macht zugrunde. – eine Folge jahrzehntelanger Erziehung, die in Familie, Schule und Öffentlichkeit ein völlig einseitiges Wissen von der Geschichte verbreitet hat.

Die geistige Wiedergeburt Deutschlands setzt einen gründlichen Wandel der Geschichtsauffassung voraus, einen Rückblick, der die Kräfte des Unheils aufzeigt, damit sie nicht unerkannt in die Zukunft weiterzuwirken vermögen. Das staatsrechtliche Gefüge des neuen Deutschland, seine soziale Entwicklung und seine künftige Stellung im Kreise der europäischen Völker, die ihm heute auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit zutiefst miß [45]trauen, wird vom politischen Ergebnis dieser Selbstbesinnung mitabhängig sein.

Der zentrale Tatbestand, dem unsere erste Aufmerksamkeit zu gelten hat, ist die Entwicklung des Machtgedankens als Voraussetzung und Mittel einer „besonderen deutschen Aufgabe in Europa und in der Welt“. Immer war die Reichs-Vorstellung der Deutschen, deren Kern eine Ordnungs-Idee ist, auf das engste mit ihm verknüpft. Macht zur Herstellung von Ordnung – nach innen und nach außen – wurde als die eigentliche Aufgabe der deutschen Nation angesehen. Die Verbindung dieser beiden Ideen auf dem Boden des deutschen Charakters, der deutschen Überlieferungen und der äußeren Gegebenheiten des Landes schuf auch den Nationalsozialismus – die deutsche Abart der internationalen Erscheinungen des Faschismus und des Totalitarismus. Er war der letzte und tragischste Versuch, ein altes deutsches Ziel zu verwirklichen. Nicht die sozialreaktionären Tendenzen des Nationalsozialismus, an der Oberfläche für manche fortschrittlich getarnt, haben auf die Völker im Umkreise Deutschlands so abschreckend gewirkt, sondern seine Außenpolitik, die unmittelbar der nationalen Wurzel des deutschen faschistischen Totalitätssystems entstammte. Das Dritte Reich war darin der direkte und entartete Erbe der Zielvorstellungen und der Methoden der Bismarck'schen und Wilhelminischen Epoche, die in der Weimarer Republik unterirdisch weiterbestanden hatte, bis sie in der neuen, schrecklichen Gestalt hervorbrechen konnten. Das sozialreaktionäre Element im Nationalsozialismus bildete ganz gewiß ebenfalls ein gewichtiges Faktum, dem eine gewisse Sprengkraft innewohnte. Trotz den wiederholten Versicherungen diesseits und jenseits der Alpen, der Faschismus sei kein Exportartikel, konnte kein Vernünftiger die Erwartung hegen, der Totalitarismus werde sich hinter den eigenen Grenzen zufriedengeben. Der gewaltige Explosivstoff der in ihm beschlossenen Spannungen wirkte von vornherein stärkstens in das internationale Feld. Aber der spezifisch nationale Expansionsdrang überzog in Deutschland bei weitem; und er war historisch tief verwurzelt.

Wahrscheinlich hat jedes Volk eine Vorstellung von besonderen Aufgaben, die es in der Geschichte erfüllen müsse; zumindest wird das den Völkern seit den Tagen von Chateaubriand und Rousseau, Herder und der deutschen Romantik, die in Ost und West eine so weite Verbreitung gefunden und eine so tiefe nationale Wirkung hervorgerufen haben, erklärt. Aber das deutsche Volk hat mit dem Ideal der nationalen Einheit die Idee einer Herrschaftsmission in Mitteleuropa entwickelt. Und man kennt die immanente Dynamik dieser Ideen: es konnte nicht bei Mitteleuropa bleiben – die „bedrohten Grenzen“, die „Sicherheit des Hinterlandes“, der „notwendige Lebensraum“, die „Geltung einer Großmacht“ forderten beständige Erweiterung der Einflußzonen, und überseeische Besitzungen gehörten schon aus Ansehens-, wenn nicht aus Wirtschaftsgründen dazu. [46]. Der Gedanke, Ordnungsvormacht in Europa zu sein, ist altes deutsches Überlieferungsgut. Er geht auf die Zeit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zurück, ohne daß sich, wie das in der Geschichte häufig vorkommt, die Vorstellungen der verschiedenen Zeiten von den gleichen Absichten gedeckt hätten.

Das „Erste Reich“ war nach einem Worte des größten staufischen Kaisers, Friedrichs II., „eine vornehme Republik von Fürsten“, die mit eifersüchtiger Wachsamkeit auf die Erhaltung ihrer Freiheiten bedacht waren, mit Hilfe des Wahlrechtes das Aufkommen jeder starken Hausmacht zur Reichsherrschaft zu verhindern suchten und gegen die Erblichkeit der Reichskrone notfalls sowohl den französischen König wie die Päpste mobilisierten, um eine für sie alle gefährliche Einheit des Reiches unmöglich zu machen. Städte und Stände waren ihrerseits nicht weniger bemüht, die „deutschen Freiheiten“ jederzeit gewahrt und geschützt zu sehen. Mit dem Sturz der Hohenstaufen war die Blütezeit des „Ersten Reiches“ vorüber. Ein französischer Autor hat sehr richtig bemerkt, daß das Interregnum von 1250 bis 1870 gedauert hat. Während all dieser Zeit, besonders ab 1648, war das Reich eine „föderative Republik unter kaiserlicher Präsidentschaft“; um mit Fichte zu sprechen: niemals ein Staat, immer nur ein Bündnis.

Zwischen dem Ersten und dem Dritten Reich, zwischen dem 9.-13. Jahrhundert und dem 20. Jahrhundert ist ein geistiger, seelischer, religiöser, politischer, sozialer und ökonomischer Unterschied, der Vergleiche kaum mehr zuläßt; selbst der deutsche Volkscharakter ist anders geworden. In jeder Hinsicht war daher eine Berufung des Dritten Reiches auf die Überlieferungen des Ersten unzulässig. Gleichgeblieben war lediglich die geographische Lage im Herzen Europas, und übernommen wurde über alle Jahrhunderte hinweg der Anspruch auf Oberherrschaft. Er präsentierte sich in unseren Zeiten natürlich anders als damals. Das moderne Großmachtbewußtsein, das einen zureichenden Grund für jede außenpolitische Handlung im eigenen Dasein sieht und dieses Dasein als ein Element des notwendigen historischen Kampfes betrachtet, stützt sich nicht auf den Grundsatz der Legitimität oder die Idee einer prästabilierten göttlichen Ordnung in dieser Welt, sondern pocht ganz einfach auf überlegenes Können, auf die Größe und Masse des eigenen Volkes, auf das Beispiel der Andern, die sich genau so verhalten. Der Gedanke der Macht und des Herrschens, der „Geltung“, wie es in Deutschland vieldeutig-schillernd heißt, hat von den Menschen unserer Zeit so sehr Besitz ergriffen, daß er zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Irgendeiner muß die anderen sich „unterordnen“, wie kann man daran zweifeln? Was soll die Frage nach dem Recht solchen Anspruchs? Er ist eine Tatsache, eine Notwendigkeit, daher ein Recht dessen, der „so oder so“ Sieger bleibt. Es gibt in dieser „modernen Zeit“ nicht Wenige, die heftigsten Abscheu zu empfinden scheinen, wenn sie an das „geschichtslose Dasein“ erinnert werden, das die Schweiz seit vierhundert Jahren, Schweden, Holland, Dänemark seit mehr [47] als hundertfünfzig Jahren angeblich führen. „Satt sein“, „am Rande der geschichtlichen Entwicklung leben“, kein „heroisches Schicksal“ haben – schreckliches Los! Man muß sich selbst, indem man „energisch handelnd“ in die Geschichte eingreift, davor bewahren und die andern gleichfalls, indem man sie als Objekte der „Ordnung“ nach Möglichkeit in den Kreis des großen Geschehens miteinbezieht...

Die geographische Mittellage, eine rein natürliche Gegebenheit ohne ethische oder gar rechtliche Bedeutung, als Begründung des Vorherrschaftsanspruches gelten zu lassen, lehnten die übrigen Nationen natürlich ab. Europa konnte, wie die praktische Erfahrung gezeigt hat, auch von seinem Rande her beherrscht und, nach anderen Anschauungen, sogar in Ordnung gehalten werden. Die Mittellage der Deutschen hatte aber eine sozusagen machttechnische Seite, die das Reich immer wieder zum Unruheherd Europas werden ließ, sei es, daß die auswärtigen Mächte Gelegenheiten wahrnahmen, um von allen oder von verschiedenen Seiten die deutschen Grenzen zu überschreiten, sei es, daß Deutschland selbst nach Osten, Westen, Norden oder Süden ausfiel, um zu erobern oder seinem wirklichen und seinem vorgeblichen Sicherheitsbedürfnis zu folgen.

Man kann ermessen, was es in solcher Lage für alle Anrainer des Reiches bedeutete, wenn sich in Deutschland eine Macht erhob, die mehr und rücksichtsloser als alle anderen auf dem Standpunkt des nackten „Kampfes ums Dasein“ stand, hemmungslos rechtliche Vereinbarungen brach, sobald es ihr paßte und sie sich stark genug dazu fühlte, oder Eroberungen auch rein aus Gier und Herrschaftsbedürfnis anstrebte! Diese Macht war Preußen.

Es soll hier nicht mit leidenschaftlichem Parteigeist in Preußen allein der Staat gesehen werden, der Unrecht getan und alles Unheil in Europa verschuldet hat. Die Politik der neuzeitlichen Großmächte wurzelt insgesamt tief im Amoralischen und rein Egoistischen. Man kann ja auch nicht feststellen, daß die Welt am empörttesten gewesen wäre, als Preußen zum ersten Mal, nämlich unter Friedrich II., in der denkbar rücksichtslosesten Form den Grundsatz anwandte: „Gewalt vor Recht!“ Im Gegenteil, sie bewunderte den Raubkönig in einem Maße, daß beispielsweise in Venedig gegen die „Teresiani“⁴¹ der Schrei aufkam: „Chi non e buon Prussiano, non e buon Veneziano!“ (Wer nicht gut Preußisch denkt, denkt nicht gut Venezianisch!) Erst später, viel später ist die Welt klüger geworden, – als es zu spät war. Denn was Preußen unter den Vormachtstaaten der neuen Zeit „ausgezeichnet“ hat, das war seine Härte, seine Rücksichtslosigkeit und die barbarische Überhebung, sich offen zur Gewalt-vor-Recht-Politik zu bekennen, in der Praxis aber gleichwohl jederzeit auch noch das Recht für sich in Anspruch zu nehmen. Die deutsche Tragödie hat es gewollt, daß keiner aus der Reihe seiner politisch und kulturell besser qualifizierten Staaten das Werk einer andersgerichteten deutschen Einigung vollzogen hat, und Österreich als Großmacht den Kampf um ein bundesstaatliches Deutschland gegen [48] Preußen verlor, – nicht ohne eigenstes „Verschulden“ ganz Europas, das die besondere Art des Hohenzollernstaates nicht früh genug erkannt hat.

Erst 1539 sind die Kurfürsten von Brandenburg mit dem „Land der Pruzzen“ belehnt worden. Diesem eigentlichen Geburtsakt Preußens, der Loslösung aus der polnischen Lehenshoheit und der Vereinigung mit der

Mark Brandenburg, dem Kernland der Hohenzollern, war 1525 die Einführung der Reformation durch den letzten hohenzollernschen Hochmeister der Deutschritter und die Umwandlung des Ordenslandes² in ein weltliches Herzogtum vorangegangen. Alle drei Elemente haben von da ab zusammengewirkt: der hohenzollernsche Hausgeist, die charakterliche Eigenart des baltisch-slawischen Mischvolkes und der protestantische Reformationsdrang, um das zu formen, was man später unter Preußen verstehen mußte.

Ohne die Hohenzollern³ wäre dieses Geschichtsgebilde niemals entstanden. Nüchtern, knauserig, ehrgeizig, zielbewußt, geduldig, rücksichtslos und zäh, hat dieses Geschlecht jede Gunst des Augenblicks benutzt, um überall, ganz gleich wo, Landflecken, Gebietsstreifen, Enklaven, Grenzraine und sonstige Territoriumskomplexe, ob groß, ob klein, ob zusammengehörig oder noch so weit voneinander entfernt, zu erwerben. Unorganisch war der gesamte Besitz über die weiten Gebiete des Reiches verstreut, mehr als der jeder anderen Hausmacht; eingesprenkelt lag er in die Buntscheckigkeit der „Deutschländer“, niemand konnte in dieser Vielfalt, in diesem Kunterbunt von Grenzen eine bestimmte Entwicklungstendenz erblicken. Sie lag such nicht in den Territorien, sie lag im Geist der Hohenzollern. Wie sie seit den Tagen von Nürnberg, da sich ihr Aufstieg in die deutsche Geschichte vollzog, den Wert der baren Gold- und Silberstücke in den Truhen gekannt hatten, die auch nur einzelne Münzen darstellten, in der Masse aber einen Schatz, der Macht verlieh, sobald Gelegenheit sich bot, so wußten sie sehr wohl, was sie wollten, als sie, anscheinend ohne großes Ziel und ohne Zusammenhang, aber unentwegt Gebietsakkumulation betrieben. Selbst Frankreich, der mißtrauischeste Beobachter der Entwicklungen in Deutschland, begann sich über die Sprengwirkung solchen Streubesites erst langsam klarzuwerden, als Friedrich Wilhelm, den die Preußen ihren „Großen Kurfürsten“ genannt haben, von 1657 bis zum Frieden von Oliva⁴ mit Ostpreußen und der Anwartschaft auf Pommern und Stettin Gebietserweiterungen von mehr als lokaler Bedeutung erzielte. England, zu jener Zeit in inneren Wirren und selbst erst im Aufstieg zur Seemacht, wurde immerhin durch den Bau einer preußischen Hochseeflotte und den mit ihr unternommenen Versuch einer Kolonialreichgründung aufmerksam. Dieser „Große Kurfürst“ war es auch, der die preußischen Territorien zu formen begann und die preußische Eigenart entwickelte. Die Deutschritter hatten die Pruzzen unterworfen und sie in drei Jahrhunderten klarer, harter Herrschaft nicht weniger gehorchen gelehrt, wie die Hohenzollern ihre Wenden und Kaschuben jenseits der Elbe⁵. Das trug nun Früchte, als die Zeit gekommen war, auch dem [49] stets aufsässigen Adel preußische Art beizubringen. Gehorsam und Genügsamkeit wurden die beiden Grundtugenden, eisern verlangt, unerbittlich erzwungen, erbarmungslos geübt, aus denen sich das Werkzeug bilden ließ, das die Hohenzollern jetzt brauchten, um ihren Gewaltweg durch die Geschichte anzutreten: Militär. Das reformatorische Bekenntnis lieferte dem System die autoritäre Rechtfertigung und den erwünschten tiefsitzenden

Gegensatz zu den katholischen Mächten; aus ihm ließ sich in schier unerschöpflicher Abwandlung politisches Kapital schlagen.

Auf der Grundlage, die Kurfürst Friedrich Wilhelm geschaffen hat, wurde 1701 das Königreich errichtet. Friedrich Wilhelm I., der „Soldatenkönig“, der Schöpfer des preußischen „Drills“, hinterließ seinem Sohn, Friedrich II., die fertig geformte Macht, die der „erste Diener des Staates“ nun ebenso raffiniert wie hemmungslos zur Geltung brachte. Während die gesamte Intelligenz des Westens ihn als Vorkämpfer der Aufklärung preist und ihn gegen das „finstere Österreich“ unterstützt, erprobt Friedrich, den die Welt seit Voltaire den „Großen“ nennt, kaltblütig die Kraft des jungen Staates der kargen Bauernhöfe, der düsteren Kasernen und der vollen Gefängnisse. Diese dritte, typischste Verkörperung des Preußengeistes aus Hohenzollernblut entwickelte dabei Durchhalte-Eigenschaften, denen man die Bewunderung nicht versagen kann, wenn man bereit ist, die Augen zu verschließen vor gepeitschten Soldatenrücken und ausgemergelten Bauernknochen, vor geplünderten Landstrichen und langreihigen Friedhöfen. Das alles sah die glorreiche „Aufklärung“ nicht, und spätere Geschlechter, dem nackten Machtgedanken verfallen, hielten es kaltherzig für die unerläßliche Voraussetzung des nationalen Aufstiegs.

Aus den Napoleonischen Kriegen ging Preußen durch den Wiener Friedensschluß 1815 äußerlich geschwächt hervor. Das hatte indes nicht so sehr Napoleon zuwege gebracht als Österreich und Rußland. Die innere Tendenz Preußens war, wie sich zeigen wird, von Napoleon durchaus nicht gebrochen worden. In den Militärreformen von Scharnhorst über Boyen zu Roon: der preußischen Landwehr, dem Volksheer, der allgemeinen Wehrpflicht, zeigte sie sich so lebendig wie eh und je, ja erfuhr sogar eine bemerkenswerte Erweiterung ihrer sozialen Grundlagen. Gewiß waren die preußischen Führer, im Gegensatz zu ihrem Herrn und Meister Friedrich II., jetzt sehr christlich geworden, aber diese christlichen Gefühle standen unverbunden neben den gleichgebliebenen preußischen Grundanschauungen, ohne sie wesentlich zu beeinflussen. Worin sah Roon den historischen Beruf Preußens? „Wenn ich die Geschichte,“ sagte dieser fromme Kriegsminister, „mit Nutzen gelesen habe, so ist ihr Hauptinhalt nichts anderes als Kampf um Macht und Machterweiterung.“ 1861 bemerkt er König Friedrich Wilhelm IV. gegenüber: „Zwei Wege haben wir, um- aus dem Wirrsal herauszukommen. Der eine heißt nachgeben; im Hintergrunde winkt eine Bürgerkrone, und Preußen wetteifert vielleicht künftig mit Belgien in den materiellen Segnungen einer unhistorischen Existenz. Der andere heißt Geltend[50]machung des gesetzlich berechtigten königlichen Willens. Er führt auf anfangs rauher Bahn, aber mit allem Glanz und aller Waffenherrlichkeit eines glorreichen Kampfes zu den beherrschenden Höhen des Lebens.“ „Besser verbluten als verfaulen,“ heißt es von ihm später. „So ward für ihn auch die schleswig-holsteinische Frage, ebenso wie für Bismarck, mehr eine Frage der Macht als des Rechtes.“⁶

Wenn es die erste Paradoxie war, daß die Aufklärung Friedrich II. von Preußen als ihren Heros empfand, so war es nun die zweite, nicht geringere dieser Art, daß der deutsche Liberalismus als Träger der eben erst erwachten und mächtig lodernnden nationalen Sehnsucht nach Einheit Preußen, dem Staate der unablässigen reaktionären Revolution, den Weg zur Vorkönigschaft in Deutschland bereitete. Manche fürchteten zwar „eine Vergewaltigung Deutschlands durch Preußen“, und die „alte Abneigung gegen die spröde und harte Eigenart des friderizianischen Militärstaates“ war groß. Trotzdem boten 1849 die Demokraten des Frankfurter Parlaments Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone an, und sie waren erstaunt und enttäuscht, als sie der privat legitimistisch denkende König – nicht Vorkämpfer, sondern schon Nutznießer der selbständig gewordenen preußischen Entwicklung – wegen des „Ludergeruches“, der ihm von der Nationalversammlung in Frankfurt ausging, und aus der Hand von „Revoluzzern“ nicht annahm. Der tiefere Grund, daß er sie ausschlug, war allerdings ein anderer. „Der preußische Staat sollte,“ schreibt Friedrich Meinicke, ein Historiker, dem gewiß niemand Voreingenommenheit gegen Preußen vorwerfen kann, „so war es die Absicht der Frankfurter, über kurz oder lang ganz aufgehen im deutschen Nationalstaate, sein Eigenwille untergeordnet werden unter und mit der Zeit ganz aufgesogen werden durch den deutschen Reichswillen. Es sollte also nicht etwa der preußische Staat die Hegemonie über Deutschland erhalten, sondern es sollten die Hohenzollern, zur Kaiserwürde berufen, die tatsächlichen Machtmittel des preußischen Staates dem Reiche und seinen Organen zur Verfügung stellen.“ Davon wollten nun freilich die Hohenzollern und ihre Berater nichts wissen. Sie glaubten, ihr Ziel allein und auf eigenen Wegen erreichen zu können. Wieder war es Österreich, das zusammen mit Rußland in den Olmützer Konventionen 1850 die Erklärung Preußens zur „deutschen Schutzmacht“ verhinderte. Doch konnte dieses immerhin erreichen, daß sich Rußland ein Jahr darauf in Dresden auch gegen das gleiche Streben Österreichs wandte. Praktisch war damit dem Manne der Weg gebahnt, in dem sich Preußengeist und diplomatisches Geschick erfolgverheißend verbunden hatten: Otto von Bismarck.

Mit Bismarck wurde ein neuer Abschnitt der Entwicklung eröffnet. Die politische Gedankenwelt der Restaurationszeit, in der, nach dem eben zitierten Autor, „die lebendige Bewegung der Macht gehemmt worden war durch Ideologie und Doktrinen“ (aus dem Preußischen übersetzt: gehemmt durch Rechts- und Stabilitätsdenken!), diese Zeit „veraltete“ nun, das heißt, [51] Bismarck brachte sie mehr und mehr zum Absterben. Man muß sich einige markante Aussprüche des Gründers des Zweiten Reiches ins Gedächtnis rufen, um den geistigen Nährboden ganz zu erfassen, in dem der Junker wurzelte. Sie sind einer Abhandlung Friedrich Meineckes aus dem Band „Preußisch-deutsche Gestalten und Probleme“ entnommen:

„Das wäre doch etwas gewesen“, schrieb Bismarck vier Wochen nach der Märzrevolution 1848 an die Magdeburger Zeitung, „wenn der erste Auf-

schwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen.' Von dem Werk der Paulskirche aber, das den preußischen Staat der deutschen Idee Unterwerfen wollte, urteilte er am 21. April 1849: ‚Die deutsche Einheit will ein jeder, den man danach fragt, sobald er nur deutsch spricht; mit dieser Verfassung aber will ich sie nicht.‘ ‚Den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein sollte, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Waagschale zu werfen – dies wäre,‘ so rief er am 6. September 1849 seinen Landsleuten zu, ‚eine nationale preußische Politik gewesen.‘ Es war der Gedanke, der ihn 1866 auf die böhmischen Schlachtfelder und zur Gründung des Norddeutschen Bundes geführt hat, es war zugleich der Geist Friedrichs des Großen, den er damit heraufbeschwor. Der hätte, sagte er damals ahnungsvoll, so etwas tun können, ‚mit demselben Rechte, mit dem er Schlesien eroberte‘. Und diesen friderizianischen Adlerblick in die Sonne ließ er nicht wieder sinken; selbst durch die Dämmerung der Tage von Olmütz blitzte er hindurch. Er sprach damals, scheinbar nur spielend und doch seinen innersten Drang verratend, von einem Kriege, der keinen anderen Grund habe, als daß der König und Kriegsherr sage: ‚Dies Land gefällt mir, ich will es besitzen!‘ ... Edwin von Manteuffel erinnerte ihn am 9. Juni 1851 an jene Worte und fügte hinzu: ‚Und das wird sein und muß sein, denn es heißt aut – aut⁷, aufhören oder erobern,‘ Den Gedanken der nationalen Einheit und Größe ließ er nur insoweit gelten, als er dem Gefüge *des* preußischen Staates nicht schadete, und als er zu ganz realer und greifbarer Macht führen konnte. Er will ‚von den abgenutzten Idealen und nationalen Hebeln‘ einer hegemonischen Politik Preußens nichts mehr wissen. Er spricht vom ‚räudigen Hermelin des deutschen Patriotismus‘, der der kühlen preußisch-egoistischen Politik übel angestanden hätte! Weil er wußte, daß Preußen doch nur auf Kosten der Mittelstaaten seine Macht steigern konnte, machte er es sich auch völlig klar, daß nur ‚Furcht und wieder Furcht die deutschen Höfe an Preußens Seite führen könne... Er, von keinerlei legitimistischen Skrupeln geplagt, frohlockt, wenn er an die Möglichkeit dachte, daß Rußland, Preußen und Frankreich in Europa auf der einen, Österreich so gut wie isoliert auf der anderen Seite zu finden sein würden. Dann konnte der Tanz losgehen! Nur keine unentschlossene Planlosigkeit wie einst 1805, eiferte er, Hammer oder Amboß gilt es für Preußen! ... Am europäischen Himmel begannen sich die Wolken zusammenzuziehen, die zu einem Unge[52]witter gegen Österreich führen mußten. Dann konnte auch einmal die ‚schmucke preußische Fregatte‘ in die hohe See stechen...“⁸

Das Ziel war also von Anfang an klar: ein preußisches Einheitsdeutschland. Die ostelbische Brutalität der Methoden erfuhr seit der Zeit des Krimkrieges, aus welchem Bismarck nach seinen eigenen Erinnerungen entscheidende außenpolitische Lehren gezogen hat, die Modifizierung zu machiavellistischer Geschmeidigkeit. Rußland, noch eben in Olmütz und Dresden so mächtig, fiel 1856 nach dem Frieden von Paris als stärkster

Eckpfeiler des Systems der Heiligen Allianz von 1815 aus. Damit war Österreich tatsächlich isoliert, und die Saat mußte in Deutschland für Preußen reifen. Es hat zu Magenta und Solferino⁹ sichtbar nichts beigetragen; Napoleon III. besorgte 1859 die Arbeit gegen Österreich – für Italiens Einigung und „pour le roi de Prusse“. Welche Geschicklichkeit Bismarcks, das angeschlagene Österreich, den alten Vorkämpfer des geheiligten Status quo, an Preußens Seite in die nationalen Händel von Schleswig-Holstein und in den Krieg gegen das kleine Dänemark zu locken! „Er hat es selber immer für sein höchstes diplomatisches Meisterstück angesehen, daß es ihm gelang, gegen den Willen und Wunsch von ganz Europa im Bunde mit derjenigen Macht, die Preußens nächster und stärkster Nebenbuhler war, die Herzogtümer Schleswig und Holstein von Dänemark loszureißen.“ Mehr noch: Österreich 1864 im Vertrag von Wien auch an den Ungerechtigkeiten des neuen Friedens so zu beteiligen, daß es für Preußen eine Kleinigkeit war, zwei Jahre später den Grund zu finden, um über den Bundesgenossen herzufallen! Nichts als zickzackige Etappen zum gradlinig vor Augen liegenden Ziel. Königgrätz warf Österreich aus Deutschland, und das Frankreich Napoleons III. jubelte! Bismarck nützte die Situation – nicht, wie der König und die preußischen Generale es wollten: gegen das besiegte Österreich; im Gegenteil; da es nun keine Gefahr mehr für Preußens Vorherrschaft in Deutschland bedeutete, machte er es sich durch scheinbar maßvolle Zurückhaltung, ja durch Entgegenkommen zum Freund und lenkte es überdies nach dem Südosten ab, um die Gegensätze zwischen Österreich und den Slawen zu verstärken, – eine Politik, die auf dem Berliner Kongreß 1878¹⁰ ihre Krönung fand.

Inzwischen brachte 1867 unter Preußens Führung den Norddeutschen Bund – die letzte Vorbereitungsstufe zu 1870. Am 18. Januar 1871, auf den Tag einhundertseibzig Jahre nach der Proklamation Preußens zum Königreich, war das Ziel erreicht: Mitten im Herzen des „Erbfeindes“, im Spiegelsaal von Versailles, wurde die deutsche Einheit triumphierend vollzogen. Das Zweite Reich war Wirklichkeit geworden.

Es hätte als Wunder bezeichnet werden müssen, wenn diese kleindeutsche Schöpfung aus Blut und Eisen nicht alsbald die charakteristischen Merkmale preußischer Art angenommen und an den Tag gelegt hätte. Im Verlauf weniger Jahrzehnte drang der preußische Feldwebel in den letzten Winkel Deutschlands – ihm auf dem Fuß der „Piefke“, jener dumm-dreiste [53] Typ eines großmannssüchtigen Kleinkapitalismus, der mit seiner frechen Schnodderigkeit so viel dazu beigetragen hat, das Neudeutschtum in der Welt verhaßt zu machen. Über den beiden standen die Prediger der allgermanischen Heils Idee, die Militarismus, wirtschaftlichen Expansionsdrang und Gelehrsamkeit verbanden, um unter der Ägide Wilhelms II. der Welt morgens, mittags und abends zu verkünden, daß nun die Zeit gekommen sei, wo sie an diesem deutschen Wesen genesen müsse. Ja – die preußische Fregatte war mit geblähten Segeln frisch-fröhlich in See gestochen, und der „Alte vom Sachsenwald“ sah in seinen letzten Tagen mit grollender Sorge, welche Mann-

schaft sich auf dem Schiff tummelte, und welchen Gewittern es entgegenfuhr. Den Wind, den er gesät hatte, hat' die Generation nach ihm als Sturm geerntet.

Im Versailles von 1919 wurde die preußisch-deutsche Einheit nicht angetastet; die neue Verfassung von Weimar konnte sie, da die Fürsten der deutschen Bundesstaaten ausgeschaltet waren, sogar verstärken. Wohl hat die Entente einige der Bäume, die in den Himmel hatten wachsen wollen, gefällt, aber die Wurzeln wurden belassen.

So konnte unter der Führung Adolf Hitlers das Dritte Reich dem Zweiten folgen. Seine Einheit war für Hitler kein Problem mehr. Er mußte den Weg Bismarcks nicht von neuem gehen, sondern durfte die Grundlagen von 1871 als selbstverständliche Voraussetzung benutzen. Er zentralisierte Deutschland lediglich noch mehr, um es im Sinne der Diktatur durchsichtiger und schlagkräftiger zu machen. Dabei nahm er die zunehmende Bürokratisierung in Kauf, da er ja Hunderttausende seiner Parteianhängerschaft, die als Antreiber und als Informatoren dienen konnten, im Staatsapparat unterzubringen hatte. Im geistigen Sinne – wenn das Wort Geist hier gestattet ist – wurde die Einheit zur „Gleichschaltung“ weitergetrieben. Aber das außenpolitische Programm des Dritten Reiches, das sich auf diese Einheit des verpreußten Deutschland gründete, glich den Wesenszügen der Außenpolitik der Wilhelminischen Epoche wie ein Ei dem andern; bloß daß im Einzelnen die abstoßenden Züge noch viel deutlicher hervortraten. Aus Kleindeutschland Großdeutschland und aus Großdeutschland ein noch größeres Deutschland, das Reich aller Deutschen in Europa zu machen, das Dritte Reich also zur Vormacht im Abendland, das war der Wunschtraum *des* ruhelosen, sich ewig verkannt fühlenden, mit Minderwertigkeitskomplexen beladenen und daher jede Kraftäußerung innig anbetenden Mannes aus Braunau.

Hitler hat dem Streben des Dritten Reiches die Parole der Freiheit vorangesetzt. Nicht die Freiheit des Staatsbürgers war damit gemeint, sondern zuerst die Befreiung aus den „Fesseln von Versailles“, dann die Expansionsfreiheit des deutschen Kollektivums – des „Germanismus in Freiheit“, wie es ein Franzose genannt hat. Denn das innerpolitische und soziale System des Dritten Reiches zeichnete sich durch ganz andere Eigenschaften aus als durch Freiheit. Sein Signum war die „Ordnung“! [54]

Die Charakteristika des neuen Sozialsystems zu sehen, war nicht immer ganz leicht. Der faschistische Totalitarismus war im groß-deutschen Preußen eine widerliche Verbindung aus Brutalität und Romantik eingegangen, die es ihm ermöglichte, chamäleonhaft die Farbe zu wechseln. Bald saßen die Avantgardisten dieses Phänomens braunhemdig in den Goethe-Tempeln zu Weimar, bald ergötzten sie sich in den Uniformen der Henker an den Saldistereien des nur acht Kilometer davon entfernten Konzentrationslagers Buchenwald; zu den Musikfesten in Bayreuth gehörte als Pendant Floßenbürg, zur Kultur von München Dachau, zu Berlin Sachsenhausen. Aus solchem Verhalten mußte sich eine Hypokrisie sondergleichen entwickeln. Bei den einen,

die das Treiben bewußt oder zumindest wissend mitmachten, war es eine natürliche Folge der Diskrepanz der Welten, in denen sie lebten; bei denen, die nichtsahnend als deutsche Kulturträger auftraten, wirkte die Schuld, inmitten grauererregender Tatsachen blind geblieben zu sein, als objektive Heuchelei. Hinter dieser fratzenhaften Erscheinung des deutschen Antlitzes sind seine guten Züge allmählich völlig verschwunden.

Fragen wir einmal, was Deutschland selbst unter der „Ordnung“ verstand, die es der Welt als politisches und soziales System bringen wollte. Fleißige und genaue Arbeit, tüchtiges Zupacken, diszipliniertes Verhalten in allen Lagen, Sauberkeit, Pünktlichkeit, sparsames Leben, unbedingte Einordnung, militärische Übung, – ist das nicht ungefähr der Inhalt seiner Vorstellung von „Ordnung“ gewesen? Es unterliegt keinem Zweifel, daß es lange Zeit viel davon selbst praktiziert hat. Es konnte sich damit, da eine Fülle lebensfroher und lebensaufgeschlossener Eigenschaften fehlte, nur einen gewissen, nicht ohne Vorbehalte anerkannten Ruf in der Welt erringen. Aber ebenso steht es außer Zweifel, daß seit 1933 diese Eigenschaften fast ausschließlich einem System der Unterjochung dienstbar gemacht worden sind, das einem Zuchthaus angepaßt sein mochte. Spengler hat dazutun versucht, daß Preußentum und Sozialismus besonders aufeinander abgestimmt seien.¹¹ Ja, aber was für ein Sozialismus! Die „Betreuung“ arbeits-buchgebundener Roboter von der Wiege bis zum Grab. Hier ist nicht wichtig, was Oswald Spengler gemeint und aus der Geschichte beweisen zu können geglaubt hat, sondern allein, was das Dritte Reich auf preußischer Grundlage als sogenannten nationalen Sozialismus in die Welt gesetzt hat: die mit Sentimentalitäten verzierte Reglementierung des gesamten Lebens zugunsten einer diktatorischen Herrscherclique, deren Macht- und Rassenwahn nicht Ruhe fand, bis es ihm gelungen war, die bienenfließigen und genügsamen, gehorsamen und gedrillten Insassen der Fabriken, Büros, Lager, Kasernen und sonstigen damals in deutschen Landen gefängnisartigen Einrichtungen in ein immer gefährlicher werdendes Potential der Expansion zu verwandeln. Was war von dem „Preußischen Stil“, dessen positive und scheinbar positive Elemente Möller van den Bruck¹² aus Preußens Geschichte sorgsam zusammengetragen und bewundernd dargestellt hatte, übriggeblieben [55]als der Stil der harten Arbeit – mit Radiobegleitung, und des Massenmarschtritts – im Takt der alten friderizianischen Pfeifmusik?

Das Militär! Der preußische Generalstab hörte nicht auf, seine deutschen und europäischen Pläne abzuwandeln. Schon die Politiker der Republik hatten, in tragischer Verkennung der Geister und der Kräfte, die Berufsoffiziere aus der erzwungenen Reserve gerufen. (Walter Dirks hat es in seinem Aufsatz „Die Zweite Republik“) dargetan; wir werden der Rolle der „Reichswehr“, die sie zwischen 1919 und 1933 entscheidungsvoll gespielt hat, noch eine besondere Darstellung widmen.) Für Hitler wurde die Armee geradezu das eiserne Rückgrat seines Staates – dessen elastisches die Partei war –. Nichts verband das Dritte Reich mit dem Zweiten sichtbar, wenig wirk-

samer als das Militär. Und der geliebte „Waffenrock“ ließ jetzt wie damals die Herzen aller Fahneneidsüchtigen höher schlagen. Die einen mochten in der Soldaten-„Romantik“, trotz dem Kasernenhof-Übergang zu ihr, sogar eine Abwechslung vom Tretmühlbetrieb des ökonomischen Antreibersystems empfinden; die andern – ältere „Militaristen“ – sahen, über Biergläser geneigt von besseren Zeiten träumend, wie die Stammtisch-Standarten ihrer Kriegervereine und Regimentskameradschaften in einem neuen frischen Winde zu flattern anhuben, während die Phantasie der jüngeren, durch Lieder, wirbelnde Landsknechtstrommeln und patriotische Reden entzündet, die mächtigen Bündel der roten Hakenkreuz-Fahnen und der schwarzen Sigrune-Banner¹³ über Europa entfaltete. Die alte preußische Saat war an allen Ecken und Enden gewaltig ins nationalsozialistische Unkraut geschossen; es mußte, früher oder später, über die Grenzen wuchern.

Der Drang des Dritten Reiches nach Ausdehnung hatte natürlich nicht bloß historische, ideologische und personelle Wurzeln, er war auch ökonomisch bedingt. Sein und Bewußtsein des nationalsozialistischen Staates griffen mehr denn sonst wie Zahnräder ineinander, um sich gegenseitig vorwärtszutreiben. Für Hitler handelte es sich allerdings nicht mehr wie im Zweiten Reich um den normalen Expansionstrieb des Hochkapitalismus, wenn auch Industrie, Handel und Finanz nur das alte Schema sahen: Heraus aus der Enge in den Weltmarkt und Beseitigung der revolutionären Drohurigen der Millionen Arbeitslosen. Da sie beim System der parlamentarischen Demokratie keine rasche Lösung gefunden hatten, waren die Stärksten und Ungezügelmsten der deutschen Kapitalmächte bereit gewesen, mitzuhelfen, um Hitler in den Sattel zu heben. Ihm, dem Verfasser von „Mein Kampf“, paßte der ökonomische Antrieb zur Rüstung ins Konzept! Die Durchführung dieses simplen Programms, nämlich, wirtschaftspolitisch betrachtet, den Haushalt eines Räuberstaates zu organisieren, verschaffte seinem Führer bei allen Kurzsichtigen vorübergehend billige Lorbeeren. Ohne allen Zweifel hat die deutsche Wirtschaftslage, rein fak[tisch], auf die besondere Entwicklung des Dritten Reiches stärkstens eingewirkt. Aber man kann deshalb den Nationalsozialismus trotzdem nicht einfach als politischen „Exponenten des deutschen Großkapitals“ bezeichnen.¹⁴ Hitlers Vorstellungen vom Staat waren andere, und auch die Wirklichkeit, die er und seine Kamarilla schufen, sah anders aus, als die privatkapitalistisch denkenden Kreise, ob sie nun der klein-, mittel- oder großbürgerlichen Schicht angehörten, sie erwartet hatten. Die Tendenz der herrschenden Männer mit Hitler an der Spitze ging vielmehr, als sie einmal an die Macht gelangt waren, dahin, sich selbst mit Hilfe ihrer parteilichen Mittelsleute in den Besitz der wirtschaftlichen Kommandostellen zu bringen, diesen Vorgang auf jede mögliche Weise zu verschleiern und sich dabei, nebenher, auch die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile des modernen Helotensystems¹⁵ zu verschaffen, das sie, mit allerlei täuschendem Firlelfanz aufgeputzt, einzurichten entschlossen waren. In soziologischer Beurteilung kann ein solches Staatswesen nicht mehr kapitalistisch genannt werden,

zumindest nicht in irgendeinem liberalen Sinn. Von den möglichen Formen eines echten Sozialismus war es noch weiter entfernt. Wäre der Ausdruck nicht zu hypertrophisch, so möchte man es im Hinblick auf gewisse Großpraktiken, die das Oberhaupt dieser merkwürdigen Volksgemeinschaft und, jedermann sichtbar, sein designierter Nachfolger Hermann Göring entwickelt haben, am liebsten als einen teils spartanisch, teils sybaritisch¹⁶ getarnten Gangster-Kapitalismus bezeichnen, der in seinem wirtschaftlichen Gefüge nur deshalb nicht zerbrach, weil das deutsche Volk in seiner Masse brav, bieder und fleißig fronte, während die starke Stammschicht von Direktoren und Prokuristen in allen Teilen des nationalen Getriebes mit fachmännischer Kenntnis, patriotischem Ethos und sturem Ernst „ihre Pflicht“ tat.

Es wird noch einmal davon zu sprechen sein, ob Hitler gezwungen war, aus ökonomischen Gründen mit Notwendigkeit den Weg der Eroberung zu gehen. Tatsache ist, daß er ihn ging, und daß die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen, die er in Deutschland vorfand, ihn erst recht auf diesen Weg gebracht haben. Das Ziel aber, das er sich gesetzt hatte, war ein politisches und soziales: Zuerst „Ordnung“ in Deutschland und dann „Ordnung“ in Europa zu schaffen! Wenn es die Nachbarvölker noch nicht gewußt hätten, daß der preußische Deutsche alles das, was er bei sich zu Hause unter Ordnung verstand, im Ausland in den Sammeltrieb „Kommandieren“ zu verdichten pflegte (falls er Gelegenheit dazu bekam), – an den Kostproben, die das Dritte Reich in seinen Pressestimmen und ab 1938 in seinen außenpolitischen Aktionen gab, hätten sie es erkennen müssen, selbst wenn sie Preußen-Deutschland und Adolf Hitler vorher nicht gefürchtet, sondern verehrt und geliebt hätten. Österreich, Sudetenland, Böhmen und Mähren wurden trotz aller nationalsozialistischen Propaganda von „Anschlußfreudigkeit“, „Begeisterung“ und „Bruderliebe“ abschreckende Beispiele der Unterjochung und der Ausbeutung. Die Bilanz zwischen dem, was das Dritte Reich den Ländern, die es überzog, gebracht, und [57] dem, was es von dort weggeschafft hat, war allzu deutlich, als daß sie durch Propaganda völlig hätte verdunkelt werden können.

Die Welt des Westens und die östlichen Nachbarn des Dritten Reiches hatten eine andere Vorstellung vom Leben und von der politischen Ordnung Europas. Als Hitler am 1. September 1939 das deutsche Volk zur letzten Gewaltprobe antreten ließ, da erhoben auch sie sich am 3. September – notgedrungen, nicht begeistert –, um das, was ihnen nach einem Worte Chamberlains „lieb und wert“ war, vor dem Ansturm dessen zu beschützen, was sie aus tiefster Seele verabscheuten. Dieses System durfte nicht über Europa siegen!

Anmerkungen und Erläuterungen

¹ „Teresiani“ = Anhänger der Kaiserin und habsburgischen Monarchin Maria-Theresia. Teile Norditaliens standen damals unter habsburgischer Hoheit.

² Der Deutsche Orden hatte im Mittelalter Ostpreußen und die baltischen Länder erobert und christianisiert.

³ Die Dynastie der Hohenzollern stammte aus Schwaben, von der Burg und später dem Ort selben Namens; Graf Friedrich von Zollern wurde 1191 durch Erbschaft auch Burggraf von Nürnberg. Die Dynastie weitere ihre fränkische Herrschaft aus und übernahm 1415 durch Heirat und Erbschaft die Markgrafschaft Brandenburg, Kernland des späteren Preußen.

⁴ Friede von Oliva 1660: Beendigung einer Reihe von Kriegen im Ostseeraum zwischen Schweden und Polen, wobei die Souveränität des hohenzollerschen Herzogtums Preußen (= Ostpreußen) von Polen anerkannt wurde.

⁵ „Jenseits der Elbe“ meint östlich; die Wenden und Kaschuben waren slawische Völker. Der Begriff „Wenden“ war dabei eine germanische Sammelbezeichnung für die benachbarten slawischen Völker im Mittelalter, in der Niederlausitz ist dies heute noch ein Synonym für die Sorben. Im Zuge der Ostkolonisation wurden die Slawen unterworfen und assimiliert oder weiter nach Osten verdrängt. Die Kaschuben waren bzw. sind noch ein Teil dieser westslawischen Völker und wurden in jüngerer Zeit aus West- nach Ostpommern abgedrängt bis nach Danzig (Gdansk), heute in Polen.

⁶ Die Schleswig-Holstein-Frage: Im Deutschen Bund nach 1918 blieben, wie zuvor schon, die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein unter dänischer Herrschaft, obwohl der südliche Teil Holstein zuvor dem Kaiserreich eingegliedert und der dänische König als Herzog von Holstein somit gleichzeitig ein Fürst des Kaiserreiches war. Auch im Süden des nördlichen Herzogtums Schleswig gab es eine deutschsprachige Bevölkerung. Dies wurde im Deutschen Bund so beibehalten, der dänische König war somit ein deutscher Fürst mit Sitz im Bundesrat. Eine erste Auseinandersetzung darüber zwischen ethnisch Deutschen und Dänen innerhalb des Herzogtums Schleswig gab es im Zug der Revolution 1848, als die Deutschen Hilfe von der deutschen Nationalversammlung erbat. Im darauffolgenden Preußisch-dänischen Krieg gab es keine klare Entscheidung und es blieb beim Status quo bis zum Preußisch-dänischen Krieg 1964. Im Jahr zuvor wurde Schleswig stärker an der dänischen Krone unterworfen und motivierte Preußen zu einem neuen Krieg, dass es diesmal auch gewann. Die gesamte Provinz Schleswig wurde nun mitsamt ihrer dänischen Bevölkerung im Norden zunächst einer gemeinsamen preußisch-österreichischen Verwaltung für den Deutschen Bund unterstellt. Der Streit darum führte zum Preußisch-österreichischen Krieg 1967 mit dem Sieg Preußens bei Königgrätz (Sadowa) und der Konsequenz der Gründung des Norddeutschen Bundes und nach dem Deutsch-französischen Krieg des deutschen Kaiserreiches 1871. – Siehe auch nachfolgend im Text.

⁷ Aut... aut, lat. = entweder..., oder.

⁸ Zitate aus Friedrich Meinecke: Preußisch-deutsche Gestalten und Probleme. Leipzig (Koehler & Amelang) 1940, S. 14, 33-40, 144. Es handelt sich um eine Sammlung von Zeitschriftenartikeln aus der Zeit vor 1933.

⁹ Von Österreich verlorene Schlacht in Norditalien 1859 gegen die aufständischen Italiener (Hzm. Piemont) mit französischer Unterstützung im Zuge des nationalen Einigungsprozesses.

¹⁰ Der Berliner Kongress 1878 regelte die Nachkriegsordnung nach dem Russisch-Osmanischen Krieg, der in Folge des Aufstands slawischer Völker auf dem Balkan von Bosnien bis Bulgarien gegen die osmanische Herrschaft entstanden war. Bismarck trat dort als „ehrlicher Makler“ auf.

¹¹ Oswald Spengler: Preußentum und Sozialismus. München (C.H. Beck) 1919.

¹² Arthur Moeller van den Bruck (Namensanhang als Künstlernamen). Sein Buch Das Dritte Reich, Berlin (Ring-Verlag) 1923 lieferte Hitler das politische Stichwort.

¹³ Sie „Sigrune“ – Sieg-Rune – ist das aus der altnordischen Runenschrift entnommene S der SS.

¹⁴ Anspielung auf die kommunistische Erklärung des „deutschen Faschismus“ als politischer „Agent des Kapitalismus“.

¹⁵ Heloten: Im antiken Sparta die unterworfenen Bevölkerung aus dem Umland, die als Staatsklaven arbeiten musste.

¹⁶ „sybaritisch“, nach der antiken Stadt Sybaris in Süditalien, bei den Griechen eine Bezeichnung für genussüchtig, verweichlicht.

Die neuen Verfassungen

Die freieste Verfassung der Welt¹ hat uns nicht vor dem Nationalsozialismus bewahrt, und das beste Gesetz der Welt sichert unsere Rechte nicht, wenn der herrschende Machthaber sich über sie hinwegzusehen vermag. Ist es diese bittere Erkenntnis, die uns so gleichgültig gegen die zukünftigen Verfassungen macht? In Paris, so hören wir, haben zwar die Beratungen über die ehrwürdigen „Menschenrechte“ in einer Atmosphäre der Unlust stattgefunden (die Bänke des Parlaments und auch die Galerien waren halbleer), dann aber hat die Mehrheit der französischen Wähler dem fertigen Gesamtentwurf ihr Interesse auf die nachdrücklichste Weise gezeigt, die denkbar ist: durch die Ablehnung, weil eben jene Rechte auf die Dauer vor allem durch das Einkammersystem gefährdet erschienen.

In den deutschen Ländern der amerikanischen Zone arbeiten die Vertrauensmänner der Regierungen und der Parteien am Entwurf der künftigen Verfassungen; wir haben keinen Anlaß, zu bezweifeln, daß sie es eifrig und gewissenhaft tun. Ganz gewiß beraten sie in einer Stille, welche die Sammlung erleichtert, völlig ungestört von den Staatsbürgern, der Presse, der öffentlichen Meinung. Leider entspringt diese Zurückhaltung des politi-

schen Publikums nicht zartem Paktgefühl, sondern völliger Interesselosigkeit.

Wir wollen das nicht zu tragisch nehmen: man kann verstehen, daß die meisten Deutschen sich heute vom Allernächsten beanspruchen lassen und nicht viel Sinn für die Paragraphen der Zukunft haben. Aber in Ordnung ist das nicht. Zu den geistigen und seelischen Kräften, die geduldig und zäh geweckt und gestärkt werden müssen, gehört auch das Vertrauen auf das verbindliche Wort, das die Staatsbürger ein für alle Male einander geben: das Staatsgrundgesetz. Mochte es ein paar Jahre lang gleichgültig scheinen, was in der Verfassung und in den Gesetzen stand, da ja die Gestapo oder andere Staatsorgane auf Grund von Ausführungsbestimmungen, geheimen Anweisungen oder gar in völliger Willkür doch taten und ließen, was sie wollten oder was ihnen befohlen wurde, und mag in einem besiegtten und besetzten Land im Zustand des Waffenstillstands das Regime der Anordnungen noch nicht völlig durch die Geltung der Gesetze ersetzt sein, so wird es doch nicht immer so bleiben. Wenn der Aufbau einer neuen Ordnung überhaupt gelingt, dann wird eines Tages auch wieder ein Zustand erreicht sein, in dem es nicht gleichgültig ist, ob die Sicherungen der Verfassung [14] auf dem

Papier stehen oder aber wirksam sind. Für jeden von uns kann immer wieder einmal eine Stunde kommen, da einer der Artikel, mit denen die Ausschüsse sich heute herumschlagen, auf die handgreiflichste Weise sein Leben bestimmt: es darf niemandem gleichgültig sein, ob er mit oder ohne richterlichen Haftbefehl festgenommen werden kann, und welche weitere Sicherheiten sein Recht im Ablauf der Justizmaschine findet.

Man wird einwenden, diese und andere Grundrechte verstünden sich von selbst, und es komme nicht sehr darauf an, in welchen Worten sie von den Juristen formuliert würden. In Wahrheit sind sie keineswegs mehr selbstverständlich. Die Forderung der amerikanischen Menschenrechte von 1776, der französischen von 1789, der deutschen von 1919 auf Freiheit des Einzelnen gegen Übergriffe des Staates ist aktuell geblieben, aber ebenso aktuell ist der Mißbrauch der Freiheit geworden. Die Menschenrechte haben eben ein doppeltes Gesicht: sie sind als Errungenschaft der bürgerlichen Revolution Voraussetzung einer jetzt untergehenden Welt, zugleich aber Grundforderungen des Menschen überhaupt. Die bürgerliche Welt ist zu Ende, aber die Freiheiten, die ihr Fundament und ihr Ergebnis sind, betrachten wir als unveräußerlich, – dies ist das Dilemma. Der Liberalismus ist tot, es lebe die Freiheit, – das ist das Problem. Die Freiheit brachte die Anarchie (der Produktion und des Arbeitsmarktes) und den Zwang (der Ausbeutung und der Diktatur); Anarchie und Zwang sind einander zugeordnet; die Sicherung gegen jeden alten und neuen Zwang setzt die Überwindung der Anarchie voraus; das kann aber nur durch eine neue Ordnung geschehen, die notwendigerweise die Freiheit begrenzen muß. Ist zum Beispiel die Freizügigkeit, die Artikel 5 der französischen Menschenrechte proklamiert („Jeder Mensch hat das Recht, sich an jedem Ort niederzulassen und aus freien Stücken seinen Aufenthalt zu wechseln“), grundsätzlich vereinbar mit der harten Notwendigkeit, die Wirtschaft auf Plan statt auf Freiheit aufzubauen? Ähnliche Schwierigkeiten erheben sich bei vielen einzelnen Menschenrechten (Organisationsfreiheit, Pressefreiheit): Überall müssen die Freihei-

ten nach den Erfahrungen des Kapitalismus und des Faschismus gegen jeden Mißbrauch wirksam gesichert, das heißt aber zugleich: begrenzt werden. Wie begrenzt man sie, ohne sie zu töten? Wir sind sehr gespannt, wie sie damit fertig werden, die Politiker und Juristen von Wiesbaden, Stuttgart und München, sie und die Parteileitungen.

Nun kann sich die Verfassung nicht darauf beschränken, in einer neuen, gegen Kapitalismus und jede Art von Totalitarismus gesicherten Weise die individuellen Freiheiten zu begründen. Sie wird ja konstruktiv sein müssen, ein Grundriss zum Aufbau des Staates. Dieser Grundriß wird die tragenden staatlichen Organe bestimmen, die Parlamente und Regierungsorgane, und ihre Rechte und Pflichten festlegen, sie wird eines Tages die Verantwortungsbereiche der Länder und des deutschen Gesamtstaates festsetzen, wird Legislative und Exekutive neu abgrenzen, die Frage einer zweiten Kammer lösen (nur in der Gesamtrepublik? auch in den Ländern?), wird entscheiden müssen, ob eine solche zweite Kammer berufsständischen Charakter haben soll oder senatorischen, oder ob sie etwa beides vereinen soll, ferner ob sie bloß beraten oder Mit-Gesetzgeber sein soll, und in welcher Weise und auf welchen Gebieten. Sie wird vor allem klären müssen, wie man der Leitung der Exekutive die Autorität, Bewegungsfreiheit und die gehörige Zeit sichert, die sie gerade in Notzeiten braucht, um durchzukommen, – wie man die Regierung vor dem ständigen Dreinreden der Parlamente und der öffentlichen Meinung schützt und dadurch wirklich aktionsfähig macht, ohne doch die Kontrolle der demokratischen Organe zu schwächen oder eine Beamtendiktatur zu begründen. Sollen wir die Antworten auf alle diese entscheidenden Fragen erst erfahren, wenn der Entwurf fix und fertig ist? Gibt es noch keine öffentliche Meinung? Ist es demokratisch, daß man ihr keine Gelegenheit gibt, sich in der Diskussion zu bilden? Verfügen die Kommissionen über alle Argumente? Es würde uns sehr freuen, wenn beim Erscheinen dieses Heftes dieser Teil unserer Klagen und Forderungen gegenstandslos geworden sein sollte: durch [5] Publizierung der Ergeb-

nisse jener Kommissionen.

Sind sie sich, und damit wird ein dritter Fragenkreis angeschnitten, darüber im klaren, wieweit durch die Verfassungen über den Aufbau der demokratischen Republik hinaus Entscheidungen über den weiteren geschichtlichen Weg des deutschen Volkes gefällt werden? Ob die einzelnen deutschen Länder vom Herbst 1946 – oder wann immer ihre Verfassungen in Kraft treten werden – bereits die neue Ordnung, die alle Einsichtigen erstreben, fixieren können, das ist freilich zweifelhaft. Diese neue Ordnung, in der die künftige Dynamik der Wirtschaft nicht erdrosselt, aber gebändigt, in der der Existenzkampf der Klassen zur Zusammenarbeit geläutert sein soll, in der ein starkes Minimum von Plan und Disziplin die Mannigfaltigkeit des Lebens nicht zerstören, aber ordnen soll, kann wohl nur in einem langen Prozeß verwirklicht werden, der sogar über die deutschen Grenzen hinausgreift. Es handelt sich um einen geschichtlichen Prozeß, der seine politische, seine geistige, seine seelische, seine wirtschaftliche Seite hat. Die Verfassung, als statische Grundlegung der politischen Bewegung, kann ihn nicht in seiner ganzen Breite vorwegnehmen, aber sie darf ihm keine Hindernisse in den Weg legen, sie muß ihm die Wege ebnen. Die Weimarer Verfassung hatte ein Ziel proklamiert (das nicht erreicht worden ist).

Auch die neue deutsche Verfassung wird eine solche Vorwegnahme der Zukunft enthalten müssen. Oder wollen wir ein zweites Mal mit einer bürgerlich-demokratischen und liberalen Republik Schiffbruch erleiden und ein zweites Mal im Totalitarismus enden?

Wird an einem solchen großzügigen Verfassungsentwurf gearbeitet? Zu der Zeit, da (nicht aus eigenem Antrieb, nicht im Schwung einer erneuernden Revolution, sondern auf Anweisung unserer Sieger und Lehrmeister) in der Stille der Konferenzzimmer die Paragraphen der Länder-Verfassungen beraten werden, weiß das deutsche Volk nichts davon. Es ist Zeit, sich dafür zu interessieren. Wir wollen diese ersten Verfassungen gewiß nicht überschätzen; die Länder sind nicht Deutschland (und Deutschland ist nicht Europa). Aber wie in Paris und in Rom an den Elementen der europäischen Zukunft gearbeitet wird, so werden auch die Länder-Verfassungen Vor-Entscheidungen der deutschen Verfassung und damit auch der europäischen enthalten. Je richtiger sie geraten, je genauer sie die Situation erfüllen, je glücklicher sie das Ziel benennen, je gerechter, praktischer, wirksamer sie sind, desto besser dienen sie der Zukunft. Es wäre bedenklich, wenn wir nicht schon ihre Entwürfe ernst nähmen, wenn auch nur als Stationen auf dem Wege.

WD

Walter Dirks: Die neuen Verfassungen, in: Frankfurter Hefte, 1. Jg., H. 4, Juli 1946, S. 3-5.

Anmerkungen und Erläuterungen

¹ Ironische Anspielung auf die Superlativen, mit denen die Weimarer Verfassung nach ihrer Verabschiedung von Politikern glorifiziert wurde, so auch als „demokratische Demokratie der Welt“ (Innenminister Eduard David, SPD).

Die deutsche Revolution

Gedanken zum zweiten Jahrestag des 20. Juli 1944

Von *Eugen Kogon*

Hat es in Deutschland eine Revolution jemals gegeben? Nicht eine Revolte ist gemeint, ein Putsch, ein Staatsstreich oder die Aktion von „*homines rerum novarum cupidi*“, von Neuerungs-süchtigen und Revoluzzern, sondern eine durchgreifende und nachhaltige Umwälzung, unter Machtanwendung gegen ein bestehendes Unterdrückungssystem gerichtet, mit der Losung „Recht und Freiheit!“ alle Geister und Einrichtungen erfassend und verändernd, vom Volk oder zumindest von einer breiten Schicht des Volkes für das Ganze getragen. Eine Revolution mit dem Ziel der Demokratie also.

Die Bauernkriege im sechzehnten Jahrhundert waren eine solche Revolution. Denn die Forderung nach der „Freiheit des Christenmenschen“, entstanden aus furchtbaren Mißständen der Zeit, der elementare Drang nach „Reform an Haupt und Gliedern“ war nicht bloß religiös-kirchlicher Art, die Bewegung griff weit darüber hinaus ins Politische und Soziale. Ein Mann des Geistes, Luther, hatte sie mit starker Stimme wachgerufen, hatte den Gedrückten das zündende Wort verliehen. Als er die Wirkung sah, erschrak er; denn er war ein Christ und überdies der Freund des Landgrafen Philipp von Hessen. Unter der Wucht des bloßen Echos der Stimme von Wittenberg stürzten die Mauern der Zwingburgen zusammen, mehr: die gesamte soziale Ordnung wurde von Blutströmen unterhöhlt und geriet ins Wanken. Die entfesselte Gewalt der Bauern, die Kraft des angestauten Elends entsprach der Härte des unmenschlich gewordenen, bis dahin sanktionierten Systems und drohte in einer Schreckensflut sondergleichen ganz Deutschland, ja Europa zu ersäufen, statt sie zu erretten. Die gerufenen Geister sprengten jedes Maß und jede Grenze; in seiner Angst forderte der Reformator die Machthaber auf, sie zu erschlagen. Was auch geschah, und gründlich. Von da an hat es in Deutschland keine politisch-soziale Revolution mehr gegeben.

Geistige Umwälzungen wohl. Aber ihre politische Wirkung blieb seit der Zeit des Absolutismus und des landesherrlichen Staatskirchentums dem Zufall der individuellen Veranlagung des Fürsten überlassen. War er „aufgeschlossen“, so spürte der Staat die reformierende Kraft von Ideen und Wünschen, war er „zugeschlossen“, reaktionär, so rührte sich kein Windhauch innerhalb der Landesgrenzen. Es vollzog sich die für die deutsche Geschichte so folgenschwere, unheilvolle Trennung von Geist und Politik. Die Intelligenz der Nation beschritt die Bahn des Denkens und Dichtens, fern von den tiefen Notwendigkeiten der Zeit, „Akademiker“ und „Volk“ zerfielen in getrennte Lebensbereiche, verbunden nur im gemeinsamen Gehorsam des Untertanen gegenüber der Obrigkeit. So ging beiden der Sinn, das originale Gespür für Politik, die unmittelbare Praxis der Freiheit, die das lebendige Urteil schafft,

die befruchtende [18] Wechselwirkung zwischen Not, Einsicht und Wille verloren. Selbst höchste deutsche Geister, dem verachteten Getriebe des Tages entfremdet, nur mit dem „Weltgeist“ verkehrend, verfielen so dem Verdikt des „beschränkten Untertanen-Verstandes“, dem später der preußische Minister von Rochow ungnädig den Verweis erteilt hat: „Dem Untertanen ziemt es nicht, an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünkelfhaftem Übermute ein öffentliches Urteil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen.“ Tragödie eines Volkes.

Ernst Fischer, während des letzten Krieges Moskauer Rundfunkredner zum österreichischen Volk, sagte bei der Eröffnung „Volkstümlicher Hochschulkurse“ der Universität Wien: „Die geschichtliche Entwicklung des deutschen Intellektuellen unterscheidet sich zum Unglück des ganzen deutschen Geschicks in vielen wesentlichen Fragen von der Entwicklung der französischen, der englischen, der russischen Intelligenz. Es war in jener Zeit, in der sich die Nationen herausbildeten, in Frankreich, in England und in Rußland selbstverständlich, daß der Intellektuelle als Kämpfer mitten in seinem Volk, mitten in der Gesellschaft stand. Es gibt kaum einen französischen Philosophen, Gelehrten oder Schriftsteller, der nicht als politischer Kämpfer in einem hohen Sinne des Wortes gegen die Mächte der Reaktion zu Felde gezogen ist. Es gibt in der Geschichte der russischen Intelligenz kaum einen einzigen russischen Schriftsteller und Gelehrten, der nicht auf der Seite des Volkes im Kampf gegen Geheimpolizei, gegen Zarismus, gegen die Reaktion gestanden ist. Und es war der Stolz des russischen Intellektuellen, einmal in seinem Leben in der Verbannung gewesen zu sein. Zum Unterschied davon hat sich in der deutschen Intelligenz eine Geistesrichtung herausgebildet, die unpolitische Objektivität genannt wurde, die aber in Wahrheit Flucht vor den großen geschichtlichen Aufgaben der deutschen Nation, des deutschen Volkes war. Es hat in der deutschen Intelligenz nur sehr wenige und sehr einsame Kämpfer für gesellschaftliche Entwicklung, für geschichtlich politischen Fortschritt gegeben: der heroisch zusammenbrechende Lessing, der unendlich einsame Heine, einige wenige andere. Und sogar die größten des deutschen Geisteslebens, Männer, deren Wipfel weit hinausreichten über Deutschland, Titanen im Reiche des Geistes, waren sehr ängstliche und sehr behutsame Philister auf dem Boden der Wirklichkeit.“

In der Tat: die berufenen, wortgewaltigen geistigen Führer der Deutschen lebten, wie es im Jahre 1934 die „Basler Nationalzeitung“ einmal ausgedrückt hat, mit der Seele in Hellas und führten im übrigen ein braves und gehorsames Untertanenleben. Selbst Goethe, der himmelstürmende Dichter des „Prometheus“, resignierte. Als der Historiker Luden 1814 eine Zeitung „Nemesis“ gründete (wer im Volke konnte wissen, daß das Wort die rächende Vergeltung der Geschichte meinte?), äußerte der Weimarer Olympier in einem seiner Gespräche, es sei klüger, „die Welt ihren Weg gehen zu lassen und sich nicht in die Zwiste der Könige zu mischen, in welchen doch niemals auf Ihre und

meine Stimme gehört werden wird... [19] Glauben Sie ja nicht, daß ich gleichgültig wäre gegen die großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland. Nein; diese Ideen sind in uns; sie sind ein Teil unseres Wesens, und niemand vermag sie von sich zu werfen... Ich habe oft einen bitteren Schmerz empfunden bei dem Gedanken an das deutsche Volk, das so achtbar im einzelnen und so miserabel¹ im ganzen ist.“ Bei dem Schmerz blieb es; er wurde zu Wissenschaft und erhabener Dichtung. „Doch eine Tat, behüte Gott!“, um mit Freiligrath vom deutschen politischen Hamlet zu sprechen. Faust II betrat wohl die Bühne des Theaters, aber nicht die des Lebens. Ja die Heroen des deutschen Geistes trugen, während sie in der politischen Praxis Philister blieben, durch ihre politischen Ideen, die wenig oder nichts mit der konkreten Wirklichkeit zu tun hatten, sogar zu deren Verfestigung bei, statt sie mit der Kraft ihrer hohen Einsichten umzuwälzen. An ihrem politischen Geist war sozusagen das Vorzeichen falsch, die Richtung; in lebendiger Verbindung mit den realen Nöten entwickelt, hätte er die wahre deutsche Revolution zuwege gebracht und das Schicksal Deutschlands, Europas und der Welt in eine andere Bahn getrieben: Stattdessen wurde die Trennung von Politik und Geist, in der auch die Trennung von Politik und tieferer Sittlichkeit begründet ist, zu einer allmählich für Tugend gehaltenen, sorgsam gepflegten und gehegten Nationalerbschaft.

Schiller machte sich um die Jahrhundertwende Aufzeichnungen zu einem Gedicht „Deutsche Größe“, in denen es heißt: „Die deutsche Würde ist eine sittliche Größe, ist vereint in der Kultur und im Charakter der Nation, der von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist.“² Der Deutsche soll „mit dem Weltgeist selbst verkehren“ und sich damit trösten, daß sein Tag „die Ernte der ganzen Zeit“ sein werde. Diese Flucht aus der politischen Wirklichkeit, welche in einer dauernden, unmittelbaren Auseinandersetzung zu bewältigen und zu gestalten war, sodaß sich ein politisches Bewußtsein des Einzelnen und der Nation wie bei anderen Völkern entwickelt hätte, und der umso inigere, die Geister beglückende, direkte Trostverkehr mit dem „Weltgeist“ hatten vielfach eine naive, in den Wirkungen aber bösertige Verkenning der geschichtlichen Tatsachen und Kräfte zur Folge, die umso bedeutsamer wurde, als die deutschen Romantiker, während, die Klassiker das Land der Griechen mit der Seele suchten, in das Mystisch-Irrationale hinabstiegen, um dort, in den Tiefen des deutschen Gemütes, „bei den Müttern“, das Daimonion zu entfesseln. Alles geriet zum Unheil, weil die Einheit und Gesamtheit dessen, was wir eine nationale Kultur nennen könnten, fehlte. Der Geist wanderte ins Weltall aus, das Land wurde von einer handfesten, polizeiwackeren Obrigkeit beherrscht, aus der Verborgenen aber stiegen die Dämonen herauf, unter der Ordnungs- und Bildungsoberfläche den Tag erwartend, wo sie ihre Herrschaft antreten konnten. Welch ein Zusammenhang, wenn man von heute aus rückblickend die deutsche Entwicklung betrachtet! Was verlangte Fichte in seinen „Reden an die deutsche Nation“? „1. Anfängen einer neuen Geschichte; 2. Zustandbringen ihrer selbst mit Freiheit...; 3. Des[20]halb

sollen die Deutschen auch nicht etwa Fortsetzung der alten Geschichte sein: diese hat eigentlich für sie gar kein Resultat gegeben.“ Daher 1813 seine ungeschichtliche Forderung: „Also her einen Zwingherrn zur Deutschtum! Wer es sei; mache sich unser König dieses Verdienst! Nach seinem Tode einen Senat...“ Die Zwingherren kamen, sofort, sie waren ja schon da; der Senat hingegen blieb weiter im „Reich der reinen Idee“. Hegel hatte gar im absolutistischen Staat des 18. Jahrhunderts den „Staat der Intelligenz“ gesehen, in ihm die „Herrschaft der Wissenden“ für verwirklicht gehalten, das Beamtenum als „die eigentliche ideelle Kraft des Volksgeistes“ gepriesen, so daß der Hegelianer Sietze den „vorbildlichen Beamtenstaat Preußen“ verzückt und ohne Ahnung als „Riesenharte“ besingen konnte, „ausgespannt im Garten Gottes, um den Weltchoral zu leiten“. Wenn man bedenkt, daß die Nachfahren der Sänger solchen nationalen Liedes tatsächlich ihr System über den Garten Europas ausgespannt und einen Weltchoral eingeleitet haben, daß uns Hören und Sehen verging, wenn man heute weiß, daß sich Kreaturen unter ihnen fanden, die nach dem 20. Juli 1944 den Admiral Canaris mit Klaviersaiten langsam erdrosselten, dann könnte einem das Blut in den Adern gerinnen vor Schmerz über so viel gutmeinende, Himmel und Hölle verkennende Weltflucht des deutschen Geistes. „Es gibt ein Volk,“ schrieb 1833 der politische Publizist Moritz Mochnatzki, „das die neueren Zeiten verschlief und in diesem Schlaf mehr Bücher schrieb als im Wachen alle Völker des Altertums zusammen die Deutschen!“

Ist es verwunderlich, daß die Reaktion allemal dann, wenn sich unter dem Ansturm politischer Ideen von außen Ansätze zu einer Wiederbegegnung und Wiedervereinigung des Geistes mit der Politik in Deutschland ergaben, leichtes Spiel hatte, die wenigen Männer von Einsicht und Mut unschädlich zu machen, sie zu hängen oder zu verjagen? Keinen oder nur schwachen Widerhall fanden sie ja im Volk der Untertanen, und politisch unausgewogen, unerfahren waren sie meist selbst. Unmittelbar nach den Kriegen, die Deutschland von der Herrschaft Napoleons befreit hatten, sahen wahre Patrioten, daß mit der Abschüttelung des äußeren Joches nicht viel getan war, wenn die siegreichen deutschen Obrigkeiten vor dem Hintergrund mancher Ideen, die mit der Armee des Imperators ins Land gekommen waren, sich als politische Dunkelmänner erwiesen. Aber im allgemeinen Drang nach der kollektiven Nationalfreiheit und vor allem nach nationaler Einheit gingen die noch viel wichtigeren staatspolitischen und sozialen Reformideen unter. Hardenberg liquidierte in vorsichtiger Weise die wuchtigen Vorschläge des Freiherrn vom Stein, während Friedrich Gentz, der intrigenstarke Publizist des Kanzlers Metternich, schon am 7. Oktober 1819 an den Staatslehrer der Romantik Adam Müller geschrieben hatte: „Es bleibt bei meinem Sage: ‚Es soll zur Verhütung des Mißbrauchs der Presse binnen... Jahren garnichts gedruckt werden. Punktum.‘“ Görres flüchtete damals nach Frankreich, Arndt wurde aus dem Amt gejagt, die Untersuchung gegen ihn dauerte drei Jahre und füllte neunundsechzig Akten[21]bände, Friedrich List wurde als Führer

der Opposition auf Betreiben der württembergischen Regierung vom eigenen Landtag ausgeschlossen, Wilhelm Hauff und der spätere Kirchenhistoriker K. A. Hase auf den Hohenasperg geschickt; bis 1825 wurden in Bayern allein 42 Professoren, Studenten, Pfarrer, Ärzte zu schweren, jahrelangen Kerkerstrafen verurteilt; in Preußen erhielten 17 junge Leute wegen „Teilnahme an verbotenen Verbindungen“ insgesamt 241 Jahre Festungshaft, 8 weitere zusammen immerhin nur 61 Jahre. Der Berliner Zensor Grano, der 1823 den Neudruck von Fichtes „Reden“ verbot, die auch politische und soziale Reformgedanken enthielten, übte sein Amt lebenslang aus und vererbte es sogar auf seinen Sohn!

Was konnten unter solchen Umständen die Revolutionen vom Juli 1830, nur ein Wetterleuchten des sehr fernen Pariser Gewitters, das Heine und Börne feierten, und vom März 1848, als das Volk in Berlin, Wien, München, in Sachsen, Baden und Württemberg ein wenig aufstand, erreichen? Was haben sie tatsächlich erreicht? Wilhelm Grimm, einer der „Sieben Göttinger“, schrieb am 8. Oktober 1842 an seinen Kollegen Dahlmann: „Unter der langen Regierung des vorigen Königs hat man sich aller Äußerungen über öffentliche Angelegenheiten entwöhnt, nicht wenige sind dadurch wirklich gleichgültig und stumpf geworden, die meisten der übrigen halten sich noch für zu vornehm, auch zu klug, eine Gesinnung zu zeigen. Jeder will sich den Rücken decken, ehe er sich mit einer Ansicht herauswagt, er bedenkt die Folgerungen, die man aus einem offenen Wort ziehen könnte. Nur die Ultras, die wie die kleinen Figuren von Holundermark mit Blei in den Füßen immer wieder aufrecht stehen, wenn sie umgeworfen werden, handeln in Übereinstimmung und ersetzen dadurch, was ihnen an Zahl abgeht; die ihnen entgegengesetzten, ohne Zweifel Zahlreicheren zersplittern sich durch endlose Verschiedenheit der Ansichten. Man fährt vor dem Schreckwort, ‚das gibt eine französische Konstitution‘ zusammen und sieht nicht, daß die deutschen Verfassungen bei allen ihren Mängeln niemals den Weg der Franzosen betreten haben, und die deutschen Kammern, wenn man ihre Wirkungen im Ganzen und in den letzten zehn Jahren betrachtet, immer auf Mäßigkeit und Billigkeit zurückgekommen, ja sich in manchen Stücken allzu lenksam gezeigt haben.“ Die deutsche Welt war längst zur Welt des Herrn Biedermeier geworden, der höchstens noch murrte, gelegentlich einmal mit einem radikal klingenden Schrei aufbegehrt, um sofort wieder erschreckt in sich zusammenzusinken oder, er tappt, den Mut in Ironie abzureagieren. Wie rechtfertigte sich doch jener Berliner Schusterjunge, der anno dazumal plötzlich laut auf der Straße gerufen hatte: „Wir brauchen keenen König!“? „Wir haben ja eenen!“

Die politische Kraft des deutschen Geistes, der keine Machtpositionen besaß, reichte niemals aus, um sie sich zu schaffen. Er fand nicht einmal im Frankfurter Parlament, dieser erlauchten Versammlung des besten deutschen Liberalismus, an die sich so viele Hoffnungen geknüpft hatten, den Anschluß an die wirklichen Faktoren einer anderen deutschen Zukunft. [22]

Die Versammlung in der Paulskirche blieb ein ergebnisloser Versuch nationaldemokratisch gesinnter Männer, die sich bald in Reden erschöpften. (Herwegh reimte auf sie seine berühmte Zeile: „Im Parla-, Parla-, Parlament das Reden nimmt kein End“.) Ihren stärksten Erfolg in den zahlreichen Witzblättern der Zeit buchend, beschloß sie 1849, die so gläubig begonnenen Bemühungen aufzugeben und sich selber aufzulösen. Was einer der stärksten satirischen Geister von damals, der Berliner Adolf Glasbrenner, in seinem „Komischen Volkskalender 1848“ vorausgesagt hatte: „Siebentausend Auswanderer verlassen das glückliche Deutschland, um nach der unglücklichen Republik Amerika auszuwandern“, das erfüllte sich nun: in Scharen flüchteten die Aufrechten aus dem Land, wo die politische Polizei wieder alle „Individuen“ mit revolutionärer Vergangenheit auf ihre Schwarzen Listen setzte; Richard Wagner war darunter, Gotfried Semper, Ludwig Uhland, Fr. Th. Vischer, Scherr, Freiligrath, Theobald Kerner, Hoffmann von Fallersleben und viele andere. Im März-Almanach für 1849 druckte Glasbrenner, der nicht lockerließ und jede verbotene Schrift durch eine neue ersetzte, ein Plakat ab: „Verlorene und gestohlene Sachen: Preßfreiheit. Assoziationsrecht. Freier Verkehr. Zivilgesetz. Volksbewaffnung. Volksvertretung. Gerechtigkeit. Vertrauen.“

Mußte es so enden? Ja.

Die Besten haben die Hoffnung nie aufgegeben, bis zuletzt. Die meisten von ihnen blieben allerdings auf der Bahn des traditionellen deutschen Bildungshumanismus, der nur gelegentlich Berührung mit der konkreten politischen Wirklichkeit hatte, verwechselten jenen mit dieser end leisteten so der Barbarei wirksamen Vorschub. Noch Thomas Mann meinte in den Jahren zwischen den zwei Weltkriegen: „Nein, nicht der Friede der nationalistisch-internationalen Demokratie ist es, den Europa braucht, – er ist unmöglich, er wäre keiner, er wäre die verewigte Anarchie. Der Friede Europas sei nicht international, sondern übernational, er sei kein demokratischer, sondern ein deutscher Friede. Der Friede Europas kann nur beruhen auf dem Siege und der Macht des übernationalen Volkes, des Volkes, das die höchsten universalistischen Überlieferungen, die reichste kosmopolitische Begabung, das tiefste Gefühl europäischer Verantwortlichkeit sein eigen nennt.“ Oh Thomas Mann! Sollte er nach solcher Verkennung der realen Bedeutung der verschiedenen deutschen Kräfte mit seinen Anklagen von heute nicht vorsichtiger sein? Ernst Robert Curtius, der gute Kenner Frankreichs und Deutschlands, hat kurz vor der Heraufkunft des Endes klarer gesehen. In seinem 1932 erschienenen Buch „Deutscher Geist in Gefahr?“¹ zeigte er, daß das klassische Kultursystem der Zeit Goethes bei all seiner Tiefe und Weite die deutsche Nation nicht so formen konnte, wie etwa die klassische Kultur zur Zeit Racines die Franzosen [23] durchdrungen hatte; daß der deutsche Humanismus, aus dem

¹ Vergleiche die in unserer gegenwärtigen Situation wichtige rekapitulierende Darstellung in Heft 1 der Zweimonatsschrift „Die Besinnung“ (März/April 1946, Nürnberg)

lebendigen Besitz des Volkes herausgeschnitten, zum Denkgegenstand der Schulen geworden, nicht mehr vermehrt, sondern lediglich historisiert wurde, daß sich das Irrational-Barbarische immer breitere Bahn brach, Bildungsabbau und Kulturhass zu Merkmalen der deutschen Entwicklung wurden, die nationale Jugend dem Nihilismus zutrieb und die „Front gegen den Geist“ das revolutionäre Chaos förderte. Heinrich Heine hatte das schon in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts erkannt. Damals mochte die wechselseitige Durchdringung von Geist und Politik in Deutschland noch möglich erscheinen. In seiner Schrift „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“ meinte Heine 1834: „Die deutsche Philosophie ist eine wichtige, das ganze Menschengeschlecht betreffende Angelegenheit, und erst die spätesten Enkel werden darüber entscheiden können, ob wir dafür zu tadeln oder zu loben sind, daß wir erst unsere Philosophie und hernach unsere Revolution ausarbeiteten. Mich dünkt, ein methodisches Volk wie wir mußte mit der Reformation beginnen, konnte erst hierauf sich mit der Philosophie beschäftigen und durfte nur nach deren Vollendung zur politischen Revolution übergehen... Laßt euch aber nicht bange sein, ihr deutschen Republikaner; die deutsche Revolution wird darum nicht milder und sanfter ausfallen, weil ihr die Kantsche Kritik, der Fichtesche Transzendentalidealismus und gar die Naturphilosophie vorausging.“ Heine entwickelt dann die Möglichkeiten einer solchen Revolution, wobei Hoffnung und Zweifel sich anfangs noch vermengen, bis die Darstellung fast unmerklich, aber endgültig in die bittere, düster prophezeiende Satire des politischen Schriftstellers übergeht, der weiß, daß der „reine Weltgeist“ der Deutschen nicht siegen, daß sich ihr Geist sogar auf die Seite derer schlagen werde, denen auch das Kreuz nie etwas anderes war als ein Talisman. „Durch diese Doktrinen (der deutschen Philosophie) haben sich revolutionäre Kräfte entwickelt,, die nur des Tages harren, wo sie hervorbrechen und die Welt mit Entsetzen und Bewunderung erfüllen können. Es werden Kantianer zum Vorschein kommen, die auch in der Erscheinungswelt von keiner Pietät etwas wissen wollen und erbarungslos mit Schwert und Beil den Boden unseres europäischen Lebens durchwühlen, um auch die letzten Wurzeln der Vergangenheit auszurotten. Es werden bewaffnete Fichteaneer auf den Schauplatz treten, die in ihrem Willensfanatismus weder durch Furcht noch durch Eigennutz zu bändigen sind; denn sie leben im Geist, sie trotten der Materie gleich den ersten Christen, die man ebenfalls weder durch leibliche Qualen noch durch leibliche Genüsse bezwingen konnte; ja solche Transzendentalidealist sind bei einer gesellschaftlichen Umwälzung sogar noch unbeugsamer als die ersten Christen, da diese die irdische Marter ertrugen, um dadurch zur himmlischen Seligkeit zu gelangen, der Transzendentalidealist aber die Marter selbst für eitel Schein hält und unerreichbar ist in der Verschanzung des eigenen Gedankens. Doch noch schrecklicher als alles wären Naturphilosophen, die handelnd eingriffen in eine deutsche Revolution und sich mit dem Zerstörungswerk selbst identi[24]fizieren würden. Denn wenn die Hand des Kantianers stark und

sicher zuschlägt, weil sein Herz von keiner traditionellen Ehrfurcht bewegt wird; wenn der Fichteaner mutvoll jeder Gefahr trotzt, weil sie für ihn in der Realität gar nicht existiert: so wird der Naturphilosoph dadurch furchtbar sein, daß er mit den ursprünglichen Gewalten der Natur in Verbindung tritt, daß er die dämonischen Kräfte des altgermanischen Pantheismus beschwören kann, und daß in ihm jene Kampflust erwacht, die wir bei den alten Deutschen finden, und die nicht kämpft, um zu zerstören, noch um zu siegen, sondern bloß um zu kämpfen. Das Christentum – und das ist sein schönstes Verdienst – hat jene brutale germanische Kampflust einigermaßen besänftigt, konnte sie jedoch nicht zerstören, und wenn einst der zähmende Talisman, das Kreuz, zerbricht, dann rasselt wieder empor die Wildheit der alten Kämpfer, die unsinnige Berserkerwut, wovon die nordischen Dichter so viel singen und sagen. Jener Talisman ist morsch, und kommen wird der Tag, wo er kläglich zusammenbricht. Die alten steinernen Götter erheben sich dann aus dem verschollenen Schutt und reiben sich den tausendjährigen Staub aus den Augen und Tor mit dem Riesenhammer springt endlich empor und zerschlägt die gotischen Dome.“

Die einzige Revolution der Deutschen seit den Bauernkriegen, der Nationalsozialismus, eine Revolution nicht des Geistes, sondern der Barbarei, nicht des sozialen Fortschritts, sondern der Organisation des Robotertums in einem nationaldrapierten Zuchthaus – mit geregelter Freizeitbelustigung im Gefängnishof, knapp vor dem kommandierten gemeinsamen Ausbruch in den Tod –, ist Wirklichkeit geworden. Das politische Aufbegehren des liberalen Bürgertums im vergangenen Jahrhundert war keine Revolution. Ab 1849 verschrieb es endgültig sein Leben, seine Aufmerksamkeit und seine Kräfte dem Kapitalismus und dem Nationalismus, die mit den alten Mächten schließlich zu einem nationalen Kollektiv verschmolzen, überwölbt von der „deutschen Bildung“, unterhöhlt von der latenten „sozialen Frage“. Daß 1918, in Weimar, nur eine militärische Niederlage auf schwache Formeln gezogen, der teilweise Zusammenbruch des früheren Machtgefüges nicht zum Anlaß einer wirklich umgestaltenden Volksbewegung genommen wurde, braucht nicht dargestellt und zum soundsovielten Male wiederholt zu werden. Auch das Proletariat in Deutschland war eben ein deutsches Proletariat, trotz allen Unterschieden, die es von den herrschenden Schichten des Adels und des Bürgertums trennte, war deutsch, trotz Marxismus und Internationalität, insofern es politisch ohne Kraft war. Die deutsche Republik entstand, aber nicht als Tat, sondern als blasse Folgeerscheinung; die Demokratie war da, aber nur als Friedensbedingung. Die eigentliche Revolution, jene, von der Heine in seinem Angsttraum gesprochen hatte und die Ernst Robert Curtius, die wahren deutschen Kräfte analysierend, erkannt hatte, stand bevor. Die Tragödie der Trennung von Geist und Politik in Deutschland war noch nicht bis zum erschütternden Ende abgelaufen. [25]

Wir haben das ganze Ergebnis nun hinter uns. Wir können uns daher auch fragen, welche Bedeutung für damals und heute den Männern zu-

kommt, die am 20. Juli 1944 den Versuch unternahmen, die rasende Fahrt den Abhang hinunter in letzter Minute noch aufzuhalten.

Die Geschichte der gegen den Nationalsozialismus gerichteten Staatsstreichversuche – mehr war es nie, weil das Gewicht einer langen und tiefsitzenden deutschen Entwicklung beim Regime lag, nicht bei seinen Gegnern: Revolten gegen eine Revolution – kann wohl erst in Jahren geschrieben werden. Vorerst kennen wir kaum den Umfang und die Chronologie dieser Versuche, geschweige denn die soziale Schichtung, die Charaktere, die Ideen der beteiligten Männer und Frauen, ihre Pläne, Absprachen und Einzelleistungen, die Technik ihrer Organisation, die Art, wie sie die mannigfachen Voraussetzungen zu bewältigen versuchten (zum Beispiel, um nur eine einzige nebensächlich erscheinende herauszugreifen: die Beschaffung der Mittel zu unerläßlichen Korruptionen ohne organisierten Schwarzen Markt, der den Widerstandsbewegungen in Frankreich, Holland, Italien, Jugoslawien und Polen politisch so außerordentlich zustatten kam), die Infiltrierung des Wehrmachts- und Parteiapparates, die Fühlungnahme mit der vorhandenen inneren Opposition, die Kontakte mit dem Ausland, die Gegenarbeit der Gestapo, den Ablauf der einzelnen Aktionen, Zusammenhalt, Schwächen und Verrat, bewußt oder berechnend gespielte Doppelrollen (wie die Nebes im Reichssicherheitshauptamt, den Gisevius im Nürnberger Prozeß immer nur Regierungsrat und Freund nannte, ohne hervorzuheben, daß er auch SS-Gruppenführer und Leiter eines „Einsatzkommandos“ in Zentralrußland war, ja ohne anscheinend zu wissen, daß dieser Mann mit der rechten Hand die Zuweisung von Opfern in die SS-Versuchsstationen der Konzentrationslager leitete, während er mit der linken, um „so oder so“ sicherzugehen, Informationen gegen die Gestapo-Chefs Kaltenbrunner und Müller an die Opposition weitergab). Bekannt ist, daß die Staatsstreichversuche bis in das Jahr 1935 zurückreichen. Daß sie 1937 an Intensität zunahmen; daß die massiven Prestige-Erfolge, die das Ausland dem deutschen Diktator verschaffte, die zum Zugriff gegen Hitler entschlossenen Generäle mehrmals im letzten Moment wieder umwarfen; daß eine Reihe von Attentaten mißglückte; daß der 20. Juli 1944 eine lange Vorbereitung hatte. Und bekannt ist auch, daß es quer durch alle Einzelaktionen immer wieder Verbindungen mit Hilfe einiger Persönlichkeiten gab, die sowohl da wie dort mit dabei waren, und daß diese Männer einen gewissen Rückhalt bei anderen aus der Gesellschaft und der Kirche – kaum bei der Arbeiterschaft – hatten. Bekannt ist schließlich, daß eine Schar der Verschwörer von tiefem sittlichen Bewußtsein und höchstem persönlichen Mut beseelt war, bravourös an die Abenteurer heranging und heldenhaft gestorben ist.

Stand hinter dem 20. Juli 1944, dem letzten, jedermann sichtbar gewordenen Versuch, den Ablauf des deutschen Schicksals zu mildern oder aufzuhalten, eine revolutionäre Idee? Nein. Stauffenberg, Yorck, [26] Moltke, Delp und manche andere waren von Gerechtigkeit erfüllt, frei von falschem Ehrgeiz, in hohem Grade sozialdenkend. Verbindung mit dem Volk hatten sie

nicht und konnten sie nicht haben; dieses Volk, das bei einer völlig unbehinderten Wahl vier Jahre vorher, nach dem Sieg über Frankreich, ohne Zweifel sich mit überwältigender Mehrheit aus freiem Entschluß hinter Hitler und sein Regime gestellt hätte, war auch 1944 unpolitisch genug, um einem erfolgreichen Staatsstreich gegenüber abwartend zu bleiben. Sie hätten es für Klugheit gehalten. Nach einer Konsolidierung aber wäre sofort der Hader mit allem und jedem an den Tag getreten. Einer gewissen ängstlichen Sympathie konnten die Männer und Frauen des 20. Juli sicher sein, ebenso der Zustimmung, wenn es die Herabmilderung des Terrors bis zu einer strammen Ordnung galt. Demokratie? Wer wußte in dieser letzten Generation des alten Deutschland, was das war, was sie ist, was sie sein kann? Immer nur der und jener, niemals das Volk, das doch ihr Träger, ihr Inhaber, ihr Garant sein mußte!

Zum zweiten Mal ist nunmehr, wie mir neulich ein deutscher Dichter ahnungslos, ohne jede Ironie sagte, dem deutschen Volk nach einer militärischen Niederlage von den Siegern die Demokratie als Strafe auferlegt worden. Möchten wir doch aus der Bürde ein Instrument der Freiheit machen! Es wäre die größte Revolution, die in Deutschland jemals stattgefunden hätte, eine Revolution nun endlich ohne Unterdrückung, eine Revolution ohne Blut, eine Revolution der Gerechtigkeit, eine politische und soziale Revolution von unabherrschbaren Folgen des Guten, deine und meine Revolution, die wir tagtäglich vollziehen können, weil sie im Alltag, hier – dort – überall Gestalt annähme: auf der Straße, in den Schulen, in den Ämtern, an den Schaltern, in den Gemeinden, in Kreistagen, in Parlamenten, in den Gerichtssälen, den Fabriken und Wohnungen, in den Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, rechts und links, oben und unten: die Revolution des freien, selbstbewußten Mannes, der freien, selbstbewußten Frau, die um ihr Recht und um ihre Bedeutung wissen, die ihre Gemeinschaftspflichten kennen, die ein Herz für den andern haben und das Argument gelten lassen, groß auch im Kleinsten sind, real, verständnisvoll, weltoffen, Menschen, Sozialisten, Europäer – also Deutsche.

Die Revolution der Wiederbegegnung von Geist und Politik in Deutschland: laßt den Traum nun Wirklichkeit werden! Die segensreichste Möglichkeit der deutschen Geschichte tragen wir, jeder von uns, in der Hand und wissen es noch nicht. Wir brauchen nur unsere Pflicht zu tun, diesmal statt für einen Mythos, einen Moloch, irgendeine personifizierte oder kollektive Anonymität, hinter der sich doch der Schrecken verbirgt, wenn nicht heute, dann morgen, – diesmal für uns als wahre, als echte Demokraten. Die Gleichgesinnten vom 20. Juli 1944 werden dann nicht, verlorene Putschisten von noch so edler Gesinnung, umsonst gestorben sein, wir werden sie in den Sinnzusammenhang einer gewaltigen Revolution stellen: der Revolution der deutschen Zukunft.

Eugen Kogon: Die deutsche Revolution. Gedanken zum zweiten Jahrestag des 20. Juli 1944, in: Frankfurter Hefte, 1. Jg., H. 4, Juli 1946, S. 17-36.

Anmerkungen und Erläuterungen

¹ „miserabel“: Das aus dem Lateinischen bzw. Französischen stammende Wort hatte um 1800 wohl noch stärker, wie im Französischen, die ursprüngliche Konnotation des Bemitleidenswerten, obwohl die negative Variante auch im Französischen existierte. In der Gegenüberstellung zu „achtbar“ scheint letzteres zu überwiegen. Die Verbindung zwischen beiden Bedeutungen existiert dadurch, dass die Umstände, in denen jemand lebt, ihm auch selbst angelastet werden, vgl. das deutsche „erbärmlich“. Im Kontext des Zitats, Goethes Gespräch mit Luden (in dessen Wiedergabe), bezieht sich das „miserabel“ jedoch eindeutig auf die erbärmliche Situation, in der es sich 1813 befand, und die Gegenüberstellung zu „achtbar“ ist so zu verstehen, dass sich diese achtbaren Einzelnen zusammen als Volk ist solch einer unwürdigen Situation befanden; denn Goethe spricht anschließend davon, „einem großen, starken und gefürchteten Volke anzugehören“ – warum „gefürchtet“, ist hier unklar angesichts des Vorherigen -, das trotz allem noch eine große „Bestimmung“ für die Zukunft habe. Heinrich Luden: *Rückblicke in mein Leben*. Aus dem Nachlasse. Jena (Friedrich Luden) 1847, S. 119f.

² Deutsche Größe, ein unvollendetes Gedicht Schillers, 1801. Nachbildung der Handschrift im Auftrage des Vorstandes der Goethe-Gesellschaft, herausgegeben und erläutert von Bernhard Suphan. Weimar 1902, S. 5. <https://archive.org/details/deutschegrosseeinunvollendetesgedichtschillers>

Der Weg zur Freiheit

Ein Beitrag zur deutschen Selbsterkenntnis¹

I

Wer zu der vielberedeten Frage der deutschen Schuld ungerne, aber pflichtgemäß abermals ein Wort zu sagen unternimmt, findet sich von vornherein vor der verwirrenden Tatsache, daß seine deutschen Zuhörer aus zwei verschiedenen Sorten von Menschen bestehen. Die einen sind mit einem ganz besonders dicken Fell gesegnet, die andern, von Natur dünnhäutig, haben in dieser Stunde und in dieser Sache ganz außerordentlich feine Ohren gegen jeden falschen Ton, ja gegen jede Nuance eines falschen Tons. Wie soll man die gar zu Selbstsicheren erschüttern, ohne die Sensiblen zu kränken? Diese Frage, um die es geht, ist an sich heikel, wie alle Fragen des Gewissens, und sie ist obendrein durch ihre bisherige Erörterung unerquicklich geworden. Gestehen wir es offen: wir alle sind sehr empfindlich in diesem Punkt, und gerade die Menschen mit zartem Gewissen, die es nicht verlernt haben, sich der schrecklichen Geschehnisse zu schämen, mit denen der deutsche Name verknüpft ist, neigen heute dazu, sich der öffentlichen und oft allzu groben Erörterung dieser Zusammenhänge zu schämen. Sie schweigen lieber oder schütten einander im Zwiegespräch das Herz aus. Nun kommt es ja in der Tat nicht auf das laute Bekenntnis der Schuld an. Nicht die öffentliche Selbstanklage ist das, was uns in dieser Sache weiterhilft, sondern zunächst einmal die klare Erkenntnis, die Wahrheit selbst. Ist sie gewonnen, so ist alles gewonnen. Hat sie von einem Menschen Besitz ergriffen, der sich ihr bisher verschlossen hatte, so, bedarf es keineswegs einer öffentlichen Proklamation dieser Wandlung: er wird anders sprechen und anders handeln als bisher, und das genügt durchaus. Mehr bedarf es zur Gesundung des deutschen politischen Lebens nicht. Aber freilich: diese Wandlung selbst darf um keinen Preis verfehlt werden, – auch nicht aus irreführendem Feingefühl, auch nicht aus einem verständlichen Affekt gegen die Robusten, die aus einer Gewissensfrage ein Schauspiel machen möchten.

Auch nicht aus einem Affekt gegen „die anderen“, gegen die Welt. Wenn man den Deutschen nur klar machen könnte, daß die Selbstbesinnung, die sie nicht vollziehen wollen, sehr wenig mit dem Verhalten der Welt zu tun hat! Gewiß, auch die Welt hat ein Interesse daran, daß wir „in uns gehen“, ein sehr mannigfaltiges Interesse, brüderliche Motive stehen da neben solchen des berechtigten Interesses, und wie es auf dieser Erde nun einmal ist, mischen sich auch fragwürdige darunter, zum Beispiel pharisäische. Zu verwundern ist nur, daß das die Deutschen verwundert. Was für ein Bild von der Welt haben sie eigentlich? Halten sie es für selbstverständlich, daß auf unserer Seite ein paar Millionen Menschen unter der Begleitmusik des verlogenen Welterlösungspathos verbrannt und vergast worden sind, und daß ein Jahr nach dem Ende des Krieges, in dem dieses System mühsam genug niedergezwungen worden ist, auf der anderen Seite nur zarte Rücksicht, lautere Ehrlichkeit,

Uneigennützigkeit und tatkräftige Hilfsbereit-/[51]schaft herrschen? Haben wir so wenig Blick für die Größenverhältnisse? Wir sprechen nicht von solchen, die nach dem Ende dieses Krieges und in den Umwälzungen, die es zur Folge hatte, von neuen schweren Schlägen getroffen worden sind, wir sprechen nicht von einem Ostflüchtling, der alles verloren hat, bitteres Unrecht erfuhr und an seinem vielleicht völlig unschuldigen Leibe büßen muß, was andere gesündigt haben. Wir sprechen vielmehr von denen, welche die Kürzung ihrer Brotrationen gegen Auschwitz aufrechnen zu dürfen glauben. Spüren sie nicht, wie arrogant es ist, sich mürrisch und giftig darüber zu beklagen, daß uns einer von drüben auf die Zehen tritt, nachdem wir vor fünf Minuten noch mit dem Holzhammer um uns geschlagen haben? Aber auch wenn sie recht hätten, diese unverbesserlichen kleinen Leute, die so unempfindlich waren, als es um das Verhungern anderer ging, und die sich so empfindlich zeigen, wenn es um ihren Magen geht, – auch wenn sie recht hätten gegen die anderen: es würde uns die Selbstbesinnung zwar schwerer machen, aber es würde nichts daran ändern, daß es zunächst einmal in unserem eigenen vitalen Interesse liegt, in dieser Angelegenheit Klarheit zu schaffen.

Die Situation ist bedrohlich. Die Symptome für eine deutsche Verhärtung mehren sich. Es sind nicht nur die Eisenbahn- und Lebensmittelschlängengespräche derer, von denen man sowieso nichts anderes erwartet hätte, es sind gerade die Äußerungen vernünftiger und ruhiger Männer und Frauen, die das alarmierendste Symptom sind. In ihren Reaktionen ist immer ein berechtigter Kern, ihre Entrüstung ist echt, ist moralische Entrüstung. Was aber leider durchaus fehlt, ist die richtige Verarbeitung solcher spontaner Empfindungen. Es fehlt an zweierlei: einmal an einer nüchternen Einordnung in den ganzen Tatbestand, in alle Zusammenhänge, in die volle Wahrheit (man sieht und wertet zu eng, räumlich und zeitlich; der Ausschnitt ist zu klein, an den man sich hält), und sodann an einer gesunden inneren Verarbeitung zu klaren Einsichten, Gefühlen und Aktionen. Man sieht schief, und man bleibt im Ressentiment stecken. Das geschieht am grünen Holze², darüber gibt es keinen Zweifel. Deshalb ist die Situation in der Tat bedrohlich, ja geradezu lebensgefährlich. Denn wo immer auch der Ausweg des deutschen Volkes liegt, der schmale Weg zu einem erträglichen Leben, zu einer gerechten Ordnung, zu Gesundheit und Frieden, und wie hoch oder niedrig man auch immer die Aussichten bewerten mag, ihn überhaupt gehen zu können: auf jeden Fall wird er von der Stimmung aus, die sich gegenwärtig verfestigt, nicht gegangen werden. Sie verdirbt alle Aussichten, wo immer sie auch liegen. Eine Auflockerung der Verhärtung und eine Entgiftung der Seele von den Ressentiments ist die allererste Voraussetzung für alles weitere. Es ist eine schlichte Wahrheit, die weder durch häufige Aussage veraltet noch durch Mißbrauch widerlegt wird: Die deutsche Selbsterkenntnis ist die fundamentale Voraussetzung jeder guten deutschen Zukunft.

Man kann diese Wahrheit aus der Geschichte lernen, aus der Vorgeschichte des Nationalsozialismus nämlich, zu dessen Wurzeln das deutsche

[/52] Ressentiment gehört; man kann sie, wenn man philosophische Unterscheidungen liebt, etwa Max Schelers Aufsatz „Von Reue und Wiedergeburt“⁴³ entnehmen; man kann sie, wenn man für das gute Brot der einfachen Wahrheit empfänglich ist, im Kleinen Katechismus nachschlagen; aber eigentlich sollte man sie aus der Erfahrung des eigenen persönlichen Lebens kennengelernt haben: die „Reue“, diese Tat der Seele, die unter Heiden nicht einmal genannt werden darf, unter Christen aber auch nicht gar zu laut und am besten nur im Religionsunterricht, ist nicht eine krankhafte und krankmachende Schwäche, wie die alten, modernen und faschistischen Aufklärer es dem willig hörenden Menschen eingeredet haben, sondern eine Macht, welche klärt, läutert, stärkt, heilt und den Weg frei macht. Sie macht den Weg frei, – darin liegt ihre große Aktualität. Sie ist das gewichtigste Stück Realpolitik, das es in Deutschland zur Zeit geben kann.

Der Ort dieser Selbsterkenntnis ist nicht die Öffentlichkeit, nicht die Zeitung, sondern das Gewissen. Denn der Ort auch der Schuld selbst ist der Einzelne, ist die Person. Es gibt eine Kollektivhaftung, nicht aber im eigentlichen Sinne eine Kollektiv-Schuld. Dieser fragwürdige Begriff verlockt zu einer bedenklichen Mythisierung der Schuld, welche der wahren Selbsterkenntnis im Wege steht. Der Begriff der Kollektivschuld muß ent-mythisiert werden. Das heißt: die Schuld muß konkret bestimmt, klar umrissen und genau unterschieden werden. Die Schuld muß lokalisiert werden: es muß genau ermittelt werden, wo sie sitzt; sie muß benannt werden: es muß genau gesagt werden, worin sie besteht.

Diese Arbeit der Ermittlung der Schuld kann keiner dem anderen abnehmen. Jeder Deutsche muß sie leisten, und unsere Zukunft hängt davon ab, ob sich genügend viele und genügend maßgebliche Deutsche finden, die sie leisten und aus der daraus gewonnenen Klarheit, Lauterkeit, Kraft und Freiheit politisch handeln. Der eine kann dem andern dabei helfen, an seine Einsicht appellieren, ihm „ins Gewissen reden“, und die Publizistik kann gewisse Hilfsdienste tun, indem sie typische Verschuldungen benennt, in denen wie in Spiegeln der Einzelne seine eigene Schuld erkennen kann. Aber die eigentliche Arbeit selbst kann dem Einzelnen niemand abnehmen. Man kann ihm seine Schuld auch nicht „beweisen“ noch auch einreden oder einhämmern: in jenem tiefsten Bereich der Person, in dem ein Mensch über sich selbst verfügt, im geheimnisvollen Bereich der Freiheit, im Gewissen also, gilt kein Zwang und kein Beweis. Man kann an diese Freiheit appellieren, mit Engelszungen oder mit erschütternder Anklage: es ist am Einzelnen allein, ob er einen der vielen Auswege wählt, auf denen der Mensch der Begegnung mit seiner Schuld zu entgehen sucht (Trotz, Stolz, Verhärtung und Verstockung; dialektische Ausrede und Entschuldigung; Pharisäismus: „Die anderen sind auch nicht besser“; Depression, Melancholie, Neurose, Flucht in die Krankheit; Selbstmord) oder ob er seiner Schuld ins Auge sieht, sie erkennt und schlicht und ohne Winkelzüge Ja sagt: Ja, dies ist meine Schuld. In diesem Ja zu seiner Schuld [/53] spricht der Mensch zugleich das Nein der Umkehr.⁴ Dieses Nein

der Reue hat reinigende und aufbauende Kraft, weil es im Grunde garnicht negativ ist, sondern aus einem anderen Ja kommt, dem tiefsten Ja, das der Mensch sagen kann, dem Ja zur Wirklichkeit Gottes, dem Ja zu seinem eigenen persönlichen Wesen, wie es eigentlich entworfen ist: Dieses Ja, das weiß der Christ, ist die heilende Teilnahme an dem schöpferischen Ja, das Gott zum Menschen sprach, als er ihn ins Leben rief und ihm diesen seinen unverwechselbaren persönlichen Namen gab.

Im uneigentlichen, abkürzenden Sinn kann man freilich gleichwohl kollektiv von der Schuld reden. Man kann von der „deutschen Schuld“ reden, indem man dabei die Schuld vieler Deutschen meint, und in demselben Sinn kann man von der „Schuld der Sozialdemokratie“, von der „Schuld der Kommunisten“, der „Schuld der Christen“ sprechen.⁵ Es wäre sogar gut, wenn mehr in diesem Sinne gesprochen würde; solche Selbsterkenntnisse der Gruppen wären der Beginn einer Lokalisierung der Schuldfrage. Freilich sollten weniger die Kommunisten von der Schuld der SPD und umgekehrt, die Christen von der Schuld der Ungläubigen reden und umgekehrt, als vielmehr jede Gruppe vor allem von ihrer eigenen Schuld. Dabei kommt es weniger auf das Pathos des Gefühls als auf genaue Feststellungen an. Diese sauberen und offenen Teil-Analysen stehen noch aus. Die evangelische Kirche, die bisher als einzige Gruppe in Deutschland ein Bekenntnis solcher Art abgelegt hat, sollte es durch jene genauen Lokalisierungen der Schuld ergänzen. Die Ärzte sind in dieser Sache bisher wohl am aufrichtigsten gewesen. Auch Universitätskreise haben zur Selbsterkenntnis der Wissenschaft gemahnt. Bei den Juristen und vor allem bei den Lehrern hat man noch kaum solche Stimmen gehört. Daß die Bauern stumm bleiben, ist verständlich, aber auch ihre Sprecher schweigen. Die Arbeiter haben sich bisher gar zu sehr gerühmt und wenig angeklagt, und ebenso die Katholiken. Das normale deutsche Schuldbekenntnis lautet immer noch: „Das deutsche Volk ist abgründig schuldig. Wir bekennen es ehrlich und aufrichtig. Meine Gruppe und ich selbst freilich sind völlig unschuldig.“ Eine solche Erklärung mag hier und da berechtigt sein (wahrscheinlich ist sie es selten ganz), aber als Erklärung zur Schuldfrage ist sie ein: aufgelegter Schwindel; sie ist das Gegenteil: pharisäische Anklage. Und sie läutert und kräftigt nicht, sondern vergiftet und verstockt, sie macht den Weg nicht frei, sondern sie verstellt ihn.

II

Aber der Antifaschist? War auch er schuldig? Ja, auch wir Antifaschisten waren schuldig. (Wir sprechen im uneigentlichen Sinne kollektiv.) Wir haben nicht genug gekämpft, wir waren schwach, wir haben nachgegeben. Ja, aber wenn wir im Rahmen unserer Fähigkeit gekämpft haben? Nun, es gibt Antifaschisten, die sich freisprechen dürfen. Das muß jeder mit seinem Gewissen abmachen. Aber eines sollten wie alle bedenken:

Unser Leben spielt sich sehr geheimnisvoll zwischen Zwang („Determiniertheit“, Fremdbestimmtheit, Kausalbestimmtheit) und Freiheit ab. [54] Fassen wir die einzelnen Momente unseres Lebensweges ins Auge, so sehen wir sie meistens unter dem Gesichtspunkt der Freiheit: wir sind an diesem oder jenem bestimmten Tage ins Theater gegangen, wir hätten auch ins Kino gehen oder im Garten arbeiten oder ein Freundesgespräch führen können. Fassen wir dagegen den ganzen Weg ins Auge, so neigen wir zur deterministischen Bewertung: es mußte wohl alles so kommen, wie es gekommen ist. Noch deterministischer aber pflegen wir das zu nehmen, was das Ergebnis dieses Weges ist, worin sich gleichsam alle die Entscheidungen unseres Weges verdichtet haben: uns selbst, unser Wesen. In Wahrheit steht es genau so im Geheimnis der Freiheit (und Gnade) wie die einzelne Entscheidung. Ob nicht mein Leben anders verlaufen und mein Wesen anders geworden wäre, wenn ich an jenem bestimmten Tage jenes Sommers vor soundsoviel Jahren mich zu etwas anderem entschieden hätte? Nicht etwa nur zu einer anderen Tat, sondern in der Entscheidung zu einer Tat und der ihr zugeordneten Haltung in Wahrheit auch zu einem anderen Wesen, einem anderen Sein? Es gibt solche Stunden; manchmal enthüllen sie sich als solche, und die Wahl geschieht im gleißenden Licht klarster Erkenntnis, manchmal bleiben sie im Dämmerlicht, und man ahnt nur, daß sich etwas Wichtiges vorbereitet oder schon entschieden hat. Ob eine Liebelei zur Liebe, ob eine Liebe zur Ehe wird: das ist zum Beispiel oft eine Entscheidung solcher Art, in der in Wahrheit oft über das eigene Wesen mitentschieden wird. Oder die Entscheidung hat den Charakter der Ablehnung oder Annahme eines äußeren oder inneren Rufes, des Versagens oder der Bewährung. Auch politische Entscheidungen können solchen Charakter haben. Aber der Nationalsozialismus war so total, und das Ja oder Nein zu ihm hat solche Tiefen der Seele ergriffen, daß es keineswegs der politische Bereich allein ist, in dem für oder gegen ihn entschieden worden ist. Mancher hat sich irgendwann einmal lange vor 1933 für ihn entschieden, als er etwa durch ein Versagen gegenüber dem Anspruch einer Frau jenen Bruch und jene Feigheit in seinen Charakter hineinbrachte, die ihn 1933 zur Verleugnung seiner Überzeugung und zur konjunkturellen Anpassung verleiteten.⁶

Dieser tiefe Zusammenhang zwischen politischer Tat und menschlich-sittlicher Gesamtperson gilt auch für den Antifaschisten. Vielleicht, ja sehr wahrscheinlich ist mehr als einer unter ihnen, der zum Anti-Hitler groß und stark genug geworden wäre, der im Jahre 1932 die antifaschistischen Gegenkräfte hätte mobilisieren können, wenn er nicht im Jahre 1926, im Jahre 1921, im Jahre 1916, im Jahre 1908...⁷ in vielen Entscheidungsstunden auf Gebieten verschiedener Art versagt hätte. Da er damals versagte, hat es später nur zum Minister gereicht, der entlassen wurde... Damit soll keiner wilden Überschätzung der Freiheit, keinem „Nichts ist unmöglich“ das Wort geredet werden. Der Mensch ist sehr begrenzt und gebunden und hat wenig Bewegungsfreiheit. Aber er hat oft und immer wieder die Wahl, in einer durchaus gegebenen Situation von zwei in ihr mitgegebenen und begrenzten Möglichkeiten die

„gute“ und die „böse“ zu tun, sich für das Ja [55] oder Nein zu entscheiden, sich einzusetzen oder sich zurückzunehmen, sich zu bewähren oder zu versagen, sich nach vorn zu werfen oder zurückzubleiben. Und je nach dieser Entscheidung (die nach christlicher Lehre umso geheimnisvoller wird, als sie, wenn sie als Nein geschieht, in der Zulassung Gottes, wenn sie aber als Ja geschieht, aus seiner Kraft geschieht) wird der Mensch so oder so: er entscheidet nicht nur über die Tat, sondern auch über sich selbst. Und je nach diesem neuen Sein seiner selbst wird der neue Horizont seiner kommenden Entscheidungen sein, enger oder weiter. Wir rechnen mit dieser Freiheit in der Gegenwart und Zukunft, sonst hätte das Pathos, das unser Leben durchtränkt (in der Erziehung, in der Publizistik, in der Politik, im Gemeinschaftsleben, im eigenen Gewissen) keinen Sinn. Aber post festum, hinterher, verführt uns das eindrucksvolle Argument der Tatsache zur Verkennung der Freiheit. Es hat seine Vorteile, daß es so ist: die klar empfundene Last des Versäumten und Verfehlten würde viele für das Weiterleben untauglich machen. Aber in den Stunden der radikalen Besinnung darf und muß diese Last uns bewußt werden; wir werden sie nicht durch das Vergessen und die Ausflucht der Determiniertheit los, sondern durch Reue und Vertrauen. In solchen Stunden sollte auch der Antifaschist sich klar darüber werden, um wieviel wirksamer er hätte widerstehen können, wenn er – ein anderer Mensch geworden wäre, nicht ein „anderer“ schlechthin, ein beliebig „idealer“ (das wäre leeres Spiel), sondern genau der, der er hätte werden können und sollen in der Fülle, der Kraft und Grenze der gegebenen höchst persönlichen Individualität und durch die ebenso konkreten Entscheidungen seines wirklichen Lebens; auch politisch wäre er ein anderer geworden, wenn er jeweils Ja gesagt hätte statt Nein zu sagen oder Ausflüchte zu gebrauchen. Natürlich reicht die Phantasie nicht aus, um jenen „anderen“, den Verfehlten, mein „eigentliches“ Ich, zu konstruieren; gehört es ja zu der Struktur des Lebensweges, daß sich der Horizont einer neuen Stufe erst auftut, wenn diese Stufe erreicht ist; wir können also nicht wissen und kaum ahnen, was uns zugegacht worden wäre, wenn wir unseren Stufenweg entschlossener gegangen wären; gerade diese Erwägung aber darf uns annehmen lassen, daß wir alle zu einer garnicht auszu-denkenden Lauterkeit (wenn auch nicht Größe) der Existenz berufen waren (und sind) und daß wir viel, sehr viel versäumt haben, durch unsere Schuld. Vielleicht, ja ganz gewiß haben wir auch jenen starken sozialen Volksstaat verfehlt, der mit den Sach- und Sozialproblemen von 1930 fertig geworden wäre, dem Nationalsozialismus die Voraussetzungen seines Erfolges genommen und den Rest unschädlich gemacht hätte, auch Herrn Adolf Hitler selber. Hier steckt sehr schlicht und simpel Schuld in jedem von uns, der damals als Erwachsener schon mit im Spiele war, auch in den antifaschistischen Kämpfen. Und übrigens auch schon in unsern Vorvätern.

Subtilitäten? Nein, einfache Wirklichkeiten, wenn auch unbequeme. Es ist keine Heuchelei, wenn sich die Heiligen für große Sünder halten: sie sehen mit dem unbestechlichen Blick ihrer Stufe und vor dem Horizont ihrer

Möglichkeiten und Aufgaben Schuld auch dort, wo der trübe und [56] beschränkte Blick der anderen nur Tugend sieht. Es spricht nicht sehr für die innere Erregbarkeit und Gewissensklarheit der meisten von uns Antifaschisten, wenn wir uns selbst für unschuldig halten, nur weil wir uns nicht grob versündigt und einige politische Verdienste haben. Wir sollten wissen, daß unsere Erkenntnis uns viel schärfer verpflichtet hat als andere.

III

Solche Zusammenhänge sind mit psychologischen Methoden und gar von einem unbeteiligten Beobachter schwer festzustellen, von einem wachen Gewissen aber sind sie in guten Stunden sehr wohl zu ermitteln und einzusehen, ja in jenen Augenblicken besonderer Klarsicht, die jeder ernsthafte Mensch erfährt, der nicht verblendet oder in schwere Selbsttäuschungen verstrickt ist, drängen sie sich geradezu auf. Aber auch wenn man ihn nur auf das politische Feld selbst beschränkt, ist jener Zusammenhang zwischen alter Schuld und neuem Versagen evident und wichtig.

Dafür nur ein Beispiel! Daß man 1932 gegen Papen-Schleicher oder im Jahre 1933 gegen Hindenburg-Hitler den Generalstreik nicht proklamieren konnte (oder zu können glaubte) und nicht auf die Barrikaden gehen konnte (oder zu können glaubte), hing unter anderem mit zwei Tatsachen zusammen: dem Gesamtzustand der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, SPD, Spaltung, Taktik der KPD) und dem reaktionären Geist der Reichswehr; dieser Geist hatte sich nur bilden können, weil die SPD 1918 bis 1921 nicht kampferfahren und kampfbereit war, um mit Spartakus und der Reaktion allein fertig zu werden, und weil die Republikaner 1924 bis 1929 nicht einsichtig und mutig genug waren, die Reichswehr nach soziologischen Gesichtspunkten im Sinne des sozialen Volksstaates umzubauen; also führt auch dieser Punkt auf den Gesamtzustand der Träger der Republik, vor allem der Arbeiterbewegung zurück, vor allem auf die Schwäche der SPD, auf die Spaltung und auf die Taktik der KPD. Es bedürfte einer genauen politischen Analyse, um die einzelnen Elemente dieses Gesamtzustandes der Arbeiterbewegung festzustellen und sodann zu ihren Wurzeln vorzudringen. Sie liegen in der Nachkriegszeit und sogar in der Vorkriegszeit, und wenn zum Beispiel eines dieser Elemente darin gesehen werden kann, daß die SPD, als die Arbeiterschaft durch sozialpolitische Einzelvorteile an der Wirtschaftsblüte des wilhelminischen Reiches beteiligt wurde, auf den Willen zum sozialistischen Umbau von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verzichtete, also das Recht der Erstgeburt, nämlich der Freiheit, Macht und Verantwortung, für das Linsengericht höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit und besserer Versicherungen verkaufte, dann ist es mit Händen zu greifen, daß hier höchst persönliches Versagen vieler Hunderttausender von großen und kleinen Führern der Arbeiterbewegung vorlag, ein Versagen in Millionen von großen, kleinen und winzigen Entscheidungen in Versammlungen und Sitzungen, in Gesprächen und stillen Überlegungen, in Werkstätten und Betrieben, auf Kegelbahnen und in Schrebergärten, ein

Versagen, das sich auf Jahrzehnte verteilt. Es läßt sich nur in allgemeinen [57] Begriffen beschreiben, aber es ist sehr konkret und völlig persönlich: die Menschen, die damals, vor zwanzig, vor dreißig, vor vierzig Jahren versagt haben, leben mitten unter uns, und viele von ihnen loben mit geschwellter Brust ihre Taten und Leiden, reden feierlich von der deutschen Kollektivschuld, meinen immer die anderen und merken garnicht, daß der politisch niemals erzogene und in den Erkenntnisschranken seiner Situation eingesperrte kleine Zigarrenhändler, der 1932 Adolf Hitler als den Befreier der Nation und des Mittelstandes gewählt hat, vielleicht sehr viel weniger schuld ist als sie, die sie wach, politisch erzogen und im Besitz vorzüglicher wirklichkeitsnaher Erkenntnismittel waren und sich dennoch haben verführen lassen, aus Herzensträgheit und Bequemlichkeit zu paktieren, nicht mit Adolf Hitler zwar, aber mit dem, was zu ihm hin führte. Die Arbeiterbewegung hat ein Recht darauf, sich ihrer Leistungen, Opfer und Taten zu rühmen; sie braucht das Bewußtsein ihrer Bewährungen, um mutig und erfolgssicher weiterkämpfen zu können. Aber sie darf nicht vergessen, daß das nur die halbe Wahrheit ist. Sie braucht auch die andere Hälfte, das Bewußtsein ihres Versagens und ihrer Mitschuld, sonst wird sie abermals bequem, herzensträge, hart, kalt und flach werden.

In solchen Überlegungen ist die Antwort auf die Frage zu suchen, die uns die Welt stellt: „Warum habt ihr den Nazismus nicht verhindert?“ Nicht darin, daß wir es zwischen dem März 1933 und dem Frühjahr 1945 nicht wagten, auf die Barrikaden zu gehen, liegt unsere Hauptschuld, sondern darin, daß die Kraft unseres Glaubens, unserer Einsicht, unseres Kampfes, unseres Opferwillens in den Jahrzehnten vorher nicht stark genug war, die böse Entwicklung abzustoppen, vor allem: die gerechte und soziale Lösung durchzusetzen, die dem Nationalsozialismus die Voraussetzungen seiner Erfolge genommen hätte.

IV

Greifen wir, weil es uns besonders naheliegt, noch die Katholiken, uns Katholiken heraus. Vor wenigen Wochen glaubte in einer Großstadtpfarrei ein Prediger die „Religiöse Woche“, die er hielt, mit einer Predigt eröffnen zu sollen, in der das Wort fiel: „Es ist höchste Zeit, endlich mit dem Gerede von der Schuld aufzuhören, der Schuld aller oder der einzelnen.“ Die einsichtige Minderheit nahm schweres Ärgernis an diesem unverhüllten Appell an den christlichen Pharisäismus, die Mehrheit war sehr erbaut von diesem Wort, das ihnen einging wie Honig. Es kennzeichnet leider die vorherrschende Stimmung. Dabei hat sich der deutsche Katholizismus zwischen 1918 und 1933 zum Teil sehr schwerhörig gezeigt, wenn er von der Minderheit vor dem Weg in die Katastrophe gewarnt wurde. Er hat sich später ziemlich wacker gegen den offenen Nationalsozialismus gehalten, aber er hat damals im wachsenden Maße mit der Reaktion paktiert, hat für den Geist des Krieges Entschuldigungen und Rechtfertigungen gesucht, und viele Katholiken haben ihn zu ihrem eigenen gemacht. Dafür gibt es in den Akten erschreckende Belege.

Vergessen wir nicht ganz, daß die katholische Jugend, [1/58] wenn auch schweren Herzens und ohne Lust, aber durchaus freiwillig bei dem offensichtlich militaristischen Wehrsportkuratorium des Generals von Stülpnagel⁸ mitgemacht hat, die ein Stück direkter Kriegsvorbereitung gewesen ist, einer der vielen Schritte zum Verderben. Als wir dann vom Ermächtigungsgesetz an für einige Jahre loyal am Staate Adolf Hitlers mitarbeiteten und uns irgendwie einen Reim darauf zu machen versuchten, da waren die Motive sicherlich gemischt, und jeder muß es in der Stille des Kämmerleins mit seinem Gewissen ausmachen, wie in seinem Herzen damals die Gewichte verteilt waren: gottgebotene Loyalität gegenüber der legalen Obrigkeit, Angst vor der Gestapo, ehrliche Überzeugung von dem Teil-Recht nationalsozialistischer Forderungen und von der Begabung und Berufung Adolf Hitlers, Bequemlichkeit und Wille zum eigenen Vorteil, Verantwortung für das Los der Kirche und der Katholiken, Kapitulation vor den Tatsachen, schuldlose und schuldhaft Verkenneung des wahren Charakters des Regimes, echte Vaterlandsliebe und bedenklicher Nationalismus, –alles das und einiges mehr wirkte damals mit; vielleicht überwog bei vielen bester Wille in Verbindung mit entschuldbarem Irrtum, aber die Helden, und Unschuldslämmer, die jener Prediger in den deutschen Katholiken sah, waren wir nicht. Sehe jeder zu. Auch jeder Bischof wird überlegen, aus welchen Motiven er damals die Aufhebung des Verbotes der Parteimitgliedschaft mitbeschlossen hat, jener Maßnahme, unter der noch heute viele Katholiken leiden, die daraufhin in die Partei eingetreten sind. Und prüfe jeder Katholik seine Stellung zum Krieg, nicht nur 1939, da fast alle konsterniert waren, sondern auch 1940, als „wir“ in jenem atemberaubenden Tempo siegten, 1941, als fast ganz Europa „uns gehörte“ und Weinkisten und Bohnenkaffeeepakete aus Frankreich kamen und Kartengrüße von der Akropolis und als das Heldenepos von Kreta angestimmt wurde, 1942, als wir im Kaukasus und vor Alexandrien standen und daran waren, die „große Zange“ zu schließen. Der Erfolg ist sehr verführerisch, prüfe sich jeder, ob und inwiefern er sich hat verführen lassen, zum schweigenden Hinnehmen, zum Sympathisieren, zum Mitmachen. Einige haben sich rein gehalten von dieser Verführung, andere sind ihr ganz und gar zum Opfer gefallen, die meisten von uns waren zwiespältig und zweideutig, wo sie doch hätten einmütig und eindeutig sein sollen. Wir müssen das in uns klar machen und jenen beliebten Selbstbetrug durchschauen, der darin besteht, alle jene zweideutigen Empfindungen zu vergessen und sich nur an die Haltung der letzten Kriegsjahre zu erinnern, wo wir alle im Bombenhagel der alliierten Luftmacht, im verschärften Arbeitseinsatz, nach den schweren Verlusten im Osten und den militärischen Katastrophen im Osten, Süden und Westen zur Raison gebracht waren, wahrlich ohne unser Verdienst. Aber wir Katholiken dürfen uns dieses Selbstbetrugs nicht schuldig machen. Wir müssen wissen, was wir getan und was wir unterlassen haben. Auch wir dürfen zum Glück unser Herz erheben in der Erinnerung an klaren geistigen Widerstand und ungebrochenen Glauben, an mannhafte Offenheit und zuverlässige Führung, an heldenmütige Opfer und

bittere Leiden, aber [59] es gilt auch für uns, daß das nur die halbe Wahrheit ist. Nur die ganze aber wird uns freimachen.

V

Selbsterkenntnis und Bekenntnis sind nicht dasselbe. Es wird kein öffentliches Sündenbekenntnis verlangt. Die Fragen, die man uns stellt⁹, beziehen sich sinngemäß auf Handlungen, nicht auf Gesinnungen und Unterlassungen, erst recht nicht auf jenes tiefsitzende und zum Teil weit zurückliegende Versagen, von dem hier vor allem die Rede war. Wir haben auf diese Fragen wahrheitsgemäß Auskunft zu geben, aber niemand wird von uns eine umfassende öffentliche Beichte unserer geheimen Sünden und Unterfassungen verlangen wollen. (Aber daß ein Versagen der Verantwortung auf politischem Gebiet sakramental gebeichtet werden sollte, ist dem mündigen Katholiken doch wohl klar? Obwohl dergleichen in keinem Beichtspiegel steht . . .) Was wir von uns verlangen müssen, ist zunächst jene geheime, aber unerbittliche Gewissenserforschung. Ist sie wirklich vollzogen, so geschieht alles weitere fast von selbst. Den einen wird es zu einem offenen Bekenntnis treiben, – gut so, wenn der Geist ihn dazu antreibt, ein Beispiel, ein Sprecher für viele zu sein. Andere werden still bleiben, aber sie werden andere Dinge tun als vorher, vor allem aber werden sie das Ihrige in einem anderen Ernst tun und in allen ihren Äußerungen eine andere Sprache sprechen. Wir sagen es abermals: Es geht nicht um eine „würdelose Selbstanklage“, es geht um jene andere Sprache. Sie genügt durchaus. Und alle diese Erörterungen hier wären unnötig, wenn sich nicht aus sehr vielen Äußerungen und Beobachtungen der Eindruck gebildet hätte, daß garzuviele Deutsche diese Sprache nicht sprechen und diese Besinnung nicht vollzogen haben. Diese privaten Äußerungen reden meist die Sprache des Ressentiments, die öffentlichen die des Pharisäismus, die Wurzel ist beide Male dieselbe: der innere Widerstand gegen die Selbsterkenntnis, – die Trägheit der Herzen.

*

Daß der Bußprediger keine sehr beliebte Erscheinung ist, liegt manchmal an seinen Opfern und manchmal auch an ihm selbst. Buße ist unbequem und schwierig, das müssen die Bußprediger sagen, und manche sagen es recht deutlich und wissen die Sache, um die es geht, garnicht finster genug darzustellen. „In Sack und Asche sollt ihr Buße tun.“¹⁰ Einige von ihnen unterschlagen, daß Selbsterkenntnis auch ihre andere Seite hat. Sie stellt sich freilich erst hinterher heraus, und insofern haben jene Bußprediger recht. Die Reue, so sagten wir eingangs, ist eine Macht, welche klärt, läutert, stärkt, heilt und den Weg freimacht. Wer sich ernsthaft mit ihr einläßt, wird immer wieder spüren, wie befreiend sie ist. Es gab eine Zeit, da diese Weisheit ein Geheimnis der Christen war, eines der vielen Geheimnisse des Glücks und des Heils, die das Kreuz erschließt. Es ist auch heute noch so, aber inzwischen hat die Menschheit in dem harten Unterricht der letzten Jahrzehnte doch wohl einzusehen

begonnen, daß nicht alles, was man in [160] altmodischen Zeiten „Sünde“ nannte, in den modernen etwas eigentlich recht Respektables ist: Schicksal, Kausalität, Lebensrecht, allenfalls Krankheit, oder gar eine schöne dunkle Farbe im Ganzen des Lebens, die zu seiner Ästhetik gehört¹¹, sondern daß es in der Tat Sünde, Verbrechen und Bosheit gibt; sie hat erfahren, daß sich mit diesen Mächten nicht spielen läßt, sondern daß es bei ihnen um Kopf und Kragen geht. Auch die nichtchristliche Menschheit mag nun also eine Ahnung vom Geheimnis des Bösen haben, und so darf man es wohl wagen, von dem lauterem und lichten Geheimnis der Reue und der Versöhnung zu reden. Die deutsche Frage, die Frage der deutschen politischen Selbsterkenntnis, stellt und beantwortet sich nicht in einem politischen Sonderbereich: wie die politische Verschuldung mit dem ganzen Menschen zusammenhing, so auch die politische Umkehr. Wenn Deutschland sich selbst erkennt, so wird es nicht nur frei werden, zunächst geistig und dann und deshalb auch politisch frei, es wird auch glücklich werden. Oder sagen wir bescheidener und vorsichtiger (da die Voraussetzungen eines vollen Glückes auf Erden nicht gegeben sind): Deutschland wird glücklicher werden. Das sollen sich die Nichtchristen von den Christen getrost sagen lassen; sie verstehen sich darauf. Und die Christen sollten endlich nicht nur für ihr Privatleben daraus Gewinn ziehen, sondern auch für ihren Anteil am öffentlichen Leben, Es geht nicht darum, in Zerknirschung zu versinken, es geht um eine Befreiung.

N.N. [= Walter Dirks?]: Der Weg zur Freiheit. Ein Beitrag zur deutschen Selbsterkenntnis, in: Frankfurter Hefte, 1. Jg., H. 4, Juli 1946, S. 50-60.

Anmerkungen und Erläuterungen

¹ Dieser Artikel ist nicht namentlich gezeichnet, aller Wahrscheinlich handelte es sich (federführend) um Walter Dirks.

² Redewendung aus der Bibel: „Denn wenn man das tut am grünen Holz, was wird am dürrer werden?“ Lukas 23, 31.

³ Max Scheler (1874-1928) schrieb dies 1917 gegen zeitgenössische Versuche, die Reue als sinnlose Selbsttäuschung zu kritisieren, man könne etwas Geschehenes wieder „aus der Welt schaffen“, und setzte dem entgegen, dass die Reue über sich selbst Richten bedeutet und darin etwas Heilendes liegt: „Die Reue hat neben, ja infolge ihrer negativen, verwerfenden Funktion eine positive, befreiende, aufbauende.“ Max Scheler: Reue und Wiedergeburt, online im *Das Portal zur katholischen Geisteswelt*, <http://www.kath-info.de/reue.html>

⁴ Das „Nein der Umkehr“ meint nicht das Nein zur Umkehr, sondern das erkennende Nein, das zum „Nicht wieder“ aufruft.

⁵ Gemeint ist die Schuld der fehlenden Einigkeit zur Verhinderung des Nationalsozialismus.

⁶ Was damit genau gemeint ist und die vergleichende Logik sind mir nicht klar. W.G.

⁷ 1926 scheiterte die Bildung einer großen Koalition an der mangelnden Bereitschaft zur Zusammenarbeit von SPD, DVP und BVP; welches der Ereignisse Dirks für 1021 im Blick hatte, ist nicht klar; 1916 spaltete sich die SPD wegen der Zustimmung der Mehrheit zu den Kriegskrediten seit 1914, die USPD entstand und später daraus die KPD; ebenso unklar ist mir 1980. (W.G.)

⁸ General Edwin von Stülpnagel bekam im Juli 1932, also noch in der Weimarer Republik, von Reichswehrminister von Schleicher den Auftrag zur Bildung eines „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung“, das in Wirklichkeit zur „Wehrtüchtigung“ diente.

⁹ Gemeint ist hier der Fragebogen der Alliierten zur Entnazifizierung.

¹⁰ Zur Buße in „Sack und Asche gehen“ und Varianten dieser Formel finden sich an zahlreichen Stellen des Alten Testaments, vgl. die Auflistung im Bibleserver: <https://www.bibleserver.com/search/LUT/Sack%20und%20Asche>; etymologische Erklärung auf Chrismon: <https://chrismon.de/artikel/51239/sack-und-asche-gehen-busse-und-fastenzeit>

¹¹ Gemeint sind „Schicksal“ und moderner „Kausalität“ als Entschuldigungen für Fehlverhalten, dessen Schuld man auf eine „höhere Gewalt“ abschiebt. Dies war damals in den Zeitschriften eine weit verbreitete Reaktion auf die Schuldfrage, die das konkrete Fehlverhalten zumindest relativierte, und vor allem in den katholischen Zeitschriften. Cf. Wolfgang Geiger: „Wie schlecht wir es machten, als wir noch handeln konnten...“ – Fritz von Unruh, Eugen Kogon und die Lehren aus der Geschichte. Historischer Kontext und politische Aktualität, 2025, <https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/1948-paulskirche/>, darin: „Die Schuldfrage“ S. 44-89 und insbes. S. 65-73.

Eugen Kogon

DAS RECHT AUF DEN POLITISCHEN IRRTUM

Ein wahres Labyrinth verwirrender Zusammenhänge, von der Wirklichkeit heute um uns ausgebreitet, läßt uns nur durch Erörterungen, die wie Umwege, ja vorerst wie Abschweifungen aussehen mögen, zu der Feststellung vordringen, daß wir ein Recht darauf haben, uns politisch zu irren, und daß sehr weittragende praktische Folgerungen aus diesem Recht abzuleiten sind.

*

Die Form, wie man das deutsche Volk seit nunmehr zwei Jahren vom Nationalsozialismus und Militarismus zu befreien versucht, hat zu dem reichlich chaotischen Zustand, in dem wir uns befinden, viel beigetragen. Das Ergebnis ist vorerst, jeder Kundige weiß es, weniger Denazifizierung als Renazifizierung. Das böse Wort läuft um: „Seitdem uns die demokratische Sonne bescheint, werden wir immer brauner.“ Deutsche Mängel und alliierte Fehler haben einander mit verhängnisvoller Sicherheit, als ob sie aufeinander abgestimmt gewesen wären, ergänzt und die Anstrengungen der Einsichtigen bisher beinahe um jeden Erfolg gebracht.

Goebbels hat immer behauptet, das deutsche Volk und der Nationalsozialismus seien eins. Das war eine Lüge, wie so ziemlich alles, was seinem lügenerischen Gehirn entsprungen ist. Das deutsche Volk bildete mit dem Nationalsozialismus in der Tat eine Einheit, doch nie von der Art, die eine Unterscheidung nicht mehr zugelassen hätte. Freiwillige, Getäuschte und Gefangene, die Rollen im Verlauf der Tragödie vielfach wechselnd, übten unter einer ebenso raffinierten wie skrupellosen Regie hinter dem anlockend bemalten Propagandavorhang das große Theater ein, in dessen zweiter Hälfte dann das Ensemble, gründlich gedrillt, von der deutschen Bühne in den Zuschauerraum der Welt stürmte, um Ernst aus dem zu machen, was so friedlich angekündigt worden war. Es hat Leute genug gegeben, die das „Spiel“ von Anfang an durchschaut hatten, – den „verbrecherischen Plan“, von dem in Nürnberg das Gericht der Geschichte sprach, als alle miteinander, Deutsche und Ausländer, aus dem Chaos der großen Saalschlacht, aus Gräben, Kasematten, Kellern und Bunkern wieder aufgetaucht waren. Selbstverständlich stand die *Schuldfrage* sofort zuoberst auf der Tagesordnung. Und leider hat der Regisseur des furchtbaren Schauspiels, Hitler, zusammen mit seinem mephistophelischen Ansager und Einpeitscher, Goebbels, noch nach dem eigenen Giftselbstmord durch die tragische deutsche Solidarität, die ihnen recht zu geben schien, einen letzten, nachhaltigen Sieg über die Welt errungen: er vergiftete das Werk des Friedens. Die psychologische Krieg-^[/642]führung der Alliierten hatte sich, da es ihr nicht gelungen war, einen Aufstand Deutschlands gegen Hitler zu entfesseln, die nazistische These, daß „Führer und Volk“ unerschütterlich eins seien, zu eigen gemacht; jetzt, zu Kriegsende, wurde sie

buchstäblich ein Opfer der doppelten Propaganda, der nationalsozialistischen und der eigenen: sie behandelte das deutsche Volk als verderbte Einheit. Seht ihr, sagten sich die Deutschen daher alsbald, Hitler hat mit seiner Prophezeiung recht gehabt: sie machen keinen Unterschied zwischen Deutschen und Nazi! (Er hatte unrecht, denn er *meinte* es anders, in dem Sinn nämlich, daß die Alliierten das deutsche Volk unterschiedslos *vernichten* würden; in Wahrheit handelte es sich nicht um Vernichtungsabsichten, sondern um eine falsche Methode der sogenannten Umerziehung.)

Der Irrtum aus Wirklichkeit und Propaganda, die beide überholt waren, die beide gründlich hätten abgeschüttelt werden müssen und die doch beide von der nachwirkenden Leidenschaft des Krieges in die Zeit des Vorfriedens hineingeschleppt wurden, hatte sofort schwerwiegende Folgen: die Kollektivschuldanklage und die „Nichtverbrüderungs“-, stattdessen Erobererpolitik auf alliierter Seite; rasch zunehmendes Befremden, dann Enttäuschung, dann Entschuldigungs-, dann Verteidigungs-, schließlich Gegenbeschuldigungstaktik auf deutscher Seite. Was half unter solchen Umständen die Erklärung der Alliierten von Anfang an, man wolle durchaus nicht unterdrücken; was die Bemühung so vieler Deutscher, das Volk möge sich nach solchem Grauen doch besinnen? Die *Praxis* der ineinanderwirkenden Fehler, verschärft durch die sonstigen Kriegsfolgen, führte bald jenen Zustand herbei, der nicht wenige Alliierte skeptisch oder vollends mißtrauisch werden und zahlreiche Deutsche verbittert oder sich selbst bemitleidend, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verkennend, seufzen ließ: „O Herr, schick' uns das Fünfte Reich, das Vierte ist dem Dritten gleich!“

Die Praxis der ineinanderwirkenden Fehler, verschärft durch die sonstigen Kriegsfolgen. Man könnte meinen, nur in dem Eifer, jene zu begehen, und in dem Mangel an Energie, mit diesen fertigzuwerden, wären alle eins gewesen. Zählen wir Fehler wie Folgen bloß auf, da sie jedermann bekannt sind.

Zu allererst wurde eine umfassende, wahrheitsgemäße deutsche Bestandsaufnahme versäumt. Was an Kräften, materiellen Möglichkeiten, Beeinträchtigungen und Aussichten insgesamt gegeben war, wußte kein Mensch. Man teilte das Land in vier Zonen ein und gab sich der Hoffnung hin, der Kontrollrat werde auf Grund der Potsdamer Beschlüsse als Koordinations- und Befehlszentrale die Einheit der alliierten Politik sichern. Die unmittelbaren und mittelbaren Interessen der einzelnen Besatzungsmächte, in ihrer Linie und in ihrer Stärke bestimmt durch den Verlauf der fortgesetzten internationalen Neuorientierung, erwiesen sich indes als weitaus kraftvoller. Das wirt-[643]schaftliche, soziale, kulturelle und geistige Gefüge Deutschlands wurde vollends zerrüttet. Das System der Veränderungen, soweit ein solches vorhanden war, unterschied sich, von Zone zu Zone kraß: hier Demontagen, dort Stilllegungen, hier schonendes Zögern, das doch blockierte, dort Requisitionen; gänzlich verschiedene Regelung der Probleme der Ausgewiesenen und Flüchtlinge; radikale Bodenreform oder garnichts; Denazifizierung nach

Formalismus, nach Klassengesichtspunkten, nach Gefühl oder nach Beziehungen des Zufalls, der Laune, der Korruption; Zensur, Lizenzpresse und Propaganda-Publizistik; Ansätze, Entwicklung, Anwendung, Mißbrauch, in unterschiedlichem, ja wechselndem Tempo, von vier Arten politischer Demokratie; im Feld der sozialen, kulturellen und geistigen Entwicklung Freiheit der Organisation, Verbot der Organisation, gelenkte Organisation, Einheitsorganisation. Dazu die Besatzungsarmeen mit ihrem fast unvermeidlichen Gefolge von Härten, Unrecht, Wohnungs-, Möbel-, oder Lebensmittelbeschlagnahmen; dazu automatische Arreste, Unterlassung von Verhaftungen, mehr oder minder willkürliche Verhaftungen, keinen wirksamen Rechtsschutz; dazu die deutschen Partei-, Klassen- und Privatgegensätze, die Denunziationen, die Displaced Persons, der Positionskampf, die Sorge um die Kriegsgefangenen, die Ablehnung der ehemals politisch Verfolgten, das Mitleid mit den wirklichen oder vermeintlichen Opfern von jetzt („Politisch, verfolgt? Wann – damals oder heute?“²); dazu die Trümmer, das Wohnungselend, der Schwarze Markt, die hohen Steuern, keine Währungsreform, dickverdienende Nazi, die Korruption, die alles überwuchernde Bürokratie, die Überflutung der Dörfer mit hungernden, hamsternden, Hausrat, Kleider, Nägel, Nadeln und jegliches andere Ding anbietenden Schwärmen von Städtern, mit einem nicht endenden Strom von Vagabunden, Faulenzern und Nichtstuern jeder Art; und das Landvolk – lassen wir die schwierige Erörterung im einzelnen –; zu schlechterletzt über alles dieses hin eine zähflüssige Papierflut von Gesetzen, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen, Befehlen; dazu die Polizei: Ordnungspolizei, Feldpolizei, Bahnpolizei, Grenzpolizei, Kriminalpolizei, Militärpolizei... Polizei.

Wenn es SD-Leute³ an wahrscheinlich gar nicht so wenigen Orten des Landes gibt: als Gärtner, Bauernknechte, Chauffeure, Sekretäre, Polizisten (ich bin überzeugt, daß es sie gibt; der Landrat eines bestimmten Kreises hatte kurz vor Torschluß 1945 gleich 80 Blankoformulare von Kennkarten herauszugeben; und gelegentlich eine Verhaftung, jetzt, nach zwei Jahren, beweist es ja auch, daß es sie gibt; vor einem Geschäft unterhielten sich neulich zwei „Gesinnungsnazi“ ganz offen: Die Zeit arbeitet für uns, sagten sie, wir brauchen bloß zu warten!), die hartgesottenen Unentwegten also, man sieht es geradezu, können vergnügt in sich hineingrinsen: „Das ist genau das, was wir uns unter Demokratie vorgestellt haben!“ Wir aber, die wir [644] für die un-absehbaren Reihen gemarteter Opfer stehen, die alle nur die eine Frage haben: Wofür sind wir gestorben!, – was sagen und tun wir?

Hundertfach geschieht Gutes im Lande, vonseiten Alliiertes, vonseiten Deutscher. Man könnte ebenso ausführlich und noch ausführlicher darüber berichten. Aber es droht der Übermacht der Fehlentwicklung allerorts zu erliegen. Es hat uns bis jetzt vor dem Schlimmsten bewahrt, aber es ist nicht bestimmend, es gibt nicht den Ausschlag. Vielleicht auf lange Sicht, hoffentlich, lassen wir nicht locker. Nur muß die Gefahr, daß die bereits gemachten Fehler und ihre Folgen mächtiger sind als wir alle, heute, unmittelbar, jetzt

überwunden werden, in diesem dritten Jahr nach der Kapitulation, die doch der Anfang eines geordneten Friedens, nicht nur das Ende der schmachlichsten Tyrannei sein sollte.

Die Deutschen haben ihrerseits in den abgelaufenen zwei Jahren arg versagt, – in einem kleinen, aber starken Rest von Möglichkeiten, die uns verblieben waren. Das hat natürlich ebenfalls seine besonderen Ursachen. Das Bewußtsein der Verantwortlichkeit ist unter der Last der Schuldanklage, gegen die sie sich mit wirren Gefühlen und heftigen Argumenten zur Wehr setzten, bei den meisten verlorengegangen. Bald erstickte auch, als die Aussichtslosigkeit die Hoffnungen erneut begrub, im Gestrüpp rein privategoistischer Bestrebungen ihre gewohnte Freudigkeit zu Initiative und Aktivität, welche selbst die Riesenanstrengungen der Kriegszeit nicht ganz verbraucht hatten. So fanden sie nicht mehr die Kraft, nun unentwegt nur mehr von besten Absichten geleitet den mannigfachen Illusionen, Unkenntnissen, Mißgriffen und überflüssigen Härten, die das Vernünftige an der alliierten Politik in Deutschland schädigten, wenn nicht sogar ganz, teil- oder gebietsweise aufhoben, zäh einen nüchternen Realismus beizuordnen, der noch in der Opposition, wenn die Sache sie erforderte, ihr Bundesgenosse zum gemeinsamen Guten gewesen wäre. Stattdessen ging es zu wie bei der Echternacher Springprozession, nur mit dem Unterschied, daß bei uns zwei Schritten vorwärts drei zurück folgten.

Was also soll geschehen?

Zu allererst müssen die Illusionen abgebaut werden. Sie führen nicht nur in die Irre, sie lähmen auf Dauer auch, wenn sie immer wieder durch die Wirklichkeit zunichtegemacht werden, jeden Willen zur Selbsthilfe. Im Januar 1947 schrieben wir: „Nur im Herzen ein Licht, haben wir die Schwelle des neuen Jahres überschritten, den Verstand auf das Dunkel vor uns gerichtet, von dem wir in jedem Falle wissen, daß es bedrohlich ist. Es wird alles noch schwieriger werden...“ (FH II/1, 17.⁴) Es ist so weit. Kaum etwas von dem scheint uns erspart zu bleiben, was Hitler und seine Anhängerschaft Folgen für Deutschland heraufbeschworen haben, obgleich sogar die Alliierten [645] die ehrliche, mit Interessen unterbaute Grundabsicht hatten, wenigstens das Härteste von uns abzuhalten. (Und sie haben die Absicht noch immer, deutlicher sichtbar als vor zwei Jahren.) *Die Wirklichkeit sehen und mit ihr rechnen*, das ist es; worauf es jetzt ankommt.

Daß die sogenannte Denazifizierung in allen vier Zonen Deutschlands mißglückt ist, haben die aufgezeigten Verhältnisse dargetan, – sofern die Behauptung richtig ist, daß man keinen Hitler haben muß, um nazistisch gesinnt und nicht ohne hundertfachen Einfluß auf die weitere Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse zu sein, und daß man kein Heer braucht, um als Militarist auf die nächste Gelegenheit zu warten, sich der oder jener Macht zu verdingen. (Ich denke, die Behauptung ist richtig.) Hitler ist tot, doch er lebt; die nationalistische Armee ist zerschlagen, ihr Geist wirkt (mehr als ihr Geist).

Was ist also denazifiziert worden? Der *Apparat*, und das nur brüchig, aber mit vielfach verhängnisvollen Folgen. Es lag an den angewandten und immer noch angewendeten Methoden. Sie waren in jeder der vier Zonen verschieden; das Ergebnis ist überall ähnlich.

Sehen wir in der Analyse von der russischen und von der französischen Zone ab; die Umstände liegen dort teilweise anders. Trotzdem gelten auch für sie die Schlußfolgerungen, weil sie aus einer tieferen Schicht allgemeiner Unterlassungen und ihnen entsprechender Notwendigkeiten stammen.

Man hat mit Goebbels und im Zuge der eigenen Kriegspropaganda, um es zu wiederholen, das ganze deutsche Volk als nazistisch angesehen. Man hat es infolgedessen als Kollektiv-Einheit beschuldigt. Zwischen dieser Anklage, die auf die gesamte „Umerziehungspolitik“ von vornherein einen schweren Schatten legte, und der ersten von den Angelsachsen vorbereiteten Praxis der Denazifizierung war bereits ein Unterschied; sie brachten Listen nationalsozialistischer Kategorien mit. Es waren – von den Kriegsverbrecherlisten abgesehen – nicht Namensverzeichnisse, wie es hätte sein müssen, die in Deutschland sofort von kleinen Orts-, Bezirks- und Betriebsausschüssen einwandfreier, sachkundiger Männer und Frauen zu ergänzen, ja überhaupt erst recht auszufüllen gewesen wären (was damals, im ersten Schwung, noch hätte bewältigt werden können, mit Steckbriefen für abwesende Aktivisten, sodaß man Orts-, Bezirks- oder Betriebsfremde nach und nach, einzelweises, überprüfen konnte). Es waren Formalkataloge der NSDAP, ihrer Gliederungen und verwandter Organisationen. Nicht das ganze deutsche Volk wurde von ihnen erfaßt. Das war der Unterschied zur Ausgangsthese. Aber unterschiedlos wurde ein recht großer Teil erfaßt: in der US-Zone bis zum 1. April 1947 etwa 28 Prozent der über 18 Jahre alten Bevölkerung oder 3 303 557 Personen von 11 901 565, die verpflichtet waren, einen Fragebogen auszufüllen, wenn sie vom Bezug der Lebensmittelkarten nicht ausgeschlossen [646] werden wollten; in der britischen Zone, wo ein etwas anderes, aber ebenfalls formales Verfahren zur Anwendung kam, wurden zwar nicht so viele Personen sofort betroffen, doch immerhin im Laufe der Zeit wahrscheinlich mehr als zwei Millionen. Sie alle galten als Nationalsozialisten. Ein geringer Prozentsatz von ihnen wurde aus Sicherheitsgründen für längere – zum Teil noch nicht beendete – oder für kürzere Zeit interniert: in der britischen Zone insgesamt annähernd 4,5 Prozent (jetzt 3 Prozent), in der amerikanischen Zone etwa 3 Prozent (jetzt 1,5 Proz.). Alle anderen wurden aus ihren Berufsstellungen entfernt, – bis auf jene, die über besondere Beziehungen verfügten. (War deren Zahl auch statistisch, im ganzen, nicht sonderlich bemerkenswert, so war sie doch für das Empfinden des Volkes viel zu hoch.)

Was die prüfunglose, rein nach formalen Gesichtspunkten vorgenommene Ausschaltung von fünf Millionen⁵ und mehr Menschen allein in den zwei angelsächsischen Besatzungszonen für das Rechtsbewußtsein, für die Politik der „Umerziehung“ für den Staat, die Wirtschaft, die Gesellschaft, die

Schulen, die Publizistik, die Kirchen und jede Einrichtung unserer Öffentlichkeit bedeutete, haben wir erfahren. Es braucht nicht mehr geschildert zu werden. Die Militärregierungen sahen bald – allerdings spät genug – daß jene Deutschen recht hatten, die dringend ein eigenes gesetzliches Verfahren mit Prüfung jedes einzelnen Falles durch Deutsche selbst vorschlugen. Es wurde in der US-Zone das Befreiungsgesetz, in der britischen Zone die Executive Instruction Nr. 54 erlassen; Spruchkammern und Prüfungsausschüsse traten in Tätigkeit.

Freilich *wie!* Denn inzwischen hatten vier entscheidende Umstände, derer das neue Verfahren nicht Herr zu werden vermochte, eine veränderte und dauernd sich verschärfende Lage geschaffen.

Die deutsche *Gesamtsituation* war erheblich schlechter geworden. Ein Teil der Folgen jener politischen Fehler, von denen bereits die Rede war, machte sich lähmend bemerkbar. Vor ihrem Hintergrund wirkte der Optimismus um die neugeschaffene Formaldemokratie – mit den geistig altgebliebenen Parteien samt allem ihrem Drum und Dran – nicht nur künstlich, sondern schon ein wenig erbitternd. Die Stimmung des Volkes war seit langem in raschem Absinken. Die „Denazifizierung“ mit dem Kernstück des Beschäftigungsverbotes, das alle gleichmäßig betraf, und der Verfügung, daß Nationalsozialisten, ob wirkliche oder formale, nur in „gewöhnlicher Arbeit“ tätig sein durften (was der Handarbeit auch noch Strafcharakter verlieh und ihr den Beigeschmack sozialer Deklassierung gab), hatte die schon reichlich beeinträchtigte „Begeisterung“ für „Befreiungen“ inmitten eines fast undurchdringlich gewordenen Entlassungswirrwarrs auf den Nullpunkt heruntergetrieben. Damals kam die vielerzählte Geschichte in Umlauf: Ein Straßenkehrer wird von einem herumstehenden Nichtstuer angesprochen: „Aber Herr Amtsgerichtsrat, ich, wußte garnicht, [1947] daß Sie Straßenkehrer sind. Sie sind doch kein Nazi!“ „Ach, Herr Meier, ein Nazi bin ich natürlich nicht, aber in der Partei war ich, und nun lassen mich die Ami nur mehr straßenkehren.“ „Merkwürdig“, darauf der andere, „mich haben sie auch herausgesetzt, aber ich war nicht Amtsgerichtsrat, sondern Straßenkehrer!“ Die Amerikaner, für Kritik und gute Witze empfänglich, lachten darüber; aber dadurch wurde die Stimmung der Deutschen nicht besser. Schon wollten diese die ganze Sache loswerden. Nur widerstrebend ließen sie sich, von restlichem Verantwortungsgefühl und von den Parteien angetrieben, dazu herbei, in den nun neugeschaffenen Spruchkammern und Prüfungsausschüssen tätig zu sein.

Zum Wissen um den falschen Start kam ferner bei den meisten das dumpfe Gefühl, daß die ganze Angelegenheit viel zu breit angelegt war. Über Millionen Betroffene, unter denen sich nicht wenige befanden, die nun ehrlich betroffen waren, da es sie plötzlich betraf, obgleich doch alle ihre Bekannten und Freunde genau wußten, daß sie nicht nationalsozialistisch gesinnt waren, sondern aus den jedem Deutschen vertrauten Gründen eben „in die Partei“ gegangen waren, über Millionen war die braune Farbe gleichmäßig

ausgegossen, sodaß sie, statt an Deutlichkeit zuzunehmen, in den Augen der Menge zu verschwimmen begann: aus braun wurde grau, aus grau gräulich. Dies wiederum kam vielen schuldigen Aktivisten und frechen Nutznießern zugute. Sie konnten mit richtigen Argumenten für ihre schlechte Sache hausieren gehen; die Entwicklung selbst machte es ihnen möglich, wie die Kletten zusammenzuhalten. „Sie können in Hamburg nichts werden, Sie finden keine Arbeit?“ schrieb neulich „Die Weltbühne“. „Nein!“ „Warum nicht?“ „Ich bin nicht Pg⁶. gewesen!“ Saubere Leute, durch so viele negative Erfahrungen gewitzigt, wollten mit der Säuberung nichts mehr zu tun haben; sie hielten die Sache für verloren, man brachte die Unterschiede nicht mehr heraus. Wieder war es ein Witz, der die Stimmung in weiten Kreisen deutlich machte: Ein Hund rennt auf offener Landstraße hinter einer Katze her. Diese hat schließlich jappend inne. „Was willst du von mir?“ „Nichts.“ „Warum rennst du mir dann nach?“ „Ich renne dir garnicht nach. Ich komme aus der Stadt, dort schneiden sie den Pferden die Schwänze ab.“ „Den Pferden? Du bist doch kein Pferd!“ „Mach' *du* das den Alliierten einmal klar!“ Vielen Hundten hatte man die Schwänze abgeschnitten, vielen Pferden nicht, und zahllose Hyänen liefen überhaupt ungeschoren herum. Nun sollten es die Deutschen schaffen, die richtigen Unterscheidungen zu machen, gerecht abzuwägen, alle vergangenen Umstände zu würdigen, nicht formalistisch, obwohl das Kategorien-Schema für die Anklage noch immer galt. Leidenschaftlos, ohne Haß, ohne Voreingenommenheit? Sie glaubten es nicht.

Und man hatte seine Gründe dafür; die Wirklichkeit bot Beispiele die Menge. Denn inzwischen war die *soziale Revolution* in die ge[648]botenen politischen Möglichkeiten eingebrochen: unter dem Deckmantel der Säuberung vollzog sich ein erbitterter Kampf um Arbeit und Einfluß, eine Schichtablösung in allen Etagen der Verwaltung und Wirtschaft. Zwar hatte, als Folge der alliierten Besatzungspolitik, die Gerechtigkeit bei uns nicht das Gewand einer Sansculotte angezogen, aber sie wurde vielfach als Quartiermacherin derer benutzt, die nun ihrerseits, zu recht oder zu unrecht, geeignet oder weniger geeignet, die Versorgungs- und Kommandostellen einnehmen wollten. Aus der großen französischen Revolution wurde immerhin die Praxis des „*ôte-toi que je m'y mette!*“ übernommen: „Hebe dich hinweg, damit ich mich an deinen Platz setze!“ Das wurde nicht plakatiert, das war nicht Parole, aber es vollzog sich so. Die Nationalsozialisten hatten es seinerzeit schamlos offen betrieben, indem sie das sogenannte „Gesetz zur Reinigung des deutschen Berufsbeamtentums“ schufen, um die Masse ihrer Stellenanwärter unterzubringen. Das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ war keineswegs für einen derartigen Zweck ausgearbeitet worden, es sollte ganz im Gegenteil wirklich der Gerechtigkeit dienen, – gegen die Ungerechtigkeit des Formalismus und möglichst auch in der Sache selbst. Doch waren es Menschen aus Fleisch, Blut und Leidenschaft, nicht bloß Menschen aus Fleisch, Blut und Gerechtigkeitssinn, die es anzuwenden hatten. Folglich begann die Masse der Kämpfer um Stellungen – der Zahl nach mehr Kämpfer als Stel-

lungen – Konkurrenten „zur Strecke zu bringen“, sei es über alliierte Dienststellen, sei es über Spruchkammern und Ausschüsse. Die allgemeine Suche nach „lebens Punkten“ – beim andern! – begann. Die Interessenverflechtung des Lebens kam hinzu: Abhängigkeiten in Dorf und Kleinstadt, in den Betrieben, in der Gesellschaft, und fünf Pfund Fett wiegen in Notzeiten auch nicht leicht. Wie Rettungsbojen ragten schließlich aus dem rasenden See, der seine Opfer haben wollte, nur mehr verhältnismäßig wenige völlig unabhängige und unbeirrbar sachlich, gerecht und menschlich denkende Männer hervor. Sabotierten die Deutschen, wie viele Alliierten meinten, die Denazifizierung? Wer wollte den Vorgang Sabotage nennen! Gewiß war auch sie beteiligt, aber in der Hauptsache hatte das Ergebnis, das ihr so sehr glich, doch andere Ursachen.

Wenn es noch dabei geblieben wäre, das Durcheinander hätte sich vielleicht, mit Energie, Zähigkeit und Geduld, lösen lassen; denn so ist es ja nun einmal im Leben: hunderterlei Kräfte wirken ins Feld der Öffentlichkeit, das die regierenden Männer in Ordnung bringen (oder, in ruhigeren Zeiten, in Ordnung halten) sollen. Aber da waren überdies die Parteien! Auch sie nahmen sich zum Überfluß der „Gerechtigkeit“ an. Sie wollte gewiß keine Metze⁷ werden; man hat sie vergewaltigt. Spruchkammern in der amerikanischen Zone, Prüfungsausschüsse in der britischen wurden zu Lichtungen, auf denen aus [649] dem Hinterhalt parteipolitische Gegner „abgeschossen“ wurden. Wer hinzitiert wurde, bebte voll Angst oder Wut, der Rest verkroch sich: nur nichts damit zu tun haben!

Revolutionen können nur schwer gebändigt werden, sie folgen ihren eigenen Gesetzen. Und diesen Gesetzen folgen wieder Männer. So fanden sich auch in Deutschland die Kräfte, die weiter entfesselten statt einzudämmen. Selbstverständlich mit Argumenten der Vernunft, selbstverständlich mit Teilen von Recht. Warum den kleinen Mann vor die Kammern und Ausschüsse zerren, warum ihn dem Beschäftigungsverbot unterwerfen, sagten sie, wenn doch die Politiker schuld sind, die dem Nationalsozialismus nicht energisch genug Widerstand geleistet haben? War der Formalismus der Anklage durch die Alliierten breit angelegt, so machten diese Deutschen ihn jetzt noch viel breiter. Sie zogen eine logische und trotzdem falsche Schlußfolgerung: Der Mitläufer ist im Sinne einer höheren Gerechtigkeit nicht schuldig, denn er folgte nur dem, der für den politischen Irrtum verantwortlich ist; folglich gehört zuerst der Verantwortliche auf die Anklagebank! Mitnichten, antworten wir; keiner von beiden gehört dorthin, wenn es sich nicht um Verbrechen, sondern um politischen *Irrtum* gehandelt hat!

Das Absurde der Entwicklung, als sie einen verwirrenden Höhepunkt erreicht hatte, brachte die Geschichte beinahe anekdotisch zur Darstellung: In Stuttgart gerieten zwei Männer mit dem gleichen ur-deutschen Namen aneinander: Maier gegen Maier, Franz Karl gegen Reinhold. Der eine war öffentlicher Kläger, der andere demokratischer Ministerpräsident. Beide standen

für das deutsche Volk. Der eine Maier wollte gesühnt sehen, daß der andere Maier 1933 im eben noch bestehenden Reichstag für das Ermächtigungsgesetz gestimmt und dadurch Hitler die Diktatur ermöglicht habe; dieser Maier machte dagegen geltend, daß an ihm als einem alten Demokraten nichts zu denazifizieren sei, zudem man vor dem 30. Juni 1934 durchaus noch der Meinung habe sein können, die Nationalsozialisten würden sich in der praktischen innen- und Außenpolitik die Hörner abstoßen; jener Maier indes wollte aus der neuen Demokratie alles ferngehalten oder entfernt wissen, was durch Fehler, Schwächen, Irrtümer „Schuld“ auf sich geladen habe.

Der Knoten, den die Geschichte da so reizend-aufreizend geschürzt hatte, wurde leider weder gelöst noch durchhauen, – er wurde nach vielem und lautem Hin und Her ad acta gelegt. Ich finde, daß er da nicht liegenbleiben darf, denn ein Kopf steckt in ihm, ein Hals, der zu ersticken droht: Kopf und Hals des deutschen Volkes!

Wir wollen es ohne Umschweife aussprechen: *Es ist nicht Schuld, sich politisch geirrt zu haben.* Verbrechen zu verüben oder an ihnen teilzunehmen, wäre es auch nur durch Duldung, ist Schuld. Und Fahrlässigkeit ist ebenfalls Schuld, wenn auch eine von anderer und von [650] geringerer Art als Verbrechen und Verbrechensteilnahme. Aber politischer Irrtum – in allen Schattierungen – samt dem echten Fehlentschluß gehört weder vor Gerichte noch vor Spruchkammern. Irren ist menschlich. Es ist so sehr menschlich, daß es zu unserem Wesen gehört. So sehr gehört es zu unserem Wesen, daß wir den Fehler, indem wir ihn begehen, nicht einmal merken. Erst die Folgen machen es uns und der Umwelt, früher oder später, offenbar, daß wir die Mannigfaltigkeit der Zusammenhänge und die Qualität der Kräfte, die im Spiele waren, im Augenblick der Entscheidung nicht genügend berücksichtigt und nicht ausreichend eingeschätzt haben. Uns zu irren, darauf steht uns geradezu ein Recht zu, wenn wir nicht Sklaven, Marionetten oder Götter sein wollen. Verlangt man denn nicht von uns, daß wir begangene Fehler einsehen und es ein andermal besser machen? Daß wir aus Fehlern Lehren ziehen sollen? Wer garantiert uns aber denn, daß wir angesichts vorliegender Folgen von Irrtümern, vor neue Entscheidungen zum Richtigen und Besseren gestellt, nun fehler- und irrumsfrei geworden seien? Unser Weg zur Wahrheit – schon die Erwähnung des Wortes ist in der Politik irrealistisch und verdächtig, da sie ein Ergebnis notwendigerweise einander widerstrebender Gedanken und Kräfte ist! – führt in dieser Welt der Verworrenheiten, des Halbdunkels, der Leidenschaften und so vieler verschiedenartiger Beweggründe nur über *Erfahrungen*, und das will heißen: über die Erkenntnis von Folgen, die wir ganz und gar nicht mit mathematischer Sicherheit vorausberechnen können, die sonach aus bloß bruchstückhaften Einsichten und aus mangelhaften Willensakten entstehen, aus einem Gemisch von Wahrheit und Irrtum. Die *Voraussetzung echter Demokratie* ist das, denn in ihr glaubt man, daß niemals ein Einzelner oder eine Gruppe, Schicht oder Klasse die ganze Wahrheit gepachtet hat; nur in Teilen und Splintern ist sie vorhanden, sodaß sie durch Argumente und friedlichen

Wettbewerb allmählich zu einer verhältnismäßig vollkommenen Wirklichkeit gebracht werden muß. Behauptung wie Praxis, schuldig sei, wer geirrt hat, ist undemokratisch, totalitär und überdies pharisäisch; man erschüttert auf solche Weise von vornherein jede Politik der Umerziehung in den Grundlagen. Wir stimmen durchaus dem Präsidenten des kantonal-bernerischen Schriftstellerverbandes Dr. Hans Zbinden zu, wenn er in seinem Büchlein „Um Deutschlands Zukunft“ die These von der „Kollektivschuld eines ganzen Volkes“, die ja die Freiheit von Irrtum einschließt, „eine Greuellehre“ und „ein trojanisches Pferd totalitärer Denkweise“ nennt. Ist nicht der bisherige Versuch einer Denazifizierung Deutschlands, wie wir gesehen haben, selbst voll von Fehlern, die auf irrtümliche Einschätzung von Kräften, bei besten Beweggründen, zurückgehen? Kein Staatsmann, kein Wirtschaftler, [651] kein General, kein Pädagoge, kein Schriftsteller, niemand, kein Mensch mit Verstand und Wille auf Gottes weitem Erdboden wäre mehr in Freiheit, wenn Irrtum mit Internierung, am Leben, wenn er mit dem Tode bestraft würde. Wir müßten uns alle gegenseitig einsperren und umbringen. Aus wäre es in der neuen Demokratie Deutschlands mit sämtlichen Politikern aller vier Parteien! Die Kommunisten haben im Preußischen Landtag und im Deutschen Reichstag vor 1933 an die zweihundert Mal Oppositions- und Obstruktionsanträge der Nationalsozialisten gegen alle anderen Parteien unterstützt, sie allein. Weil sie Herrn Hitler den Weg bereiten wollten? Gewiß nicht, sondern weil sie gegen die damalige Regierung waren, – genauso wie die Nationalsozialisten, denen die Hilfe der äußersten Linken nur recht war. Gleiches gilt auf ähnlichen Gebieten von anderen. Das Ausland hat mit Hitler paktiert – und wie! –, noch lange nach dem 30. Juni 1934, als die Fratze des braunen Regimes schon jedermann, der Augen im Kopfe hatte und Grundsätze im Herzen, klar war. Schuld? Die Umstände waren sehr verwickelt: konnte nicht jeder Deutsche von Anfang an sehen, gar vor 1933, daß die Dämme, die einer Flut von Verbrechen entgegenstanden, niedergebrochen würden, so konnte nicht jede ausländische Regierung vor 1938 es aufsichnehmen, das Wagnis eines Weltkrieges einzugehen, ohne die friedlichen Möglichkeiten erschöpft zu haben (was gleichfalls nicht geschah). Wir sprechen von Schuld, nicht von Fehlern, Mängeln, Unterlassungen, Irrtümern.

Ja, nach der Ratssitzung, in der hinter Wandschirmen die Bravi⁸ hervorsprangen und zwei Dutzend Teilnehmer niederstachen, ist jedermann klüger. Man macht bekanntlich die Stalltüre zu, wenn die Kuh draußen ist und deckt den Brunnen ab, wenn das Kind drinnen liegt. Wer schuldhaft gehandelt hat, ist zu bestrafen; wer fahrlässig gehandelt hat, ist für den Schaden verantwortlich und muß unter Umständen bestraft werden; wer sich geirrt hat und die Konsequenzen daraus zieht, wird freiwillig tun, was in seiner Kraft liegt, um zur Wiedergutmachung beizutragen; er mag gerechterweise dazu auch veranlaßt werden, wenn er sich nicht selber getrieben fühlt; die Konjunkturisten⁹

⁸ Schriften zur Zeit, Artemis-Verlag, Zürich, Heft 14, 1947, 79 Seiten.

soll man empfindlich „entsühnen“, drastisch und spürbar. Der andere Weg, der damit begann, daß man alle über einen Kamm scheren wollte, hat selbst mit den Verbesserungen, die später eingebaut wurden, zu einer Kette von Unwirksamkeiten, Fehlentscheidungen, Ungerechtigkeiten und politischem Unsinn geführt. Es ist nicht viel Positives von ihm zu vermelden.

Die Forderung, damit Schluß zu machen, ist berechtigt. Allerdings hat nicht jeder das Recht dazu, sie zu erheben. Es fehlte uns gerade noch, daß die Herren unverbesserlichen Nationalsozialisten mit ihren Scholz-Klinckinnen¹⁰, die unter der Strähnenfrisur stechenden Auges und haßerfüllt-dünnmündig auf ihr „Nun erst recht!“ lauern, samt allem ihrem verbockten Anhang von Chauvinisten, Nationalisten und [652] Militaristen daraus den ersehnten Profit zögern Wir haben gesiegt, Heil Hitler! – Strafe muß sein, Sühne muß sein und politische Korrektur muß sein.

Ziehen wir die Schlußfolgerungen. Die Denazifizierung Deutschlands hat eine erste Etappe durchlaufen. Das Ergebnis ist in allen vier Zonen unbefriedigend. Die Methode war falsch. Wir sind mit dem Problem nicht fertig geworden und wir werden auf diese Weise mit ihm nicht fertig. Beispiel US-Zone: 3 303 557 Personen wurden betroffen. Sie verloren ihre Stellungen. In den ersten 13 Monaten seit dem Erlaß des Befreiungsgesetzes standen 251 845 von ihnen vor Spruchkammern. Wie viele erwiesen sich – dort – als Hauptschuldige? 501! Als Belastete 5552. Als Minderbelastete 22 194. Als Mitläufer 176 073. Entlastet wurden – weil sie in Opposition gegen das nationalsozialistische Regime gestanden und dadurch Nachteile erlitten hatten – 13 756. Gegen den Rest, 33 769, wurde das Verfahren auf Grund einer Jugend- und einer Weihnachtsamnestie eingestellt. Es hat sich (mangels zureichender Unterlagen der Befreiungsministerien erst nachträglich!) gezeigt, daß beinahe 1,5 Millionen Betroffene unter diese Amnestie fallen. Rund 1 Million Fälle wären also noch abzuwickeln. Mit dem gleichen Ergebnis: 0,2% Hauptschuldige, 2,2% Belastete? Der Rest von 97,6% könnte erst im Verlauf von fünf Jahren oder bis 1950, wenn wir in der Lage wären, die Zahl der Spruchkammern zu verdoppeln, den Bescheid erhalten, daß sie nicht zu den beiden Hauptgruppen der Schuldigen gehören, – über 5% Oppositionelle, rund 70% Mitläufer! Alle währenddessen von ihrer Berufsarbeit ausgeschlossen? In der britischen Zone wurden bisher etwa 1 160 000 Personen die „Beschäftigungswürdigkeit“ von den Prüfungsausschüssen erneut zugesprochen, für ein Jahr Bewährungsfrist vorerst. Diese bedingten Bescheide sind von der britischen Militärregierung anerkannt worden; sie entscheiden der Einreihung in die Gruppen IV und V (Mitläufer oder Entlastete) der amerikanischen Zone. Das Ergebnis ist dort teilweise... – siehe Klage der „Weltbühne“ über Hamburg! [sic]. In einem Landkreis der französischen Zone (Rheinland) mußte neulich ein zurückgekehrter hoher Nazifunktionär, gegen den nicht weniger als über ein Dutzend Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, Erpressung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Vergewaltigung und dergleichen häßlicher Dinge mehr vorlagen, verhaftet werden. Warum war er zurückgekehrt? Er hatte die wun-

derschönsten Denazifizierungspapiere aus der britischen Zone! (Nun heißt das natürlich wieder nicht, daß jeder, der mit einem solchen Papier kommt, oder die allermeisten von ihnen nationalsozialistische Verbrecher waren!) Im russischen und im französischen Bereich liegen die Dinge viceversa.

Es ist nicht erreichbar, daß die Methode der „Denazifizierung“ in ganz Deutschland vereinheitlicht wird. Es käme auch nur einiges [653] Bessere dabei heraus, der Rest wäre genau so übel; wie die Dinge liegen und die Geister in Deutschland heute geartet sind, würden wohl vor allem die verschiedenen Fehler „vergemeinschaftet“ werden. (Unsere gegenwärtige Form des politischen „Sozialismus“...) Wollte man den von den Amerikanern beschrittenen Weg der Amnestie erweitern und könnte man das Beispiel auf die übrigen Zonen ausdehnen, dann wäre nicht einzusehen, warum die Durchführung von Gesetzen und Anordnungen zur Denazifizierung nicht gleich ganz beendet würde; denn Amnestie ist nicht Denazifizierung.

Was kann noch erreicht werden – radikal und doch unter Berücksichtigung der gegebenen Machtverhältnisse, sowie des politischen Ansehens der regierenden Männer auf alliierter und auf deutscher Seite?

Erstens. Strikte Beschränkung der erlassenen Befreiungsgesetze und -befehle (die entsprechend abzuändern sind) auf alle jene Deutschen, die politischer Verbrechen oder im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Regime krimineller Handlungen irgendwelcher Art dringend verdächtig sind. Also *Beschränkung auf die Gruppen I und II*. Sie allein sollen vor Gerichte, Spruchkammern, Prüfungs- und Säuberungsausschüsse gestellt werden, wie lange immer das dauern mag (es würde nicht sehr lange dauern).

Zweitens. *Aufhebung des Beschäftigungsverbotes* für alle übrigen. Allerdings ohne Anspruch auf Wiedereinsetzung in „Rechte“, die nach dem 30. Januar 1933 entstanden sind. Formal belastet erscheinende Oppositionelle erhalten Anspruch auf Wiedergutmachung, doch müssen ihre Fälle, soweit dies noch nicht geschehen ist, geprüft werden; sie können entsprechenden Antrag stellen.

Drittens. Gegen Minderbelastete und Mitläufer ergeht *ohne besonderes Verfahren* ein genereller *Sühnebescheid*. Der Beitrag zur Wiedergutmachung der vom Nationalsozialismus heraufbeschworenen Folgen, an dem sie aus irgendwelchen nichtoppositionellen Gründen beteiligt waren, kann auch freiwillig geleistet werden. Die Sühne soll vorwiegend in Sachgüterabgaben für die hinterbliebenen Opfer des Nationalsozialismus, für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Ausgewiesenen oder in Gemeinschaftsleistungen bestehen, nur ausnahmsweise in Geld. Die günstigere oder die schlechtere wirtschaftliche Lage des Betroffenen ist mitzuberücksichtigen.

Viertens. Über die Art der *Wiederbeschäftigung von Nationalsozialisten*, wo immer es sei, entscheiden in den einzelnen Berufszweigen verantwortliche Männer und Frauen, die mit dieser Aufgabe betraut werden. Sie sollen

fachlich zuständig und politisch geschult sein. Das Verfahren der Amerikaner, in allen Zweigen der Publizistik sogenannte Lizenzträger mit der vollen Verantwortung für Neueinstellungen von Personal zu betrauen, kann entsprechend angewendet werden. Die Gremien der Berufsvertrauensleute sind innerhalb der Betriebe, der Ämter und sonstigen Einrichtungen zu wählen. Ihre Unabhängigkeit [1654] muß wirksam gesichert werden, besonders gegen parteipolitische Einflüsse, die es heute zum Beispiel schon, meist über Betriebsräte oder durch mancherlei höchst bedenklichen Druck gegen Betriebsführungen, verhindern, daß sogar Entlastete, geschweige denn Mitläufer, die ihre gültigen Spruchkammerbescheide erhalten haben, wieder Arbeit finden können. Berufungs- und Schlichtungsinstanzen sind unerlässlich. Als Grundsatz für die Entscheidungen der Berufsvertrauensleute gilt: Nicht allein die Vergangenheit eines Menschen ist ausschlaggebend, sondern mehr noch die Gesamtheit seiner Qualitäten und die Bedeutung der Person für die Zukunft. Führungsfunktionen im eigentlichen Sinne können von Nationalsozialisten erst nach gründlicher Bewährung, wenn durch bewiesene Leistung kein Zweifel mehr an ihrer demokratischen Untadeligkeit besteht, eingenommen werden. Die Möglichkeit, die jeder wieder erhält, ist „einmalig“. (Das Wort mag sie längere Zeit an ihren früheren Herrn und Meister erinnern, dem sie sich hingegeben haben oder nachgelaufen sind.) Wer diese Möglichkeit politisch mißbraucht, wird ohne jede weitere Rücksicht endgültig entfernt. jeder andere erarbeitet sich, nach dem Urteil der Berufsvertrauensleute, die volle Gleichberechtigung.

Diese *Bewährung* wird von manchen als Zweitrangigkeit empfunden werden. Wir meinen aber, daß jemand, der sich als fahrlässig, als bloß konjunkturrell gesinnt oder ganz einfach als dumm erwiesen hat – ob von idealistischen Beweggründen geleitet oder nicht –, daß ein solcher Mann oder eine solche Frau kaum erwarten sollte, alle Welt werde über die Folgen des früheren Verhaltens schlicht und gutmütig hinwegsehen. In der Geschichte pflegt das glücklicherweise nur selten der Fall zu sein, – ausgenommen bis gestern die Generäle, die jahrhundertlang Ruhm und Pensionen einstecken durften, wenn sie ihre Mitmenschen ins Elend gestürzt hatten; Politiker und Beamte jedenfalls müssen in Demokratien ihren Platz räumen, wenn sie garzuvielen Fehler gemacht haben, allzuvielen Irrtümern erlegen sind und ein unterdurchschnittliches Maß an Wissen, Können und Charakter an den Tag gelegt haben. Es ist Sache der Öffentlichkeit, nicht von Spruchkammern, diesen Vergangenheits- und Gegenwartsmaßstab auch auf die heutigen Politiker und Beamten anzuwenden.

Mit dem Vorschlag, das Beschäftigungsverbot für die „Mitläufer“ aufzuheben, haben wir die Grenze der ersten Etappe der Denazifizierung überschritten und uns in die zweite hineinbegeben. Sie hat nämlich eine zweite Etappe, und diese ist weitaus wichtiger als die erste, auf welche bei uns bisher von allen Seiten fast ausschließlich das Augenmerk gerichtet wurde. Wir meinen die positive Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus

und Militarismus! Wie stellt man sich eine „Lösung“ denn auf Dauer vor, die so aussieht: Millionen ausschalten und sie sich selber überlassen? Sind sie nicht mehr da, weil man sie ausgeschaltet hat, „ausgeklammert“, in die Konspirationswinkel gedrängt, – „nichtexistent im Eigen-Sinne“, um mit Christian Morgenstern zu sprechen?¹¹ Man kann sie nur *töten oder gewinnen*, anders sollen nach den Erfahrungen der Weltgeschichte Feinde nie behandelt werden. (Und wie viele echte Feinde befinden sich schon unter diesen Millionen!) Töten kommt hierzulande, auf den Breitengraden der Demokratie, der verkündeten Humanität und des da und dort immerhin noch nachwirkenden, noch wirkenden Christentums nicht in Frage. Also muß man sie gewinnen. Nicht, indem man sie umwirbt (wozu bei uns schon wieder manche Leute und manche Parteien ebenso heftig wie verdächtig neigen), sondern indem man sich ihrer sachlich annimmt. Man muß *beweisen*, daß Demokratie besser ist. Folglich wollen wir ihnen eine geregelte, geordnete und überwachte Möglichkeit geben, – konkret, nicht bloß in Phrasen. Ich würde sie mit aufklärenden, Leben und Gesinnung ändernden Tatsachen füttern, nicht bloß mit der einen: Weg mit euch! (Was dann gar nicht radikal geschieht und geschehen kann.) Wer zeigt, daß er gelernt hat – in selbstverständlicher, nüchterner, unpathetischer Bewährung –, der gehört zu uns: zur kämpfenden Gemeinschaft der weiter irrenden, aber um ein System bemühten Menschen, in dem das Recht auf politischen Irrtum nicht mit Schuld verknüpft zu sein braucht. Nur wirkliche *Demokratie* ist positive Befreiung.

*

Wir haben versucht, in der Frage der Denazifizierung zu den wahren Ursachen vorzudringen und einen anderen, möglichen, gangbaren Weg aufzuweisen, um Etappe Eins abzuschließen und Etappe Zwei einzuleiten. Wir werden von dieser im einzelnen sprechen, wenn sie nähergerückt sein wird. Es sind bei den Alliierten und bei uns manche einflußreichen Kräfte am Werk, um das Fahrzeug, das vorerst nur die Aufschrift trägt „Demokratie“, in Wirklichkeit aber noch nichts ist als ein Trümmerbeseitigungskarren, aus dem Gestrüpp von Hindernissen, in dem es zur Zeit steckt; herauszumanövrieren. Spreche niemand in Deutschland hämisch von Kurswechsel, Prestigeverlust, durch Not erzwungenes Eingeständnis begangener Fehler und dergleichen mehr, wenn uns demnächst – hoffentlich bald – Möglichkeiten zu neuer Initiative eröffnet werden sollten. Wir sind daran, das Recht auf den politischen Irrtum zurückzuerhalten. Wir, aus deren Reihen in der Vergangenheit viele nicht ohne schwerste Schuld oder Schuldteilhaberschaft davon Gebrauch gemacht haben, wollen es dann denen nicht aufrechnen, die ihm in diesem gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung ohne ein auch nur ähnliches Maß von Schuld gleichwohl Tribut gezahlt haben. Das *sachliche* Ziel der Befreiung von Faschismus und Militarismus verbindet uns alle, – die Gutwilligen diesseits wie jenseits der Grenzpfähle, der Stacheldrähte, der Mauern von Regierungs-, Verwaltungs- und Befehlsgebungsstellen.

Eugen Kogon: Das Recht auf den politischen Irrtum, in: Frankfurter Hefte, 2. Jg., Heft 7, Juli 1947, S. 641-655.

Anmerkungen und Erläuterungen

¹ Seit diesem Jahrgang der Zeitschrift gibt es eine durchgehende Seitenzählung.

² Anspielung auf das Problem, dass viele Displaced Persons – Juden oder Nichtjuden, Gefangene oder Zwangsarbeiter, aus der Sowjetunion oder den osteuropäischen Ländern aufgrund der dortigen politischen Lage (Kommunismus in der SU, Sowjetisierung Osteuropas) nicht mehr zurückwollten.

³ SD = Sicherheitsdienst, eine Unterabteilung der SS und gewissermaßen deren „Geheimdienst“.

⁴ Eugen Kogon: Über die Situation, in: Frankfurter Hefte, 2. Jg., Heft 1, S. 17-37.

⁵ Damit sind offenbar die in den ersten Monaten erlassenen Maßnahmen gemeint, die auf die Entlassung aller NSDAP-Mitglieder aus ihren beruflichen Stellungen abzielten, aber bei weitem nicht verwirklicht werden konnten. Die Zahl von 5 Millionen ist pauschal und bezog sich vermutlich auf die Zahl der potenziell betroffenen Parteimitglieder mit Stichtatum 1.7.1937.

⁶ Pg = Parteigenosse, NSDAP-Mitglied.

⁷ „Metze“: altes Wort für „Hure“, Prostituierte

⁸ „Bravi“ – italienisches Wort für „Schurken“; literarisch und historisch: angeheuerte Attentäter der (Klein-)Fürsten in Norditalien im 16. und 17. Jh.

⁹ „Konjunkturisten“: die ihre Meinung nach der Konjunktur ändern = ihr Fähnchen nach dem Wind hängen (= Opportunisten).

¹⁰ Anspielung auf Gertrud Scholtz-Klink, ab 1934 „Reichsführerin der NS-Frauenschafter“ und Leiterin des weiblichen Arbeitsdienstes und mit anderen Ämtern beauftragt. Tauchte nach Kriegsende unter falschem Namen unter, wurde enttarnt und zu zwei Jahren Internierung verurteilt, aber begnadigt. (Wikipedia)

¹¹ Zitat aus dem Gedicht „Die Behörde“ von Morgenstern: „...als nichtexistent im Eigen-Sinn bürgerlicher Konvention“. Christian Morgenstern: *Palmström*, Berlin 1910. Vgl. Galgenlieder/Palmström, <https://www.projekt-gutenberg.org/morgenst/galgenli/chap003.html>

Nachwort:

„Ein Abenteuer, wie alles, das heute neu beginnt.“ – Eugen Kogon, die Frankfurter Hefte und die geistige Neugründung der Demokratie.

Ein kontextueller Rückblick nach 80 Jahren

von

Wolfgang Geiger

	Inhalt	Seite*
1.	<i>Vorbemerkung: Warum diese Textsammlung?</i>	103
2.	Politische Rahmenbedingungen des Neuanfangs	106
	<i>Die ersten zwei Ds: Demilitarisierung und Denazifizierung</i>	106
	<i>Die letzten zwei Ds: Dekonzentration (Dezentralisierung) und Demokratisierung</i>	111
3.	Publizistischer Neuanfang	113
4.	Entnazifizierung und Schuldfrage	117
	<i>Die Schuldfrage</i>	118
	<i>Schuldabwehr</i>	122
	<i>Geschichte, Autorität, Selbstbestimmung</i>	123
	<i>Amnestie und Amnesie</i>	132
5.	Befreiung zur Erkenntnis	136
6.	<i>Schlussbemerkung: Abenteuer Demokratie – damals und heute</i>	141

* Seitenzählung nach der Seitenangabe. Die Zählung in der pdf entspricht +1.

1. Vorbemerkung: Warum diese Textsammlung?

„Demokratiebildung“, „Demokratieerziehung“, „Engagement für Demokratie“ etc. wird seit Jahren mit zunehmender Intensität in der Öffentlichkeit und explizit auch von den Kultusministerien in Schule und Gesellschaft gefordert. Zahlreiche Organisationen und Vereine haben sich nach und nach dafür gegründet, zum Teil schon seit längerem, und werden meist staatlich gefördert, seit 2017 gibt es die *AG Orte der Demokratiegeschichte*, in der sich über 100 Vereine zusammengeschlossen haben, und seit 2023 auch die *Bundesstiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte*¹ zur Förderung von Initiativen vor Ort. Eine Vielzahl von solchen haben sich zuvor schon zur Erforschung von Orten,

¹ <https://ag-demokratie-geschichte.de/> – <https://www.demokratie-geschichte.de/>

Personen und Ereignissen der Demokratiegeschichte gebildet, um sie zu erforschen und bekannt zu machen, damit man sie besser –oder in vielen Fällen überhaupt erst – kennenlernt.

Grundsätzlich werden die Schulen zur Demokratieverziehung, Extremismusprävention usw. auf die Heranziehung externer Angebote hingewiesen, wobei die *Demokratiegeschichte* dabei aber eine untergeordnete Rolle spielt. Auf solche „NGOs“ für die Demokratiebildung an der Schule zurückzugreifen, eignet sich für Konfliktfälle und zu deren Prävention sowie als Ergänzung zum bestehenden Unterricht. Mit dem Fokus auf diesen Input von außen wird aber auch der Eindruck erweckt, im „normalen“ Schulunterricht gäbe es keine ausreichende Demokratiebildung. Vor allem die Demokratiegeschichte mit ihren vielfältigen Facetten, wozu auch Zeiten der Anti-Demokratie gehören, wird in ihrer Verankerung im Geschichtsunterricht kaum in den Blick genommen, dafür aber umso mehr, wenn immer wieder in Umfragen festgestellte Defizite historischen Wissens (Holocaust, DDR...) und mangelndes Demokratiebewusstsein junger Menschen mit angeblichen Defiziten des Geschichtsunterrichts erklärt werden – direkt oder indirekt.²

Auch erinnerungskulturell spielt die Nachkriegszeit und die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik im öffentlichen Bewusstsein nicht die herausragende Rolle, die ihr zukommt. Die Entstehung der Bundesrepublik, für die das Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai das Stichdatum ist, feiert noch nicht einmal offiziell diesen Geburtstag, außer an Jubiläen. Die 175-Jahr-Feier der Revolution von 1848 und der Paulskirche wurde 2023 mit einem unvergleichlich größeren Veranstaltungsaufwand begangen, obwohl die Revolution gescheitert war, als die 75 Jahre Grundgesetz 2024, das eine damals gar nicht erwartete Erfolgsgeschichte zu verzeichnen hat. Bislang jedenfalls.

Der eigentliche Prozess, der zur Entstehung der bundesdeutschen Demokratie geführt hat, ist kaum im Bewusstsein. In der Öffentlichkeit, weil wohl außer Adenauer und dem Parlamentarischen Rat kaum ein Stichwort dazu breiter bekannt sein dürfte, und weil die weit verbreitete Ansicht existiert, die Alliierten hätten uns die Demokratie ohnehin aufgezwungen. Sie ist auch nicht ganz falsch, und doch: Gewiss waren Entnazifizierung und Demokratisierung das unverzichtbare Ziel der Siegermächte, aber abgesehen von den großen Prozessen wurde dies weit mehr in die Hände der Deutschen selbst gegeben (in den Westzonen), als man mit dieser rudimentären Kenntnis der Geschichte meint. Die ersten demokratischen Wahlen fanden auf der kommunalen Ebene im Frühjahr 1946 statt, als die Entnazifizierung in der Breite, die Fragebogenaktion, erst richtig anlief und dann das ganze Verfahren auch den deutschen „Spruchkammern“ übergeben wurde. Die Deutschen wurden für

² Die jüngste Umfrage dazu ist: *Gedenkanstoß, MEMO-Studie zum Status quo der Erinnerungskultur in Deutschland*, Stiftung *Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* [EVZ](#), 29.4.2025; Bezugspunkt der Forderung von Bundesbildungsministerin Karin Prien für verpflichtende Gedenkstättenbesuche in den Schulen, cf. [MDR](#), 22.5.2025.

demokratiefähig erklärt, bevor sie regelrecht entnazifiziert waren. Die Amerikaner gingen in ihrer Zone damit voran.

Wenig beachtet bleibt auch der deutsche Anteil am institutionellen Aufbau der Demokratie in den Ländern, was erst Voraussetzung für den späteren Auftrag an den Parlamentarischen Rat zur Ausarbeitung des Grundgesetzes war. Nach der Vorgabe durch die Alliierten an die Ministerpräsidenten der Länder in den „Frankfurter Dokumenten“ 1.7.1948 wurde die Bundesrepublik jedoch konkret „im Auftrag der Länder“ gegründet.³

Und vollkommen in Vergessenheit geraten ist, was man heute zivilgesellschaftliches Engagement für die Demokratie nennen würde. Was heute gefördert und gefördert wird, fand damals statt, allerdings ohne Förderung, im Gegenteil: Die Papierknappheit behinderte die *Frankfurter Hefte*, die, ohnehin schon die auflagenstärkste Zeitschrift, auch das Doppelte hätten verkaufen können, wie Eugen Kogon einmal feststellte. Nach der Freigabe deutscher Zeitungen und Zeitschriften per Lizenzierung durch die Besatzungsmächte entstand eine Vielzahl von Zeitschriften, die sich vor allem der geistigen Erneuerung Deutschlands widmeten, und dies ausgehend von der Schuldfrage. Dies wurde auch unter ihnen kontrovers diskutiert, aber sie wurde diskutiert, zumindest in den ersten ein bis zwei Jahren ihres Erscheinens, um dann Ende 1947, Anfang 1948 abzuflauen. Die sich aufbauende institutionelle Demokratie machte alle moralischen Fragen aus der Vergangenheit zunehmend überflüssig.

Über diese zeitlich beschränkte Hochkonjunktur der politisch-moralischen Selbstreflexion hinaus spielte Eugen Kogon als Autor des meistverkauften Buches in diesem Zusammenhang, *Der SS-Staat*, sowie als Gründer und Herausgeber, zusammen mit Walter Dirks, der *Frankfurter Hefte* als bedeutendster dieser Zeitschriften eine wichtige Rolle. Die Gedanken zur „moralischen Bewältigung“ der Vergangenheit und zum Wesen der Demokratie, die darin zum Ausdruck kamen, sind auch heute in Zeiten der Krise des demokratischen Selbstverständnisses von ungeahnt aktueller Bedeutung und empfehlen sich von daher für deren Wiederentdeckung.

Zum besseren Verständnis der ausgewählten Texte im historischen Kontext dieser uns fern gewordenen Zeit, obwohl sie Gründungszeit unserer heutigen Gesellschaft ist, gibt es nach der Textsammlung ein längeres Nachwort.

Die hier vorliegende Quellensammlung will daher eine Anregung und Hilfe sein, in die bis heute nachwirkenden politisch-historischen Debatten der ersten beiden Nachkriegsjahre einzutauchen, vor allem zu den Lehren aus

³ Dazu hat der [Neue Königsteiner Kreis](#) eine umfangreiche Ausstellung in verschiedenen Modulen erarbeitet, die 2024 an einigen Orten in unterschiedlichem Umfang gezeigt wurde, z.B. am 3.10.2024 auf dem Frankfurter Römerberg. Eine Didaktisierung der Ausstellung für eine sinnvolle digitale Nutzung in der Schule ist geplant.

dem Nationalsozialismus und seinen Ursachen, anhand von Artikeln aus einer bedeutenden Zeitschrift.

Für den Schulunterricht gibt es didaktisch ausgewählte Auszüge aus diesen Texten als Quellensammlung speziell für der Unterricht in Geschichte oder Politik ebenfalls auf dieser Seite der Eugen-Kogon-Gesellschaft.



2. Politische Rahmenbedingungen des Neuanfangs

In den berühmten „4 Ds“ des Potsdamer Abkommens im August 1945 formulierten die Besatzungsmächte die großen Richtlinien ihrer Politik in Bezug auf das besiegte Deutschland: *Demilitarisierung*, *Denazifizierung*, *Dekonzentration*, *Demokratisierung*. Über die ersten drei waren sich die Alliierten weitgehend einig, über das letzte D gingen die Sowjetunion und die Westalliierten auseinander. Das sprachlich im Deutschen ungewohnte, so analog aus dem Englischen *deconcentration* übersetzte und vielleicht besser mit „Dezentralisierung“ formulierte Ziel meinte den Abbau großer Machtstrukturen in Staat und Wirtschaft, die für die „Machtergreifung“ Hitlers mitverantwortlich gemacht wurden.

Die ersten zwei Ds: Demilitarisierung und Denazifizierung

Die hinter diesem Programm stehenden Vorstellungen sahen Deutschland als Ganzes als besiegten Kriegsgegner, nicht nur dessen militärische Macht und politische Führung, wie es die ersten beiden Ds logischerweise zuoberst benennen. Die Direktive des US-Generalstabs J.C.S. (=Joint Chiefs of Staff) 1067 präzisierte im April 1945 dem Kommandierenden General der Besatzungstruppen (Eisenhower):

„4.b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands.“

Der zweite Satz ergänzte vorsichtshalber, wie der erste nicht missverstanden werde sollte, nichtsdestotrotz lag dem aber eine kollektive Adressierung des deutschen Volkes als Kriegsgegner zugrunde:

„4.a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.“⁴

Die Kollektivschuldanklage, die hier im letzten Halbsatz zum Ausdruck kommt und sich zunächst nur auf den Krieg bezieht, war von enormer Bedeu-

⁴ Direktive an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland (JCS 1067) (April 1945), [German History in Documents and Images](#)

tung, worauf nachfolgend noch einzugehen ist, auch wenn sie nie juristische Relevanz bekam (Prozesse). Sie hatte aber eine politische Bedeutung. In Verbindung mit den frühen Aktionen zur Konfrontation der Bevölkerung mit den Nazi-Gräueln („Diese Schandtaten: Eure Schuld!“)⁵ weitete sich das zur generellen politisch-moralischen Kollektivschuldthese aus. Offiziell zog sich diese Haltung noch weit bis in die zweite Jahreshälfte 1945 hinein, mit ihrem Höhe- und Bezugspunkt im Potsdamer Abkommen vom 2.8.1945 (Art. III):

„[...] Das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.“⁶

Im selben Abschnitt wurde aber auch betont:

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen.“ (Hervorheb. im Orig.)

Dies beinhaltete die vorgesehenen Maßnahmen zur Entnazifizierung und Demokratisierung durch Umerziehung.

Auf den ersten Blick verwundert es, dass der 1. *Weltkrieg* von alliierter Seite aus viel stärker mit Blick auf die Beseitigung der Monarchie geführt und insofern als eine Befreiung des deutschen Volkes für die notwendige Demokratisierung verstanden wurde, obwohl eine massive Kriegspropaganda die Deutschen als Bestien darstellte, die Soldaten vor allem, aber vor dem Hintergrund einer entsprechenden völkerpsychologischen Charakterisierung des deutschen Volkes. Das ideologische Feindbild „die Deutschen“ mit dem Hunnen-Vergleich *the Huns*⁷ im 1. Weltkrieg war jedoch wesentlich stärker ausgeprägt als danach die „Bestrafung“ der Besiegten: Es gab keine vollständige Besetzung, die Deutschen blieben frei zur politischen Selbstbestimmung (nach dem Sturz der Monarchie), auch wenn der Weimarer Republik die Erb- last des Kaiserreichs in Haftung für dessen Krieg erdrückende Reparations- forderungen und Sicherheitsgarantien mit wesentlichen Einschränkungen auferlegt wurden.

Im 2. *Weltkrieg* fokussierte man die Feindpropaganda wesentlich auf die Nazis, worunter man den Kriegsgegner schlechthin verstand, natürlich auch die Wehrmacht. Eine Dämonisierung „des Deutschen“ wie im 1. Weltkrieg fand aber nicht statt⁸ – gemeint ist: auf einer offiziellen propagandistischen

⁵ Cf. Lebendiges Museum Online [LeMO](#): Schuldfrage

⁶ <https://potsdamer-konferenz.de/dokumente/potsdamer-protokoll>

⁷ Dies bezog sich auf die „Hunnenrede“ von Wilhelm II. (vgl. Wikipedia) an die Soldaten für den Einsatz im „Boxerkrieg“ in China auf und nahm den darin von ihm selbst gezogenen Vergleich der Deutschen mit den Hunnen als erbarmungsloser Feind gegenüber China auf.

⁸ Nota bene: gegenüber Deutschland; gegenüber Japan sah dies deutlich anders aus. Nicht vergessen werden darf, dass der 2. Weltkrieg in amerikanischer Perspektive vorwiegend der pazifische Schau- platz war.

Ebene, Publikationen dazu gab es dagegen weiterhin eine Menge. Die Alliierten wollten die Gräueltaten, die sie von den zu ihnen durchstoßenden Informanten, kaum glauben, während sie diesmal doch tatsächlich so verübt wurden wie seinerzeit in der WK-I-Propaganda maßlos übertrieben, und sogar noch weit darüber hinaus. Mehr noch: Dies wurde einige Zeit sogar bewusst verschwiegen.⁹ Umso mehr waren die Soldaten dann schockiert, was sie bei Kriegsende vorfanden.

Unabhängig davon hatte man zuvor aber schon in der militärischen und politischen Zielsetzung das ganze deutsche Volk im Blick. Bereits 1943 in der Konferenz von Casablanca (14.-24.1.1943) verständigten sich die Alliierten auf die bedingungslose Kapitulation, am Tag vor deren Beginn forderten die Exilregierungen der von Deutschland besetzten Länder in der wenig bekannten „Erklärung von St. James“ von den Alliierten die juristische Ahndung der Kriegsverbrechen.¹⁰ Im Oktober 1943 entstand die *International War Crimes Commission* und im Februar 1945 wurden in Jalta (Krimkonferenz) schließlich die Grundsätze für das Militärgericht und die Entnazifizierung festgelegt. Im Protokoll von Jalta vom 11.2.1945 hieß es:

„Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder inmunde ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen [...].“¹¹

Der letzte Satz verband beide Weltkriege und – wenn man es genau liest: Was bedeutet „wiederholt“? –, vielleicht sogar den Wiederaufstieg Preußens nach der Niederlage gegen Napoleon 1806 und die Kriege Preußens, die zur Errichtung des Kaiserreichs geführt hatten. Jedenfalls wurde der preußisch-deutsche Militarismus als Urgrund für die beiden Katastrophen des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht. Es ging also um mehr, als nur die Schuldigen für die zweite Katastrophe zu bestrafen, die erste wurde noch einmal mitgedacht und die Fehler von 1918/19 korrigiert (auf mehreren Ebenen). Deswegen zielte die Kollektivschuldthese nicht nur auf das damals gegenwärtige Deutschland durch die faktische Übernahme der NS-Propaganda von der Einheit von Führer und Volk (vgl. Kogon oben S. 88), sondern ging auch historisch weiter zurück mit der These von einer lang anhaltenden und tief gehenden Prägung der Deutschen durch den preußischen Militarismus.

⁹ Cf. u.a. Robert M.W. Kempner (in Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich): *Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen*. Berlin/Wien (Ullstein) 1983, S. 202.

¹⁰ Cf. [Wikipedia](#) und den Wortlaut auf [Jewish Virtual Library](#)

¹¹ Amtliche Verlautbarung über die Konferenz von Jalta, in: Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, Bd. 8, [German History Documents](#); umfassende Dokumentation in Siegfried Kappe-Hardenberg (Hrsg.): *Die Jalta-Dokumente. Roosevelt, Churchill und Stalin auf der Krimkonferenz im Februar 1945*. Deutsche Ausgabe nach der Anfang 1956 in Buchform erschienenen Originalausgabe des amerikanischen Außenministeriums. Leonie am Starnberger See: Druffel-Verlag, 1987, Art. II, S. 560.

Die bedingungslose Kapitulation war in erster Linie militärisch gemeint und vollzog sich durch die Unterschriften der Generäle am 8. und 9. Mai 1945. Sie war aber auch politisch gemeint mit dem Ziel der vollständigen Besetzung Deutschlands, der Auflösung des deutschen Staates und dessen Dezentralisierung auf verschiedenen Ebenen, schon durch die Aufteilung in Besatzungszonen. Die Niederlage sollte so total sein, wie der Krieg propagiert und geführt wurde, und gleichzeitig zog man dabei auch die Lehren aus 1918/19. Eine Selbstbestimmung der Deutschen ohne „Umerziehung“ für die Demokratie war nicht denkbar. Insofern war das Kriegsende zwar eine Befreiung, nämlich von der NS-Herrschaft, aber nicht als Befreiung der Deutschen als *Opfer* dieser Herrschaft gedacht, sondern als Befreiung eines Tätervolkes von seiner eigenen Verirrung. Insofern konnte diese Befreiung, die sie war, auch nicht proklamiert, die Deutschen zumindest anfangs nicht anders denn als Kollektiv betrachtet und behandelt werden. Doch noch während die Schuldfrage untersucht wurde, musste auch schon der staatliche Aufbau beginnen und die Demokratisierung setzte ein, als die Entnazifizierung mit dem benötigten Fragebogen ihren ersten Höhepunkt erreicht, aber noch lange nicht beendet war.

In der Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12.1.1946 wurde die Entnazifizierung, die bislang in jeder Zone durch Ad-hoc-Maßnahmen angelaufen war, durch einheitliche Kriterien präzisiert mit dem Ziel der

„Entfernung aller Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die ihr aktiv und nicht nur nominell angehört haben, und aller derjenigen Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in bedeutenden privaten Unternehmen.“¹²

Damit wurde nicht mehr die Parteimitgliedschaft als solche zur Anklage erhoben, Art. 10.2b präzisierte dies dann auf den Eintritt in die Partei vor dem 1.7.1937 – das Stichdatum, als die Parteizugehörigkeit für viele Stellungen obligatorisch wurde – oder den nachweisbar freiwilligen Beitritt danach.

Das *Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus* vom 5.3.1946 der US-Militärregierung für ihre Zone, dann auch von den anderen Westzonen übernommen, wandte sich sogar explizit von jeglicher Kollektivanschuldigung ab:

„Nationalsozialismus und Militarismus haben in Deutschland zwölf Jahre die Galtherrschaft ausgeübt, schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk und die Welt begangen, Deutschland in Not und Elend gestürzt und das Deutsche Reich zerstört. Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerlässliche

¹² Kontrollratsdirektive Nr. 24: Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen vom 12. Januar 1946, 1. Zweck und Ziel, <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm>

Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau.“¹³

Mit der Einbeziehung des deutschen Volks auch als Opfer des Nationalsozialismus und Militarismus kam man hiermit der damaligen Haltung der Deutschen (jedenfalls mehrheitlich) sogar weit entgegen. Allerdings wurde das nicht so wahrgenommen, da dieses Gesetz das Entnazifizierungsverfahren in der Breite nicht einschränkte, sondern nur die Kriterien für die Urteile präziserte (mehr zu diesem Problem weiter unten).

Die ersten beiden Ds verstehen sich im Grundsatz scheinbar von selbst, doch dabei ging es nicht nur um das *Materielle*, sondern auch um das *Geistige*, nicht nur um die Auflösung der militärischen Macht und den Abbau der Rüstungskapazitäten, nicht nur um die Zerschlagung der NS-Organisationen und -strukturen in Staat und Gesellschaft und die Verurteilung der Verantwortlichen für die im Krieg begangenen Verbrechen (pauschal unter „Kriegsverbrechen“ subsummiert). Vielmehr ging es auch um eine Entmilitarisierung und Entnazifizierung in den Köpfen der Deutschen, eine geistige Reinigung von dem, was nicht nur *Ergebnis* der vorherigen Militarisierung und Nazifizierung war, sondern was es auch schon als eine *Voraussetzung* dafür gegeben hatte: Wie schon gesagt, wurden Preußischer Militarismus und Deutscher Nationalismus von den Alliierten als Gründe für beide Weltkriege betrachtet und von nicht wenigen Akademikern und Publizisten, auch Politikern, als Teil des deutschen Nationalcharakters erklärt. Auch in der Sowjetischen Besatzungszone gab es am Anfang eine Herleitung der Schuld vom Militarismus, dann aber wurden der Untergang der Weimarer Republik und der Krieg mit allen Konsequenzen dem „Großkapital“ und den „Monopolherren“ zugeschrieben.¹⁴

Sowohl in den USA als auch in Großbritannien gab es Vorstellungen von radikalen Maßnahmen gegen Deutschland bis hin zur Deindustrialisierung als vermeintlich einziger Garantie gegen einen erneuten Revanchismus. In Amerika war das der Morgenthau-Plan (nach Henry Morgenthau, Finanzminister 1934-1945), in Großbritannien der „Vansittartismus“ (nach Robert Vansittart, Staatssekretär im Außenministerium 1930-37, danach weiterhin öffentlich aktiv und einflussreich). Doch weder in den Vereinigten Staaten noch im Vereinigten Königreich setzte sich dies als offizielle Richtung durch. In der oben genannten Direktive JCS 1067 des amerikanischen Generalstabs sah

¹³ Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946, [Verfassungen.de](http://www.verfassungen.de) – Zusätzliche Dokumente finden sich in: *Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946, mit den Ausführungsvoorschriften* [... etc.]. In amtlichem Auftrag herausgegeben und mit Anmerkungen und Sachverzeichnis versehen von Erich Schullze, Präsident der Berufungskammer für München. 3., durchgesehene und ergänzte Auflage mit Nachtrag [... etc.]. München (Biederstein) 1948. Online: [University of Wisconsin-Madison](http://www.universityofwisconsin-madison.edu)

¹⁴ Cf. Wolfgang Geiger: *Weimar / Bonn / Berlin. Lehren aus der Geschichte*. Frankfurt/M. (Humanities Online) 2019, Kap. 3. „Vergangenheitsbewältigung“ und Gründungsmythen in Ost und West nach 1945, dort v.a. S. 117-126.

Eugen Kogon immerhin noch ein „Restergebnis des sogenannten Morgenthau-Planes“¹⁵, vor allem im Fraternalisierungsverbot, das sogar der US-Botschafter in Paris, mit dem Kogon zusammenkam, für absurd hielt.

Die Westalliierten waren sich dann relativ schnell einig, dass sich Deutschland unter der Besatzung so schnell wie möglich selbst versorgen können musste, um die Wiederholung der Situation nach 1918 zu vermeiden und Deutschland nicht erneut von amerikanischen Krediten abhängig zu machen, die damals später zusammen mit den Reparationen zu einem Problemfaktor in der Weltwirtschaftskrise wurden. Auch dies also eine Lehre aus 1918/19. Trotzdem kam es dann doch zum Marshallplan, letztlich aus politischen Gründen im entstehenden Ost-West-Konflikt. Man entschied aber schon in Potsdam, dass die Reparationsleistungen nicht der „laufenden Produktion“ entnommen werden und folglich die Demontagen keine lebenswichtigen Bereiche treffen sollten, so konzentrierte man sich vor allem auf Demontagen im rüstungsindustriellen Bereich. Lediglich die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges getragen hatte, demontierte auch in der Substanz.

Die letzten zwei Ds: Dekonzentration (Dezentralisierung) und Demokratisierung

In der Wirtschaft zeigte sich das dritte der vier Ds, die „Dekonzentration“, zuoberst in der Zersplitterung des IG Farben-Konzerns wieder in seine Einzelteile, aus denen er zuvor zum Quasi-Monopol seiner Branche fusioniert hatte. Im Staatlichen war es die Auflösung gesamtstaatlicher politischer Institutionen und die Souveränität jeder Besatzungsmacht in ihrer Zone, auch wenn das Potsdamer Abkommen formal und widersprüchlich an Deutschland als Ganzem und an der Aufrechterhaltung zentraler Verwaltungen festhielt.¹⁶ Dies geschah faktisch nur auf dem Papier, mit Ausnahme der rein technischen Ebene (z.B. Eisenbahn), und die oberste Souveränität lag formal beim Alliierten Kontrollrat. Doch das Vetorecht jeder einzelnen Besatzungsmacht, die schnell entstehenden Interessensgegensätze zwischen Ost und West, aber auch Frankreichs Widerstand gegen zentrale Institutionen und überhaupt gegen einen späteren deutschen Gesamtstaat, lähmten den Kontrollrat.¹⁷ Er fasste anfangs praktische Beschlüsse und die relative Einigkeit der vier Alliierten hielt so lange, wie der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess dauerte. Grundlegende Beschlüsse hat der Kontrollrat kaum gefasst, am ehesten noch zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung (siehe oben), doch auch letztere war nicht einheitlich.

¹⁵ Eugen Kogon: Hessen nach dem Zusammenbruch – Marginalien zum Neubeginn, in: Erwin Stein (Hrsg.): *30 Jahre Hessische Verfassung 1946-1976*. Wiesbaden (F. Steiner) 1976, S. 32. Online [Hessischer Landtag](#)

¹⁶ Cf. Potsdamer Abkommen III.A.1. und A.9 sowie III.B.14.

¹⁷ Vgl. Gunther Mai: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948. Von der geteilten Kontrolle zur kontrollierten Teilung, in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23/1988, [APuZ](#)

Die staatliche Reorganisation, der politische Neuaufbau innerhalb der Besatzungszonen und der Prozess der Demokratisierung erfolgten streng föderal, somit auch alter deutscher Tradition entsprechend, die in der Weimarer Republik zu klein geschrieben worden war gegenüber der zentralstaatlichen Machtfülle des Reichspräsidenten. Der Demokratisierungsprozess von unten nach oben, mit dem die Amerikaner in ihrer Zone vorangingen, schuf Länder, die sich anfangs wie selbstständige Staaten konzipierten, am ausgeprägtesten in der Hessischen Verfassung.¹⁸ Noch bis in den Gründungsprozess der Bundesrepublik hinein gab es Kontroversen mit den Besatzungsmächten, aber auch zwischen den Ministerpräsidenten der Länder und im Parlamentarischen Rat über die föderale Gestaltung des neuen westdeutschen Staates. Mit dem Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Zone zur Bi-Zone am 1.1.1947 entstanden jedoch schon zwangsläufig Institutionen wie der Wirtschaftsrat für den bereits territorial größten Teil der späteren Bundesrepublik.

Die notwendige Selbstversorgung der Deutschen erforderte auch die dafür notwendige Selbstverwaltung und so fing die Demokratisierung, das vierte D von Potsdam, schon mit der Zulassung von Parteien im August 1945 an und mündete bereits am 4.2.1946 in „einen detaillierten Fahrplan zur Ausarbeitung der Verfassung“¹⁹ im vereinten Groß-Hessen, wie es ursprünglich hieß; am 12.3.1946 begann der Vorbereitende Verfassungsausschuss mit seiner Arbeit für die Wahl einer Verfassungsberatenden Landesversammlung am 30.6.1946. Am 9. Juli erklärte der US-Militärgouverneur McNarney für nun anlaufenden Verfassungsberatungen in seiner Zone, „dass den Ländern zwar völlige Gewalt gegeben werde“ – was hieß: Vollmacht –, aber nur im Rahmen der Vorgaben der Alliierten seit dem Potsdamer Ankommen.²⁰ Zuvor hatten als erstes die Kommunalwahlen in Hessen stattgefunden, verteilt vom Januar bis Mai 1946. Die Entnazifizierung lief zu diesem Zeitpunkt in der Breite jedoch erst an. Zugespitzt formuliert: Die Deutschen durften wählen, bevor sie entnazifiziert waren. Die Amerikaner gingen in ihrer Zone mit der Demokratisierung voran und die Landesverfassungen wurden vom 28.11. (Württemberg-Baden), 1.12. (Hessen) und 8.12. (Bayern) als erste verabschiedet.

Mit der Bildung eines Länderrats in der Amerikanischen Zone am 17.10.1945, noch mit den von der Militärregierung ernannten Ministerpräsidenten, wurde schon früh eine deutsche Institution für die gesamte Zone geschaffen. Doch ging dies nicht alles nur auf amerikanische Initiative zurück,

¹⁸ Cf. Christoph Schlott (Hrsg.): *Verfassung des Landes Hessen*. Begleitband zu den Faksimiles 2022. Limburg (Chronicon) 2022, darin: Wolfgang Geiger: Hessen vorn! Zum Stellenwert der Hessischen Verfassung in der demokratischen Erneuerung nach 1945 und in unserem Geschichtsbewusstsein heute, S. 104-118. Auch online auf <https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/1946-verfassung-des-landes-hessen/>

¹⁹ Walter Mühlhauen: *Die Entstehung der Hessischen Verfassung 1946*. Blickpunkt Hessen Nr. 20/2022, Hessische Landeszentrale für politische Bildung, S. 6. – Ausführlich: Martin Will: *Die Entstehung der Verfassung des Landes Hessen von 1946*. Tübingen (Mohr Siebeck) 2009.

²⁰ Will, op. cit., S. 267.

im Gegenteil: Die noch von der Besatzungsmacht eingesetzten Ministerpräsidenten der US-Zone preschten voran, forderten über ihren Sprecher, den hessischen Ministerpräsidenten Karl Geiler, am 6.2.1946 bereits eine Zusammenfassung der amerikanischen und britischen Zone zur Vorbereitung der „deutschen Reichseinheit“, wie man damals noch sagte, und im Zuge der Länderwahlen erhoben die Ministerpräsidenten den Anspruch, als Repräsentanten Deutschlands anerkannt zu werden, was den Alliierten aber zu schnell ging.²¹

Für die Demokratisierung war eine neue und freie Presse die erste Voraussetzung. Die Besatzungsmächte gaben zunächst selbst neue Zeitungen mit deutscher Redaktion heraus, die dann im Winter 1945 selbstständig wurden. Jede deutsche Publikation bedurfte der Lizenz der jeweiligen Besatzungsbehörde und da die Papierzuteilung ohnehin eingeschränkt war, gab es anfangs nur wenige Bücher, gefördert wurden dafür die Presse und darunter neue und einige alte, neu erscheinende Zeitschriften, die meistens monatlich herauskamen. „Die Zeitschrift muß heute der Buchhandlung das fehlende Buch ersetzen“, kommentierte dies ein Journalist im Juli 1947.²²



3. Publizistischer Neuanfang

„Wird der Lehrer, der eine veränderte Jugend vor sich hat, unsere Hefte zur Hand nehmen, um den Strom der Gedanken zu spüren, der Deutschland erneuern soll?“ ist die erste Frage, die Eugen Kogon und Walter Dirks sich selbst und an ihre Leser stellten, als sie im April 1946 die erste Nummer der *Frankfurter Hefte* herausgaben (siehe oben, Text 1). Und nach weiteren Fragen, die relevante Gruppen der Menschen adressierten – den heimgekehrten Soldaten, den Studenten, den Geistlichen, die Frauen, die Politiker, den Wirtschaftler (wie man damals sagte), den Intellektuellen (also ihresgleichen) – fragten sie abschließend: „Oder werden die Nur-Lese-Hungrigen, weil Bücher heute Mangelware sind, nach unseren Heften greifen [...]“?

Neben der Tagespresse, die sich vor allem den drängenden praktischen Fragen widmete, wurden die Zeitschriften aus dem eminenten Bedürfnis nach Besinnung, Nachdenken und Gespräch über die Lage gegründet, in der sich Deutschland befand, in Europa und mit Europa. Sie wurden ein Forum

²¹ Zit. in: John Gimbel: Die Konferenzen der deutschen Ministerpräsidenten 1945-1949, in: *Aus Politik und Geschichte*, 31.7.1971, S. 4. Vgl. die detaillierte Darstellung dieses heute vollkommen unterbelichteten Aspekts der deutschen Initiative zur Demokratisierung mit Blick auf die US-Zone von John Gimbel: *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949*. Frankfurt/M. (S. Fischer) 1971.

²² Joachim Besser: Täuschende Fülle: Ein Blick auf das deutsche Zeitschriftenwesen 1947“, in: *Die Sammlung* N°7/1947, S. 405.

für die Demokratie, in dem eine lebendige Auseinandersetzung stattfinden konnte – in den Zeitschriften und zwischen ihnen.

Es war eine Hochphase des Zeitschriftenwesens, wie sie vielleicht nur mit dem Aufblühen und der Bedeutung des Pressewesens in der Epoche der Französischen Revolution vergleichbar ist, in beiden Fällen ein Aufatmen des Geistes durch die Befreiung von der Zensur des „alten Regimes“. Ihre Blütezeit währte jedoch nicht lange, die meisten der ab Ende 1945 neu und besonders zu diesem Zweck gegründeten Periodika überlebten die Rückkehr zur „Normalität“ in Westdeutschland durch die Gründung der Bundesrepublik nicht lange. Die *Frankfurter Hefte* waren da die große Ausnahme.

Man kann 69 Zeitschriften politisch-kulturellen Charakters zählen²³, die sich neben Alltagsproblemen, Fragen der Zukunft und der kulturellen Erneuerung zuvorderst der Besinnung über die Schuldfrage und der daraus zu ziehenden Konsequenzen widmeten. Neben der Zeitschrift *Die Wandlung*, die unter der Ägide des Heidelberger Philosophen Karl Jaspers erschien, zählten die *Frankfurter Hefte* zu den wichtigsten politisch-kulturellen Zeitschriften dieses Genres, wurden zur auflagestärksten unter ihnen und durch ihre Beständigkeit über die Nachkriegszeit hinaus zur bedeutendsten.

Ein Phänomen dabei war die Konzentration dieser Zeitschriften im Süden Deutschlands, in der US-Zone 40 mit einer Auflage von 887 000 und in der Französischen Zone 16 mit 801 000 gegenüber der bevölkerungsreichsten britischen Zone nur mit 13 und 595 000. Unter diesen Zeitschriften waren auch viele christlich inspirierten, zum Teil in kirchlicher Hand oder kirchennah, und darunter wieder überproportional viele mit katholischem Hintergrund. Dazu gehörten auch als christlich-sozialistisch inspirierte, aber nicht-kirchliche Zeitschrift die *Frankfurter Hefte* durch ihre beiden katholischen Herausgeber²⁴, zu denen dann noch ein dritter gehörte, Clemens Münster, der später im Bayrischen Rundfunk und in der ARD führende Positionen einnahm.

Der katholische Faktor spielte dabei auch eine so große Rolle, weil in den drei westlichen Besatzungszonen durch die südlichen und rheinländischen Regionen der Katholizismus anteilmäßig in der Bevölkerung, aber auch als geistig-kultureller Faktor eine viel größere Bedeutung gewann, als im ganzen Deutschland mit seiner protestantischen Dominanz seit 1871 hatte.

Eugen Kogon (1903-1987) war Sohn einer jüdischen Mutter, das sollte im KZ Buchenwald noch eine große Rolle spielen, lernte sie aber nie kennen, da

²³ Ausgehend von der Übersicht in Iris Vielberg / Ingrid Laurien (éd.): *Politisch-kulturelle Zeitschriften in den deutschen Besatzungszonen 1945-1949. Eine Sammlung bibliographischer Daten*, Göttingen (Univ.) 1986.

²⁴ Vgl. dazu im Rückblick auf die Hundertjahrfeier der Nationalversammlung am 18. Mai 1948 in der wiederaufgebauten Paulskirche Wolfgang Geiger: „Wie schlecht wir es machten, als wir noch handeln konnten...“ – Fritz von Unruh, Eugen Kogon und die Lehren aus der Geschichte. Historischer Kontext und politische Aktualität, 2025, <https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/1948-paulskirche/>

er als uneheliches Kind einer Pflegefamilie in München anvertraut wurde. Er wuchs dort in einer streng katholischen Familie auf, war dann bis zum Abitur in katholischen Internaten in Bayern und zuletzt bei den Dominikanern im oldenburgischen Vechta, wollte zunächst Missionar werden, hatte dafür aber einen zu kritischen Geist. Nach einem sozialwissenschaftlichen Studium in München promovierte er dann in Wien über konservative Vorstellungen eines modernen „Ständestaates“ und wurde Redakteur einer rechtskatholischen Zeitschrift. Seine demokratiekritische Einstellung änderte er jedoch 1933/34 und unterstützte mit Mitteln aus einem katholischen Fonds Exilierte und Oppositionelle in Deutschland, weswegen er nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 verhaftet wurde und 1939 ins Konzentrationslager Buchenwald kam. Dort gelang es ihm zweimal, 1943 und wenige Tage vor der Befreiung im April 1945, der Deportation nach Auschwitz bzw. der Exekution vor Ort zu entgehen dank der Protektion eines SS-Arztes, für den Kogon im Büro 1943-45 arbeitete. In Buchenwald gehörte er zu einem Kreis linker und christlich inspirierter Häftlinge, die nach der Befreiung das „Buchenwalder Manifest“ herausgaben, sich von der kommunistischen Untergrundgruppe des „Schwurs von Buchenwald“ absetzten, sich ihr aber nicht entgegensetzten.²⁵

Walter Dirks (1901-1991) wuchs in einem katholischen Arbeitermilieu bei und in Dortmund auf, studierte in Paderborn Theologie, lernte den Theologen Romano Guardini kennen, wurde dessen Sekretär und Redakteur der von Friedrich Dessauer herausgegeben linkskatholischen *Rhein-Mainischen Volkszeitung* 1924-1934 und trat in der Weimarer Republik für ein breites republikanisches Bündnis der Zentrumsparterie mit der SPD gegen die NSDAP ein. Nach dem Verbot der Zeitung arbeitete er zu unpolitischen Themen weiter für die *Frankfurter Zeitung* und danach im Herder-Verlag.

Kogon und Dirks kannten sich schon aus der Weimarer Zeit und trafen sich im Spätsommer 1945 in Frankfurt zur Gründung der CDU mit ihren „Frankfurter Leitsätzen“, in denen sie einen christlich-sozialistischen Weg entwarfen.²⁶ Im Laufe des Winters entschlossen sie sich aber, nicht „in die Politik zu gehen“, sondern publizistisch in die Öffentlichkeit zu wirken und gründeten

²⁵ Detailliertere biographische Informationen zu Buchenwald in Eugen Kogon: *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*. Frankfurt/M. (Verlag der Frankfurter Hefte) 1946, S. XIV. (Auflage für Groß-Hessen), „Geschichte des Endes KL Buchenwald“; S. 277-286. Zusammengeordnete Informationen in Eugen Kogon: *„Dieses merkwürdige, wichtige Leben“*. *Begegnungen*. Gesammelte Schriften, Band 6, herausgegeben von Michael Kogon und Gottfried Erb. Berlin (Quadrige) 1997, S. 29-96; vgl. auch Michael Kogon: *Lieber Vati! Wie ist das Wetter bei Dir? Erinnerungen an meinen Vater Eugen Kogon. Briefe aus dem KZ Buchenwald*. München (Pattloch/Droemer-Knaur) 2014. – Die Briefe konnten von Eugen Kogon über Beziehungen zum Lagerpersonal von Weimar aus verschickt werden. – Vgl. auch Dennis Beismann: *Eugen Kogon in der frühen Bundesrepublik. Ein öffentlicher Intellektueller zwischen Lehrstuhl und Fernsehstudio 1949-1969*. Berlin/Boston (de Gruyter/Oldenbourg) 2020, dort „Biographischer Prolog“ S. 9-25.

²⁶ Politische Leitsätze der Christlich-Demokratischen Union, Stadtkreis Frankfurt, Sept. 1945, – Zur Vorgeschichte cf. Karl Prümm: *Walter Dirks und Eugen Kogon als katholische Publizisten der Weimarer Republik*. Heidelberg (Winter) 1984. Konrad-Adenauer-Stiftung [KAS](#)

dafür die *Frankfurter Hefte*, deren erste Ausgabe im April 1946 erschien. Darin schrieben außer den Herausgebern auch viele damals schon bekannte oder dadurch bekannt werdende regelmäßige Mitarbeiter sowie Gast-Autoren verschiedenster Herkunft.

Eugen Kogon und Walter Dirks waren zusammen, aber auch separat, zwei herausragende Intellektuelle, die die Nachkriegsdiskussion prägten, wenn auch nicht dominieren konnten. Es ist erstaunlich, dass Sean A. Forner, Professor an der Michigan State University, in seinem Buch über die deutschen Intellektuellen und die demokratische Erneuerung nach 1945 auf 383 Seiten Walter Dirks 281mal und Eugen Kogon 251mal erwähnt, darunter 22mal zusammen.²⁷

Politisch vertraten beide damals die Idee von einem christlichen Sozialismus. Sowohl Christentum als auch Sozialismus waren damals in Westdeutschland nicht nur unter den Intellektuellen „en vogue“. Für die verlorenen humanistischen Werte stand das Christentum, für die soziale Gerechtigkeit der Sozialismus. Die Bandbreite erstreckte sich bei den Katholiken über ein weites Spektrum zwischen zwei Extremen: Für die (rechts-) konservativen Katholiken war die Rückkehr in eine vormoderne Gesellschaft im Zeichen des Kreuzes die Lösung für die „Verirrungen der Moderne“ zum Machtstaat und letztlich zum Nationalsozialismus, für die linken Katholiken und auch für viele nicht primär christlich Geprägte war die Vorstellung, wieder einfach zurück in den Kapitalismus zu fallen, der Hitler ermöglicht hatte, undenkbar. So vertraten Eugen Kogon und Walter Dirks einen christlichen Sozialismus, der anfangs in der CDU weite Kreise prägte – bekannt das „Ahlener Programm“ vom 3.2.1947²⁸ –, dann aber schnell versiegte. In Frankfurt wurden schon im September 1945 die „Politischen Leitsätze“ im Sinne dieses christlich-sozialistischen Denkens unter wesentlichem Einfluss von Dirks und Kogon beschlossen.²⁹ Und in Hessen war dies immerhin noch mit prägend für die Ausarbeitung der Hessischen Verfassung. Einen Eindruck von dieser Stimmung bekommt man in dem kleinen Beitrag von Walter Dirks über „die neuen Verfassungen“ (Text [Z](#)), wenn er darin, fast nebenbei, seine Überzeugung kundtut, dass das bürgerliche Zeitalter vorbei sei: „Der Liberalismus ist tot, es lebe die Freiheit“, dabei aber auch erkennt: „Das ist das Problem.“ (S. 63).



²⁷ Sean A. Forner: *German Intellectuals and the Challenge of Democratic Renewal. Culture and Politics after 1945*. Cambridge Univ. Press 2014. – Die Zählung erfolgte durch die digitale Kindle-Version.

²⁸ Vgl. [Wikipedia](#)

²⁹ Politische Leitsätze der Christlich-Demokratischen Union, Stadtkreis Frankfurt, Sept. 1945, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/dokumente-zur-geschichte-der-cdu/-/content/1945-frankfurter-leitsaetze-cdu>

4. Entnazifizierung und Schuldfrage

Bereits am 15. Dezember 1945 schloss Eugen Kogon sein Buch *Der SS-Staat* ab, das er in sechs Monaten geschrieben hatte.³⁰ Er stützte sich dabei auf den zuvor im Auftrag der Amerikaner zusammen mit anderen ehemaligen Häftlingen verfassten *Buchenwald-Report*, der aber damals nicht publiziert wurde, sondern erst 50 Jahre später, und damals vor allem zur Dokumentation für die Prozesse diente. Darin stammt der erste, allgemeine Teil, von Kogon (ca. 125 Manuskriptseiten).³¹ Nach der Befreiung aus dem KZ schrieb er dies in nur vier Wochen in Weimar in der Villa von Baldur von Schirach. Nach einem Zwischenaufenthalt als Berater bei der amerikanischen *Psychological Warfare Division* im Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Paris wurde Kogon zusammen mit dieser Abteilung nach Bad Homburg verlegt, wo er von deren Chef General McClure den Auftrag bekam, den Report „in ein Buch für die Deutschen umzuarbeiten.“³² Dafür stellte man ihm ein „Häuschen“, wie Kogon es nannte, am Rande des „Camp King“-Areal in Oberursel zur Verfügung, einem umfunktionierten ehemaligen Kriegsgefangenenlager der Luftwaffe zum Verhör von gefangenen britischen und amerikanischen Piloten, das nun das *U.S. Military Intelligence Service Center* beherbergte zum umgekehrten Zweck, nämlich dem Verhör von inhaftierten hochrangigen Nationalsozialisten unter der Leitung von Robert Kempner, dem stellvertretenden US-Chefankläger im Nürnberger Hauptprozess.³³

Eugen Kogon war nach dem „Anschluss“ 1938 in Österreich verhaftet worden, weil er von dort aus über katholische Kreise deutsche Oppositionelle finanziell unterstützt hatte, und wurde 1939 in Buchenwald inhaftiert und in seiner Alte auch als Jude klassifiziert, weil er uneheliches Kind einer jüdischen Mutter war. Zunächst war das wohl in Vergessenheit geraten, den entsprechenden Winkel musste er aber nicht tragen, schon 1943 entging er aber der Deportation nach Auschwitz durch die Protektion des Lagerarztes, wie oben erwähnt. Am 5. April, sechs Tage vor der Befreiung des KZ kam er aber erneut auf die Exekutionsliste und Kogon und andere Lagerhäftlinge konnten sich aufgrund von Vorbereitungen der geheimen Widerstandsorganisation im Lager verstecken, zumal die anstehende Auflösung des KZ ohnehin ein großes Durcheinander brachte, und Kogon konnte sich sogar in einer als „Sanitäts-

³⁰ Kogon, *SS-Staat*, 1946 (siehe Anm. 25), S. XIV.

³¹ A.a.O., S. XI. – David A. Hackett: *Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar*. München (Beck) 1996, 2002.

³² Aus einem Interview im Westdeutschen Rundfunk am 11.3.1979, abgedruckt in Kogon, „*Dieses merkwürdige, wichtige Leben*“……, S. 80, siehe Anm. 25. Vgl. auch in: Kogon, *Hessen nach dem Zusammenbruch*, siehe Anm. 15, S. 33.

³³ Cf. [Wikipedia: Camp King Oberursel](#); Manfred Kopp: Erienerungsort der Zeitgeschichte. Das Gelände Camp King 1933-1993, ursella.info

gut“ deklarierten Kiste des SS-Arztes in einem Transport nach Weimar herzubringen lassen.³⁴

Der *SS-Staat* erschien aufgrund der Papierzuteilung erst im Herbst 1946 und wurde sofort und bis heute zu einem Bestseller. Es war eine analytische Vertiefung und thematische Ausweitung des *Buchenwald-Reports*. Er erweiterte ferner den zeitlichen Horizont und bezog die Nachkriegssituation bis zum Jahreswechsel Dezember '45 mit ein, das heißt die Schuldfrage, die Entnazifizierung und die Lehren aus der NS-Zeit insgesamt: Die Lehren, welche die Besatzungsmächte daraus zogen, und diejenigen, welche die Deutschen selbst ziehen sollten. Beides überschneidet sich, war aber nicht deckungsgleich. Und dieses Thema schloss eine heftige Kritik der amerikanischen Entnazifizierungspraxis ein.

Die Schuldfrage

Im Ansatz erkannte Kogon bereits Ende 1945, gerade einen Monat, nachdem der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess begonnen hatte, dass die anfangs propagandistische verbreitete Kollektivschuldthese und die daran anschließende Form der Entnazifizierung in der Breite (die Fragebogen-Aktion lief erst an) nicht nur in der Sache falsch war, sondern geradezu kontraproduktiv wirkte. Der letzte Abschnitt des Buches, der sich der ganzen Frage von Schuld, Reue und Sühne widmete, wurde vorab im April 1946 im ersten Heft der *Frankfurter Hefte* unter dem Titel „Gericht und Gewissen“ veröffentlicht (siehe oben, Text 4) sowie im Juli in der *Neuen Rundschau* unter dem Titel des Buchkapitels „Das deutsche Volk und die Konzentrationslager“.

Dieser Text war der Ausgangspunkt für Kogons Auseinandersetzung mit der Frage der *Besinnung*, wie es damals auch Thema in den anderen Zeitschriften dieses Genres war und durchaus unterschiedlich analysiert und diskutiert wurde. Die wichtigste Buchpublikation dazu war *Die Schuldfrage* des Philosophen Karl Jaspers, der darin 1946 seine erste Vorlesung an der Universität Heidelberg wiedergab.³⁵ Kogons und Jaspers' Positionen waren ähnlich, doch Jaspers war philosophisch diplomatischer, Kogon politisch anklagender. In weiteren Artikeln für die *Frankfurter Hefte* beschäftigten sich Kogon und Dirks mit der Schuldfrage historisch, politisch und moralisch, von denen die wichtigsten in der hier vorliegenden Sammlung bis Juli 1947 aufgenommen sind. In der zweiten Hälfte des Jahres 1947 klang das Thema in der publizistischen Debatte schon sehr ab und in der Öffentlichkeit wurde es nicht mehr nur durch die offizielle Entnazifizierungsaktion konterkariert, sondern auch immer mehr durch die politische Entwicklung mit Blick auf die Zukunft in den Schatten gestellt. Die Schuldfrage blieb aber noch jahrzehntelang

³⁴ Cf. *SS-Staat*, 1946, S. 280-285. Vgl. auch in „*Dieses merkwürdige, wichtige Leben*“ (Anm. 32), S. 74 („Vor der Befreiung“).

³⁵ Karl Jaspers: *Die Schuldfrage*. Heidelberg (Schneider) 1946.

untergründig präsent, solange sie weiterhin verdrängt wurde. Sie ist auch heute noch oder wieder ein Thema, aber für die nachfolgenden Generationen, nicht mehr für die Erlebnisgeneration (um mal den Begriff „Tätergeneration“ zu vermeiden).

Kogon unterschied deutlich zwischen juristisch zu ahndenden Straftaten des NS-Regimes, der politischen Verantwortung für die „Machtübernahme“ Hitlers und die moralische Frage des Sich-Verführen-Lassens durch die NS-Ideologie vor und nach 1933. Von „Gericht und Gewissen“ im April 1946 bis zu „Das Recht auf den politischen Irrtum“ im Juli 1947 zog sich dabei ein Bogen, in dessen Verlauf Kogon oberflächlich betrachtet seine Meinung auch abwandelte, wenn auch nicht im Grundsätzlichen. Kogons heftige Kritik an der amerikanischen „Schock-Politik“ (siehe S. 27), die anfangs mit den Foto-Plakaten der KZ-Leichen und der Anklage „Das war eure Schuld!“ oder „Diese Schandtaten: Eure Schuld!“ begann, sich dann indirekt in der Entnazifizierungsaktion für die breite Masse der Bevölkerung fortsetzte und schließlich in eine Flut von „Spruchkammer“-Verfahren mündete, hat unfreiwillig dazu beigetragen, den Kräften der Abwehr argumentative Munition zu liefern, indem man sich aus Kogons Kritik an der Entnazifizierungspolitik das herausuchte, was einem zur Selbstentlastung diene. Vor allem „Das Recht auf politischen Irrtum“ bot sich dafür an (vgl. unten, S. 133), obwohl klar war, dass Kogon nicht für die Rehabilitierung von Nazis schrieb, denn er weitete darin seine Kritik sogar noch weiter aus bis dahin, dass die Besatzungspolitik „weniger Denazifizierung als Renazifizierung“ brachte (siehe S. 88). Für diese „Renazifizierten“, d.h. diejenigen, welche den Vorwurf der *Kollektivschuld* durch eine *Kollektiventschuldigung* zurückwiesen, reichte aber schon der Titel des Textes und man konnte den Inhalt übergehen.

Tatsächlich vertrat Kogon darin wie in seinen anderen Texten weiterhin auch eine eigene Art von Kollektivschuldthese, ebenso wie Dirks in „Der Weg zur Freiheit“ (Text Nr. 9), auf der moralischen Ebene mit dem Appell an das Gewissen, doch jetzt differenzierter, mit einer Hauptkritik an den „Konjunkturisten“, d.h. den Opportunisten, die sich erfolgreich anpassten. Der Begriff taucht schon in „Gericht und Gewissen“ auf. Dabei ging es nicht um die Verbrechen des NS, die Gegenstand juristischer Ahndung und im weiteren Sinne politisch zu verantworten waren, sondern vor allem um die Frage, wie es dazu kommen konnte und dass das deutsche Volk, wenn es denn nicht kollektiv schuldig gesprochen werden konnte, so doch kollektiv Verantwortung für das Geschehene übernehmen musste.

Mit dem „politischen Irrtum“ hat Kogon 19 Monate nach Fertigstellung des *SS-Staats* und 15 Monate nach Beginn der *Frankfurter Hefte* eine neue Kategorie in seine Überlegungen zur Schuldfrage eingefügt. Das Recht auf den politischen Irrtum war kein Freispruch für diesen Irrtum, wie es gezielt missverstanden wurde, sondern beinhaltete, dass man sich im Nachhinein dazu bekannte, die Konsequenzen daraus akzeptierte und die Lehren daraus für

die Zukunft zog. Im Stil Kogons von 1945/46 kann man sagen: Auch den Irrtum musste man bereuen und Buße tun. Die Argumentation des überzeugten (Links-)Katholiken Kogon muss man auch immer vor dem Hintergrund einer christlichen Morallehre verstehen, selbst wenn er diesen Bezug relativ selten direkt hergestellt hat. Die Verführung durch den Teufel kann für den Sünder keine Ausrede bei der Beichte sein, denn nicht der Verführer ist schuldig, sondern der Verführte, der ihm gefolgt ist statt der Verführung zu widerstehen.

So war die Frage, wie es dazu kommen konnte, nicht nur auf die Gründe dafür bezogen, sondern stets damit verbunden, warum es nicht aktiv verhindert wurde und wie sich die Deutschen dann unter der NS-Diktatur verhielten. Das Dilemma, dass es nach der Errichtung der totalitären Herrschaft für den Einzelnen und damit auch für die Einzelnen kollektiv gesehen faktisch keine Möglichkeit gab, das Regime zu stürzen oder auch nur nennenswerten Widerstand im politischen Sinne zu leisten, konnte Kogon in seiner moralischen Anklage auch nicht aufheben. Er sah in seinem inneren Auge immer sich als Buchenwald-Häftling und vor dem Tor die Weimarer Bevölkerung, die Buchenwald belieferte und anfangs die Leichen abholte, bevor das Krematorium installiert wurde, und die selbst nach der Befreiung durch die Amerikaner nichts von Buchenwald gewusst haben wollten und – das ist entscheidend – auch weiterhin nichts davon wissen wollten.³⁶

Abgesehen von der Möglichkeit des Attentats auf Hitler – alle Versuche sind gescheitert – bedurfte der politische Umsturz einer relativ breiten Verschwörung innerhalb des Machtzentrums selbst. Während des Krieges war dies die Wehrmacht. Doch unabhängig davon stellte sich die Frage, was man „im Kleinen“ dagegen tun konnte oder wie weit umgekehrt das Mitmachen ging und aus welcher Einstellung heraus: War es Überzeugung? War es Verführung (– wie die meisten danach dann sagten)? Oder eine Art von Selbstbetrug? Oder eine bewusste Selbsterwerfung unter die Macht, ohne innere Überzeugung? Oder ein Opportunismus, der aus jeder Situation das Beste für sich herausholte? Oder nur eine Anpassung wider Willen?

Diese historischen Fragen zu der gerade zu Ende gegangenen Zeit konnte man damals jedoch nicht mehr stellen ohne die Haltung, die die Deutschen selbst im Nachhinein bereits dazu einnahmen. „Was hast du getan, gesehen, gewusst?“ fragte in einem zugleich nach der Vergangenheit und nach der Gegenwart, denn es ging darum, was man sich selbst eingestand, vor dem eigenen Gewissen, und was man bereit war, offen selbstkritisch einzugestehen. Die Texte von Kogon und Dirks müssen in dieser Verbindung verstanden werden. Es ging um eine moralische Besinnung des Einzelnen und eine entsprechende Forderung an das Kollektiv. Die daraus zu ziehenden Konsequenzen waren politischer Natur und in einzelnen Fällen, aber vielen einzelnen Fällen, auch juristisch zu ahnden. Und letztere mussten herausgefunden

³⁶ Vgl. „Gericht und Gewissen“ (Text 3), S. 33f.

werden, da sich die Täter logischerweise nicht selbst stellten (es sei denn sich selbst richteten durch Suizid). Im Nachhinein wissen wir, dass durch die Entnazifizierungskampagne zu viele erfasst wurden, die nicht belastet waren, und viel zu wenige, die belastet waren. Kogon hat das 1947 schon vorausgesehen. Seine Vorschläge zur Verbesserung des Entnazifizierungsverfahrens im „Recht auf den politischen Irrtum“ (siehe S. 99f.) hätten keine Vereinfachung des Fragebogen-Verfahrens gebracht, sondern nur hinsichtlich der Urteile. „Minderbelastete“ und „Mitläufer“ wollte Kogon aus der regulären Bestrafung herausnehmen.

Für Mitläufer gab es manchmal eine Geldbuße, die nichts bedeutete, da die Reichsmark nichts mehr wert war; Minderbelastete galten als „Bewährungsgruppe“, was hieß, dass sie ein Berufsverbot von ca. drei Jahren bekamen, wenn sie in einem sensiblen Beruf tätig waren (Öffentlicher Dienst, führende Position in der Wirtschaft...), doch was bedeutete „zur Bewährung“? Dass einer nicht „rückfällig“ wurde, war nicht schwer, denn es gab ja gar keine Gelegenheit dazu, es sei denn, er hätte sich offen weiterhin zum Nationalsozialismus bekannt, was er ja aber schon in seiner Verteidigung vor der Kammer bestritten hatte. Außerdem unterschieden sich die verhängten Strafmaßnahmen nicht nur von einer Besatzungszone zur anderen, sondern manchmal von einem Gericht zum anderen. Und dann gab es das massive Problem, dass vor allem die deutschen Spruchkammern häufig eigentlich „Belastete“ zu „Minderbelasteten“ herabstufen, diese oft zu „Mitläufern“ und diese zu „Entlasteten“ – und sogar über die gesamte Stufenleiter hinweg: Schon nach dem Anlaufen der deutschen Spruchkammern empörte sich Lucius D. Clay Ende 1946, damals noch stellvertretender Militärgouverneur der US-Zone, „er habe persönlich 575 Spruchkammerverfahren gegen »Hauptschuldige« geprüft und festgestellt, dass nahezu zwei Drittel als »Mitläufer« neu eingestuft und weitere 49 gänzlich entlastet worden seien.“³⁷ Ob die damit gegenüber den Spruchkammern ausgesprochene Drohung Wirkung zeigte, ist unklar, rückgängig gemacht werden konnte das jedoch nicht, die Amerikaner hatten nicht die Kapazitäten dazu, selbst nur für eine Kontrolle jeder Spruchkammer. Es wurde ihnen jedoch verboten, bereits zuvor von den Amerikanern aus den Ämtern entfernte Nazis zu rehabilitieren. – Der „Persilschein“ war damals ein allgegenwärtiges Bonmot dafür und belegt, dass diese Vorgänge auch allgemein bekannt waren.³⁸ Es belegt ferner, nebenbei bemerkt, dass keineswegs alle Deutschen für die „Weißwäsche“ waren.

Die freiwillige Reue und Buße, die Kogon im Umkehrschluss zur kritisierten Kontraproduktivität des praktizierten Verfahrens erwartete, kann als naiv gelten, zeigt aber, dass es nicht nur das Dilemma zwischen zu vielen unberechtigten Anklagen und zu wenig berechtigten Schuldsprüchen gab, sondern

³⁷ Zusammengefasst von Taylor (Anm. 38), S. 368.

³⁸ Cf. Frederick Taylor: *Zwischen Krieg und Frieden. Die Besetzung und Entnazifizierung Deutschlands 1944-1946*. Berlin (Berlin Verlag / Bloomsbury) 2011, Kap. „Persil wäscht weiß“, v. a. S. 355ff.

auch das weitere Dilemma, dass es keine sinnvolle Alternative zum kritisierten Verfahren gab. Auch die Tatsache von dessen Überführung an deutsche Spruchkammern, deren (Laien-)Richter alle auf Herz und Nieren geprüft sein sollten, war wohl keine gute Lösung, selbst wenn von den Kritikern eine deutsche Rechtsprechung gefordert wurde, um das Stigma der Siegerjustiz zu überwinden. Tatsächlich war es nur eine pragmatische Entscheidung: Die Besatzungsbehörden hatten nicht das Personal für das Verfahren in der gewünschten Breite.

Schuldabwehr

Es gab keine offizielle Kollektivschuldanklage, d.h. im juristischen Sinne, das wurde von Historikern immer wieder betont und US-Chefankläger Robert Jackson hat es in seiner Eröffnungsrede zum Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess klar zum Ausdruck gebracht: „Wir möchten ebenfalls klarstellen, daß wir nicht beabsichtigen, das ganze deutsche Volk zu beschuldigen.“³⁹ Doch wenn man zur Widerlegung der Behauptung von der über die Deutschen verhängten „ewigen Kollektivschuld“ – heute in der „Schuld kult“-Propaganda erneuert – dagegensetzt, sie sei pure Fiktion gewesen, so verfälscht man die Geschichte in entgegengesetzter Richtung aus purem Antagonismus. Zum Beispiel geht das *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“* zwar auf Kogons Kritik an der Reeducation-Politik ein, sieht aber die Abwehrreaktionen aus dem Volk gegen eine behauptete Kollektivanschuldigung von „Kreisen ehemaliger NS-Eliten“ lanciert.⁴⁰ Das übergeht vollkommen die Gründe dafür, wie sie Kogon analysiert.

Mit der Fokussierung auf die NS-Führung im Nürnberger Prozess verband sich in der Öffentlichkeit zunächst illusorisch die Hoffnung auf eine damit verbundene Eingrenzung der Schuldfrage, doch war der Hauptprozess nur der Auftakt für weitere Prozesse, die wenig wahrgenommen wurden und letztlich bis heute im allgemeinen historischen Bewusstsein kaum bekannt sind. Der Kollektivvorwurf gegen die Deutschen blieb „atmosphärisch“ bestehen und wurde in übertriebener Angst vor Strafe umso mehr von der Bevölkerung wahrgenommen: „Umerziehung“, „Fragebogen“ und „Spruchkammern“ waren seine Instrumente. Die mentalen Instrumente dagegen bestanden darin, dass sich die Deutschen als „erste Opfer“ Hitlers sahen und vor allem ihr eigenes Leid als die „deutsche Katastrophe“ beklagten. Die Schuldabwehr erfolgte mit der Umkehrung der „Führer befiehlt, wir folgen dir!“-Parole zur „Wir wurden belogen und betrogen!“-Ausflucht, womit der

³⁹ *Der Nürnberger Prozeß*. Das Protokoll des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Amtlicher Wortlaut in deutscher Sprache. Nürnberg 1947. Hier nach der Edition auf CD-Rom mit einer Einführung von Christian Zentner, Berlin (Directmedia) 1999. S. 120 / 1377.

⁴⁰ Torben Fischer / Matthias N. Lorenz (Hrsg.): *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“*. *Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945*. Bielefeld (transcript) 2007, S. 43.

Deutsche, wie der amerikanische Offizier Daniel Lerner festhielt, „unbedacht zugibt, daß er irgendwann einmal an die Nazis geglaubt hat und ihnen gefolgt ist. Sonst könnte er jetzt nicht behaupten, ‚belogen und betrogen‘ worden zu sein.“⁴¹ Nicht alle reagierten so, aber viele.

Während die einfachste Abwehrreaktion also darin bestand, die Schuld auf eine kleine „Verbrecher-Clique“ zu reduzieren, gab es in den neuen politisch-kulturellen Zeitschriften aber auch intellektuelle Relativierungsstrategien. Da viele von diesen Zeitschriften religiös geprägt waren, wurde die Schuld auf die „Verführung durch den Teufel“ oder den „Abfall von Gott“ zurückgeführt und auf das ganze Abendland und die „säkulare Moderne“ übertragen. Das „Satanische in der Geschichte“ und wie die Formulierungen alle hießen, konnte man auch im übertragenen Sinne verstehen, die profane Variante sah die Deutschen als Opfer einer universellen Verirrung zum Machtstaat und zur Verführbarkeit der Massen als einem schicksalhaften „Verhängnis“, das ebenfalls ganz Europa und nur besonders schwer Deutschland als dessen Mittelpunkt erfasst hatte.⁴²

Ein nüchterner Blick auf die Probleme der Alliierten und die Frage, wie mit den besiegten Deutschen umzugehen war, muss in der Bilanz die ungeheuren Schwierigkeiten in Rechnung stellen, vor denen sie standen. Schon die Vorbereitung des Nürnberger Prozesses in nur sechs Monaten war eine unglaubliche Herausforderung. Und alles musste schnell gehen. So bestanden die ersten Ad-hoc-Maßnahmen zwangsläufig in einer summarischen, aber für viele nur vorläufigen Internierung von NS-Verantwortlichen bis auf die unterste Partei-Ebene. Die Unmöglichkeit der Unterscheidung zwischen „aktiven Nazis“, „fanatischen Nazi-Sympathisanten“ und nur „nominellen Nazis“⁴³ führte dazu, dass vor dem Kontrollratsgesetz vom 12.1.1946 (siehe oben, S. 109) alle NSDAP-Mitglieder gleichermaßen verdächtigt wurden und man sich schon deswegen notgedrungen, nicht aufgrund eines ideologischen Kollektivschuldvorwurfes, für eine systematische Überprüfung in der Breite entschied. Diese verstärkte aber umso mehr das Kollektivanklagegefühl.

Geschichte, Autorität, Selbstbestimmung

Kogon und Dirks befassten sich mit dieser ganzen Thematik aus verschiedenen Blickwinkeln: (a) von der Schuldebatte in der damaligen Gegenwart aus und in unterschiedlich weit gezogenen Horizonten des Rückblicks auf (b) die Zeit der NS-Herrschaft und deren unmittelbare Vorgeschichte (Weimarer

⁴¹ [Daniel Lerner:] Notizen von einer Reise durch das besetzte Deutschland (Anfang April 1945), in: Ulrich Borsdorf / Lutz Niethammer: *Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*. Wuppertal (Hammer) 1976, S. 40.

⁴² Ausführlicher dazu und zum gesamten Kontext vgl. Anm. 24.

⁴³ [L. W. Fuller:] Probleme der Entnazifizierung in der US-Zone (4.9.1945), in: Ulrich Borsdorf / Lutz Niethammer: *Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*. Wuppertal (Hammer) 1976, S. 173.

Republik) sowie (c) deren weiter zurückliegende Voraussetzungen durch die historische, kulturelle und mentale Prägung des deutschen Volkes. Kogon näherte sich dabei der historischen Kollektivschuldthese (Preußischer Militarismus und Nationalcharakter) an, obwohl er die aktuelle der Alliierten so sehr verurteilte.

Diese Spannung gibt es in der historischen Forschung und öffentlichen Debatte zur Erklärung des Nationalsozialismus bis heute: Wie war das möglich? Woher kam es? Wie weit kann und muss man zurückgehen, um die Voraussetzungen dafür zu finden? Was bedeuten historische, politische, mentalitätsgeschichtliche Determinanten für die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen und kollektiv? Und was für die damit verbundene Schuldfrage?

Am Ende von „Der Weg zur Freiheit“ schreibt Walter Dirks, dass auch eine mentalitätsgeschichtliche Prägung seit Jahrhunderten den Einzelnen in der Weimarer Republik nicht seiner Verantwortung entthob und dies folglich im Umkehrschluss auch nicht im Nachhinein als Entlastung vorgebracht werden kann (Text 9, S. 82).

In seinem Artikel über die „Zweite Republik“ sah Dirks durch zum zweiten Mal durch das Geschenk einer Revolution eine Chance für die Deutschen, aber:

„Zum zweiten Mal ist den Deutschen eine Revolution geschenkt worden. Wenn man eine Revolution plant, vorbereitet, durchleidet, durchkämpft und endlich siegt, so pflegt man zu wissen, was man will. Wir wissen es im Jahre 1945-1946 ebensowenig, wie wir es 1919 gewußt haben.“ (Siehe oben, S. 13).

Das „Geschenk“ bezieht sich auf den beide Male verlorenen Krieg und die Konsequenzen der Niederlage. Die Meuterei der Matrosen 1918 wurde zum Aufstand, der in Windeseile zu einer Revolution in ganz Deutschland aufflamte. Dirks unterschätzt jedoch diese Eigendynamik von deutscher Seite, es gab durchaus konkretere Vorstellungen von dem, „was man will“: Während die Sozialdemokraten, denen mit Friedrich Ebert noch von der untergehenden Monarchie die provisorische Regierungsgewalt übertragen wurde, die Republik ausriefen und die Wahl einer Nationalversammlung zu deren Gründung anstrebten, wollte die USPD die Sozialistische Republik und ihr linker Flügel verstand darunter eine Räterepublik nach russischem Vorbild. Der Rätekongress selbst entschied sich jedoch in Berlin kurz vor Weihnachten 1918 mit über 70% für den Weg der SPD.

Was Dirks eigentlich meint, ist die innere Kohärenz der Weimarer Republik, nicht das institutionelle Gerüst der Verfassung. Die demokratischen Parteien kamen 1919 zwar zu einem großen Konsens zusammen und beschlossen mit den 75% der „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum und Linksliberalen (DDP) die Verfassung der neuen Republik, deren erster Präsident Friedrich Ebert wurde. Unter dem Trauma des „Versailler Diktats“, das der Friedensvertrag ja durchaus war, zerbröckelte die Weimarer Koalition und die extremen Ränder, rechts die DNVP, vor allem aber links die USPD wurden 1920

gestärkt. Andererseits kam die rechtsliberale DVP, die zuvor noch die Verfassung abgelehnt, weil auf eine parlamentarische Monarchie gesetzt hatte, nach dem Kapp-Putsch 1920 eindeutig ins Regierungslager und stellte mit Gustav Stresemann als Kanzler 1923 und dann langjährigem Außenminister geradezu das Aushängeschild der Weimarer Republik. Zu keinem Zeitpunkt, inklusive Septemberwahl 1930, waren die demokratischen Kräfte in der Minderheit, dies kam erst 1932. Doch sie waren in Parteien zersplittert, bei denen der parteipolitische Egoismus höher stand als die gemeinsame Verantwortung für die Republik. Das war die fehlende innere Kohäsion.

Walter Dirks führt das zu Recht auf die strukturelle Koalitions- weil Kompromissunfähigkeit der Parteien zurück. Die ständigen Regierungswechsel, die zwar trotzdem eine Kontinuität in der Diskontinuität bewahrten, waren ein Ausdruck davon, dass es an Konsensbildung durch Kompromisse fehlte – echte Konsensbildung, sinnvolle Kompromisse, keine faulen, nur zur Vertagung bis zum nächsten Streit. So konnte die Krise 1923 zwar noch bewältigt werden, auch dank Ebert als Reichspräsidenten, aber schon der Anflug der Weltwirtschaftskrise 1930 ließ die Große Koalition unter Führung der SPD an einer Bagatelle (Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte) zerbrechen. Nach dem Tod Stresemanns 1929 rückte die DVP nach rechts und auch innerhalb der Zentrumsparterie hatte zum selben Zeitpunkt eine Rechtswentwicklung begonnen, die unter dem neuen Parteivorsitzenden Kaas die bislang einflussreichen Linkskatholiken um die langjährigen Minister und Kanzler Wirth und Marx an den Rand drängte und mit dem Fraktionsvorsitzenden Brüning ab März 1930 auf eine Regierung ohne Mehrheit setzte, die durch die Macht des Reichspräsidenten zu Notverordnungen möglich wurde und unter der Präsidentschaft Hindenburgs in eine ganz andere Richtung führte.

Dirks beklagt die fehlende Verständigung zwischen Christen und Arbeitern, der katholischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Diese Analyse des ehemaligen Redakteurs (1924-34) der linkskatholischen *Rhein-Mainischen Volkszeitung* entsprach der tiefen Überzeugung von Dirks und Kogon nach 1945, weswegen sie anfangs auch auf eine neue gemeinsame Partei hofften. In gewisser Weise ist es das Pendant zur nach dem Krieg ebenfalls bedauerten Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die in der Weimarer Republik von kommunistischer Seite propagandistisch bis hin zur Bekämpfung der SPD als linkem Aushängeschild des Faschismus getrieben wurde (Sozialfaschismustheorie). Im „Schwur von Buchenwald“ 1945 kam der Wunsch zur Überwindung dieser Spaltung zum Ausdruck, in der Sowjetischen Zone ursprünglich auch von der SPD vertreten, dann aber von der KPD und mit Druck der Sowjetischen Militäradministration im April 1946 zur Vereinigung beider Parteien zur SED unter faktischer Führung der Kommunisten erzwungen.

Nach Dirks' Analyse fehlte der Weimarer Republik das Gegenstück zum Bündnis, das sich gegen sie bildete: „Kapitalisten und Monopolisten“, „Adels- und Militärkaste“ und der „verzweifelte Mittelstand“ rückten von der Demokratie ab. Dies entsprach seiner Analyse, die er schon vor 1933 vertreten hatte, die mit Ausnahme der katholischen Komponente stark marxistisch geprägt war und ihn sogar auf die vollkommen abseitige Idee einer Einheitsfront von SPD, KPD und „politischem Katholizismus“ brachte.⁴⁴ Ein Nachhall davon findet sich noch in seinem Artikel vom April 1946 (siehe S. 19). Im Mai-Heft verurteilte Eugen Kogon dann die SED-Gründung und benannte eindeutig den kommunistischen Zwang sowie die damit verbundene Absicht eines Einflusses mit dem Ziel einer Herrschaft über ganz Deutschland.⁴⁵ Dirks' Bündnistraum hatte sich rasch in sein Gegenteil gewandelt. Das hinderte die beiden aber zunächst nicht, weiterhin an einem freiheitlichen Sozialismus im Westen festzuhalten.

Klarer dagegen ist seine Darstellung vom Bündnis, das anfangs die Grundlage für die Republik schuf, „Arbeiter-Mehrheit, liberales Bürgertum, Katholiken“, aber nur am Anfang strategisch war, als es um die Verfassung ging, und schnell taktisch wurde, wo die Eigeninteressen wieder in den Vordergrund rückten und aus diesem Grunde am Ende zerfiel. Hinzu kam, dass die Reichswehr anfangs nur ein bedingtes Abkommen mit der SPD eingegangen war („Ebert-Groener-Pakt“), um die sozialistische Revolution zu verhindern, die in Wirklichkeit, mangels Masse, nie drohte, aber das war im November 1918 noch nicht so zu erkennen.⁴⁶

Dirks' Festhalten am politischen Katholizismus, nun auf alle christlichen Strömungen erweitert, war noch zu sehr den politischen Strukturen der Weimarer Republik und seinem damaligen Denken verhaftet. So schrieb er 1931 in der von Joseph Wirth, dem erwähnten Zentrumspolitiker herausgegebenen Zeitschrift *Deutsche Republik*, ganz im Ton des Artikels von 1946:

„Die Republik muss nicht eingeführt, sondern durchgesetzt werden, und sie ist noch nicht durchgesetzt, sie war es noch nie. Das ist die Lehre dieser zwölf bitteren Jahre. Sie soll nicht vergeblich gelehrt und gelernt worden sein.“⁴⁷

⁴⁴ Cf. Hans-Otto Kleinmann: Walter Dirks (1901-1991), in: Jürgen Aretz / Rudolf Morsey / Anton Rauscher (Hrsg.): *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Band 8: Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Münster (Aschendorff/Grünwald) 2022, S. 272; insgesamt hierzu S. 269-272.

⁴⁵ Eugen Kogon: Die Einheitspartei, in: *Frankfurter Hefte* (= FH), 1. Jg., H. 2, Mai 1946, S. 8-10.

⁴⁶ Zu diesem ganzen Thema vgl. auch Wolfgang Geiger: „Wie schlecht wir es machten, als wir noch handeln konnten...“ ... (Anm. 24).

⁴⁷ Walter Dirks: Noch nicht durchgesetzt, in: *Deutsche Republik*, 5. Jg., 1930/31, S. 1422. Zit. nach: Prümm (Anm. 26), S. 36.4. Vgl. auch Karl Prümm: Entwürfe einer zweiten Republik. Zukunftsprogramme in den „Frankfurter Heften“ 1946-1949, in: Thomas Kroebner / Gerd Sautermeister / Sigrid Schneider (Hrsg.): *Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939-1949*. Opladen (Westdeutscher Verlag) 1987, S. 330-343, hier v.a. S. 332.

Auch damals sah Dirks schon im Zerbrechen der Regierungskoalition nur einen Ausdruck für das Ende der bürgerlichen Herrschaft und in der Wirtschaftskrise das Anzeichen für das kommende Ende des Kapitalismus, übrigens ganz wie Kogon damals, allerdings aus einer rechtskatholischen Sicht, Dirks aus einer linken.⁴⁸

Aus den Mängeln und Fehlern der Weimarer Republik zu lernen, konnte aber 1946 nicht mehr bedeuten, sie nachträglich zu korrigieren, sondern etwas Neues zu beginnen. Gewiss fiel es schwer, inmitten der materiellen und geistigen Ruinen dem, was schon durch den Nationalsozialismus untergegangen war, eine Chance zur Wiedergeburt zuzutrauen. So sah Dirks, wie zeitweilig viele Andere, im Sozialismus einen natürlichen Ausweg.

Adenauer erkannte dies von einer anderen Warte aus besser und lenkte die CDU in eine Richtung, die sich zwar christlich definierte, aber überkonfessionell nicht nur im Sinne einer Erweiterung des Spektrums der alten Zentrumsparterie, sondern auch als politisch von den Kirchen unabhängige Partei, die wirtschafts- und gesellschaftspolitisch auf die neuen Ökonomen wie Alfred Müller-Armack setzte, dem Erfinder der „sozialen Marktwirtschaft“. 1933 hatte dieser noch auf den „starken Staat“ und eine entsprechende Wirtschaftsordnung durch die Nazis gesetzt, aber ebenso vorausschauend ab 1943 zusammen mit Ludwig Erhard, dem späteren Vater des „Wirtschaftswunders“, Pläne für eine Wirtschaft nach dem voraussehbar verlorenen Krieg ausgearbeitet. Adenauer musste sich dafür auch in der CDU der Britischen Zone gegen die Vertreter des „Ahlener Programms“ (siehe oben, S. 116) durchsetzen.

Dirks' Illusionen in die Reformfähigkeit der KPD, wenn auch abwartend formuliert, und eine freundschaftliche Koexistenz mit der Sowjetunion teilten weder Kurt Schumacher, zu dem Zeitpunkt provisorischer SPD-Vorsitzender der Westzonen, noch Konrad Adenauer, CDU-Vorsitzender in der Britischen Zone. Als dieses erste *Frankfurter Heft* herauskam, hatte die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD in der Sowjetischen Besatzungszone gerade stattgefunden, was Dirks bei Abfassung des Artikels noch nicht wissen konnte. Adenauer sah dagegen erstaunlich früh die Zeichen der Zeit, nämlich die Spaltung Europas und Deutschlands, am 31.10.1945 in einem Brief an Heinrich Weitz⁴⁹, Oberbürgermeister von Duisburg, und damit noch fünf Monate vor der berühmten Rede Churchills vom „Eisernen Vorhang“.

Dirks bietet in seinem vielschichtigen Artikel aber auch noch andere Ebenen der Reflexion an, eine stark theologische, sowie eine weitere, historisch-philosophische, und zwar gleich zu Beginn:

⁴⁸ Cf. Prümm, op. cit., S. 33-45.

⁴⁹ Cf. Aufzeichnung Adenauers „Meine Einstellung zur außenpolitischen Lage“. Anlage zum Scheiben an Heinrich Weitz, Duisburg, 31.10.1945, [KAS](#); Rede von Winston Churchill in Fulton/USA, 5. März 1946, siehe [Chronik der Mauer](#)

„Die Deutschen lieben die Verwirklichung nicht. Sie haben Sorge, der Reichtum ihrer Möglichkeiten komme darüber zu kurz.“

Mit dieser seltsam anmutenden Einleitung spricht Dirks ein Thema an, das auch Kogon aufgriff: Den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit, nicht nur der gegebenen, sondern vor allem der aus dem Ideal zu schaffenden Wirklichkeit, wofür der Kompromiss wie ein Verrat erscheint. Diese abstrakte Aussage lässt sich präzisieren, zum einen im Hinblick auf den damit verbundenen politischen Egoismus in der Politik, zum anderen auf historische Voraussetzungen, die mit Kogons Überlegungen zum Phänomen des Unpolitischen verbunden sind.

Mangels erfolgreicher Revolutionen oder anderer Formen selbstbestimmter politischer Emanzipation hat sich im deutschen Volk bis ins 20. Jahrhundert hinein eine Einstellung des „Unpolitischen“ eingepreßt, so Kogons These von Anfang an, in „Gericht und Gewissen“ (Text 4), dann in „Das Dritte Reich und die preußisch-deutsche Geschichte“ (Text 6) und „Die deutsche Revolution“ (Text 8). Das war damals nicht grundsätzlich neu und im Ausland in Deutschlandanalysen schon länger angeklungen in Verbindung mit der Kritik am preußischen Untertanengeist, doch Kogons Analyse hatte durchaus eigene Akzente.

Ein Stichwort dazu, das später in bundesrepublikanischen Diskussionen berühmt wurde, aber den Darstellungen Kogons indirekt zugrundeliegt, lieferte der Soziologe Helmuth Plessner 1935 im niederländischen Exil mit dem Begriff der „verspäteten Nation“ in einem in der Schweiz erschienenen Buch.⁵⁰ Kogon zitiert das Buch nicht explizit, das er vermutlich nicht kannte, aber dessen Gedankengang war im antipreußischen Diskurs auch anderweitig schon verfolgt worden. In „Gericht und Gewissen“ (Text 4) schreibt Kogon:

„Man hat zur Erklärung des Versagens anführen wollen, daß Deutschland zu spät in der Geschichte seine Einheit erlangt habe; es sei ihm dadurch die Möglichkeit verschlossen geblieben, über gewöhnliches nationales Empfinden hinaus eine öffentliche Meinung von Rang zu entwickeln und für höhere Werte geschlossen aufzutreten.“

Andere „Zu spät Gekommene“ hätten sich jedoch nicht so entwickelt, aber nicht nur deswegen zieht Kogon den Umkehrschluss: Ihm zufolge

„verwechselt jener Erklärungsversuch Ursache und Wirkung: die besondere Art des Deutschen ist es, die ihn so spät zur nationalen Einheit hat gelangen lassen, nicht die späte staatspolitische Konkretisierung, die seine Art erzeugt hätte.“ (siehe oben S. 31f.).

Zur historischen Einordnung dessen, um das es hierbei geht, muss man sich vergegenwärtigen, dass, anders als in den anderen führenden Indu-

⁵⁰ Ursprünglich unter dem akademischen Titel: Helmuth Plessner: *Das Schicksal deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche*. Zürich/Leipzig (Niehans) 1935; die in Deutschland vertriebenen Exemplare wurden verboten. - *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*. Stuttgart (Kohlhammer) 1959 u.sp.

strinationen Großbritannien, USA, Frankreich sowie auch den Niederlanden, in Deutschland alle Kämpfe für politische Partizipation und bürgerrechtliche Freiheit bis 1918 in der Niederlage endeten. Im Prinzip kann man schon mit dem Bauernkrieg 1524-26 beginnen, der ein gescheiterter Versuch war, die von den Aufständischen falsch verstandene „Freiheit des Christenmenschen“ Luthers als politischen Anspruch durchzusetzen. Wenige Jahrzehnte später lieferte die niederländische Unabhängigkeitserklärung gegen die habsburgisch-spanische Fremdherrschaft die calvinistische Vorlage für die spätere Unabhängigkeitserklärung der USA. Die konfessionellen und politischen Konflikte zersplitterten jedoch das Heilige Römische Reich deutscher Nation in faktisch unabhängige Territorialstaaten, v.a. nach dem Westfälischen Frieden 1648, und das fast nur noch nominelle Kaiserreich ging dann in den napoleonischen Kriegen 1806 unter. Nach der Befreiung von der napoleonischen Hegemonie blieb nur noch ein „Deutscher Bund“ von souveränen größeren und kleineren Staaten und nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 wurde 1871 durch Preußen ein Nationalstaat von oben geschaffen, der zwar verfassungsmäßig ein Parlament hatte, wo aber nur dessen Wahl demokratisch war.

Dies ist der politisch-historische Hintergrund. Das Unpolitische entstand aus der permanenten Erfahrung der Fremdbestimmung, von außen oder von oben oder beides in einem, und der gescheiterten Selbstbestimmung. So kann man Kogons Gedankengang zusammenfassen. Selbst die bürgerlichen Errungenschaften des 19. Jahrhunderts wurden von einer Autorität erlassen: (1) Von Napoleon, der sie in den Teil Deutschlands unter seiner Oberhoheit (Rheinbund) einbrachte, damit aber nicht das ablehnende Gefühl übertrumpfen konnte, weil sie von außen kamen und dabei persönliche nicht politischer Freiheit entsprach. Und (2) außerhalb des direkten napoleonischen Machtradus' durch den König von Preußen, dem die notwendigen Reformen von seinen Ministern, v.a. Hardenberg, geradezu aufgedrängt wurden zur Vorbeugung gegen weitergehende revolutionäre Bestrebungen „von unten“ nach französischem Vorbild. Deswegen erfolgte hier „Revolution von oben“, die Versuche einer Revolution von unten wurden in den nächsten Jahrzehnten erfolgreich unterdrückt. Und brauchten die Deutschen für diese Versuche – 1830, 1848 – nicht immer erst vom „Krähen des gallischen Hahns“ (Symbol für Frankreich) aufgeweckt?⁵¹ Also Fremdbestimmung sogar im Versuch zur Selbstbestimmung. So die Wahrnehmung.

Für die Selbstbestimmung fehlte schon die gedankliche Einheit der Deutschen, die sich politisch nur in den Kriegen gegen Frankreich momentan verwirklichte und ansonsten in so vielen Liedern und Texten im 19. Jh.

⁵¹ Der gallische Hahn, „der den verträumten deutschen Michel aus dem Schlaf riß“ war „ein gängiges Motiv“, schreibt Ulrike Ruttmann über die Zeit der 48er Revolution. Ulrike Ruttmann: *Wunschbild – Schreckbild – Trugbild. Rezeption und Instrumentalisierung Frankreichs in der deutschen Revolution von 1848/49*. Stuttgart (Steiner) 2001, S. 278.

beschworen wurde. Die staatliche Einheit wurde von oben erkämpft durch die Spaltung unten: zwischen Preußen und Österreich, Protestantismus und Katholizismus, Nord- und Süddeutschland – und war wie lange noch nach der Reichseinigung im „Kulturkampf“ und darüber hinaus präsent. Die politische Zersplitterung, der Föderalismus ohne Föderation, erzeugte multiple Identitäten: Wer empfand sich denn nach den nationalen Liedern wirklich zuerst als Deutscher und erst dann als Preuße, Sachse oder Bayer – nachdem die Österreicher ausgegrenzt waren? Damit waren auch unterschiedliche politische Vorstellungen verbunden: der Liberalismus im Süden, der Autoritarismus in Preußen. Dieses Multidirektionale, wie man heute sagen könnte, kann man mit dem verbinden oder ergänzen, was Dirks und Kogon sehr philosophisch mit den verschiedenen „Möglichkeiten“ (S. 10) idealistischer Orientierung (geistig und politisch) und als das „Multiforme“ (S. 32) im Kopf der Deutschen angesprochen haben.

Zunächst drehte die Restauration nach 1815 vieles, wenn auch nicht alles, wieder zurück. Nach dem Wartburgfest kamen die „Demagogenverfolgungen“, die Revolten der 1830er Jahre hatten, wenn überhaupt, nur bedingten oder vorübergehenden Erfolg. Der Begriff des Biedermeiers, ursprünglich karikaturhaft erfunden, kennzeichnete den Rückzug des Bürgers ins Privatleben aus Resignation vor dem nicht möglichen politischen Leben, und die Figur des schlafmützigen „deutschen Michel“ hat das noch verstärkt. Die Schlafmützigkeit des Deutschen und der notwendige Weckruf des gallischen Hahns waren zwei Seiten derselben Medaille, auch in der Karikatur so dargestellt.

Kogon kritisiert jedoch vor allem die unpolitische Haltung der deutschen Geistesgrößen, dadurch auch ein Vorbild, was aber mit Schlafmützigkeit nichts zu tun hat, denn es waren ja helle Geister und fanden und erfanden deswegen Rechtfertigungen für das Unpolitische, so wie Goethe in einem Gespräch mit dem Jenaer Historiker Heinrich Luden, von Kogon zitiert (Luden erzählt hier):

„Es sei klüger [sagte Goethe], die Welt ihren Weg gehen zu lassen und sich nicht in die Zwiste der Könige zu mischen, in welchen doch niemals auf Ihre und meine Stimme gehört werden wird.“ („Die deutsche Revolution“, Text 8, oben S. 66).

Die „Flucht aus der politischen Wirklichkeit“ (S. 67) zeigte sich ausgerechnet auch bei Schiller, dem politischeren der beiden Weimarer. Für beide lag jedoch, nach dem Titel von Schillers Gedicht, die „Deutsche Größe“ (S. 67), im Geistigen, nicht im Weltlichen, d.h. Politischen, und das galt natürlich zuvor-derst für die beiden Weimarer selbst, dabei hatte Schiller im Unterschied zur Goethe durchaus politische Literatur verfasst, z.B. *Wilhelm Tell*. Kogon spart nicht mit heftiger Kritik an diesen Bekenntnissen zum Unpolitischen und dem Vorwurf, durch ihre Flucht davor auch diese „miserable“⁵² Realität

⁵² Zum Verständnis des Adjektivs bei Goethe siehe oben zur Textstelle S. 67 die Anm. Nr. 1 auf S. 75.

mitverschuldet zu haben. Statt der Bildung zum *Citoyen* in einer politischen Gemeinschaft, die ihre Geschicke selber lenken will,

„wurde die Trennung von Politik und Geist, in der auch die Trennung von Politik und tieferer Sittlichkeit begründet ist, zu einer allmählich für Tugend gehaltenen, sorgsam gepflegten und gehegten Nationalerbschaft.“ (ebd.).

Daraus ging dann auch der preußische Untertan hervor, nach 1870 auf ganz Deutschland erweitert. Worauf Kogon nicht zu sprechen kommt, ist das Beispiel der Brüder Mann, Heinrich und Thomas, die beide vor bzw. im Ersten Weltkrieg den Topos des Untertans bzw. des Unpolitischen in ihren Büchern beschrieben und selbst zum Ausdruck gebracht haben: Heinrich Mann in *Der Untertan* (1914/19) und Thomas Mann in *Betrachtungen eines Unpolitischen* (1918). Thomas Manns Haltung gegen die westliche Demokratie änderte sich dann allerdings schnell in der Weimarer Republik, als er nach 1920 zu deren glühendem Verteidiger wurde. Ein Beleg dafür, dass das Unpolitische selbst in einem vermeintlich ideologisch Gefestigten in dieser Haltung nicht unerschütterlich ist.

Entgegen der vereinfachten Darstellung von der Untertänigkeit als deutschem Wesenszug, der das Minderwertigkeitsgefühl durch Größenwahn überwindet bzw. die Unterwerfung unter die Autorität als vermeintliche Teilhabe an dieser Autorität empfindet, wenn auch literarisch hervorragend ausgemalt in *Der Untertan*, liefert Kogon eine vielschichtiger Erklärung mit dem fehlenden Selbstbewusstsein des Unpolitischen als Voraussetzung für diese Autoritätshörigkeit und eine tiefer in die Vergangenheit reichende historische Begründung dafür. Diese führt Kogon noch bis zu Luther zurück, wie etliche andere katholische Publizisten der Nachkriegszeit auch. Eine Schwachstelle somit nicht nur in Kogons Denken, denn, wenn schon Luthers Aufbegehren gegen die katholische Obrigkeit mit der danach folgenden Untertänigkeit gegenüber den protestantischen Fürsten einherging, so war doch die katholische Kirche bis ins 20. Jh. hinein Gegnerin von Aufklärung und Demokratie gewesen.

Die detaillierte Beschreibung des Untertans bei Kogon entspricht dann schon den klassischen Charakterisierungen, z.B. beim Fetisch Uniform (mehrfach in „Gericht und Gewissen“), einem äußeren Korsett zur Stütze eine inneren Schwäche, so wie der Staat und seine Verfassung in der Weimarer Republik lange die fehlende innere Einheit stützte (vgl. Dirks), auch wenn es alles Demokraten waren, um die es dabei geht. Die Karikatur im *Simplicissimus* zur R E P U B L I K: „Sie tragen den Buchstaben der Firma - aber wer trägt den Geist?“⁵³, heute in allen Schulbüchern abgedruckt, brachte das 1927 hervorragend zum Ausdruck, aber auf dem Höhepunkt der „Goldenen Zwanziger“, als es eigentlich keine ernsthaften Probleme gab.

⁵³ Cf. [Simplicissimus](#)

Diese Erklärungen haben vieles für sich, man kann ihnen aber auch einiges entgegenhalten, ohne komplett zu widersprechen. Dies kann hier nur ansatzweise erfolgen.

Für das 19. Jahrhundert zeigt schon der Epochenbegriff des Vormärz eine positivere Sicht und ist dem des Biedermeiers geradezu entgegengesetzt. Tatsächlich sind die demokratischen Bestrebungen nie versiegt. Wenn die März-Revolution 1848 immer als Nachahmung der Februarrevolution in Frankreich dargestellt wird, durch den „Weckruf des gallischen Hahns“ für den deutschen Michel, übersieht man – willentlich? –, dass im Oktober 1847 in Heppenheim eine Versammlung von Abgeordneten aus den damals existierenden Landtagen bzw. „Ständekammern“ (Institutionen mit sehr beschränkter Entscheidungskompetenz) aus den Staaten des Deutschen Bundes zusammenkam, die inhaltlich das komplette revolutionäre Programm mit einer politischen Initiative für ganz Deutschland beschloss. Dieser revolutionäre Antrieb wurde somit ein halbes Jahr später durch das Signal aus Paris nicht grundsätzlich erst ausgelöst, bekam dadurch aber einen Schub für die revolutionäre Aktion auf der Straße.⁵⁴

Und so sehr man die Schwächen der Weimarer Republik kritisiert, so bleibt es ein Phänomen, dass im Januar 1919 75% der alten Wähler und neuen Wählerinnen demokratische Parteien wählten, die „Weimarer Koalition“, obwohl sie doch im Kaiserreich zu Untertanen erzogen wurden – aber vielleicht gerade deshalb? Und trotz aller Unzulänglichkeiten auf der politischen Bühne hätte die Republik ohne die Weltwirtschaftskrise aller Wahrscheinlichkeit so fortbestanden, wie sie es bis dahin auch geschafft hat und anfangs sogar ungeheure Krisen bewältigen konnte – solange eben *überzeugte* Demokraten regierten.

Die Frage, ob Demokratien nur in Schönwetterperioden stabil sind, stellt sich unverhofft auch heute wieder auf andere, aber trotzdem drastische Weise, denn im Unterschied zu damals gibt es heute zwar nicht geringe Probleme, aber keine Weltwirtschaftskrise wie damals.

Amnestie und Amnesie

Die Phase dieser grundsätzlichen Besinnungsdebatte in der Zeitschriftenlandschaft war spätestens Anfang 1948 schon vorbei, wenn auch nicht so in den *Frankfurter Heften*. Das demokratische Gerüst für den staatlichen Wiederaufbau wurde auch von deutschen Politikern eigeninitiativ, nicht nur unter der Order der Alliierten aufgebaut (wir sprechen von Westdeutschland), die innere Überzeugung der Bevölkerung folgte dem aber nur bedingt. In Meinungsumfragen der Amerikanischen Militärregierung von 1945 bis 1949 machten bei der Frage „War der Nationalsozialismus eine schlechte Idee oder

⁵⁴ Cf. Die Heppenheimer Tagung 1847 – Orte, Personen und Institutionen der Demokratiegeschichte in Hessen, Verband Hessischer Geschichtslehrerinnen und – Lehrer [VHGLL](#)

eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde?“ die ganze Zeit über nur ca. 40% der Befragten bei „schlechte Idee“ ihr Kreuz, sogar mit einer Abschwächung im Laufe der Zeit von 42 zu 38%, um die 50% bejahten die „gute Idee“.⁵⁵ Auch weitere Umfragen zur „Demokratiefähigkeit“ bestätigten dies. Die Zustimmung zum Nürnberger Prozess, anfangs recht groß, ging unter dem negativen Eindruck der Entnazifizierung im Laufe der Zeit konstant zurück, 1949 vertrat „nur noch ein gutes Drittel der Befragten die Auffassung, dass die Nürnberger Prozesse gerecht gewesen seien.“⁵⁶

Mit der Gründung der Bundesrepublik wurde diesem Trend folgend die Schlussstrich- und Generalamnestiekampagne auch offiziell lanciert, nachdem dies schon „fester Bestandteil des kollektiven politischen Erwartungshorizonts“ war, „die schon seit Jahren nur noch aufgrund alliierter Drucks ertragenen Sühnemaßnahmen würden mit der Restituierung deutschen Staatlichkeit umgehend beendet.“⁵⁷ Und dies, obwohl die Bundesrepublik noch unter Besatzungsstatut stand. Das war wohl auch der Grund, warum auf die erwartete weitgehende Amnestie verzichtet wurde, die neue Regierung hätte damit gleich zu Beginn eine Konfrontation mit den Alliierten und dem Ausland generell provoziert, die ihre Bestrebungen nach möglichst schneller Souveränität konterkariert hätte.⁵⁸

Dennoch rückte im Kalten Krieg auch für die Westalliierten und vor allem die Amerikaner die Vergangenheit in den Hintergrund gegenüber der Gegenwart, denn sie brauchten nun die Westdeutschen eng an ihrer Seite. So wurden nach und nach zahlreiche durch die Nürnberger Nachfolgeprozesse Verurteilte und Inhaftierte vorzeitig freigelassen.⁵⁹ Das Epizentrum der Schlussstrich- und Generalamnestiekampagne war die FDP in Nordrhein-Westfalen, in der zahlreiche Nazis untergekommen waren. Doch auf den Aufsatz Kogons vom „Recht auf den politischen Irrtum“, so bilanziert Gerhard Bommarius, „berufen sich 1949 nicht nur die nordrhein-westfälischen Liberalen, sondern auch die anderen Parteien. Ehemalige NSDAP-Mitglieder, Frontkämpfer und Heimatvertriebene sind eine große Zielgruppe.“⁶⁰

⁵⁵ Anna J. Merritt / Richard L. Merritt: *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945-1949*. Urbana / Chicago / London (Univ. of Illinois Press) 1970, S. 33.

⁵⁶ Peter Reichel: *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*. München (Beck) 2001, S. 69. – „Prozesse“ bezieht die Nürnberger Nachfolgeprozesse mit ein, die allerdings von der Öffentlichkeit kaum verfolgt wurden, daher wird sich die Antwort Befragten wohl hauptsächlich auf den Hauptprozess beziehen. In jedem Fall ist er in der Formulierung integriert.

⁵⁷ Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München (C.H. Beck) 1996, S. 29.

⁵⁸ Zum Ablauf des Verfahrens und den Folgen cf. Frei, op. cit., S. S. 29-53.

⁵⁹ Zur juristischen, politischen und moralischen Schuld, Reue und Sühne vgl. W. Geiger: Robert Kempner, Eugen Kogon und die Demokratie „im Reagenzglas“ nach 1945, in: *Kulturelles Erbe Königstein – Berichte I / 2023*, S. 68-88. (Mit Bilddokumenten). Text auch auf [Eugen-Kogon-gesellschaft](#)

⁶⁰ Gerhard Bommarius: *1949. Das lange deutsche Jahr*. München (Droemer/Knaur) 2018, S. 147.

Den Schlusstrich unter die Entnazifizierung forderte Konrad Adenauer gleich in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler im Bundestag am 20.9.1949 und setzte damit das Startsignal dafür:

„Durch die Denazifizierung ist viel Unglück und viel Unheil angerichtet worden. Die wirklich Schuldigen an den Verbrechen, die in der nationalsozialistischen Zeit und im Kriege begangen worden sind, sollen mit aller Strenge bestraft werden. Aber im übrigen dürften wir nicht mehr zwei Klassen von Menschen in Deutschland unterscheiden: die politisch Einwandfreien und die Nichteinwandfreien. Diese Unterscheidung muß baldigst verschwinden.

Der Krieg und auch die Wirren der Nachkriegszeit haben eine so harte Prüfung für viele gebracht und solche Versuchungen⁶¹, daß man für manche Verfehlungen und Vergehen Verständnis aufbringen muß. Es wird daher die Frage einer *Amnestie* von der Bundesregierung geprüft werden, und es wird weiter die Frage geprüft werden, auch bei den Hohen Kommissaren dahin vorstellig zu werden, daß entsprechend für von alliierten Militärgerichten verhängte Strafen Amnestie gewährt wird.“⁶² (Hervorheb. im Orig.)

Aus Rücksicht gegenüber den Alliierten blieb der dann vorgelegte Regierungsentwurf zum „Straffreiheitsgesetz“ im Dezember unter den Erwartungen, die es auch mehrheitlich im Bundestag gab. Die Debatte innerhalb und außerhalb des Parlaments war gespickt durch radikale Äußerungen, wonach „der Grundgedanke der Notwendigkeit, Vergessen über die Vergangenheit zu decken [...], von allen Parteien des Hauses anerkannt“ werde und die Zeit seit dem 8. Mai 1945 „Züge eines Bürgerkriegs“ getragen habe; der SPD-Abgeordnete Adolf Arndt, der sich später in den 1960ern vehement gegen die Verjährung für NS-Verbrechen aussprechen sollte, sagte damals: „Was in Deutschland aufhören soll, ist eine Menschenjagd.“⁶³

Auch wenn die Amnestierung der NS-Verbrechen als solche, d.h. insgesamt als Straftat, anders als die individuelle von Verurteilten, trotz mehrfacher Versuche nie durchgesetzt werden konnte, so wurden doch einige Teilamnestien beschlossen und mit dem Straffreiheitsgesetz vom 31.12.1949 immerhin die Verfahren gegen „Straftaten eingestellt, bei denen zu erwarten war, dass das Strafmaß nicht höher als sechs Monate ausfallen würde“⁶⁴ (oder bis zu einem Jahr auf Bewährung) sowie im Nachhinein dafür Verurteilte freigelassen. Das betraf nicht wenige Personen, da schon zuvor in den Spruchkammern eine Tendenz zur Deklassierung der Fälle nach unten zu verzeichnen war (siehe oben. S. 121).

Die Entnazifizierungsverfahren selbst endeten in mehreren Etappen schon ab 1948. Die Straferlasse oder Verfahrenseinstellungen nach dem Straffreiheitsgesetz wurden zudem von den Gerichten sehr großzügig angewandt. Die erstellten Statistiken erlauben leider kaum eine detaillierte Auswertung: Von

⁶¹ Inhaltlich unklar.

⁶² Protokoll des Deutschen Bundestages, 5. Sitzung, 20.9.1949, S. 27.

⁶³ Zit. in Frei, S. 39, 49.

⁶⁴ Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“, siehe Anm. 40, S. 62. (Dominique Schröder).

der dreiviertel Million Betroffener sind nur 516 wegen „Handlungen auf politischer Grundlage“ verzeichnet, was an der eingeschränkten Definition des Begriffes „politisch“ lag, aber 50 000 wegen Freiheitsberaubung oder Körperverletzung, was auch im KZ gewesen sein konnte, und 5200 wurden für „Verbrechen und Vergehen im Amte“ amnestiert.⁶⁵ Die seit 1945 entlassenen Beamten wurden 1951 gesetzlich mit Bezug auf Art. 131 GG rehabilitiert, ebenso die Berufssoldaten. Mit anderen Worten: „Verbrechen im Amte „waren keine, weil sie „im Amte“ verübt wurden. Hätte man diese im Nachhinein formulierte Klausel von vornherein zugrundegelegt, wäre überhaupt niemand belangt worden (außer den politischen Verantwortlichen), denn alle waren ja „im Amt“.

Am Ende blieb nur die Strafverfolgung für die Gruppen 1 und 2 (Hauptschuldige, Belastete) offen, die gesetzliche Verjährungsfrist wurde für diese Fälle später mehrfach verlängert und schließlich aufgehoben. Doch es gab nur ganz wenige, einzelne Prozesse, bis der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963 ein Signal setzte, aber dabei auch noch verdeutlichte, wie schwer es weiterhin damit war.

So begann aber spätestens mit der Entstehung der Bundesrepublik, was Eugen Kogon dann die „restaurative Republik“ nannte, durch

„die stille, allmähliche, schleichende, unaufhaltsame Wiederkehr der Gestrigen [...], zu denen einfalllose, rechthaberische Routiniers der Demokratie ebenso gehören können wie im Verstand einigermaßen angepaßte, in ihren Gefühlen völlig unverändert gebliebene Nationalsozialisten, Nationalisten und die große Zahl derer, die hochmütig alte Vorrechte beanspruchen. [...]“⁶⁶

Den Begriff „restaurativer Charakter der Epoche“ brachte Dirks erstmals im Septemberheft 1950, gewiss aufgrund gemeinsamer Erkenntnis, und Kogon führte dies in „Die Aussichten der Restauration“ im März 1952 weiter.⁶⁷ Fand die *Amnestie* im Sinne des Schlusstrichs durch Verjährung aller Taten in mehrfachen Anläufen keine Mehrheit im Bundestag, so spricht dies immerhin für diese Volksvertreter quer durch die Parteien. Die *Amnestie* dagegen hatte nur wenig Probleme, das kollektive Gedächtnis zu erfassen, auch wenn mit dem Institut für Zeitgeschichte (1949), an dem Kogon initiativ mitbeteiligt war, die Forschung zum Nationalsozialismus aufgenommen wurde und mit der Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg (1958) dies für die juristische Verfolgung geschah und auch wenn die NS-Vergangenheit im kulturellen Bereich, v.a. durch Filme, durchaus thematisiert wurde, darunter jedoch selten die NS-Verbrechen, hierfür

⁶⁵ Cf. Frei, S. 51f.

⁶⁶ Eugen Kogon: Beinahe mit dem Rücken zur Wand, in: *FH*, September 1954, zit. aus: Eugen Kogon: *Die restaurative Republik. Zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Gesammelte Schriften Bd. 3, herausgegeben von Michael Kogon und Gottfried Erb. Weinheim/Berlin (Quadriga) 1996, S. 116.

⁶⁷ Walter Dirks: Der restaurative Charakter der Epoche, in: *FH*, 5. Jg., H. 9, September 1950, S. 942-954. – Eugen Kogon: Die Aussichten der Restauration, in: *FH*, 7. Jg. März 1952, S. 165-177.

war Ernst Leisers 1960 in Schweden hergestellter Dokumentarfilm *Mein Kampf* wichtig. Amnesie bedeutet daher nicht völlige Abwesenheit des Themas, schon die deutsche Teilung erinnerte an die Vergangenheit und wurde oft in dieser Perspektive auch behandelt, sondern ist natürlich im Hinblick auf die Schuldfrage und vor allem die Verbrechen gemeint, so dass *Amnesie* tatsächlich als erinnerungskulturelle *Amnestie* zu verstehen ist.

Im öffentlichen Raum wurde die Erinnerung an den Nationalsozialismus lange auf die „deutsche Katastrophe“, nämlich für die Deutschen als Opfer oder notgedrungen Mitläufer oder allenfalls „passive Zuschauer der deutschen Katastrophe“⁶⁸ reduziert, worin Wulf Kansteiner eine Parallele zwischen dem Zuschauer am Fernsehschirm und dem Selbstbild von seiner damaligen Rolle zieht. Und mehr noch: „Auf dem Fernsehbildschirm wurden beispielsweise regelmäßig vermeintliche Nazis als Helden des Widerstands und Mitläufer als wirkliche Opfer offenbart.“ (S. 509).

Was die „deutsche Katastrophe“ für die Anderen in Europa bedeutete, wurde weitgehend ausgeblendet oder in das Kriegsgeschehen integriert, weil man den Krieg natürlich verurteilte, schon aufgrund seines Endes und der Konsequenzen für Deutschland. „In einer ersten Phase der intensiven Auseinandersetzung mit dem NS in den 1960er und frühen 1970er Jahren stand der Holocaust noch nicht als das zentrale Verbrechen des ‚Dritten Reiches‘ im Focus der televisuellen Zeitgeschichte.“ (S. 511). Es ist im Rückblick gesehen erstaunlich, wie erst die Ausstrahlung des vier- (im Original fünf-)teiligen amerikanischen TV-Spielfilms *Holocaust* 1979 nicht nur den Begriff, sondern auch die damit bezeichnete Tat überhaupt erst ins allgemeine Bewusstsein brachte. Darüber ist seither viel geschrieben worden.



5. Befreiung zur Erkenntnis

„Allzu viele Deutsche halten den Nationalsozialismus nur für eine Episode mit epochalem Ausgang. Sie meinen, man könne zum Wiederaufbau einfach da anknüpfen, wo wir 1933 aufgehört haben. Mangelnde Einsicht in die Zusammenhänge der Geschichte und eine untergründige Ablehnung der Möglichkeit, in gemeinsame tiefere ‚Schuld‘ verstrickt zu sein, verführt sie zu der Auffassung, das Regime dieser zwölf Jahre sei ihnen bloß durch eine kleine Clique verbrecherischer Abenteurer aufgezungen worden, und man könne zwar nicht die katastrophalen Folgen der Politik des Dritten Reiches aus der Welt schaffen, wohl aber die Erscheinung des Nationalsozialismus selbst als einen kurzen Abschnitt der deutschen Geschichte isolieren und damit abtun.“

⁶⁸ Wulf Kansteiner: *Mitlaufen, Zuschauen, Mitfühlen. Holocaust-Erinnerung im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland*, in: Magnus Brechtken (Hrsg.): *Ein Kompendium*. (Institut für Zeitgeschichte). Göttingen (Wallstein) 2021, S. 508.

Diese hier ausführlich zitierte Einleitung Kogons zu seinem historischen Rückblick „Das Dritte Reich und die preußisch-deutsche Geschichte“ (Text 8) stellt für uns die Verbindung zwischen der notwendigen Besinnung damals und heute her. Denn die Minimierung der zwölf Jahre NS zum „Vogelschiss“ in der „tausendjährigen deutschen Geschichte“ ist genau das, was Kogon meinte und ein Menschenalter später nicht nur ein Parteivorsitzender geäußert hat, sondern auch viele so denken: „80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges stehen gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung, Wissen um Verstrickungen und Engagement für Erinnerungskultur unter Druck“, beginnt die Pressemitteilung der Stiftung EVZ zur *MEMO-Studie 2025*.⁶⁹ Danach erklärten nur 42,8% der Befragten es für wichtig, „die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in Deutschland lebendig zu halten“, 23,7% verneinten dies, 33,3% „teils/teils“; 44,8% „ärgerten sich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.“

Dabei kann man diese Fragestellung auch kritisieren, was heißt denn genau: „vorgehalten“? Wie ist es gemeint und wie wird es verstanden? Trotzdem wird die Tendenz durch mehrere Fragen bestätigt, denn 38,1% waren für „einen Schlusstrich unter die Zeit des Nationalsozialismus“, nur 37,2% dagegen, 24,2% „teils/teils“. (S. 50-53). Die Aussagen in den beiden Fragestellungen, in denen letztlich dasselbe Thema nur verschieden formuliert ist, sind nicht ganz kohärent, aber in der Tendenz gleich. Wertet man die „teils/teils“-Antworten auch als Kritik am erinnerungskulturellen Stellenwert, so sind dies in beiden Fragestellungen jeweils mehr als 50%. Die Fragestellung mit dem „vorgehalten“ ist jedoch eine jener typischen Suggestivfragen, die in Umfragen gerne verwendet werden; dem Wortlaut nach übernimmt sie die Rhetorik der „Schuldskult“-Propaganda und erzeugt damit den Eindruck, dass es diese Vorhaltungen tatsächlich gebe und man nur nach seiner Haltung dazu gefragt werde: „Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.“⁷⁰ Der Satz fällt in zwei Teile: Es gibt die Vorhaltungen und ich werde dazu befragt. Mit solchen Suggestivfragen sollen rechtsextreme Tendenzen „geoutet“ werden, sie werden damit jedoch auch befördert.

Das von Kogon, Dirks und anderen analysierte Grundproblem für eine aufrichtige Besinnung nach dem Krieg war der Konflikt zwischen äußerer und innerer Befreiung von der jüngsten Vergangenheit: Die äußere Befreiung durch die Alliierten war mit der Entnazifizierung als juristischem Verfahren und einer damit beabsichtigten inneren Entnazifizierung durch *Reeducation* verknüpft. Die Erzwingung dieser inneren Befreiung von außen konterkarierte diese jedoch. Die Maßnahmen der Alliierten erfolgten gleichwohl in einer schwierigen Situation, wie oben dargestellt (S. 123), und waren nach der anfänglichen Haltung gegenüber den Deutschen kein Ausdruck eines Willens

⁶⁹ *Gedenksanstoß*, MEMO-Studie 2025, siehe oben Anm. 2, S. 104; Pressemitteilung, [EVZ](#)

⁷⁰ MEMO-Studie, S. 52.

zur Kollektivbestrafung. Vor allem kann daraus umgekehrt keine Kollektivschuldigung der Deutschen abgeleitet werden. Eine aufrichtige innere Gewissensprüfung, individuell wie kollektiv, erfolgte nur ansatzweise. Die Debatte über die Schuldfrage in den Zeitschriften, wenn auch kontrovers, wollte dies erreichen und war wichtig, aber quantitativ wie qualitativ nicht repräsentativ für den Querschnitt der Bevölkerung, die bis 1949 noch zur Hälfte meinte, der Nationalsozialismus sei eine „gute Idee“ gewesen, „nur schlecht umgesetzt.“ (siehe oben S. 132f.).

Die Beiträge in den *Frankfurter Heften* stechen aus der Masse der Zeitschriften heraus – vergleichbar nur mit *Die Wandlung*⁷¹ –, weil sie immer wieder nicht nur eigene Positionen zu den Kernfragen zum Ausdruck brachten, sondern auch eine Kritik sowohl an den Alliierten, als auch am wahrgenommenen Verhalten in der Bevölkerung, neben aktuellen politischen und tiefgreifenderen historischen Analysen.

Kogons Analysen und Überlegungen zu den Lehren aus der Vergangenheit beruhten damals und noch Jahrzehnte später auf dieser Dichotomie äußere und innere Befreiung, äußere und innere Demokratie. Diese Dichotomie wurde von Kogon in die Begriffe Politik / Moral oder Geist gefasst. Die innere Demokratie ist der Geist oder die Seele im Körper Demokratie, es kommt auf den Geist der Menschen an, wie sie damit umgehen. Jede Demokratie ist nur so gut wie ihre Demokraten, die Weimarer Republik hat es überdeutlich gezeigt. Gab es jedoch seither eine Zeit, wo uns dies wieder so drastisch vor Augen geführt wurde wie heute? Mit „Bonn ist nicht Weimar“ fand 1956 der Schweizer Journalist Fritz René Allemann in seinem gleichnamigen Buch die Zauberformel für die politisch „bewältigte“ Vergangenheit. Zwei Jahrzehnte später stellte Kogon aber noch fest:

„Die Vergangenheit ist in der Bundesrepublik nicht moralisch, sondern politisch bewältigt worden – in einer internationalen Konstellation der Interessen und Kräfte, die dem auf das nachhaltigste zuträglich war.“⁷²

Diese „internationale Konstellation der Interessen und Kräfte“ war natürlich der Kalte Krieg.

Die moralische Frage, d.h. die Frage nach der Moral in der Politik, durchzieht Kogons ganzes Denken und er wurde dafür innerhalb der Politikwissenschaft nach seiner Berufung an die TH Darmstadt auf den Lehrstuhl für „Wissenschaftliche Politik“, wie es damals hieß, auch von Standeskollegen als „unwissenschaftlich“ angesehen, denn Kogon ziehe aus seinen eigenen Erfahrungen der Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus „nur die begrifflich nicht weiter spezifizierte und durchdachte Konsequenz, nach der die Logik

⁷¹ Artikel aus der *Wandlung* wurden in die Analyse einbezogen in W- Geiger, „Wie schlecht wir es machten...“, siehe Anm. 24.

⁷² Vorwort von 1977 zu Eugen Kogon: *Der SS-Staat. München* (Heyne) 1977, S. 9.

politischen Handelns in kollektiver Moral fundiert sein muss.⁷³ Dies bezieht sich auf sein Buch und wird noch nicht einmal diesem gerecht, geschweige denn, was Kogon in den *Frankfurter Heften* dazu weiter schrieb. Was hier störte, war nicht das „nicht weiter Spezifizierte und nicht Durchdachte“ der Moral, sondern die Moral schlechthin, die keine Kategorie politologischen Denkens ist, allenfalls in den Randbereichen zur Theologie oder zur Ethik oder überhaupt nur von Philosophen abgehandelt. In akademischer Sprache könnte man der Kritik entgegenhalten und zwar noch viel grundsätzlicher: Es geht dabei um „das Problem der ‚normativen Orientierung‘ menschlichen Handelns.“⁷⁴

Kogon passte auch beruflich nicht zum Typus des Professors, schrieb kein politologisches Werk, sondern eher essayistisch-journalistische Arbeiten (aber mit Tiefgang), gab selbst eine Zeitschrift heraus, hielt Vorträge, trat in Rundfunk und Fernsehen auf, moderierte das Politmagazin *Panorama* 1963-64, engagierte sich zivilgesellschaftlich und in „NGOs“, wie man heute sagen würde, wie der Europa-Union, deren Vorsitzender er 1949-54 war. Er war kein wissenschaftlicher Politologe sondern verkörperte den Typus des ‚politischen Professors‘⁷⁵ lange vor 1968, dem Jahr, als er emeritiert wurde. Er wollte unmittelbar in die Öffentlichkeit wirken und legte wenig Wert auf die akademische Community. Obwohl er an der Hochschule dennoch lieber dozierte als diskutierte, hielt er seine Vorlesungen nicht in akademischem Stil, sondern, nochmal in heutiger Wortwahl, eher wie ein Entertainer.⁷⁶

Wie ein hoher, ja, theologischer Anspruch an Moral sehr irdische, politisch-praktische Bedeutung haben kann, zeigt „Der Weg zur Freiheit“ (Text 9) im zweiten Teil und man sollte ihn deswegen zu Ende lesen. Vermutlicher Autor des nicht gezeichneten Artikels ist Walter Dirks, vielleicht sollte der Text als Meinung der Redaktion verstanden werden.

Ein besonderer Blick auf die Schuldfrage darin, und dies war einmalig, galt dabei auch den Fehlern, die die Antifaschisten (im weitesten Sinne: alle, die dagegen waren) gemacht haben, die sich aber nach 1945 „mit geschwellter Brust“ darstellten mit ihren „Taten und Leiden“; sie „reden feierlich von der deutschen Kollektivschuld, meinen immer die anderen [...]“, und sind doch „die Menschen, die damals, vor zwanzig, vor dreißig, vor vierzig Jahren versagt haben.“ (S. 83). Es geht dabei um die Voraussetzungen, die die Nazis

⁷³ Helmut König: Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Denkens: Politikbegriffe in der deutschen Politikwissenschaft seit 1945, in: Susanne Ehrlich / Horst-Alfred Heinrich / Nina Leonhard / Harald Schmid (Hrsg.): *Schwierige Erinnerung: Politikwissenschaft und Nationalsozialismus. Beiträge zur Kontroverse um Kontinuitäten nach 1945*. Baden-Baden (Nomos) 2015, S. S. 54.

⁷⁴ Hans-Otto Kleinmann: Eugen Kogon (1903-1987), in: Jürgen Aretz / Rudolf Morey / Anton Raucher (Hrsg.): *Zeitgeschichte in Bildern. Band 9: Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*. Münster (Aschendorff) 1999, S. 240.

⁷⁵ A.a.O., S. 223.

⁷⁶ Cf. Beismann, *Eugen Kogon in der Frühen Bundesrepublik* (Anm. 25), S. 106-113.

nach oben gebracht haben. In Anlehnung an die Ausführungen in Dirks' „Die zweite Republik“ (Text 3) heißt es hier:

„Warum habt ihr den Nazismus nicht verhindert? Nicht darin, daß wir es zwischen dem März 1933 und dem Frühjahr 1945 nicht wagten, auf die Barrikaden zu gehen, liegt unsere Hauptschuld, sondern darin, daß die Kraft unseres Glaubens, unserer Einsicht, unseres Kampfes, unseres Opferwillens in den Jahrzehnten vorher nicht stark genug war, die böse Entwicklung abzustoppen, vor allem: die gerechte und soziale Lösung durchzusetzen, die dem Nationalsozialismus die Voraussetzungen seiner Erfolge genommen hätte.“ (S. 83).

Dirks weist auf die konstitutiven Fehler der Weimarer Republik hin, ihr nicht eingelöstes soziales Versprechen, das in verschiedenen Artikeln in den Grundrecht katalog am Ende der Verfassung integriert wurde. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung 1927 auf Betreiben der regierenden Zentrumspartei in einer Mitte-Rechts-Koalition bis hin zur DNVP kam spät und wurde, wie sich dann herausstellte, zur Bruchlinie für die große Koalition unter Führung der SPD ab 1928, als 1929/30 die Arbeitslosigkeit wieder stieg, noch nicht dramatisch, aber ausreichend, um die Divergenzen innerhalb der Koalition zu befördern. Doch der Sprung der NSDAP von 2,6 auf 18,3% bei der Reichstagswahl im September 1930 war kein Resultat von Fehlern vorangegangener Jahre, sondern des verfehlten Reagierens auf die heraufziehende Weltwirtschaftskrise, und damit verbunden der mangelnde demokratische Konsens der Koalition – diese Analyse von Dirks stimmt. Doch 1928 noch waren die Rechtsextremen insgesamt auf ihrem Tiefpunkt, die SPD wieder auf einem Höhepunkt. Ohne die Wirtschaftskrise wäre der Durchbruch der NSDAP zur zweitstärksten Fraktion nicht erfolgt. Dass vieles in der Weimarer Verfassung Papier blieb, lag daran, dass der Einbruch der Weimarer Koalition schon bei der Reichstagswahl 1920 auf der Grundlage der neuen Verfassung wesentlich auf die Empörung über den Versailler Vertrag zurückzuführen ist. Außer einem kurzen Zwischenspiel 1923 blieb die SPD bis 1928 in der Opposition.

„Wie schlecht wir es machten, als wir noch handeln konnten“, bilanzierte auch der Dramatiker Fritz von Unruh als Festredner bei der Hundertjahrfeier der Paulskirche am 18.5.1948 im Rückblick auf die Katastrophe des Nationalsozialismus.⁷⁷ Aber die damit verbundene Frage, damals nur noch im Nachhinein – Was hätte man im Vorfeld anders machen sollen, bevor es zu spät war? –, stellt sich grundsätzlich immer und auch für heute, wenn es darum geht, wie man den Erfolg der AfD politisch eindämmen kann. Aus jenen Lehren der Vergangenheit damals können wir auch welche für unsere Gegenwart und Zukunft ziehen, die Lehren aus den Lehren der Geschichte. Nicht alles

⁷⁷ Cf. Fritz von Unruh: *Rede an die Deutschen*. Paulskirche, 18.5.1948. Mit einem Geleitwort von Eugen Kogon. Kommentierte Neu-Auflage mit Materialien, herausgegeben von Wolfgang Geiger. Limburg (chronicon-verlag) 2025, S. 40, 42. – Online-Ausgabe: Textband und Materialien in drei Teilen auf <https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/1948-paulskirche/>

ist gleich, oberflächlich sogar recht wenig, aber untergründig mehr, als man denkt.

Eine Parallele ist jedenfalls klar: Der Erfolg der Antidemokraten ist immer der Misserfolg der Demokraten – nicht nur in der *Konsequenz*, sondern schon als *Voraussetzung* dafür.



6. Schlussbemerkung: Abenteuer Demokratie – damals und heute

Zweimal wurde den Deutschen eine Revolution geschenkt, schrieb Walter Dirks, wie oben besprochen (S. 124), provokativ in der ersten Ausgabe der Zeitschrift (Text 3). Das hieß, zweimal eine grandiose Chance zur Überwindung des Vergangenen, das jeweils in einen Weltkrieg geführt hatte; eine Chance nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Überwindung, zur Entmachtung der Kräfte im Establishment, die hinter dem alten Regime gestanden hatten und noch weiter standen, trotz oder gerade wegen der Niederlage, aber auch zur Überwindung des mentalen Erbes in den Köpfen. „Hitler in uns selbst“ titelte der Arzt Max Picard 1946 in der Schweiz provokativ sein Buch, das ein großes Echo in den Zeitschriften fand.⁷⁸

Die „unvollendete Revolution“ 1919/20 lässt sich im Nachhinein leicht bilanzieren, legt aber die ganze Last der Schuld am Folgenden auf diesen Anfang und entschuldigt letztendlich das Spätere. Die Kritik daran, die „alten Eliten“ nicht mit entmachtet zu haben, formuliert sich im Rückblick schnell, auch von dem Zeitgenossen Dirks selbst 25 Jahre danach. In der Situation selbst war das ganz anders, wenn man sowohl die Räterevolution als auch einen Staatsstreich durch die Reichswehr verhindern wollte. So war die relativ große Freiheit, die den Deutschen durch die Siegermächte 1918/19 gegeben wurde, auch eine schwere Bürde.

Ganz anders 1945: Der totale Krieg zog die totale Kapitulation und diese die totale Entmachtung aller staatlichen Institutionen und sogar die Auflösung des Staates selbst nach sich. Der Preis dafür war die Teilung Deutschlands, durch die Sowjets in die Wege geleitet, aber als solche, unabhängig von der Ost-West-Konfrontation, auch von den Westmächten insgeheim begrüßt: Die Teilung war der beste Garant gegen einen neuen Revanchismus nach dem Wiederaufbau. Dafür war aber die Chance nicht nur auf eine äußere, vorgegebene, sondern auch auf eine unbeeinträchtigte innere Demokratisierung in Westdeutschland gegeben und den Deutschen wuchs dabei, wie schon erwähnt, ein größerer eigenständiger Anteil zu, als es im öffentlichen Bewusstsein geblieben ist.

⁷⁸ Max Picard: *Hitler in uns selbst*. Erlenbach-Zürich (Rentsch) 1946.

In gewisser Weise wurde den Deutschen 1989/90 noch eine dritte Revolution „geschenkt“ durch das Ende der sowjetischen Herrschaft über Osteuropa, die die Bürger der DDR in eine eigenständige Revolution umsetzten, strukturell in etwa vergleichbar mit 1918/19. Die Art und Weise der Wiedervereinigung und vor allem ihre Konsequenzen werfen jedoch Probleme auf bis heute und dies berührt auch das Selbstverständnis der Demokratie. Die innere Revolution, die die Ostdeutschen herbeiführten und für einen Moment lang eine wirklich demokratische DDR ermöglichte, wurde rasch durch eine äußere Revolution im Sinne einer radikalen Umwälzung der Verhältnisse abgelöst, die viele Ostdeutsche auch noch im Nachhinein als Fremdbestimmung empfinden, selbst wenn sich ihre materielle Lage mehrheitlich deutlich verbessert hat. Lässt der Anfang einen Vergleich mit 1918/19 zu, so die Fortsetzung einen mit 1945: Die Abschüttelung des alten Regimes haben die Ostdeutschen selbst zustande gebracht, was daraus wurde, bestimmten weitgehend die Westdeutschen. Hier hört der Vergleich aber schon auf, denn die Wiedervereinigung unter den wirtschaftlichen Prämissen des Westens wurde ja von den Ostdeutschen selbst gefordert und begleitet, sie blieben trotz der Majorisierung durch den Westen Teil der gesamtdeutschen Demokratie und nicht ausgeschlossen davon.

Die Spezifika des Demokratieproblems in Ostdeutschland können hier nicht weiter ausgeführt werden. Sie erklären in jedem Fall nicht die in Westdeutschland. Wir Westdeutschen haben uns offenbar zu sehr an die Demokratie gewöhnt, sie ist so selbstverständlich geworden, dass sie nicht mehr *selbstverständlich* ist, d.h. *von selbst verständlich*.

So versteht man unter Demokratie augenscheinlich zu sehr nur Wahlen und Mehrheitsprinzip, das war auch meine Erfahrung als Geschichtslehrer an einem Gymnasium, auch in der Oberstufe. Bei einer Kernfrage zum Nationalsozialismus kam das besonders heraus: War das Ermächtigungsgesetz legal? Immer fand sich dafür eine Mehrheit in der Klasse oder im Kurs, mehr oder weniger groß. Auf den Einwand von Schülerseite hin, dass die Zentrumsabgeordneten und anderen, die dafür stimmten, dies unter Druck von den Nazis und aus Angst vor Repressalien taten oder dass die letzte Reichstagswahl schon nicht mehr wirklich demokratisch ablief (was stimmt), also die Voraussetzungen dafür schon nicht stimmten, hakte ich zur eigentlichen Frage nach: Wäre es also legal gewesen, wenn die Wahl ohne Beeinträchtigungen vonstattegegangen und die Abgeordneten auch wirklich frei genauso abgestimmt hätten? Und dafür kam immer wieder die verfassungsgemäße Zweidrittelmehrheit als Argument, nicht von allen, aber nur wenige fanden die Abstimmung in der Sache für illegal. Dann klärten wir erst noch einmal genauer, was da beschlossen wurde, dass nämlich Hitler dazu ermächtigt wurde, auch „von der Verfassung abweichende Gesetze“ zu erlassen. Damit konnte die Verfassung selbst ohne die vorgesehene Zweidrittelmehrheit des Reichstags verändert werden und war damit als solche außer Kraft gesetzt, wenn ihre wichtigsten Bestimmungen nicht mehr galten. Dann weiter, vom damaligen Vor-

gang abstrahiert: Darf die Demokratie grundsätzlich sich selbst abschaffen? Selbst dafür gab es nicht wenige Stimmen, „wenn dies denn demokratisch beschlossen würde.“ Es dauerte insgesamt lange, bis klar wurde, dass die Abschaffung der Demokratie nicht im Sinne der Demokratie sein und folglich nicht mit ihr begründet werden kann.

Bisher erlebten wir nach 1949 keine solche Situation. Die heftige Kontroverse um die Notstandsgesetze, die von der Großen Koalition dann 1968 beschlossen wurden, gab immerhin einen Anflug davon und nicht umsonst kamen diese Gesetze nur zustande, weil kompensatorisch zur Verhinderung von Machtmissbrauch in Art. 20, Abs. 4 das Widerstandsrecht eingefügt wurde: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Wann dieser Fall eintritt, dafür gibt es aber keine Gebrauchsanweisung, die missbräuchliche Berufung darauf für „zivilen Ungehorsam“ fand allerdings schon öfters statt.⁷⁹

Was aber, wenn sich die allmähliche Abschaffung der Demokratie aufgrund von Mehrheiten bei Wahlen vollzieht? Aktuelle Beispiele gibt es, z.B. in Ungarn, der Türkei... und die älteste Demokratie der Welt (sieht man mal von der Schweiz ab), die USA, ist unter Trump auf dem besten Weg dorthin.

Demokratie umfasst weit mehr als nur den institutionellen Rahmen, dazu gehört auch die freie Meinung als Grundrecht, was wiederum erfordert, dass eine freie Meinungsbildung erfolgt – nicht nur *erfolgen kann*, sondern auch tatsächlich *erfolgt*, was in der heutigen Medienlandschaft zum zentralen Problem wird. Eine Reihe nicht in der Verfassung fixierter, aber notwendiger Begleitfaktoren gehören zur Demokratie. Und beim formalistischen Verständnis von Demokratie zeigt sich, dass die äußere Demokratie, die gewiss als institutionelles Korsett die Westdeutschen im Laufe der Zeit geformt hat, nicht ausreicht, sondern dass für den Erhalt der Demokratie in Krisensituationen eben auch ein Geist im Inneren dafür vorhanden und wachsam sein muss.

Und nicht nur die Gründung der Zeitschrift war damals „ein Abenteuer, wie alles, das heute neu beginnt“ (Text 1), somit auch die neue Demokratie. Wird die Demokratie zur Gewohnheit, über die man nicht mehr nachdenkt, so ist sie bereits in Gefahr. Im November 1948 mahnte Kogon noch vor der blauäugigen Zuversicht in die Demokratie:

„Nie ist Demokratie ein Zustand, immer eine Forderung, kein System der Freiheit kann [...] bestehen ohne einen entwickelten, immer wachen *Freiheitswillen* seiner Bürger. [...] Denn niemals sind es die Institutionen allein, die uns zu schützen vermögen, immer ist es in besonderen Gefahrenlagen der Geist, der darüber entscheidet, wie von ihnen Gebrauch gemacht wird.“⁸⁰ (Hervorhebung im Original).

⁷⁹ Vgl. Das Recht auf Widerstand zum Schutz der Verfassung, [Bundestag](#)

⁸⁰ Eugen Kogon: Der Terror als Herrschaftssystem, Referat auf dem 9. Deutschen Soziologentag 1948, in: *Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, I. Serie, IX. Band, Tübingen (Mohr)

Und im Rückblick müssen wir uns klar machen, dass Demokratie eben keine Selbstverständlichkeit ist, nie „ein für allemal“ errungen, sondern ein ständiges Abenteuer, das immer Herausforderungen und Risiken ausgesetzt ist. Und dafür müssen wir uns den Weg dieses Abenteurers stärker vor Augen führen, um dieses Abenteuer mit seinen Gefahren wirklich zu verstehen.

Damals wie heute stellt sich die Schuldfrage im Nachhinein nicht nur bezüglich dessen, was wir getan haben, sondern auch, was wir nicht getan haben; nicht nur für das, was wir sahen, sondern auch für das, was wir nicht sahen. Wir sind auch für die Konsequenzen dessen mitverantwortlich, was wir gar nicht wollten und vielleicht nicht einmal ahnten. *Wir sind auch für das verantwortlich, was wir ermöglichen.* Im Nachhinein kommt diese Erkenntnis aber immer zu spät.

12.8.2025

Wolfgang Geiger